

Burkhard Liebsch [Hrsg.]

Radikalität und Zukunft des Krieges

Bernhard H. F. Taurecks Theorie des Krieges
in interdisziplinärer Diskussion



Nomos

Burkhard Liebsch [Hrsg.]

Radikalität und Zukunft des Krieges

Bernhard H. F. Taurecks Theorie des Krieges
in interdisziplinärer Diskussion



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at <http://dnb.d-nb.de>

ISBN 978-3-8487-7040-3 (Print)
978-3-7489-1090-9 (ePDF)

British Library Cataloguing-in-Publication Data

A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-8487-7040-3 (Print)
978-3-7489-1090-9 (ePDF)

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

Liebsch, Burkhard
Radikalität und Zukunft des Krieges
Bernhard H. F. Taurecks Theorie des Krieges
in interdisziplinärer Diskussion
Burkhard Liebsch (ed.)
265 pp.
Includes bibliographic references.

ISBN 978-3-8487-7040-3 (Print)
978-3-7489-1090-9 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

This work is subject to copyright. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced or transmitted in any form or by any means, electronic or mechanical, including photocopying, recording, or any information storage or retrieval system, without prior permission in writing from the publishers. Under § 54 of the German Copyright Law where copies are made for other than private use a fee is payable to “Verwertungsgesellschaft Wort”, Munich.

No responsibility for loss caused to any individual or organization acting on or refraining from action as a result of the material in this publication can be accepted by Nomos or the editor.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung:

- Desiderate einer zeitgemäßen Theorie kriegesischer Gewalt mit
Blick auf Bernhard H. F. Taurecks Analyse von „drei Wurzeln des
Krieges“ 9
Burkhard Liebsch

I Eröffnung

- Drei Wurzeln des Krieges, und warum nur eine nicht ins
Verderben führt 25
Bernhard H. F. Taureck

II Stellungnahmen

- Heraklits metaphorischer Begriff ‚Krieg‘ im Rahmen seiner
metaphysischen Lehre von den Elongationen des ALLs:
‚Krieg‘ als ewiges Erscheinen, ewige Verfeuerung als ‚Friede‘ 57
Pascal Weitmann

- Peace and its Enemies, Modernity and its Critics 71
Ishay Landa

- Krieg und das Streben nach Sicherheit:
Zur Begründung des Krieges im politischen Realismus 83
Max Mutschler

- Krieg als Raubkrieg?
Soziologische Anmerkungen zu einer schwierigen Definition 95
Barbara Kuchler

Über einige notwendige Differenzierungen im Begriff des Krieges. Ein politiktheoretischer Einwand gegen den Ansatz von Bernhard Taureck	107
<i>Herfried Münkler</i>	
Krieg und postmoderne Kriegführung im 21. Jahrhundert: Zwischen Be- und Entgrenzung kollektiver kriegerischer Gewalt in der Weltrisikogesellschaft	127
<i>Hans-Georg Ehrhart</i>	
Von Heraklit bis Trump. Warum das Völkerrecht zwischen Krieg und Frieden keine Chance hat.	143
<i>Norman Paech</i>	
Die Illusionswurzel des Krieges und die amerikanische Militärstrategie	157
<i>Martin Kahl</i>	
Die Zukunft des Friedens aus der Gegenwart des Krieges. Von der Desillusionierung über den Krieg zu neuen Illusionen über den Frieden	175
<i>Lothar Brock</i>	
Problematik und Mehrwert einer synthetischen Definition des Krieges	187
<i>Wolfgang Knöbl</i>	
Für eine materialistische, die Gefühlswelt einbeziehende Befassung mit Krieg	201
<i>Christopher Pollmann</i>	
Eine furchtbare Vermutung – und beschränkte Aussichten der Desillusionierung	223
<i>Burkhard Liebsch</i>	

III Replik

Was lehren Kriege, die gewalttätig sind, teilweise gewaltgewogenen Interpretieren?	243
---------------------------------------------------------------------------------------	-----

Bernhard H. F. Taureck

Die AutorInnen	265
----------------	-----

Einleitung:

Desiderate einer zeitgemäßen Theorie kriegerischer Gewalt mit Blick auf Bernhard H. F. Taurecks Analyse von „drei Wurzeln des Krieges“

Burkhard Liebsch

Begriffe wie das Sein und das Gute zählen seit alters zu den klassischen Themen der Philosophie, erstaunlicherweise aber nicht der Krieg, der alles zu zerstören droht¹ – nicht als „Gesetz des Dschungels“, von dem sich der Mensch, diese „anormale Spezies“, gerade in einem „Dauerkrieg unter Artgenossen“ befreit zu haben scheint², sondern als *stásis* (Aufruhr, Bürgerkrieg), Erbeutungs- und Raubkrieg, als *bellum internecinum*, als Vernichtungs- oder Weltkrieg, Holozid oder Erdkrieg. Kriegerische Gewalt als permanente oder akute Bedrohung, die derartige Formen annehmen kann, ist jedoch inzwischen zu den wichtigsten und dringlichsten Herausforderungen Praktischer Philosophie aufgerückt – manchmal neben, manchmal noch vor Problemen des Klimawandels, globaler Gerechtigkeit und der Kontrolle oder Überwindung eines entfesselten Finanzkapitalismus. Zweifellos betreffen auch diese Probleme zentral die Möglichkeit einer erst *in statu nascendi* sich befindenden Welt-Bürger-Gesellschaft; doch diese wird keine Chance haben, je politisch (in konstitutionalisierter Form) und auf verlässliche Weise Wirklichkeit zu werden, wenn die Drohung kriegerischer Gewalt nicht abgewendet bzw. in Schach gehalten werden kann, die zumal angesichts ihrer apokalyptischen Aussichten bis heute rätselhaft geblieben ist. Woher rührt sie, wenn nicht aus einer evolutionären Erbschaft oder aus einer unabänderlichen Ontologie jenes *pólemos*, den vor zweieinhalbtausend Jahren Heraklit in einem dunklen Fragment inthronisierte? Bringt dieses Fragment (53) etwa ein schicksalhaftes Verhängnis zur Sprache, an dem wir nichts ändern können? Beherrscht uns

1 Vgl. Helmut Kuhn, *Das Sein und das Gute*, München 1962.

2 Arthur Koestler, „Der Trieb zur Selbstzerstörung“, in: ders., *Die Armut der Psychologie*, Frankfurt/M. 1989, S. 351–367, hier: S. 353 f.; ders., *Sonnenfinsternis. Roman* [1940]. Nach dem dt. Originalmanuskript, Coesfeld 2018, S. 203 f.

der als „König“ und „Vater“ bezeichnete Krieg unvermeidlich, oder kommt es dazu erst, wenn wir daran glauben? Herrscht er also allemal von unseren Gnaden, ohne die Spielräume unseres Verhaltens zu ihm je gänzlich auf Null schrumpfen zu lassen – jedenfalls dann nicht, wenn wir selbst es sein sollten, die unsere Lage als derart aussichtslos erscheinen lassen, wie es aus der Doktrin der *mutually assured destruction* bis heute hervorgeht?

Wer sich heute theoretisch mit Phänomenen und Begriffen kriegerischer Gewalt befasst und sie als eminent Bedrohliches begreift, steht nach Bernhard Taurecks Überzeugung von Anfang an vor einer *dreifachen* Herausforderung: zu klären, (a) was es bedeutet, solcher Gewalt ausgesetzt zu sein, (b) wie es dazu kommen konnte bzw. kann und (c) wie sich eine Wiederholung des Gleichen verhindern ließe.³ Dabei fließt implizit die Voraussetzung ein, die fragliche Gewalt verlange unbedingt nach einer Erklärung und sie verbiete es geradezu, sie für die Zukunft indifferent hinzunehmen. Sollte eine hinreichende Erklärung gelingen, besteht dann die Aussicht, nicht-indifferenten Widersetzlichkeit gegen diese Gewalt zum Durchbruch zu verhelfen?⁴ Oder ist das eine überspannte, realitätsferne Erwartung? Ist man sich wenigstens grundsätzlich darin einig, wovon die Erforschung kriegerischer Gewalt auszugehen hat und worin ihre praktische Bedeutung liegt? Verhält es sich nicht vielmehr so, dass die vorliegenden vielfältigen Beschreibungen dieser Gewalt nicht einmal eindeutig hergeben, dass es niemand im Ernst wollen kann, solcher Gewalt ausgesetzt zu sein? Bedient man sich nicht genau deshalb immer wieder dieser Gewalt so, als könne man sie wie ein Mittel jederzeit in der Hand behalten, ohne ihr selbst zum Opfer zu fallen? Das mag pure Illusion sein, die man oft genug aufzuklären und zu erklären versucht hat. Aber war der Aufklärung und Desillusionierung über den Einsatz kriegerischer Gewalt je praktischer Erfolg beschieden? Ist es nicht gerade das fortwährende Scheitern von Aufklärung und Desillusionierung, was wir zu erklären hätten? Wie verhält sich das zu der Aussicht, zukünftigen Wiederholungen solcher Gewalt praktisch effektiv etwas entgegensetzen zu können?

3 Bernhard H. F. Taureck, *Drei Wurzeln des Krieges. Und warum nur eine nicht ins Verderben führt. Philosophische Linien in der Gewaltgeschichte des Abendlandes*, Zug 2019, S. 34 (=DW).

4 Zum Begriff der Nicht-Indifferenz vgl. mit Blick auf die neuzeitliche Ontologie der Selbsterhaltung einerseits und auf die ihr diametral entgegengesetzte Ethik von Levinas andererseits: Vf., *Geschichte als Antwort und Versprechen*, Freiburg i. Br., München 1999, Kap. V.

Dass nicht etwa die Biologie unserer natürlichen, evolutionär erklärba-
ren Verfassung⁵, eine Anthropologie menschlicher Aggression⁶, eine Psy-
choanalyse bewusster und unbewusster Wünsche und Begierden⁷, das
Wissen von Kulturgeschichtlern⁸ und von Historikern der Staatsgewalt⁹
sowie taktische und strategische Lehre militärischer Experten¹⁰, sondern
vielmehr philosophische *theoria* im Kontext dieser bohrenden Fragen et-
was ausrichten könnte, versteht sich keineswegs von selbst. Schon gar
nicht in Anbetracht der unbestreitbaren Tatsache, dass sich Philosophen
allzu lange damit begnügt haben, kriegerische Gewalt im theoretischen
Horizont des Seins und des Guten bloß als negatives und privatives Phä-
nomen einzustufen, während detaillierte Auseinandersetzungen mit ihr
längst in anderen Disziplinen geführt wurden, die sie zu beschreiben, zu
erklären und – nach wie vor – sogar abzuschaffen versprechen.¹¹ Doch

5 Rupert Riedl, *Die Strategie der Genesis*, München ³1984; Warlam Schalamow, *Über Prosa*, Berlin 2009, S. 12, 33 ff.

6 Morton Fried, Marvin Harris, Robert Murphy (Hg.), *Der Krieg. Zur Anthropologie der Aggression und des bewaffneten Konflikts*, Frankfurt/M. 1971; Friedrich Hacker, *Aggression. Die Brutalisierung der modernen Welt*, Reinbek 1973; Irenäus Eibl-Eibesfeldt, *Krieg und Frieden aus der Sicht der Verhaltensforschung*, München, Zürich 1975.

7 Bspw. James Hillman, *Die erschreckende Liebe zum Krieg*, München 2005.

8 Bspw. Bernd Hüppauf, *Was ist Krieg? Zur Grundlegung einer Kulturgeschichte des Krieges*, Bielefeld 2013; Steven Pinker, *Gewalt*, Frankfurt/M. 2013.

9 Ekkehart Krippendorf, *Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft*, Frankfurt/M. 1985; Raymond Aron, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Frankfurt/M. 1986; Barbara Tuchman, *Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam*, Frankfurt/M. 1995; Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin ⁵2006; Roger B. Manning, *War and Peace in the Western Political Imagination. From Classical Antiquity to the Age of Reason*, London, New York 2017.

10 Hans Delbrück, *Geschichte der Kriegskunst. Das Mittelalter. Von Karl dem Großen bis zum späten Mittelalter. Die Neuzeit. Vom Kriegswesen der Renaissance bis zu Napoleon [1901–1921]*, Hamburg 2006; Jehuda L. Wallach, *Kriegstheorien. Ihre Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1972; Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland*, Bd. 1, München ²1959; John Keegan, *Die Kultur des Krieges*, Reinbek 1997; Sue Mansfield, *The Rites of War. An Analysis of Institutionalized Warfare*, London 1991; David Pick, *War Machine. The Rationalisation of Slaughter in the Modern Age*, New Haven, London 1993; Jens Bartelson, *War in International Thought*, Cambridge 2018.

11 „The understanding of war and the possible ways of its abolition [...] is on the agenda of our time“, heißt es bei Hans-Georg Ehrhart (Hg.), *Krieg im 21. Jahrhundert. Konzepte, Akteure, Herausforderungen*, Baden-Baden 2017, S. 7.

auch die genannten Aufgaben (a–c), die oft als geradezu selbstverständliche Prämissen historischer, sozial- und kulturwissenschaftlicher Auseinandersetzungen mit Phänomenen und Begriffen des Krieges durchgehen, verstehen sich nicht von selbst. Ihre philosophische Fragwürdigkeit bricht auf, wenn wir den genannten Punkten die Selbstverständlichkeit entziehen, wie es grundsätzlich und unvermeidlich geschehen muss, wo überhaupt radikal gefragt wird. Gewiss: das kann man lassen; doch nur um den Preis, zu kaschieren, wie sehr uns die Beobachtung verunsichern muss, dass Menschen einander extremer kriegerischer Gewalt aussetzen, ohne es recht zu verstehen und ohne im Geringsten eine Wiederholung ausschließen zu können. Kann eine Welt, die nicht einmal diesem Anspruch genügt und nichts dergleichen ‚verspricht‘, überhaupt ihren Namen verdienen? Tangiert diese Frage nicht in elementarer Art und Weise unser Verständnis davon, was es heißt, ‚in der Welt‘ zu sein bzw. ‚zur Welt‘ gebracht worden zu sein? Um ein bloßes Da-Sein, dem man lediglich ontologisch Rechnung zu tragen hätte, kann es sich jedenfalls nicht handeln, wenn von jenen Fragen eine radikale Verunsicherung ausgeht, an der Praktische Philosophie nicht vorbeikommen dürfte. Denn wir sind der fraglichen Gewalt offenbar rückhaltlos ausgesetzt. Und dieses radikale Ausgesetzt-sein ist nur um den Preis einer abenteuerlichen Beschönigung oder Verharmlosung zu normalisieren, beschwört es doch das Äußerste an Gewalt herauf, von dem denn auch in Carl v. Clausewitz’, bis heute wohl einflussreichster Theorie des Krieges explizit die Rede ist, ohne dass dem die Philosophen Rechnung getragen hätten, die jenes Ausgesetzt-sein bereits in der einschlägigen existenzialontologischen und ‚existenzialistischen‘ Literatur von Søren Kierkegaard über Martin Heidegger und Karl Jaspers bis hin zu Emmanuel Mounier, Jean-Luc Nancy und vielen anderen hinlänglich meilen beschrieben zu finden: als Angst, als Ekstase des Daseins, als Scheitern in Grenzsituationen und *être exposé*.¹²

Kriegerische Gewalt, die Anderen, ihr rückhaltlos Ausgesetzten, angetan wird (wobei man ihr selbst zu entgehen hofft), ist gewiss auch nicht allgemein abzutun als bloßes Produkt der Verblendung und der „verbrecherischen Frivolität ganz weniger“, wie es der Soziologe Georg Simmel nahegelegt hat, nachdem seine anfängliche nationalistische Euphorie ange-

12 Emmanuel Mounier, „Introduction aux Existentialismes“ [1947], in: *Œuvres de Mounier, T. III, 1944–1950*, Paris 1962, S. 67–178, hier: S. 113.

sichts des Ersten Weltkriegs weitgehender Ernüchterung gewichen war.¹³ Würde man ihm folgen, so wären für Krieg lediglich einige wenige Subjekte verantwortlich zu machen, die man nur rechtzeitig zu erkennen hätte und für alle anderen unschädlich zu machen bräuchte, um Kriege fortan effektiv unmöglich zu machen; und weitergehender philosophischer Überlegungen bedürfte es nicht.

Dagegen steht die These, Krieg sei „*unheilbar* mit der *conditio humana* verbunden“ (DW, S. 241); und zwar so, dass er nicht nur einige wenige oder viele, sondern grundsätzlich jede(n) betrifft und in Mitleidenschaft zieht, sei es als Opfer, sei es als Urheber, sei es im Kriegsdienst, sei es im anscheinend zivilisierten bürgerlichen Leben, in dem es, äußerlich betrachtet, friedlich zugeht, tatsächlich aber bereits der nächste manifeste Krieg sich anbahnt, wenn es denn stimmt, dass sich Frieden und Kriege unaufhörlich abwechseln und auseinander hervorgehen¹⁴, wobei sie vielfach nur noch schwer voneinander zu unterscheiden sind.

Geht das die Philosophie etwas an – und nicht bloß die Geschichtswissenschaft, die sich mit Kriegen der Vergangenheit befasst, die Politikwissenschaft, die Gegenwartsdiagnostik betreibt, oder die Rechtswissenschaft, die Normen der Regulierung, der Verhütung oder des Verbots von Kriegen für die Zukunft aufstellt und dabei zugeben muss, so wenig zu wissen, was Krieg überhaupt ist, dass sie es vorzieht, von „bewaffnetem Konflikt“ zu sprechen? Kann bzw. darf man sich so aus der Affäre ziehen, indem man den Krieg einfach semantisch abschafft? Hat irgendeine Philosophie etwas Besseres zu bieten? Oder muss man Bernhard Taureck uneingeschränkt beipflichten, wenn er einen „Philosophie-Bankrott vor dem Übel des Krieges“ diagnostiziert? Kann man etwa von ihr erwarten, einen „Logos“ des Krieges (*pólemos*) „als Einheit einer Sammlung, verbunden mit einer Sprache, die diese Einheit aussagt“ (DW, 265), zu explizieren? Kann es, mit anderen Worten, eine *philosophische Polemologie* geben? Welchen Aufgaben hätte diese sich heute zu stellen, die nicht mit immer neuen Anleihen bei schwer verständlichen Fragmenten Heraklits zu erle-

13 Georg Simmel, *Der Krieg und die geistigen Entscheidungen. Reden und Aufsätze*, München, Leipzig 1917, S. 68.

14 Wie es gerade die jüngere europäische Geschichte gelehrt hat, in der aus dem Ersten Weltkrieg der Zweite Weltkrieg folgte, der offenbar nicht so beendet werden konnte, dass aus ihm nicht wiederum ein neuer („kalter“) hätte hervorgehen müssen (obgleich man sich dieser Gefahr durchaus bewusst war). Vgl. Bradley F. Smith, *Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg. Anatomie einer Urteilsfindung*, Frankfurt/M. 1979, S. 37 ff.

digen sind, wie wir sie u.a. bei Martin Heidegger, Eugen Fink und Jan Patočka finden?¹⁵ Und was wäre von ihr zu lernen?

Scheinbar nichts, jedenfalls nichts Neues, wenn es stimmt, dass es ohnehin „nichts Neues unter der Sonne“ gibt, wie es noch Hegel im Hinblick auf die „verzerrteste Gestalt“ annahm, in der man „das Menschliche noch spüren“ könne.¹⁶ (Wobei er die an weltfremde *aliens* erinnernden Gasmasken des Ersten Weltkrieges, die radioaktiv Verstrahlten in Japan und andere schreckliche Entstellungen noch nicht vor Augen haben konnte.¹⁷) Zwar traute Hegel der Geschichte (im Gegensatz zur Natur¹⁸) eine originäre Zeitigung von Neuem zu, doch stellte er in seinen Vorlesungen über die Vernunft (in) der Geschichte fest, aus ihr sei nur zu lernen, dass nichts aus ihr zu lernen sei (VG, S. 19). *A fortiori* müsste das Gleiche auch für alle Kriege der Vergangenheit im Hinblick auf die *conditio humana* gelten, von der man sich heute weniger denn je einen ‚anthropologischen‘ Begriff machen kann.¹⁹

Zwar wird die Kriegsursachenforschung schon in der Antike, besonders bei Thukydides, fündig, aber das hat nicht dazu beigetragen, dass weniger Kriege ausgefochten worden wären. Wenn man nachträglich einsehen lernt, was zu vorherigen Kriegen geführt hat, so bedeutet das offenbar nicht, dass künftige Kriege deshalb weniger drohen würden. Der Begriff des Lernens ist offenbar mehrdeutig. Aus nachträglichen Einsichten folgt keineswegs wie von selbst, dass man sie für die Zukunft beherzigt. Darauf macht auch Hegel aufmerksam, wenn er auf den ersten Blick widersprüchlich davon spricht, man lerne aus der Geschichte im Allgemeinen und mit Blick auf Kriege im Besonderen, dass man nichts aus ihr gelernt habe.²⁰

- 15 Martin Heidegger, *Heraklit*, Frankfurt/M. 2¹⁹⁸⁷; E. Fink, *Traktat über die Gewalt des Menschen*, Frankfurt/M. 1974; Jan Patočka, *Ketzerische Essays zur Philosophie der Geschichte*, Stuttgart 1988 und Berlin 2010; Gaston Bouthoul, *Les Guerres. Eléments de polémologie*, Paris 1951.
- 16 Georg W. F. Hegel, *Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte Bd. I. Die Vernunft in der Geschichte*, Hamburg 1994, S. 19 (=VG).
- 17 Suzannah Biernoff, *Portraits of Violence. War and the Aesthetics of Disfigurement*, Ann Arbor 2017.
- 18 Alexandre Kojève, *Hegel*, Frankfurt/M. 1975, S. 130, 172.
- 19 Vgl. Paul Ricoeur, *Gedächtnis, Geschichte, Vergessen*, München 2004; Philipp Stollger (Hg.), *Figurationen des Menschen. Studien zur Medienanthropologie*, Würzburg 2019.
- 20 Lernen aus bisheriger Geschichte verlangt dagegen Herfried Münkler, *Der grosse Krieg. Die Welt 1914–1918*, Reinbek 2015, S. 776, 785 ff. – obgleich festzustellen ist, dass Krieg jeglicher Berechnung spottet; ebd. S. 787.

Gerade als ein Phänomen, das zu keinem gattungsgeschichtlichen Lernprozess führt, wird der Krieg in Hegels Philosophie allerdings zu einem entscheidenden *Movens* der Geschichte – vorausgesetzt, man „sieht sie vernünftig an“ (VG, S. 31). Eine idealistische Devise, auf die noch Herfried Münklers politischer ‚Realismus‘ explizit baut.²¹

Kann man aber den Krieg überhaupt „ansehen“, verstehen oder begreifen? Davon geht Hegel offenbar aus, wo er vom „Auge des Begriffs“ (VG, S. 32) spricht, dem er zutraut, auch dem ‚Phänomen‘ des Krieges hinsichtlich seiner geschichtlichen Rolle gerecht zu werden. Beim theoretischen Verständnis des Krieges als eines geschichtlichen Phänomens handelt es sich um ein *begriffliches Sehen*, das allemal voraussetzt, dass er sich zeigt. Die Frage ist allerdings, wie, wem und inwiefern. Wenn sich kriegereische Gewalt denjenigen, die ihr schließlich zum Opfer fallen, nur ‚apokalyptisch‘ zeigt, wie wir annehmen müssen, erfordert dies einen kritischen Umgang mit der *Phänomenalität des Krieges*. Wie ist diese zu denken, wenn diejenigen, denen sich der Krieg als solcher apokalyptisch ‚zeigt‘ bzw. ‚offenbart‘²², dieses Ereignis gar nicht oder allenfalls mehr oder weniger schwer traumatisiert überleben können?

Schon Clausewitz wies auf diese Frage implizit hin, als er feststelle, der Krieg bzw. die mit ihm einhergehenden „Wechselwirkungen“ zwischen den jeweiligen Feinden tendierten zum „Äußersten“. Bernhard Tauereck behauptet ähnlich, der Krieg sei „grenzblind“ und er folge einem „Gesetz entgrenzter Gesetzlosigkeit“ in Richtung auf ein Jenseits allen Verstehens und Begreifens (DW, 53, 289). Wenn es nun aber zutrifft, dass hier alle Theorie versagt, wie soll man dann an maßlosem Leiden Maßnahmen, um zunächst einmal feststellen zu können, worum es sich im Fall kriegereischer Gewalt überhaupt handelt? Haben wir es nicht von Anfang an mit fragwürdigen Unterstellungen der Erfahrbarkeit, der Ausdrückbarkeit, der Darstellbarkeit und schließlich des Verstehens und Begreifens des Äußersten zu tun? Muss sich die Philosophie mit der aporetisch anmutenden Aufgabe bescheiden, wenigstens indirekt von dem zu zeugen, was dem Denken inkommensurabel ist?

An dieser Stelle drängen sich Aufgaben der Illusionskritik und der Desillusionierung dieser Kritik selbst auf; Aufgaben, die hier provisorisch

21 Münkler, *Der grosse Krieg*, S. 217.

22 Etymologisch handelt es sich hier fast um einen Pleonasmus, da ἀποκάλυψις „Ent-hüllung“ oder „Entschleierung“ bedeutet; abgeleitet vom griechischen καλύπτειν („verschleiern“), was im Christentum mit „Offenbarung“ übersetzt wurde.

als Fragen formuliert werden: Inwieweit handelt es sich bei der Unterstellung der Erfahrbarkeit, der Ausdrückbarkeit, der Darstellbarkeit und Erzählbarkeit etc. um Illusionen? Inwieweit muss es als Illusion gelten, aus der Erfahrung und bildlichen oder narrativen Darstellung von Krieg folge womöglich eindeutig zu Lernendes, etwa unbedingte Zurückweisung kriegerischer Gewalt?²³ Verbirgt sich unter dem Begriff des Krieges nicht allzu Heterogenes, so dass es als Illusion gelten muss, es handle sich jedes Mal um eine Wiederholung desselben? Kann es sich überhaupt um Wiederholungen handeln, wenn es zutrifft, dass wir es gegenwärtig mit Neuen Kriegen zu tun haben – darunter solche, die kriegerische Gewalt *unerkannt*, speziell in privatisierter, asymmetrischer und demilitarisierter Form, und *geheim* (nicht zuletzt mit digitalen Mitteln) hervorbringen?²⁴ Wenn der Krieg derart nicht nur „wie ein Chamäleon“ (Clausewitz) sein Erscheinungsbild, sondern auch sich selbst ändert²⁵, ist es dann eine Illusion, Lehren aus ihm ziehen zu wollen – zumal wenn diese auf ‚wesentliche‘ Einsichten in genau das bauen, was Krieg angeblich ‚ist‘?

Ungeachtet solcher Zweifel ist am Ziel „nachhaltiger“ Entzauberung des Krieges festzuhalten, obgleich bzw. gerade weil ohnehin alle Nachkommenden stets aufs Neue desillusioniert werden müssen, insofern sie jedes Mal wieder zu im Grunde altbekannten Illusionen neigen²⁶, ohne sogleich und ohne größere Umstände durch aus Jahrtausenden vermeintlich bekanntes Leid belehrt zu werden. Lassen sich heute Strategien der Entzauberung kriegerischer Gewalt denken, die *nicht ihrerseits* Illusionen zu verfallen drohen? Solche Strategien müssten der Frage nachgehen, warum diese Gewalt überhaupt derart faszinieren kann, dass man sich geradezu von ihr ‚verzaubern‘ lässt. Nur unter dieser Voraussetzung haben vermutlich Desillusionierungsstrategien Aussichten auf Erfolg, die auf nachhaltige Einsichten bzw. auf geschichtliche Lehren bauen.

23 Bernhard H. F. Taureck, Burkhard Liebsch, *Drohung Krieg. Sechs philosophische Dialoge zur Gewalt der Gegenwart*, Wien, Berlin 2020.

24 Herfried Münkler, *Kriegssplittter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*, Berlin 2015, S. 210 f., 243.

25 Carl v. Clausewitz, *Vom Kriege*, Frankfurt/M., Berlin ⁴1994, S. 36; Herfried Münkler, *Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion*, Weilerswist ³2004, S. 10, 103; vgl. auch die Beiträge von Felix Wassermann und Johann Schmid in: Ehrhart (Hg.), *Krieg im 21. Jahrhundert*, S. 71–87, hier: S. 76 f., und S. 141–162, hier: S. 144.

26 DW, S. 30 f., 309 (vgl. die Unterscheidung von teilnehmender und darstellender Desillusionierung ebd. S. 251).

Zu letzteren zählt die Einsicht, wie sich kriegerische Gewalt und das Politische zueinander verhalten (a–c): (a) Krieg stellt gescheiterte Politik dar und ist insofern keineswegs einfach als deren „Fortsetzung mit anderen [!] Mitteln“ zu verstehen, wie es Clausewitz zweideutig beschrieben hat. (b) Im Politischen hat man es vielfach mit Gegnern zu tun, die auf kriegerische Mittel sinnen, welche sich politisch letztlich nicht kontrollieren lassen und zum Äußersten tendieren, so dass sie das Politische gleich mit zu zerstören drohen. Im Politischen wäre demnach die Zerstörung des Politischen als Gefahr jederzeit gegenwärtig, wo man eine „Fortsetzung“ von Politik mit anderen Mitteln in Erwägung zieht. (c) Eine solche Fortsetzung läuft nicht nur auf das Scheitern des Politischen hinaus, sondern führt es nicht selten direkt herbei; aber so, dass das kaschiert wird. So kann man behaupten, Feinde ‚vernichtend‘ zu besiegen, ohne zugleich einzugestehen, dass man auf diese Weise überhaupt kein politisches Verhältnis mehr zu ihnen unterhalten kann.

Daran lässt sich die These anschließen, ‚vernichtende‘ Siege seien *politisch unmöglich* bzw. überhaupt kein sinnvolles politisches Ziel. Sofern sie nicht in totale Ausrottung münden und im gleichen Zug das Politische zerstören, gibt es Überlebende, in deren Erinnerung die Feindschaft grundsätzlich jederzeit wiederaufleben kann, aus der sich alte und neue Kriege speisen.

Der Gedanke eines ‚finalen‘ Sieges bzw. einer ‚Endlösung‘, die *das* ausschließen könnte, ist ein bloßes *Phantasma*, d.h. etwas tatsächlich Unmögliches, das, würde es als solches begriffen, den inneren Zusammenhang von Feindschaft, Krieg und Sieg auflösen müsste. Welchen Sinn sollte es noch haben, aus Feindschaft zu Mitteln des Krieges zu greifen, wenn dieser gar keinen finalen Sieg über die Feinde versprechen kann?

Von Sieg kann heute insofern jedenfalls keine Rede mehr sein, als der Einsatz nuklearer Waffen verstrahlte Länder derart verwüsten würde, dass die überlebenden Opfer zu schier endloser Agonie verurteilt wären und die Bewohnbarkeit und Regierbarkeit der betroffenen Länder ganz und gar infragegestellt wäre. Für den thermonuklearen Krieg gilt, dass niemand ihn gewinnen und dass man sich von einem lebenswerten Leben in atomar verwüsteten Ländern gar keine angemessene Vorstellung mehr machen kann. Infolgedessen sollte man sich statt über siegreichen Krieg weit mehr darüber Gedanken machen, wie man damit leben kann, dass gar keiner zu gewinnen ist (vgl. DW, 275, 277).

Unbestreitbar aber bleibt, dass die Armeen der Nazis in einem Krieg mit konventionellen Waffen besiegt worden sind. In der Endphase des

Zweiten Weltkriegs war das bekanntlich vor allem dem glücklichen Umstand zu verdanken, dass der Rhein auf der Höhe der Brücke von Remagen von den Truppen der Alliierten schneller als erwartet überquert werden konnte. (U.a. weil die für die geplante Sprengung Verantwortlichen einen zu schwachen Sprengstoff verwandten, wofür Hitler sie standrechtlich hinrichten ließ.) Hätte es länger gedauert, wären womöglich auf Deutschland die ersten Atombomben gefallen, deren Einsatz bereits einkalkuliert worden war. Weitgehend Spekulation bleibt, ob infolgedessen Hiroshima und Nagasaki verschont geblieben wären. Dass man dort empirisch feststellen konnte, was extreme Waffengewalt bewirkt, hat jedenfalls auch nicht dazu geführt, auf die Option zu verzichten, notfalls mit allen erdenklichen Mitteln ‚Feinde‘ – wie seinerzeit wehrlose japanische Zivilbevölkerung – zu vernichten.

Im Hinblick auf Japan wie auch Deutschland muss man sich fragen, wer oder was jeweils besiegt worden ist. Was letzteres angeht, so fällt die Antwort nur auf den ersten Blick leicht: besiegt wurde das nazistische Regime, genannt Drittes Reich, dessen vernichtende Niederlage als Befreiung zu deuten einen Bundespräsidenten noch vier Jahrzehnte danach angeblich besonderen Mut kostete. Schon das zeigte, dass von einem nachhaltigen und unzweideutigen Sieg über tief in den rassistischen Nationalsozialismus verstrickte Loyalitäten selbst nach so langer Zeit nicht die Rede sein konnte. Und sicherlich wurde nicht der Nazismus als solcher besiegt, der sich in diversen Ländern längst wieder erholt hat. Erst recht nicht besiegt wurde ein militarisiertes Denken, das massiv vernichtende Gewalt als politische Option jederzeit in Betracht zu ziehen bereit ist.

Auch daran könnte der Historiker Reinhart Koselleck gedacht haben, als er die aller Erfahrung widersprechende Hoffnung zum Ausdruck brachte, die Zukunft möge uns Siege ersparen.²⁷ Verlieren durch Krieg nicht in Wahrheit *alle*? Erst recht durch einen Krieg, der auf einen Holocaust oder Erdkrieg, wie ihn Bernhard Taureck nennt, hinauszulaufen droht? Sollten wir deshalb mit Alexander Demandt einen „Sieg über den Polemios“ für notwendig und denkbar halten (DW, 178)?

Zieht man aktuell maßgebliche Strategie-Papiere zu Rate, so sind wir davon weiter entfernt denn je. Zwar ist von „Endsiegen“ aus naheliegenden Gründen nicht mehr viel die Rede. Selbst radikalen Feinden wie etwa

27 Reinhart Koselleck, „Erfahrungswandel und Methodenwechsel“, in: Christian Meier, Jörn Rüsen (Hg.), *Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik, Bd. 5. Historische Methode*, München 1988, S. 13–61, hier: S. 60 f.

Terroristen droht man nur mehr *infinite justice* an, die sich in unaufhörlicher und nicht enden wollender Verfolgung manifestiert. Doch von *Sieg-Surrogaten* will man nicht lassen. Bei genaueren Hinsehen zeigt sich denn auch, dass man durch Eskalationsdominanz erreichen will, jederzeit dazu in der Lage zu sein, jeden erdenklichen Krieg zu gewinnen, wie es in der Dokumentation der aktuellen amerikanischen Nuklearstrategie heißt.²⁸ Liefert man sich aber nicht gerade durch hartnäckig aufrechterhaltene Siegesphantasmen erst recht dem Krieg aus, auch wenn es sich um Surrogate wie die besagte Eskalationsdominanz handelt?

Wie hätte man sich demgegenüber einen durchgreifenden Verzicht auf solche Phantasmen vorzustellen; vorausgesetzt, man hält ihn überhaupt für möglich und nimmt nicht von vornherein an, letztere seien viel zu tief in der menschlichen Psychoökonomie verwurzelt, als dass man sie je loswerden könnte?

Eine Minimalbedingung wäre, sich mit der Existenz von Feinden abzufinden und sie nicht auslöschen zu wollen in der irrigen Illusion, sich ein für allemal von ihnen befreien zu können.²⁹ Welche Formen des Umgangs mit Feinden, die am Leben bleiben sollen, kann es dann aber geben? Nur die sie „schonende Unterwerfung“ (DW, 53) oder „Unschädlichmachung“ durch Internierung? Wie könnte bzw. *dürfte* die aussehen – wenn nicht wie in Guantánamo, wo man die Inhaftierten ganz und gar ihrer Rechte beraubt hat? Und wie könnte konsequente und radikale Weigerung, sich in die Vorbereitung nächster finaler Siege über Feinde verstricken zu lassen, praktisch und im kollektiven Maßstab Gestalt annehmen?

Anlässe zu künftigen, neuen Verfeindungen gibt es in Hülle und Fülle; von ungerechten Güterverteilungen über anhaltende ökologische Misswirtschaft bis hin zu populistischen Formen der Aufwiegelung und der Suche nach neuen Sündenböcken in ethnischen Konflikten – von den bekannten Begehrlichkeiten militärisch-industrieller Komplexe ganz abgesehen, die wie ein Selbstläufer immer neuen Bedarf an zu verschwendenden Waffen produzieren. Pure juridistische Illusion wäre es, zu glauben, institutionalisiertes Recht könne all dem von vornherein so entgegenwirken, dass man keinen finalen Sieg über die jeweiligen Feinde mehr in Betracht zu ziehen bräuchte.

28 Vgl. www.The-rise-of-us-nuclear-primacy.

29 Vgl., *Renaissance des Menschen? Zum polemologisch-anthropologischen Diskurs der Gegenwart*, Weilerswist 2010.

Wenn man mit allen Mitteln einen finalen Sieg über Feinde zu erzwingen versuchen würde, würden auch die vermeintlichen Sieger kein für sie lebenswertes Leben mehr führen können, anderslautenden strategischen Diagnosen zum Trotz. Doch die fragwürdige Aussicht auf Siege, die gleichsam sich selbst ruinieren und sich insofern als unmöglich erweisen, reicht erfahrungsgemäß nicht dazu aus, jegliches Liebäugeln mit ‚finalen Lösungen‘ zu unterbinden. Und zwar deshalb nicht, weil das Verhalten von Feinden scheinbar gar keinen anderen Ausweg erkennen lässt, als ihnen eine sie vernichtende Niederlage zu bereiten.

Ungeachtet der Unmöglichkeit eines finalen Sieges erscheint es den Feinden der Feinde regelmäßig als alternativlos und insofern sinnvoll, ihn anzustreben. Sind die Feinde nicht für die Androhung und Zufügung des Schlimmsten verantwortlich? Verspricht dagegen etwas anderes zu helfen als deren Ausschaltung? Könnte man an diesem Denken etwas zu ändern versuchen? Könnten sich auch hier Strategien der Desillusionierung bewähren? Oder muss es von vornherein als illusorisch erscheinen, das Siegesphantasma bereits dort zu unterminieren, wo es als Antwort auf eine feindliche Gefährdung auftaucht?

Die genannten Punkte listen vorläufige Desiderate dringlicher Auseinandersetzung mit Phänomenen und Begriffen kriegerischer Gewalt auf; Desiderate, die auch in der vorliegenden einzelwissenschaftlichen Forschung bislang nicht befriedigend bearbeitet werden konnten. Am Ende laufen sie auf die Herausforderung einer zentralen Frage hinaus, nämlich der, ob wir uns heute einen Begriff vom Politischen machen können, der den Gedanken eines finalen Sieges bzw. einer fatalen ‚Endlösung‘ durch vernichtendes Handeln selbst dann zurückweist, wenn man es mit radikalen Feinden zu tun zu haben glaubt. Verzichtet man *nicht* auf diesen Gedanken, wird vernichtende Gewalt immer eine Option bleiben, die im Politischen von Anfang an für den Fall mitgegenwärtig sein wird, dass man keinerlei Koexistenz mehr für möglich oder erträglich hält. Zumindest so würde sich der *pólemos* wenn nicht als unumschränkt ‚herrschender‘, so doch als permanent drohender gegen alle Anstrengungen der Befriedung der menschlichen Verhältnisse behaupten. Und darüber dürfte man sich keinerlei Illusionen hingeben.

Vor diesem komplexen Hintergrund hat Bernhard Taureck nun den ambitionierten Versuch einer philosophischen Theorie des Krieges vorgelegt, die sich mit enormen Herausforderungen konfrontiert sieht: ‚Der‘ Krieg wechselt quasi vor unseren Augen seit längerem sein Erscheinungsbild, wie es schon Clausewitz festgestellt hat, ohne im Geringsten eine digitale

Dimension ahnen zu können, in der kaum noch zu ortende *cyberattacks* ganze Systeme lahmlegen können, ohne dass Blut fließt... Dabei ‚droht‘ Krieg vielerorts, täuscht uns durch vorübergehendes Verkümmern und bricht unversehens wieder aus, um eine überraschte Weltöffentlichkeit an ihre fatale Vergesslichkeit zu erinnern. Woran sie nicht permanent medial erinnert wird, gerät ihr binnen Kurzem wieder ‚aus dem Sinn‘ und lässt die Vernunft schlafen, während der Krieg *incognito* weiter sein ungeheuerliches Unwesen treibt – vielfach kaschiert und in einer begrifflichen Nacht, in der das Hegel’sche „Auge des Begriffs“ mit Blindheit geschlagen ist, die auch prophetisches Sehen nicht aufzuhellen vermag. Nicht zuletzt auch angesichts der Geheimhaltung, in der jene Angriffe mit kaum absehbaren Konsequenzen vorbereitet und in Simulationen bereits durchgeführt wurden, sind auch die meisten Wissenschaften mit ihren überkommenen Methoden überfordert, wenn sie etwa psychologisch, historisch oder politikwissenschaftlich zur ‚Erklärung‘ alter und neuer Formen kriegsgerischer Gewalt und deren künftiger Verhütung beitragen sollen. Weniger denn je kann es eine einzige wissenschaftliche Disziplin mit dem Krieg aufnehmen. Zugleich und gerade deshalb bleibt er unsere, öffentliche, jede(n) angehende Angelegenheit. Daran erinnert Bernhard Taureck mit Nachdruck, unter Einsatz seiner ganzen Bildung und mit großem Recht, ohne sich hinter irgendwelchem Expertenwissen zu verschanzen. Wir alle, als Leser, ganz gleich welcher kulturellen, ideologischen, geschichtlichen oder ‚identitären‘ Provenienz, sind seine Adressaten und dazu aufgefordert, kriegsgerische Gewalt als unsere Angelegenheit zurückzufordern, die *thinktanks* und sogenannten Denkfabriken nicht überlassen bleiben darf. Insofern Bernhard Taureck gewissermaßen die Rückendeckung *seiner*, nämlich der philosophischen Disziplin dabei preisgibt, geht er unvermeidlich das Risiko einer interdisziplinären Anfechtbarkeit ein, wie es in Hülle und Fülle vorliegende Expertisen zum Thema Krieg sonst kaum je tun. Dafür wird ihm mit den nachfolgenden Kommentaren auf spezielle Weise gedankt. Nicht im Ton selbstgerechten Besserwissens, sondern besonnener Rückfragen, konstruktiver Einwände und der scharfen Markierung von Desideraten, die das Weiterdenken in diesem außerordentlich schwierigen Feld für alle noch anspruchsvoller machen, als es ohnehin schon ist. So gesehen fällt unvermeidlich alles, was kritisch eingewandt und zur Diskussion gestellt wird, auf die Diskutierenden selbst zurück, wenn sie (anders) weiterdenken wollen. Genau das, und nicht etwa ein quasi forensisches Zu-Gericht-Sitzen über dankenswerterweise von einem Anderen Vorgesdachtes, ist ja auch der Sinn jeder akademischen Auseinander-

setzung, die mit der folgenden, nach allen Seiten hin offenen Diskussion zugleich jeder und jedem zugänglich sein sollte, die bzw. der sich wie die hier Beitragenden nicht damit abfinden mag, dass kriegerische Gewalt in alten und neuen Formen bis auf Weiteres jeglicher nachhaltigen Befriedung der menschlich-unmenschlichen Verhältnisse spottet.

Der Herausgeber, im November 2020

I

Eröffnung

Drei Wurzeln des Krieges, und warum nur eine nicht ins Verderben führt

Bernhard H. F. Taureck

1. Das Phänomen Krieg
2. Eine synthetische Kriegsdefinition
3. Die Grammatik des Raubkriegs bei Thukydides
4. Das Scheitern der Notwendigkeitsbegründung des Krieges bei Kant und Hegel
5. Die Illusionswurzel des Krieges bei Heraklit
6. Bestätigung der drei Kriegswurzeln bei Giraudoux
7. Alternativen?

Um über Kriege etwas Sachhaltiges zu formulieren, wird in der Folge nicht nur auf Kant und Hegel, welchen man einen Nachweis der Notwendigkeit des Krieges zutraut, sondern vor allem auf zwei antike Autoren zurückgegangen. Der eine ist Thukydides. Er deckt die Kriegswurzel der Raubkriege auf. Der andere ist Heraklit. Dessen Wort vom Krieg als König und Vater wird teils zu bloßem Zitiergebot, teils dient es als selbstverständliche Kriegerrechtfertigung. Es wird zu zeigen sein, dass dieser Satz eine Warnung enthält, die zu beachten in unserer Zeit noch lebenswichtiger als zuvor wird.

1. Das Phänomen Krieg

Krieg, der Einsatz kollektiver Gewalt gegen kollektive Gewalt, hat mit Unfällen zwar das Außergewöhnliche gemeinsam. Doch Unfälle sollen nicht geschehen. Krieg dagegen bildet eine Entfesselung von kollektiver Gewalt, die sonst nirgendwo zu beobachten ist und die überall untersagt, nicht erlaubt, die strikt untersagt ist. Krieg bedeutet *Erlaubnis zu maximaler Entfesselung des gewöhnlicherweise Unerlaubten*. Es ist schlicht unerlaubt, fremdes Eigentum zu beschädigen oder sich durch Gewalt anzueignen. Es ist schlechterdings unerlaubt, fremdes Menschenleben anzutasten, zu verletzen oder zu töten. Es ist schlechterdings unerlaubt, sich an Kin-

dern und Frauen zu vergreifen und Kinder mit Waffen auszurüsten. Der Krieg lebt jedoch von all dem.

2. Eine synthetische Kriegsdefinition

Wenn man davon ausgeht, dass die bestehenden Kriegsdefinitionen zu-
meist eher analytisch ausfallen, so wird eine synthetische Kriegsdefinition
erforderlich, die dem Subjekt Krieg Prädikate zuschreibt, die weder offen-
kundig noch auch versteckt in dem Subjekt enthalten sind. Als eine solche
synthetische Kriegsdefinition schlage ich vor: *Krieg bezeichnet eine
ruhmreiche kollektive Erbeutungsaktion, die zusätzlich als Notwendigkeit
deklariert wird und die auf einer Illusion letztlcher infolge Krieg zu errei-
chender Vorteile beruht*. Dieser synthetische Kriegsbegriff wurde in der
Bezugnahme auf Kriege jedoch im Lauf der Geschichte in zwei gesonder-
te Teile zerlegt. Kriege galten als ruhmreiche Erbeutungsaktionen, denen
nach Bedarf das Prädikat der Notwendigkeit hinzugefügt wurde. Dass
Kriege zugleich auf Illusion beruhten, wurde dagegen in der Regel vom
Verständnis des Krieges abgezogen.

Die vorgeschlagene synthetische Kriegsdefinition als Ganze läuft auf
eine Dekonstitution des Krieges hinaus. Krieg erscheint als drei konzentri-
sche Kreise aus ruhmreicher Beute, Notwendigkeit und Illusion. Ob man
induktiv mit der ruhmreichen Beute beginnt und mit illusionären Vorteilen
endet oder ob man deduktiv mit der Illusion beginnt, Kriege erweisen sich
in beiden Richtungen als Illusion oder sie werden als solche nachgewie-
sen. Dass Kriege ruhmreiche Erbeutungsaktionen bezeichnen, wurde in
der römischen Antike offenkundig und dort von dem Historiker Livius als
praeda und *gloria* fixiert. Autoren wie bereits Platon und später Voltaire
oder Schopenhauer haben dieses Urteil nachdrücklich bekräftigt.

Seit 2001 hat die US-Administration bewiesen, dass sie in der Lage ist,
die Elemente von ruhmreicher Beute und Notwendigkeit unter anderen
Bezeichnungen als Konzept einer globalstrategischen Option zu praktizie-
ren. Dass gegen ein Abstraktum namens „Terrorismus“ Krieg geführt
wird, dürfte dabei Teil der Namensverfremdung sein.

Von den verschiedenen Kriegsdefinitionen hebt sich die von Clause-
witz ab, welcher ihr das synthetische Prädikat gibt, Fortsetzung der Politik
mit anderen Mitteln zu sein. Diese Definition halte ich deshalb für unzu-
treffend, weil Kriege, indem sie das Unerlaubte legalisieren, Ausdruck
von gescheiterter Politik darstellen. Zutreffend ist dagegen bei Clausewitz,
Kriege als auf Vernichtung des Feindes ausgerichtet zu beurteilen. Doch

das Vernichtungsziel wurde bisher nicht erreicht. Erst mit dem Atomkrieg wurde die Vernichtung zu Option, in der sich Illusion und Verblendung über die nunmehr unbegrenzte Vernichtung durchdringen.¹

3. Die Grammatik des Raubkrieges bei Thukydides

Worum geht es im Melierdialog des Thukydides? Wie in meinem Buch *Drei Wurzeln des Krieges. Und warum nur eine nicht ins Verderben führt*² im Detail aufgezeigt, bietet er eine Anatomie eines Raubkrieges im Stadium einer sonst nirgendwo aufgezeichneten vollständigen Kommunikation über die politisch-militärische Differenz im üblicherweise kommunikationsverstellten Raum eines bereits in Gang gesetzten Raubkrieges. Wenn es sich so verhält, dann liefert der Dialog Aufschlüsse über das, was die banale Bestimmung von Krieg als bloß ruhmreicher Raubzug nicht sagt. Dieser Aufschluss besteht in dreierlei Hinsicht: Erstens, die tatsächlichen Einstellungsweisen der Aggressoren kommen ans Licht. Zweitens, die Gründe für Protest und Widerstand gegen Raubkrieg und die Möglichkeit ihn zu vermeiden, zeigen sich in vollem Umfang. Drittens, die zeitgebundenen Züge der athenischen Raubkriegsaktion im Kontext des 27 Jahre dauernden Peloponnesischen Krieges (431 bis 404) gewinnen zugleich allgemeingültige Konturen. Es wurde im Detail dargelegt, wie diese drei Aufschlüsse im dialogischen Hin und Her mit unaufdringlicher Evidenz nach und nach erfolgen. Welche Strukturen liegen ihnen noch zugrunde? Vereinfacht gesprochen, handelt es sich um eine Struktur der erwünschten Zerstörung des Politischen zugunsten eines Raubkrieges einerseits, und andererseits um eine Struktur der Bewahrung des Politischen in der argumentativen Abwehr von Gewalt. Der Melier-Dialog ist daher zugleich ein Dokument der Verzweiflung und der Hoffnung. Verzweiflung, weil die Melier vor physischer und politischer Vernichtung stehen, welche die arroganten Athener Demokraten ihnen, unbeeinflusst von ihren Gegenargumenten, aufnötigen. Hoffnung, weil die Melier eine Argumentation der Hoffnungsbegründung leisten und sich von ihrem Logos der Gerechtigkeit nicht abbringen, sondern diesen beständig neu verstärken lassen. Verzweiflung infolge eines unbeirrbaren Raubkriegsbegehrens, Hoffnung infolge einer politisch-ethischen Selbsterhaltung angesichts eines kriege-

1 Vgl. Michael Howard, *Clausewitz*, Oxford 2002, S. 74 f.

2 Bernhard H. F. Taureck, *Drei Wurzeln des Krieges. Und warum nur eine nicht ins Verderben führt*, Zug 2019.

risch absichtlich herbeiführten Scheiterns der Politik. Die Melier beanspruchen mit ihrem Logos der Gerechtigkeit ein Recht auf Respektierung einer Ruhe von gewaltsamen Einschränkungen der Gestaltung ihres Gemeinwesens. Die Athener dagegen stellen einen Unterwerfungsanspruch, nach welchem Melos steuerpflichtig und ohne politische Selbstbestimmung wäre. Andernfalls droht Melos die physische Auslöschung. Da den Athenern jeder Anlass für ihren Unterwerfungsanspruch fehlt, ist ihr Handeln einer eigenen Rechtfertigung ausgesetzt. Das Motiv der Athener ist Beute, welche sie entweder durch Steuereinnahmen von Entrechteten oder durch Verkauf der versklavten Frauen und Kinder erzielen. Von diesem Motiv jedoch reden sie fast nicht. Vielmehr suchen sie nach einer noch stärkeren Begründung und finden sie im Logos der Stärke und der Gewalt.

Indem die Angreifer vor dem angekündigten Akt der Gewalt die Opfer vor die Wahl stellen, Vasallen zu werden oder einen aussichtslosen Krieg zu verlieren, soll eine Kommunikation auf der eigentlich kommunikationsentzogenen politisch-militärischen Grenzlinie stattfinden. Auf ihr kann jede Seite entgegengesetzte Wahrnehmungen vorbringen. Aus der Sicht der grundlos Angegriffenen beginnt jenseits der Grenzlinie das Unrecht. Diesseits ist der Logos der Gerechtigkeit für die politische Selbstbestimmung maßgeblich. Dieser Logos schließt nicht ein, dass Staaten, wenn sie sich neutral verhalten, zugleich Freunde mit den anderen Gemeinwesen sind. Doch die Melier wollen gegenüber Athen und seinem Seebund neutral und dennoch Freunde sein. Das ist mehr, als eine Politik der Neutralität beinhaltet. Neutralität besagt politische Indifferenz, Freundschaft wohlwollende Zuneigung. Der Widerspruch zwischen Freundschaft und Neutralität würde sich, sofern die Melier Freundschaft nicht nur zum Schein anbieten, dann auflösen, wenn die Melier staatliche Neutralität und *gesellschaftliche* Freundschaft anbieten. Im Unterschied zu den Meliern betrachten die Athener die politisch-militärische Grenze nicht als Grenze zum Unrecht. Indem sie das Recht nicht als konfliktunabhängiges Instrument zur Konfliktbearbeitung verstehen, benötigen sie eine andere Bezugsgröße zur Konfliktbearbeitung. Wie dargelegt, besteht diese in einem Logos der Stärke, der auf fünf Sätze eines politischen Realismus hinausläuft.

Der Melier-Dialog zeigt zumindest dreierlei: Erstens, *Krieg* ist Bruch mit dem Politischen in Gestalt eines *gewaltsam herbeigeführten Scheiterns politischer Gestaltung*. Zweitens, das herbeigeführte Scheitern des Politischen folgt einem *Logos der Stärke*, der ein *Pseudo-Logos* ist. Er bildet eine Performanz von Gewalt und stellt den *Machtbezüge parodieren-*

den Auftakt eines *Raubkrieges* dar, welcher im Namen von Sicherheit die Sicherheit vor weiteren Angriffen zu verbürgen vorgibt. Drittens, dem Logos der Stärke wird ein *Logos der Gerechtigkeit* und damit *Widerstand* entgegengesetzt. Statt Unterwerfung zu praktizieren, strebt der Logos der Gerechtigkeit nach Erhaltung *politischer Gestaltungsmöglichkeit*.

4. Scheitern der Notwendigkeitsbegründung des Krieges bei Kant und Hegel

Es findet sich bei Kant die Vorstellung, dass Kriege als Plan und Absicht der Natur verstanden werden können, zu einem Friedenszustand zu gelangen.³ Kant weiß, dass er hier irgendwie mythologisch argumentiert. Er nennt die Absicht der Natur daher auch *Vorsehung* und spricht davon, auf diese Weise gewissermaßen „einen Leitfaden *a priori*“ des Verständnisses der *Weltgeschichte* zu liefern, der mit der empirischen Geschichte vereinbar ist.⁴

Diese Argumentation besitzt zwei Schwierigkeiten. Zum einen wird durch die Metaphorik einer Absicht oder eines Plans, welcher der Natur beigelegt wird, diese nicht wirklich zu einem Tätersubjekt. Dies vermag und will Kant nicht ändern, andernfalls würde er eine naive Mythologie betreiben, die unglaublich ist. Die Naturabsicht von Kriegen, die um des Friedens willen geführt werden, bleibt daher etwas Irreales, bleibt eine kontrafaktische Annahme. Dann aber wird der starke Zwang, welche eine als Vorsehung verstandene Natur mittels Krieg auf die Menschen ausübt, doch wiederum zu einer lediglich schwachen Annahme. Die zweite Schwierigkeit besteht darin, dass nicht eigentlich der Krieg das welthistorische Apriori bildet, sondern Krieg, sofern er einen globalen Friedlichkeitszustand hervorbringt. Wie hat man sich das vorzustellen? Wie soll es möglich sein, dass, je mehr kriegerisch zerstört wird, desto mehr am Ende friedlich aufgebaut wird? Es gibt dafür zwei Erklärungen. Die erste ist empirisch-historisch und besagt, dass Kriege stets mit einem von den Siegern bestimmten Frieden enden. Doch von dieser Art Frieden weiß Kant, dass dies lediglich eine Art Waffenstillstand und eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist. Ein stabiler Globalfrieden wird auf diese Weise nicht erreicht. Als 1945 das Unwesen des nationalsozialistischen Krieges beendet und mit der Gründung der UNO die Möglichkeit von glo-

3 Immanuel Kant, *Werke Bd. VI*, Darmstadt 1966, S. 42 f.

4 Kant, *Werke Bd. VI*, S. 49.

balem Frieden geschaffen wurde, war zum Beispiel klar, dass eine wenig friedliche ideologische Bipolarität Nachfolgerin des Kriegszustands war. Daraus folgt, dass der durch Kriege erzeugte Frieden Kants noch eine gänzlich andere Bedeutung haben müsste als die eines instabilen Friedens nach Kriegshandlungen. Worin könnte sie bestehen?

Wer sich an das Neue Testament erinnert, dem wird der Schlussteil bekannt sein, die Offenbarung des Johannes. Offenbarung heißt auf Griechisch *apokálypsis*. Man spricht daher auch von der Johannes-Apokalypse. Apokalypse wird jedoch mit einem Untergang der Menschheit verbunden, begleitet von Angst und Schrecken. Mit Recht, denn diese Offenbarung ist in vieler Hinsicht eine Offenbarung des Schreckens. Die apokalyptischen Reiter leiten ein, worum es in der Apokalypse gehen wird, nämlich um die Wiederkehr Christi am Ende dieser Welt, der seinen Widersacher in einer finalen Schlacht besiegt. Die gesamte Erde wird vernichtet, und Gott schafft eine völlig neue Erde mit einer Stadt ganz aus Licht und ohne Schatten und Tod, in welcher die Gottheit bei den Menschen wohnt. Der Verfasser dieses Textes liefert damit eine Erzählung eines von Gott geführten totalen Krieges, der von einem ebenso totalen Frieden abgelöst wird. Es wird also die für Europa wichtige Erzählung eines Krieges geboten, der zwar nicht den gesuchten Zwang der Weltvernunft, aber einen Zwang eines monotheistischen Gottes besagt. Der theologische Anspruch auf göttliche Offenbarung versteht sich nicht als Apriori der Vernunft. Der theologische Anspruch geht vielmehr davon aus, dass die Vernunft mit ihrem Apriori die Geheimnisse der Gottheit nicht zu erschließen vermag. Trotzdem ist eine sich nahelegende Frage erlaubt: Versucht Kant eine säkularisierte Analogie zur Johannes-Apokalypse zu bilden? Soll das zerstörende und aufbauende Handeln der Gottheit in eine rational handelnde Natur übersetzt werden, die Krieg als Mittel zu Frieden einsetzt? Auch wenn Kant selbst sich nicht als säkularer Übersetzer der theologisch-mythologischen Friedensherstellung aus Krieg versteht, so bleibt diese Frage berechtigt. Und es sprechen tatsächlich Gesichtspunkte dafür, dass Kant die Johannes-Apokalypse säkularisiert. Kant ersetzt den Akteur Gott durch Natur, und er nimmt Frieden als Ziel der Weltgeschichte an, welches sich mithilfe von Kriegen verwirklicht. Sind diese beiden Ähnlichkeiten nicht bereits hinreichend für eine vollständige Analogie zwischen Apokalypse und weltgeschichtlichem Apriori? Sie sind es nicht, sondern sie besitzen eher den Nachteil, Divergenzen zu verdecken. Auffällig ist bereits eine erste Divergenz, nämlich das Ausmaß des Krieges. Bei Johannes gilt: „Kriege von nie dagewesenem Ausmaß brechen aus, so

dass die Menschen einander morden und unsagbares Leid einkehrt. [...] Die vier Reiter ziehen nicht mehr nach Norden, Süden, Osten und Westen auseinander, sondern jeder zieht über die *ganze Erde* und bringt eine bestimmte Plage mit sich.“⁵

Interessanterweise folgt daraus, dass „Weltkriege“ (die weniger überhebliche Bezeichnung für sie sollte „Erdkriege“ lauten) nicht erst 1914 begannen, sondern mehr als 1.800 Jahre zuvor. Jedenfalls dürfte die Johannes-Apokalypse der erste Beleg dafür sein, dass die Vorstellung eines die gesamte Erdoberfläche betreffenden Krieges bereits in der Antike geboren wurde, während tatsächliche Erdkriege erst im 20. Jahrhundert stattfanden. Um eine Vorstellung vom Ausmaß der Kriege in der Vision des Johannes zu erlangen, sei ein Passus zitiert, in dem Christus als Krieger auftritt, dessen Krieg gegen seine Feinde zugleich das Gericht über diese darstellt. Sein Gewand ist in Blut getaucht: Der geopfert Jesus wird zum offernd richtenden Christus, der nicht lediglich ein Schwert führt, sondern der selber Schwertwaffe ist und alle seine Feinde tötet, die den Vögeln zum Fraß dienen. Die Feinde Christi werden von diesem in einer Vernichtungsschlacht ausgerottet. Ein Maximum des Glücklichseins der Sieger wird mit einem Maximum von Unglück der kriegerischen Zerstörung erkaufte.⁶

Jetzt zeigen sich Abweichungen zwischen Johannes und Kant. Johannes geht es um die Demonstration einer unbegrenzt destruktiven Macht der monotheistischen Gottheit, Kant dagegen um eine Macht der Natur, welche eine *Verhaltensänderung der Menschheit* bewirkt. Kants Natur will mittels Kriegen lenken. Die exzessiv zürnende Gottheit der Johannes-Apokalypse will mittels Kriegsentfesselung richten. Auf eine Verhaltensänderung der Menschen wird vollständig verzichtet. Daraus folgt, dass der von der Gottheit geführte Krieg grenzenlos geschieht, während Kant eine Kriegsentfesselung unbedingt vermeiden muss. Kriege sollen – geht es nach Kant – die Menschen lehren, sie sollen die Menschheit nicht verzeihen. Wie aber will Kant verhindern, dass Kriege nicht so exzessiv werden, dass das Ziel, nämlich die Schaffung eines dauerhaft stabilen internationalen Friedenszustands, unerreichbar wird? Der Gott der Apokalypse ist bestimmt von einem Zorn, der keine Grenzen anerkennt. Er hat die Macht zu vernichten, wen oder was er vernichten will und zu erschaffen, was er er-

5 Eduard Lohse, *Die Offenbarung des Johannes*. Übersetzt und erklärt von Eduard Lohse, Göttingen 1988, S. 47 f.; meine Hervorhebung.

6 Offenbarung Joh. 19.11–21; zit. n. Lohse, *Die Offenbarung des Johannes*, S. 102 f.

schaffen will. Johannes hat in die Vorstellung dieser Gottheit etwas investiert, was zwar für jedes Vorstellen nötig ist, was aber für sich selbst weder Maß noch Ziel kennt: Fantasie. Kant dagegen ist darauf angewiesen, in die Vorstellung einer Naturabsicht die schwächstmögliche Erwartung zu investieren, nämlich Hoffnung.

Eine Folgerung aus dem Vergleich zwischen der Johannes-Apokalypse und Kants Naturabsicht wird nunmehr erkennbar: Das Gemeinsame – etwas Übermenschliches erzeugt mittels Kriegen einen Friedenszustand – wird bedroht durch das ungeklärte Ausmaß der Kriege in der säkularisierten Kant-Version. Bei Johannes herrscht der Kriegsexzess. Kant kann diesen nicht nur nicht gebrauchen, sondern er müsste garantieren, dass es keinen Kriegsexzess gibt. Genau diese Garantie vermag Kant nicht zu geben. Er weiß kein Prinzip innerhalb der Naturabsicht zu benennen, was verhindert, dass die Kriege sich zur Totalvernichtung auswachsen wie in der Apokalypse. Nun ließe sich einwenden: Entsteht nicht lediglich deshalb ein Problem für Kants Argumentation, sobald man ihn mit der Johannes-Apokalypse in Beziehung setzt? Dieser Einwand scheint nur auf den ersten Blick plausibel. Denn es scheint durchaus weit hergeholt, Kants Aufklärungstext mit einem mythologisch-theologischen Text aus dem Anfang des Christentums zu vergleichen. Der Einwand verkennt jedoch, dass dieser Vergleich nicht nur für sich interessant ist, sondern zugleich als Grundlage dient, eine Lücke in Kants Argumentation aufzudecken. Es ist die Lücke des fehlenden Prinzips, welches verhindert, dass die Kriege sich entgrenzen.

Ein Blick auf die Stellung des Krieges in der Johannes-Apokalypse und in der Kant-Version als Naturabsicht zeigt folglich mit einiger Deutlichkeit, dass sich ein Kriegsapriori nicht denken lässt, mit welchem eine Weltvernunft die Menschen zwingt, auf ihre Eigenvernunft zu verzichten und sich gemäß der Weltvernunft zu verhalten. In der mythologischen Theologie des Johannes wird die Weltvernunft von einer Zornesgottheit mit entgrenzter Kriegsführung absorbiert, und Kants Naturvorsehung enthält kein Prinzip, das eine entgrenzende Ausweitung der Kriege verhindert. Sobald eine übermenschliche Macht vorgestellt und mit Krieg verbunden wird, scheint eine Regel zu gelten, die besagt: Nicht die übermenschliche Macht ist stärker als der Krieg, sondern der Krieg erweist sich als eine Art Übermacht.

Zwei Fragen sind noch offen: Gilt diese Regel auch für Hegel? Hegel verhält sich in Bezug auf das Thema Krieg ambivalent. Teils möchte er Krieg durchaus als Teil der Weltvernunft denken, die menschliches Ver-

halten zwingend lenkt, teils schreckt er vor diesem Gedanken zurück. Sein fast enthusiastisches Ja zu Heraklit spart jedoch ausgerechnet eine Deutung des Kriegssatzes 53 aus. Was also vertritt er: eine Position außerhalb des Kriegsapriori oder eine Variante desselben? Kants Naturabsicht kann er nicht gebrauchen, denn Natur gilt ihm als etwas Minderes gegenüber dem Geist.

Zusammenhängend wird das Thema des Krieges von Hegel am Ende seiner Rechtsphilosophie behandelt (§§ 323–340). Die Forschung empört sich darüber, dass Hegel Krieg als etwas Reinigendes sieht, das die See der Staaten wie die Winde „vor der Fäulnis bewahrt, in welche sie eine dauernde Ruhe, wie die Völker ein dauernder oder gar ein ewiger Friede, versetzen würde“.⁷

Die Forschung lässt ihre Empörung über diese Bemerkung dadurch besänftigen, dass Hegel einen zwar unaufhebbaren Naturzustand zwischen den Staaten annimmt (§ 333), diesen jedoch durch das Erfordernis der gegenseitigen Anerkennung mildert, wodurch völkerrechtliche Beziehungen möglich werden.⁸ In kritischer Fortsetzung der registrierten Diskrepanz zwischen einer behaupteten Kriegsnotwendigkeit und ihrer starken Abschwächung bei Hegel sei nunmehr behauptet: Hegels Denken des Krieges wird von zwei einander ausschließenden Motiven bestimmt, die er nicht reflektiert und daher nicht dialektisch vermittelt und ausgleicht. Die entgegengesetzten Motive sind einerseits Krieg als Zwang der Weltvernunft und andererseits Krieg als auf die Spitze getriebene Dummheit des Anspruchs auf Eigenvernunft.

Hegel gibt sich alle Mühe, Krieg strahlend als Vernunftnotwendigkeit zu präsentieren, und er erfindet eine Reihe kleinlaut vorgebrachter Gründe, weshalb Krieg doch eher als etwas zu gelten habe, das nicht geschehen sollte. Bei Hegel lässt sich daher lernen, zu verstehen, was es bedeuten würde, wenn Krieg tatsächlich ein Zwang der Weltvernunft wäre. Und was würde es bedeuten? In der Sprache Hegels formuliert, bestätigt Krieg die Grundstruktur des Wirklichen als *Idealität des Endlichen*. Der Staat zeige die „Idealität alles Endlichen in ihm, – die Seite, worin die Substanz, als die absolute Macht gegen alles Einzelne und Besondere, gegen das Le-

7 Georg W. F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts. Werke 7*, Frankfurt/M. 1970 (Hg. Eva Moldenhauer, Karl M. Michel), S. 493, § 324.

8 Walter Jaeschke (Hg.), *Hegel-Handbuch*, Stuttgart, Weimar 2010, S. 399 f.

ben, Eigentum und dessen Rechte, wie gegen die weiteren Kreise, die Nichtigkeit derselben zum Dasein und Bewusstsein bringt“.⁹

Der Einzelstaat besitzt demnach ein uneingeschränktes Vorrecht gegenüber allen Ansprüchen der Gesellschaft. Der Staat agiert als Allgemeines, die Gesellschaft nur als Besonderes. Krieg als Staatsaktion stellt sich daher folgerichtig so dar: „Der Krieg als der Zustand, in welchem mit der Eitelkeit der zeitlichen Güter und Dinge, die sonst eine erbauliche Redensart zu sein pflegt, ernst gemacht wird, ist hiermit das Moment, worin die Idealität des *Besonderen ihr Recht erhält* und Wirklichkeit wird.“¹⁰

Der Staat ist somit berechtigt, seine Bevölkerung durch Krieg zu opfern, da oder sofern der Staat aus Krieg gestärkt hervorgeht. Krieg, der Menschenleben opfert, bewahre die Menschen vor einem *Versumpfen*. Die Völker gehen *gestärkt* aus den Kriegen hervor. Krieg bringt politische *Gesundheit*.¹¹ Dass die Staaten sich das Recht nehmen, im Krieg das Daseinsrecht der wehrfähigen Bevölkerung aufzuheben, ist eine Tatsache, welche deshalb noch nicht gerechtfertigt ist, dass die Staaten sie betreiben. Dass Völker aus Kriegen gestärkt hervorgehen und dass Kriege dem Staat Gesundheit bringen, sind fehlerhafte Verallgemeinerungen. Kriege haben nicht selten zum Untergang von Völkern statt zu ihrer Stärkung und Gesundung beigetragen. Man denke an den durch Kriege bewirkten Untergang des Assyrischen Reiches, an den Untergang Karthagos, an andere, ebenfalls durch die Römer vernichtete Völker, oder die spätere Fast-Ausrottung der nordamerikanischen Indianer. Da diese fehlerhaften Verallgemeinerungen Hegels einzige Begründungen für die Vernünftigkeit des Krieges sind, bildet die Behauptung der Idealität des Endlichen für das Opferungsrecht der Staaten keine sittlich rechtfertigungsfähige Basis. Hegel bezeichnet die staatliche Opferungstätigkeit nicht mit diesem Namen, sondern spricht von der „Aufopferung für die Individualität des Staates“.¹²

Auf diese Weise wird die kalte Opferung von Menschenleben durch den Staat hinter einer warmen Aufopferung seitens der wehrhaften Bevölkerung verborgen. Für Hegel bedeutet Krieg erstens etwas zu Bejahendes, zweitens etwas nicht Vermeidbares und drittens etwas, das nicht sein oder nicht dauern soll. Seine Begründung für den Krieg als etwas zu Bejahendes scheitert an der bezeichneten fehlerhaften Verallgemeinerung. Nicht

9 Hegel, *Grundlinien*, S. 491, § 323.

10 Hegel, *Grundlinien*, S. 492, § 324.

11 Hegel, *Grundlinien*, S. 493 f., § 324, Zusatz.

12 Hegel, *Grundlinien*, S. 494, § 325.

vermeidbar sei der Krieg, weil gelte: „Der Streit der Staaten kann deswegen, insofern die besonderen Willen keine Übereinkunft finden, nur durch *Krieg* entschieden werden.“¹³

Eine merkwürdige Notwendigkeitsaussage. Sie setzt im zwischenstaatlichen Verkehr die Regel voraus, dass bestehende Differenzen am Ende allein durch Krieg ausgetragen werden können. Doch wer bestimmt, was hierbei das *Ende* ist und wann es auftritt? Es ist klar, dass diese Regel nicht besteht. Und wenn sie bestünde, so fällt die Begründung der Kriegsnotwendigkeit tautologisch aus: Krieg ist deshalb notwendig, weil eine kriegsartige Beendigung von Differenzen notwendig ist. Hegel war ehrlich oder unvorsichtig genug, § 334 mit der Bemerkung zu beenden, dass „eine kräftige Individualität durch lange innere Ruhe dazu getrieben wird, sich einen Stoff der Tätigkeit nach außen zu suchen und zu schaffen“.¹⁴

Die Kriegsnotwendigkeit liegt jetzt nicht mehr in der politischen Pseudoregel, Differenzen nicht mehr friedlich auszutragen, sondern in der Psychologie derer, die kriegsbereit sind. Auf diese Weise verliert der Krieg aber genau das, worauf es Hegel bisher ankam, er verliert seine überindividuelle Allgemeingültigkeit und erscheint als Wirkung frustrierter und aggressiver Staatslenker. Somit ist auch Hegels Begründung für seine zweite Kriegsbestimmung hinfällig, welche Krieg als etwas nicht Vermeidbares hinstellt. Die politische Notwendigkeit entpuppt sich als fragwürdig psychologische Angriffslust aus Frust. Für seine dritte Bestimmung zieht Hegel einen Satz in ein einziges, von ihm geprägtes Wort zusammen: Der Krieg ist ein „Vorübergehensollendes“, denn in ihm sei „die Möglichkeit des Friedens enthalten“.¹⁵

Was ist mit dem Krieg als *Vorübergehensollendes* gemeint? Die Fügung ist nicht eindeutig. Sie kann übersetzt werden in: Alle Kriege sollen vorübergehen. Diese Angabe impliziert, Kriege seien überflüssig. Doch eine andere Übersetzung ist ebenfalls möglich: Alle Kriege sollen, sofern sie geschehen, nicht sonderlich lange dauern. Kriege sind in beiden Fällen nicht mehr etwas zu Bejahendes, sondern etwas zu Verneinendes. Hegel fügt diese Kontradiktion und die mittlere Angabe – Kriege sind nicht vermeidbar – nicht in einen Schluss zusammen, in welchem sich ein historisches Apriori zeigt. Kriegsbejahung, Kriegsunvermeidbarkeit und Kriegsverneinung fallen auseinander. Hegels Denken des Krieges wird von zwei

13 Hegel, *Grundlinien*, S. 500, § 334.

14 Hegel, *Grundlinien*, S. 500, § 334.

15 Hegel, *Grundlinien*, S. 502, § 338.

einander entgegengesetzten Motiven bestimmt, das heißt dem Motiv, Krieg als Opferzwang der allgemeinen Vernunft zu denken und ebenso als etwas, das gar nicht oder nur kurz geschehen soll, weil es auf aggressiver Privatvernunft beruht. Politikwissenschaftlich gesehen, ist Hegel politischer Realist, der einen internationalen Naturzustand annimmt. Philosophisch gesehen, muss dieser Naturzustand deshalb bestehen, weil es höherstufige Ebenen der Kultur gibt als den Staat, nämlich die Weltgeschichte, die Kunst, die Religion und die Philosophie. Hegel ist, mit anderen Worten, politischer Realist, um philosophischer Idealist zu sein. Doch diese systemischen Zusammenhänge seien hier ausgeklammert. Es ging lediglich um die Frage, ob und wie Hegel Krieg als Zwang der Weltvernunft denkt. Da er ihn in dieser Eigenschaft als Reinigung, Gesundheit und Stärkung des Staates sieht, verallgemeinert er fehlerhaft mit der Folge, dass der Krieg nicht allgemeingültig als Zwang der Weltvernunft gelten kann.

5. Die Illusionswurzel des Krieges bei Heraklit

Heraklit lehrt: Krieg ist der entscheidende Täter. Kein militärischer Input ist hinreichend für einen Output. Nicht wir führen Krieg, Krieg führt uns. „Krieg ist Vater von allen, von allen König.“ Da dies, paradox gesagt, leicht einzusehen ist, fiel sein Verständnis gleichwohl schwer. Obwohl, wie am Beispiel der Römer in ihrem Bestandskrieg gegen Hannibal deutlich wird, die römische Kriegsführung sich abhängig sah von über- oder außermenschlichem Beistand, wird Heraklits Satz meist als ein Beispiel für dessen Naturphilosophie verstanden. Heraklit galt bereits in der Antike als „dunkler“, rätselhafter Autor, dessen Kriegsfragment 53 in der Antike keine heute noch erkennbaren Spuren einer Wirksamkeit hinterließ. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die gesamte Diskussion seines Denkens auch dann nicht populär wurde, als man ihn edierte und ausführlich kommentierte. Seine Diskussion blieb beschränkt auf die Philosophiegeschichte und auf Expertenzirkel. Auch in Diskurse über Krieg und Frieden fand er, wenn überhaupt, nicht den ihm gebührenden Eingang. Heraklits Denken liegt, wie bei den anderen vorsokratischen Denkern auch, lediglich in Form verstreuter, von späteren Autoren zitierter Bruchstücke vor. Damit sinken von vornherein alle Chancen, im Hinblick auf diesen Denker etwas Gesichertes auszusagen. Skepsis ist angesagt. Wie nicht anders zu erwarten, lassen sich die Interpreten von Skepsis bezüglich Heraklit jedoch am wenigsten leiten. Dabei geht aus Heraklits Bruchstücken kaum etwas

deutlicher hervor als Skepsis. „Menschliche Denkweise [*ethos*] hat keine Erkenntnis, göttliche hat“, heißt es einmal.¹⁶

Andere Äußerungen laufen darauf hinaus, dass *miteinander unvereinbar Scheinendes in Wirklichkeit miteinander vereinbar* ist. Für diese allgemeine Struktur gibt es eine allgemeine Formel und verschiedene empirische Beispiele. Die allgemeine Formel lautet: Alles ist Eins. „Hört man auf den Logos, so ist es weise, in Übereinstimmung mit dem Logos zu sagen, alles ist eins“ (B 50).

Alles scheint eine Ansammlung von Verschiedenem und Entgegengesetztem zu sein wie Wasser und Feuer oder Gut und Böse. In Wirklichkeit, so Heraklit, sei alles Verschiedene und gar Entgegengesetzte eins. Das Wort „Logos“ meinte im Griechischen ursprünglich die Einheit einer Sammlung, verbunden mit Sprache, die diese Einheit aussagt. Die allgemeine Behauptung von der All-Einheit belegt Heraklit mit verschiedenen Beispielen. Das vermutlich bekannteste bildet der Fluss, welcher derselbe ist, obwohl er aus beständig neu herbeiströmendem Wasser besteht. Diesen Sachverhalt drückt der Denker als Erfahrung und als eine Art Anleitung zu einer Erfahrung nach dem Motto aus „Wer sich so und so verhält, der wird erfahren, dass denen, „die dieselben Flüsse hineingehen, andere und andere Wassermengen entgegenströmen“ (B 12).

Wenn man meint, Bewegung sei Veränderung, so zeigt folgendes Beispiel, dass sie Identität bewirkt: „Auch der Gerstentrank zersetzt sich, wenn man ihn nicht umrührt“ (B 125).

Ein anderes Beispiel zeigt, dass eine gradlinige und eine Kreisbewegung dasselbe sind: Schrauben lassen sich nur dann gradlinig in ein Material einbohren, wenn sie kreisförmig bewegt werden (B 59). Ebenso fängt eine Kreislinie dort an, wo sie endet (B 103). Auch in einer Leier und einem Bogen (Schießwerkzeug) geben die auseinanderstrebenden Teile ein harmonisch Ganzes (B 51).

Wie hängt diese Vereinbarkeit des Unvereinbaren mit dem Kriegsfragment B 53 zusammen? Eine Antwort liegt nahe: Ein und derselbe Krieg hat entgegengesetzte Wirkungen, nämlich Besiegte und Sieger. Der Krieg bildet in diesem Fall lediglich ein weiteres Beispiel in der Reihe des Flusses, des Mischtranks, der Schraube, des Kreises, der Leier, des Bogens. Hätte Heraklit nur dies mitteilen wollen, so hätte er dies auch dementsprechend ausgedrückt, etwa als „Aus demselben folgt Entgegengesetztes wie

16 Hermann Diehls, Walther Kranz (Hg.), *Die Fragmente der Vorsokratiker*, 3 Bde., Berlin¹⁰1961, Band 1, B 78.

im Krieg, aus dem zugleich Sieger und Besiegte hervorgehen.“ Eine derartige Formulierung fehlt bei Heraklit.

Nirgendwo heißt es, dass der Logos oder der Kosmos Krieg (*pólemos*) sei. Dennoch hat sich die Vorstellung etabliert, Heraklit vertrete eine Lehre, die den Krieg im Sein selbst erblicke. Das Sein geschehe als Krieg. Der französische Denker Emmanuel Levinas legt als Bedeutung der Politik und Ontologie zugrunde, dass sie krieglerisch sei: „Die Kunst Kriege vorauszusehen und mit allen Mitteln zu gewinnen – die Politik – stellt sich nunmehr als Tätigkeit der Vernunft selbst dar. [...] Man muss nicht mithilfe dunkler Fragmente Heraklits beweisen, dass sich das Sein als Krieg offenbart.“¹⁷

Wir sehen von Levinas' Behauptung ab, das Sein sei selbst Krieg und Heraklit lediglich eine dunkle Spur dieser Tatsache. Es besteht vielmehr Grund zum Zweifel daran, dass Heraklit den Krieg in den Logos und Kosmos hineinnimmt. Es gibt zum Glück auch begründeten Protest gegen eine ontologische Deutung von B 53. Die ontologische Rede vom *pólemos* entlehnt das Wort der politischen Erfahrung, deformiert diesen Zusammenhang aber bis zur Unkenntlichkeit, urteilt treffend der Philosoph Burkhard Liebsch.¹⁸ Das politische Phänomen des Krieges wird ontologisch verfremdet und entpolitisiert. Der Skandal besteht darin, dass die ontologische Deutung des Krieges die Spur des politisch mit Gewalt ausgetragenen Krieges nicht loswerden kann, ohne ein Bedeutungsvakuum zu erzeugen, gegen welches es nur das fatale Mittel gibt, empirische Feindschaft, Gewalt und Krieg durch krieglerische Strukturen des Seins selbst zu entschuldigen. Die Neigung, Heraklits Philosophie als eine universelle Kriegelehre zu verstehen, erscheint daher bedenklich. Krieg besitzt bei Heraklit nachweislich eine konfliktbezogene und eine friedensbezogene Bedeutung. Konfliktbezogen wird wie folgt argumentiert: „Es muss eingesehen werden, dass der Krieg allgemein ist und die Gerechtigkeit Zwietracht [*éris*] und dass alles gemäß der Zwietracht entsteht und Anwendung findet“ (B 80).

Vielleicht wird das Verständnis erleichtert, wenn man diese Äußerung in Form einer Begründung interpretiert, in welcher der Krieg die Folgeform darstellt: „Sofern oder weil alle Gerechtigkeit konfliktbezogen ge-

17 Emmanuel Levinas, *Totalité et infini. Essai sur l'extériorité*, The Hague, Boston, Lancaster 1961, S. IX.

18 Burkhard Liebsch, *Gastlichkeit und Freiheit. Polemische Konturen europäischer Kultur*, Weilerswist 2005, S. 329.

schieht und nur im Konflikt entschieden wird, deshalb muss die Folgerung gezogen werden, dass der Krieg allgemeingültig ist.“ Ersichtlich enthält der Satz zwei Gedanken: Gerechtigkeit ist Entscheidung über Strittiges in Konflikten, und Krieg ist die grundlegende Situation. Der erste Gedanke ist zulässig. Gerechtigkeit kann als Lösung von Streitfällen gelten. Gäbe es nichts Strittiges, so wäre keine Gerechtigkeit erforderlich. Gerechtigkeit erscheint als Gerechtigkeit von Streitfällen und bildet insofern einen Relationsbegriff. Wie aber gelangt man von hier aus zum Krieg? Es bleibt nur eine Möglichkeit: Krieg ist Konfliktlösung. Wenn alle anderen Formen der Konfliktlösung versagen, ist Krieg die *ultima ratio*, der letzte Ausweg. *Ultima ratio regium* (letzter Ausweg der Könige) ließ Louis Quatorze auf seine Kanonen schreiben. Ein letzter Ausweg bestimmt in letzter Instanz über Konflikte. Was in letzter Instanz über Konflikte bestimmt, steht auch noch über der Gerechtigkeit. Also ist der Krieg in dem Sinn allgemein, dass er auch noch über die Gerechtigkeit gebietet. Dann aber folgt, dass Krieg nichts Gerechtes ist, sondern ein Konflikt, der nicht mehr mit Gerechtigkeit entscheidbar ist. Gerechtigkeit ist dann lediglich eine Konfliktmilderung, und der Konflikt ist das allgemeine Geschehen, das sich nicht kontrollieren lässt. Wenn dies von Heraklit vertreten wird, so ist seine Bemerkung offenkundig nicht konsistent. Denn nunmehr ist der Konflikt und nicht der Krieg das Allgemeingültige. Konflikte können, wie Cicero fand, mit Verhandlung oder mit Gewalt gelöst werden. Krieg ist eine Ausnahmelösung von Konflikten, nicht das Grundgeschehen. Das konfliktbezogene Kriegsverständnis Heraklits führt daher nicht zu dem, was man ihm gern zuspricht oder was er selbst zeigen möchte: dass Krieg im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Konflikte die Grundlage darstellt.

Wie steht es mit seinem friedensbezogenen Verständnis des Krieges? Den Hinweis darauf gibt der Beginn folgenden Textbruchstücks: „Gott ist Tag [und] Nacht, Winter [und] Sommer, Krieg [und] Frieden“ (B 67).

War soeben die Gerechtigkeit ein Bezugsbegriff für den Konflikt, so wird nunmehr der Krieg selbst ein Bezugsbegriff. Krieg ist Krieg nur gegenüber dem Frieden wie Vater nur Vater in Bezug auf Sohn und Tochter ist. Alle diejenigen, die den Krieg zur Struktur des Seins erklären wollen, sehen sich nunmehr damit konfrontiert, dass Krieg in dieser Äußerung lediglich als ein Beispiel einer Relationsstruktur erscheint wie die temporalen Bestimmungen von Tag und Nacht oder von Sommer und Winter. Der Krieg wird in eine Reihe natürlicher Phänomene (Tages- und Jahreszeiten) gestellt, doch er wird deshalb kein natürliches Phänomen. Er bleibt etwas

Gesellschaftliches. Fragment 67 versteht den Krieg lediglich als ein Beispiel für eine Einheit des Ganzen, die hier als „Gott“ (*theós*) bezeichnet wird. Dieser Gott ist kein mythisches Subjekt, sondern Einheit von Gegensätzen, somit eine populäre Bezeichnung für den Logos oder den Kosmos (zu *kósmos* vgl. B 30).

Bilanzieren wir: Gegenüber B 53 (Krieg als Vater und König) redet Heraklit auf dreifache Weise anders über den Krieg, möglicherweise ontologisch-kosmologisch (A 22), konfliktbezogen (B 80) und schließlich friedensbezogen (B 67). Eine ontologisch-kosmologische Stellung des Krieges erscheint wenig wahrscheinlich. Zudem würde sie der friedensbezogenen Stellung des Krieges als eines Beispiels innerhalb einer Gesamtordnung widersprechen. Die konfliktbezogene Stellung des Krieges ist inkonsistent, da in ihr nicht der Krieg (*pólemos*), sondern die *éris* (Zwietracht, Konflikt) das Grundlegende darstellt. Merkwürdig. Heraklits Äußerungen zum Thema Krieg vervielfältigen sich und ergeben keinerlei einheitliches Bild. Wie soll B 53 nunmehr verstanden werden? Hier nochmals der Wortlaut von B 53: „Krieg ist Vater von allen, von allen König, und die einen erweist er als Götter, die anderen als Menschen; die einen macht er zu Sklaven, die anderen zu Freien.“

Wenn man derzeit dazu neigt, „von allem“ oder „von allen Dingen“ statt „von allen/von allen Menschen“ zu übersetzen¹⁹, so unterstreicht dies zwar eine ontologisch-kosmologische Deutung des Fragments. Da Heraklit jedoch lediglich von den gesellschaftlichen Folgen des Krieges spricht, erscheint diese Übersetzung sinnwidrig. B 53 lässt sich weder konflikt- noch friedensbezogen verstehen. Denn in beiden Fällen ist Krieg ein Relationsbegriff. In B 53 ist der Krieg jedoch ein Täter-Subjekt, das in Relation zu den Resultaten seines Tuns steht. Zudem erscheint nur in B 53 der Krieg in metaphorischer Form als „Vater“ und „König“. In dieser Hinsicht ist Heraklit nicht originell, sondern beerbt den Mythos. Hesiod hatte Zeus als „Vater der Götter und Menschen“²⁰ bezeichnet. „König“ (*basileús*) ist ein Herrschaftstitel. Ein Basileus besaß das Ansehen eines Gottes bei Homer.²¹ Die mythologische Weltregierung ersetzt Heraklit durch eine logosbestimmte. An die Stelle einer Gottesperson tritt nunmehr etwas an-

19 Marcel Conche, *Héraclite. Les fragments*. Traduction et commentaires de Marcel Conche, Paris 1987, S. 441.

20 Hesiod, *Theogonie*, Vers 897.

21 Christoph Ulf, „Homerische Strukturen: Status – Wirtschaft – Politik“, in: Antonios Rengakis, Bernhard Zimmermann (Hg.), *Homer-Handbuch. Leben–Werk–Wirkung*, Stuttgart, Weimar 2011, S. 257–277, hier S. 275.

deres, eben der Krieg. Dass der Krieg Tätersubjekt ist, wissen wir bereits. Es bleibt nur noch zu klären, worin sein Tun besteht. Als Vater zeigt er etwas, als König schafft er etwas. Die Bezüge scheinen vertauscht. Müsste nicht der Vater etwas schaffen, indem er Kinder zeugt wie im Mythos Zeus mit Hera den Kriegsgott Ares und seine Schwester Eris, die Zweittracht, zeugt? Heraklits Kriegsvater dagegen zeugt nicht, er *zeigt*: Menschen als Menschen, Götter als Götter. Heraklit bestätigt auf diese Weise Homer und korrigiert ihn zugleich. Denn als der griechische Krieger Diomedes im Trojanischen Krieg sogar vor dem Gott Apollon nicht Halt machte, wies dieser ihn mit fürchterlicher Stimme zurecht, dass Menschen und Götter verschiedenartige Lebewesen seien.²²

Richtig, bestätigt Heraklit. Doch diese Erinnerung braucht nicht aus dem Munde eines Gottes zu kommen. Sie zeigt sich mit dem Krieg. Der Krieg selbst zeigt Götter als unsterbliche und Menschen als sterbliche Lebewesen. Hervorbringend ist der Krieg König: Er bringt die einen als Sklaven, die anderen als Freie hervor. Hat Heraklit die Bezüge vertauscht? Und wenn er sie vertauscht hat – wenn er den eigentlich hervorbringenden Vater nur zeigen und den eher zeigenden König hervorbringen lässt – liegt dann eine Verwechslung oder eine Absicht vor? Eine Verwechslung kann nicht prinzipiell ausgeschlossen werden. Sie anzunehmen scheint aber allzu billig. Interessanter ist die Frage, wie die vertauschten Rollen des Vaters und des Königs zu deuten sind. Was zeigt der Krieg als Vater und warum zeigt er? Was bringt der Krieg als König hervor und warum bringt er hervor?

Es lohnt sich, von der zweiten Frage auszugehen, und es lohnt sich, mit einer sehr kritischen Deutung zu beginnen, die nicht von einem Heraklitforscher vorgebracht wurde: „being a typical historicist, he [Heraclitus] accepts the judgement of history as a moral one; for he holds that the outcome of war is always just“ (als typischer Historizist akzeptiert er das Urteil der Geschichte als ein moralisches; denn er ist der Ansicht, dass der Kriegsausgang stets gerecht ist²³).

Eine provokative These! Der Ausgang des antiken Krieges, die Versklavung der Besiegten und das freie Schalten der Sieger, wird als moralisch gerechtfertigt behauptet. Der Sieger schreibt Geschichte und ist als Gewinner moralisch im Recht gegenüber den Verlierern. Popper liest Fragment 53 so, dass die Verteilung von versklavten Verlierern und freien

22 *Ilias*, Verse 5.431–445.

23 Karl Raimund Popper, *The Open Society and Its Enemies I*, London 1974, S. 16.

Gewinnern nicht nur ein Faktum des Kriegsausgangs darstellt, sondern ein unverbrüchliches moralisches Urteil bietet: Die Verlierer sind moralisch im Unrecht, die Sieger moralisch im Recht. Doch wo sagt Heraklit dies? Enthält er sich einer moralischen Bewertung des Kriegsausgangs, oder fügt er sie hinzu? Die Frage ist die Antwort: Er fügt keine Bewertung hinzu, sondern er enthält sich. Poppers Diktum geht eindeutig über Heraklit hinaus und legt etwas in Fragment 53 hinein, was dort nicht steht und für das es auch keine Stütze in den anderen Fragmenten und Zeugnissen gibt. Trotzdem gebührt Popper das Verdienst, einen Impuls für eine andere Lesart von Fragment 53 geliefert zu haben als jenes heraklitfremde Gerede vom Sein als Krieg. Die andere Lesart lautet: Der Kriegsausgang beraubt die Verlierer ihrer Freiheit und garantiert diese dem Sieger. Doch die Verteilung von Freiheitsentzug und Freiheitsgewinn ist lediglich eine politische und gesellschaftliche Nutzung eines Zufallsgeschehens. Selbst wenn die Verlierer sie akzeptieren, so fehlt ihr jede seinsmäßige Notwendigkeit. Seinsmäßige Notwendigkeit drückt dagegen die andere Seite des Kriegsausgangs aus: Der Krieg als Vater aller Menschen zeigt die einen als Götter, die anderen als Menschen. Seinsunterschiede können nicht geschaffen werden. Sie werden gezeigt. Die Menschen sind und bleiben Menschen, das heißt Sterbliche; die Götter dagegen sind und bleiben Götter, das heißt Unsterbliche. Die Menschen folgern zu viel aus dem Kriegsausgang. Sie sprechen sich eine seinsmäßige Notwendigkeit zu. Der Kriegsausgang schafft ihnen eine Illusion. Zugleich zeigt ihnen derselbe Kriegsausgang, dass sie sich irren. Sie sind zufällige Lebewesen, die Götter notwendige. *Ein und derselbe Krieg illusioniert und desillusioniert die Menschen.*

Diese Interpretation von Fragment 53 hat mehrere Vorteile. Sie beendet erstens sowohl die ontologischen wie die ideologischen Deutungen des Satzes. Über die ideologischen Aneignungen von Fragment 53 im Umkreis des Faschismus und in der Konzeption der internationalen Beziehungen bei Henry Kissinger wurde in meinem Buch gehandelt. Vorerst ging es nur um Ausräumung des von Popper erzeugten ideologischen Verdachts einer Siegerjustiz. Sie lässt sich zweitens mit anderen Bemerkungen Heraklits in Einklang bringen. Drittens besitzt sie den unschätzbaren Vorteil einer Beurteilung des Kriegsphänomens bis an den Rand der Gegenwart. Zum zweiten Vorteil, der Übereinstimmung unserer Deutung mit anderen Äußerungen Heraklits, ist Folgendes zu bemerken: Wie bereits bemerkt, überschätzen sich die Menschen, deren Weisheit vor Gott die eines Affen nicht überragt. Den Menschen mangelt es an Erkenntnis. So ergibt es sich, dass hinsichtlich des Todes menschliches Wissen scheitert. Es gilt: „Die

Menschen erwartet, wenn sie sterben, was sie weder erwarten noch annehmen“ (Fragment 27).

Dies könnte auch für das Verhältnis der Menschen zum Krieg gelten: „Die Menschen erwartet, wenn sie sich auf einen Krieg einlassen, was sie weder erwarten noch annehmen.“ Sie nehmen nämlich an, dass sie den Feind besiegen werden und sie erwarten, dass der Krieg ihnen Freiheit und den Verlierern Sklaverei bringt. Sie nehmen ebenso an, dass ihr Sieg und die Niederlage ihrer Feinde eine moralische und eine seinsmäßige Notwendigkeit darstellt und sie erwarten, dass sie als Helden der Notwendigkeit in eine Geschichte des Ruhmes eingehen.

„Sieger lassen keine Anklagen zu. Der Sieg ist alles. Sieger akzeptieren keine Anklagen. Das war schon immer so.“ Dies bemerkte, wie um Heraklits Illusionsdiagnose zu bestätigen, Stalin zu Mao Zedong am 16. Dezember 1949 in Moskau.²⁴

Was die Menschen nicht annehmen und nicht erwarten, ist, dass sie sich die Notwendigkeit von Sieg und Niederlage nur einbilden und dass der Krieg sie dazu verlockt und dass er ihnen ebenso aufzeigt: Menschen sind zufällige Wesen, Notwendigkeit besitzen allein die unsterblichen Götter. Für maßlose Anmaßung der Menschen verwendeten die antiken Griechen das auch den modernen Sprachen bekannte Wort *Hybris*. Heraklit schrieb: „Hybris muss noch mehr gelöscht werden als ein Großbrand“ (Fragment 43).

Hybris ist ein zerstörerisches Feuer. Sie verleitet uns auch dazu, den Ausgang eines Krieges uns als notwendigen Verdienst zuzuschreiben. Knapp eine Generation nach Heraklit hat der Dramatiker Aischylos mit seiner Tragödie *Die Perser* die vernichtende Niederlage der persischen Flotte und des Königs Xerxes in der Bucht von Salamis teilweise im Geiste von Heraklit B 53 gestaltet. Der an das Tageslicht beschworene Geist seines Vaters Darius führt aus: Xerxes, der das Meer (die Meerenge des Hellespont zwischen Europa und Kleinasien) in Ketten legen wollte, habe – als Sterblicher – die Götter für unverständlich gehalten und den Meeresgott Poseidon beherrschen wollen.²⁵ Für diese Hybris²⁶ müsse er nun mit der totalen Niederlage zahlen. Ein Dämon habe die Perser vernichtet.²⁷

24 Harrison E. Salisbury, *Die neuen Kaiser. China in der Ära Maos und Dengs*, Frankfurt/M. 1992, S. 124.

25 Aischylos, *Die Perser*; Verse 749–750.

26 Ebd., 808, 821, 831.

27 Ebd., 724 f., 911.

Damit zeigt Aischylos an der Position eines Kriegsverlierers auf, was, unserer Deutung zufolge, Heraklits Kriegsfragment unter anderem zum Ausdruck bringt: Wer einen Krieg beginnt, kann von einer Anmaßung auf einen Sieg verblendet sein, mit dem er nicht nur seinen Truppen, sondern auch dem Kriegsgeschehen selbst den Ausgang befiehlt. Doch das Kriegsgeschehen selber ist stärker als diese Anmaßung. Sie zeigt dem menschlichen Akteur, der die Götter beherrschen wollte, wer bloß Mensch und wer Gott ist. Krieg wird mit Illusionen begonnen und mit Desillusion beendet.

Heraklit setzt mit Fragment 53 nicht – wie die üblichen Deutungen nahelegen – dass der Krieg etwas Notwendiges darstellt. Es ist eher denkbar, dass für ihn Folgendes gilt: Nicht der Krieg ist etwas Notwendiges – „notwendig“ verstanden als etwas, das nicht möglicherweise nicht geschehen könnte (ich folge der Deutung Quines des Modalitätsadjektivs „notwendig“²⁸) – sondern *wenn* die Menschen sich auf Krieg einlassen, dann unterliegen sie einer Notwendigkeit. Die Menschen sind frei, einen Krieg zu beginnen. Sobald sie dies tun, werden sie Teil einer vom Krieg selbst ausgehenden Notwendigkeit. Vor einem Krieg sind wir frei, mit einem Krieg werden wir dessen Knechte. Sobald Menschen mit Krieg beginnen, beginnt der Krieg sein Tun. Das hat Hannibals Ansprache an Scipio zum Ausdruck bringen wollen, um statt der Schlacht von Zama in Verhandlungen einzutreten. Das haben die Desillusionierungen des Krieges bei Pindar, bei Gorgias, Erasmus, Stendhal, Karl Kraus oder Brecht ebenfalls mitgeteilt. Das hat vor allem auch jene grausame dramatische Ironie von Schillers *Wallenstein* nahegelegt.

Wir besitzen aus der griechischen Antike in der Zeit nach Heraklit verschiedene Textstellen zum Thema Krieg. Eine unter ihnen verdient deshalb besondere Beachtung, weil sie kaum bemerkt wird und zugleich als fortsetzende Bestätigung Heraklits verstehbar ist. Sie findet sich zu Beginn von Platons Spätwerk, das den Titel *Gesetze* (*Nomoi*) trägt. Das Werk besteht aus einem langen Gespräch zwischen einem Mann aus Kreta namens Kleinias, einem aus Sparta namens Megillos und einem namenlosen Gast aus Athen. Alle drei befinden sich auf einer langen Wanderung nach der Grotte und dem Tempel des Zeus auf der Insel Kreta, auf dem sie sich über Staatsverfassung und Gesetze unterhalten. Der Kreter schildert seinen Staat, der ganz und gar auf Krieg ausgerichtet ist.²⁹

28 Willard Van Orman Quine, *Quiddities. An Intermittently Philosophical Dictionary*, London 1987, S. 140.

29 Platon, *Nomoi*, 625d–626b.

Was hier beschrieben wird, ist ein Staat, der das Prädikat *militaristisch* im starken Sinn verdient hat. Doch es handelt sich um keinen prahlerischen, sondern um einen grundsätzlich politischen Militarismus. In einen einzigen Satz zusammengefasst, besagt dieser Militarismus: *Da alle zwischenstaatlichen Beziehungen dauerhaft Kriegszustand und nur vordergründig Frieden bedeuten, müssen alle innerstaatlichen Gesetze kriegsbezogen sein und alle kriegsbezogenheit hat das Ziel, im Krieg siegreich zu sein, denn dem Sieger gehört alles, was zuvor Vorteil des Besiegten war.* Vor den Ereignissen des 11. September 2001 hätte man derartige Bemerkungen vermutlich ausschließlich historisch gelesen; seit der Ausrufung eines dauerhaften „war on terrorism“ scheint zu gelten: Frieden als dauerhafter Kriegszustand und dauerhafte politische kriegsbezogenheit ist zur Beschreibung der eigenen Gegenwart geworden. Ein archaisch anmutender Militarismus, wie ihn Platon hier absichtlich überzeichnend exponiert, scheint uns eingeholt zu haben. Dazu passen im Übrigen auch jene erwähnten zur kommunikativen Selbstverständlichkeit gewordenen Kampf-Bildungen wie Kampf gegen den Terrorismus, Kampf gegen den Hunger, Kampf gegen AIDS, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Kampf gegen Krebs, Diabetes, Herzkrankheit, Kampf gegen die Erderwärmung.³⁰

Platon ist es nicht allein zu verdanken, dass er diesen grundsätzlichen politischen Militarismus genau beschrieben hat, sondern dass er ihn souverän ad absurdum führte. Dieses Geschäft übernimmt in dem bezeichneten Gespräch der namenlose Gast aus Athen. Dieser nämlich greift die Formulierung auf, Krieg geschehe von Natur (*káta phýsin*) als Krieg aller Staaten gegen alle Staaten (*pasais pros pasas tas poleis*). Die Formulierung eines „Krieges aller gegen alle“ ist uns aus Hobbes' *Leviathan* bekannt, der etwa 2.000 Jahre nach Platon erschien, und bezeichnet dort einen Naturzustand der Menschen als Gewaltzustand, von dem sich die Menschen einst durch Gründung von Staaten, in welchen kein Krieg mehr herrschen darf, befreien. „Krieg aller gegen alle“ ist indes eine widersprüchliche Formulierung. Alle können nicht gegen alle kämpfen, sondern lediglich jemand oder eine Gruppe gegen den gesamten Rest. Platon wendet die Rede jedoch auf produktive Weise anders. Wenn alle gegen alle kämpfen, so schließe dies letztlich ein, dass jeder mit sich selbst im Krieg liegt. Politisch übersetzt bedeutet dies mit Gewalt ausgefochtene Konflikte innerhalb eines Staates, wofür die Griechen *stásis* und die Römer *bellum civile*, Bürgerkrieg, sagen. Platon kannte noch nicht jene sich über ein

30 Vgl. dazu auch Martin van Creveld, *More on War*, Oxford 2017, S. 45.

Jahrhundert hinziehenden innerstaatlichen Gewaltkonflikte der Römer, die mit der Ermordung Caesars und der verdeckten Militärmonarchie des Augustus endeten. Er betont jedoch, dass die Vermeidung von Bürgerkriegen, positiv „wechselseitiger Friede und Wohlwollen“, das Ziel staatlicher Gesetzgebung bilde (*Nomoi* 628c). Krieg (*pólemos*) sei im Unterschied zur *stásis*, zu der gewaltsamen Entzweiung der Staatsbürger, „weit minder anstößig“ (*Nomoi* 629d). Allerdings seien diejenigen, die gegen Sold den Krieg ausführen, nahezu „die unverständigsten von allen“ Menschen (*Nomoi* 630b). Diese Wertung hat sich offenbar erhalten. Van Creveld spricht davon, dass Kriegsentscheidungen von Feiglingen und der Kampf von Idioten gemacht werde: „decisions are made by cowards while the fighting is done by idiots“.³¹

In Jean-Luc Godards Film *Les Carabiniers* von 1963 werden bekanntlich zwei Männer von Soldaten eines „Königs“ für den Krieg geworben mit dem Versprechen, ihnen gehöre alles, Frauen, Häuser, Maserati-Sportwagen, Swimming-Pools. Beide Männer sind geistig so beschränkt, dass sie dies glauben und sich als Soldaten an verschiedenen Personen gewalttätig vergreifen.

Platon lehnt politischen Militarismus deshalb ab, weil dadurch die Staaten von innen bedroht werden. Sind Staaten nach innen friedfertig, so sind äußere Kriege noch immer ein Übel, aber ein geringeres als bei inneren Unruhen. Was trägt Platons antimilitaristische Argumentation und sein Votum zur Vermeidung von Bürgerkriegen zu einem Verständnis von Heraklits Kriegsfragment B 53 bei? Um nicht unsere eigene Deutung fahrlässig für gültig zu erklären, nehmen wir noch einmal ihr Gegenteil an. Das bedeutet, der Krieg als Vater und König aller Menschen stellt eine Beschreibung einer notwendigen Struktur menschlicher Geschichte und Politik dar, welche ihrerseits noch getragen wird von einer seinsmäßigen Entzweiungsstruktur. In diesem Fall würde folgen, dass menschliche Verhaltensweisen sich zwar immer noch abweichend unkriegerisch gestalten könnten. Es würde sich jedoch um Abweichungen handeln, die auf menschlicher Unwissenheit und Dummheit beruhten. Denn von notwendigen Bahnen abzuweichen bedeutet Unwissenheit oder Dummheit. Es ergäbe sich dann eine lineare Kriegshierarchie von Oben nach Unten:

31 Creveld, *More on War*, S. 40.

Ontologische Entzweigungsstruktur
bestimmt

Krieg als Geschichtsstruktur
bestimmt

Reale Kriege als Spiegelungen der übergeordneten Strukturen

Heraklit sagt wohlgerne nicht, dass es sich mit dem Krieg so verhält. Eine lineare Hierarchie sagt er vom Logos aus, von der abzuweichen menschliche Torheit darstellt. Daher muss man dem Allgemeinen folgen (*to koinô*). Obwohl der Logos allgemein ist, leben die Vielen, als hätten sie eine auf sie beschränkte Vernunft (*idian échontes phrónesin*, B 2).

Wir besitzen sogar einen Satz, der eine lineare Hierarchie auch hinsichtlich staatlicher Gesetze aussagt: „Es nähren sich alle menschlichen Gesetze von dem Einen und Göttlichen“ (B 114).

Wenn die Standarddeutungen Heraklits und ihrer Kriegshierarchie zuträfen, dann müssten die menschlichen Gesetze unweigerlich kriegsbezogen ausfallen. Heraklits Bemerkungen zum Thema Krieg mündeten dann in das von Platon skizzierte kretische Staatsmodell eines grundsätzlich militärischen Staates, dessen Gesetze der Abwesenheit eines Friedenszustands und der natürlichen Gegebenheit dauerhaften Krieges Rechnung tragen, der keinerlei Kriegserklärung bedarf und von dem Ziel bestimmt wäre, nach Möglichkeit als Sieger aus den Kriegen hervorzugehen. Frieden und Friedenspolitik wären dann ebenso illusionär, dumm und verfehlt wie der von Heraklit bezeugte Versuch, einem allgemeingültigen Logos einen Privatlogos entgegenzustellen (vgl. Fragment 2). Die Standarddeutungen von Fragment 53 laufen, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, offen oder latent, auf die Bestätigung eines grundsätzlichen politischen Militarismus hinaus, dessen präzise Beschreibung uns Platon in Gestalt des kretischen Gemeinwesens überliefert.

Wie verhält es sich nun bei Heraklit? Was spricht für, was gegen diese Deutung? Offenkundig besitzt die Standarddeutung von Fragment 53 nur eine einzige Stütze, und diese besteht in dem einzigen Wort *pánton*, das wir im Sinn „von allen Menschen“ verstehen und das inzwischen meist als „von allem, was existiert“ gedeutet wird.

Krieg als Vater und König von allen oder von allem ergibt in der Tat eine starke Aussage. Es wird Allgemeingültigkeit und mit Allgemeingültigkeit Ausnahmslosigkeit beansprucht. Wir bestreiten nicht eine Allgemeingültigkeit des Krieges als Täter-Subjekt. Wir fügen nur hinzu, dass diese Allgemeingültigkeit unter einer Voraussetzung steht, nämlich der Kriegsführung von Staaten gegen Staaten. *Wenn* Staaten, so unsere Deu-

tung, sich auf Krieg einlassen, *dann* unterliegen sie einem verselbständigten Geschehen des Krieges, den kein militärischer Input zu entscheiden vermag. Selbst der Gigant Goliath unterlag dem Jüngling David. Der Vernichtung des irakischen Militärs durch die USA und Großbritannien 2003 folgte die nicht mehr kontrollierbare Entfesselung nicht-symmetrischer Überfälle auf das US-Militär im Irak. Was also spricht dafür, dass Heraklit eine *bedingte* Allgemeingültigkeit des Krieges statt seiner unbedingten Allgemeingültigkeit im Blick hatte? Diese Frage markiert den Einsatz Platons.

Würde Heraklit eine unbedingte Allgemeingültigkeit des Krieges vertreten, dann lehrte er jene lineare Kriegshierarchie, die einen grundsätzlich militaristischen Staat impliziert. Vielleicht würde das von den Vertretern der Standardinterpretation und denen, die ihr folgen, billigend in Kauf genommen werden. Doch Platons Argumentation zeigt auf, dass ein durch und durch kriegsbereiter Staat sich in Gestalt gewaltbereiter Selbstverfeindung auflöst. Ihm fehlt die Unterscheidung eines Friedens- und Versöhnungszustandes nach innen und das lästige Erfordernis einer gewissen Außensicherung. Die Frage, an welcher sich Heraklits Kriegskonzeption am Ende entscheidet, lautet daher: Akzeptiert Heraklit eine politische Vergesellschaftung im dauerhaften Modus einer gewalttätigen Selbstverfeindung, oder unterscheidet Heraklit zwischen einem staatlichen Binnen- und Außenraum? Heraklit liefert die Antwort mit seiner Ermahnung: „Das Volk [*dêmos*] muss für das Gesetz kämpfen wie für die Mauer“ (B 44).

Sinn: Ein Volk muss die Ordnung, die es sich selbst zur stabilen Regelung divergierender Ansprüche geschaffen hat, gegen äußere Feinde so verteidigen, dass deren Bestand nicht gefährdet wird. Die „Mauer“ steht hierbei sowohl für die räumliche Grenze des Stadtstaates (*pólis*; für „Stadt“ sagten die Griechen *ásty*) als auch für den militärisch nutzbaren Schutz zum Verteidigungszweck. „Volk“ meint die zum Zweck gemeinsamen Wohlergehens vergesellschafteten Individuen. Es folgt, dass Heraklit mit Fragment 44 unzweideutig einen politischen Binnenraum befriedeter Gemeinschaftlichkeit einerseits und einem potenziell kriegsbesetzten Außenraum andererseits unterscheidet. Wenn dies gilt, dann ergibt sich, dass das Problem der unbedingten oder bedingten Allgemeingültigkeit ein entscheidbares Problem darstellt. Die Lösung lautet: Krieg bezieht sich bei Heraklit nicht auf Gewaltkonflikte unter Einschluss des Bürgerkriegs oder gar auf Bürgerkriege als primäre Kriegsform. *Pólemos* besitzt den politischen Sinn von Staatskriegen, die, wenn sie entfesselt werden, eine nicht mehr kontrollierbare Eigenmacht aufweisen und den Siegern eine morali-

sche Überlegenheitsposition verheißen, welche vom Krieg als den Unterschied von Menschen und Göttern zeigenden „Vater“ entzaubert wird.

Heraklits Bezug auf die wirkliche Struktur des Krieges ist auf zwei Hypothesen gegründet: (1.) Dass die Illusionshypothese zulässig ist und (2.) dass sich Heraklit auf Akte kollektiver Gewalt bezieht. Den hypothetischen Zug legt, solange es um eine Theorie geht, keine der beiden Annahmen ab. Neuartig ist die Hypothese (1.). Sie widerspricht vollständig der schläfrigen Gewohnheit, das Sein oder den Logos selbst als Krieg zu deuten, noch bevor überhaupt geprüft wurde, ob es sich nicht auch anders verhalten könnte. Die Standarddeutung stellt ein Vorurteil dar, dessen Auswirkungen auf das Heraklitverständnis allerdings nicht viel zugetraut wurde mit der Folge, dass B 53 als eine Art Fremdkörper galt. Erst der hermeneutisch indiskutable Zugriff seitens Henry Kissingers – Krieg als Garant eines geopolitischen Machtgleichgewichts – beweist zugleich, dass Fragment B 53 an geostrategischer Bedeutung alle ihm gebührende Aufmerksamkeit, nur eben als Folge einer verfehlten Deutung, erhielt.

Es ist zudem hinreichend bekannt, dass das 20. Jahrhundert in vieler Hinsicht auf verwildert verabsolutierten Setzungen des Krieges beruhte und dabei den realen Kriegsentfesselungen durchaus entsprach. So bei Nietzsche, dann wieder im italienischen Futurismus bei Marinetti: „Ihr sollt den Frieden lieben als Mittel zu neuen Kriegen. Und den kurzen Frieden mehr, als den langen. [...] Ihr sagt, die gute Sache sei es, die sogar den Krieg heilige? Ich sage euch: der gute Krieg ist es, der jede Sache heiligt.“³² Marinetti: „Noi vogliamo glorificare la guerra – sola igiene de mondo.“ („Wir wollen den Krieg glorifizieren, die einzige Hygiene der Welt.“³³)

6. Bestätigung der drei Kriegswurzeln bei Giraudoux

Eine Stimme der Dichtung von 1935 erlangt in diesem Kontext eine manifeste Bezüglichkeit, die in ihrer latenten Verbindlichkeit angelegt ist. In demselben Jahre 1935 überfiel übrigens das Mussolini-Italien Abessinien (das heutige Äthiopien) unter dem Vorwand, es von Sklaverei zu befreien. Man setzte Giftgas ein. Die Zahl der getöteten Einheimischen wird auf bis

32 Friedrich Nietzsche, *Also sprach Zarathustra. Kritische Studienausgabe Bd. 4* (Hg. Giorgio Colli, Mazzino Montinari), Berlin, München 1980, S. 58.

33 Wolfgang Asholt, Walter Fähnders (Hg.), *Manifeste und Proklamationen der europäischen Avantgarde (1909–1939)*, Stuttgart, Weimar 2005, S. 5.

zu 700.000 Menschenleben geschätzt. 1935 wurde das Theaterstück *Der Trojanische Krieg wird nicht stattfinden* (*La guerre de Troie n'aura pas lieu*) von Jean Giraudoux in Paris uraufgeführt. Giraudoux stellt die Entstehung des trojanischen Krieges nach: Paris hat Helena in Griechenland geraubt. Die Griechen landen in Troja und verlangen Helenas Herausgabe, andernfalls werde es zum Krieg kommen. Die Griechen wollen Krieg, aber die Trojanischen Männer im Gegensatz zu den Frauen nicht minder. Am meisten besonnen ist der trojanische Held Hector. Hector berichtet seiner Frau Andromaque, welcher Illusion er hinsichtlich des Krieges erlag: Als Krieger fühle man sich als Gott, man töte andere „und man beugt sich als Gott über den armen Körper [des Getöteten]; aber man ist nicht Gott, man erweckt ihn nicht wieder zum Leben“. („Et l'on se penche en dieu sur ce pauvre corps; mais l'on n'est pas dieu, on ne rend pas la vie.“³⁴)

Dies kann als Kommentar zur Heraklits Kriegsfragment 53 gelesen werden: *Krieg ist Vater von allen, von allen König, und die einen erweist er als Götter; die anderen als Menschen; die einen macht er zu Sklaven, die anderen zu Freien*. Der Krieg zeugt weder Götter noch Menschen, er zeigt lediglich, wer unsterblicher Gott und wer sterblicher Mensch ist. Der Krieg erzeugt ein Gefühl der eigenen göttlichen Stärke und er raubt dieses Gefühl in dem Moment, wo der mordende Krieger entdeckt, dass er keine Macht besitzt, die Getöteten wieder zum Leben zu erwecken. Der mordend göttlich gewordene Held schrumpft augenblicklich zu einem erbärmlichen, sich schämenden Nichts. Der als Schicksal verstandene Krieg entzaubert sich selbst zu dem, was laut Cassandra das Schicksal ist: „Es ist einfach die beschleunigte Form der Zeit.“ („C'est simplement la forme accélérée du temps.“³⁵)

In der Renaissance hatte Erasmus die kriegerische Selbstvergottung der Staatslenker, verbunden mit theologischer Bestärkung, dialogisch desillusionierend verspottet. Daran zu erinnern lohnt sich auch im Kontext von Giraudoux:

Georgius: Woher stammt dieser Kriegstumult?

Livinus: Daher: aus der Dummheit der Monarchen.

Georgius: Infolge deren Klugheit hätten die Unwetter der Menschen beruhigt werden müssen.

34 Jean Giraudoux, *La guerre de Troie n'aura pas lieu*, Paris 1959, S. 33.

35 Giraudoux *La guerre*, S. 28.

Livinus: Gewiss beruhigen sie sie, jedoch wie der Südwind das Meer. *Sie sind davon überzeugt, sie seien Götter und diese Welt sei ihretwegen geschaffen worden (se deos esse suaque causa mundum hunc esse conditum).*

Georgius: Der Fürst ist jedoch für den Staat und nicht der Staat um des Fürsten willen errichtet worden.

Livinus: Auch an Theologen fehlt es nicht, die kaltes Wasser hinzugießen und zu diesen Tumulten die Trompete blasen.

Georgius: Ich würde diese jedoch in die erste Schlachtreihe stellen.

Livinus: Diese aber sehen sich vor und bleiben hinter der Front.³⁶

Giraudoux' Stück setzt in der Gestalt des Helden Hektor mit einer vollständig vollzogenen Desillusionierung über den Krieg ein: Was geschieht, „wenn man entdeckt hat, dass ein Freund ein Lügner ist? Dann klingen selbst seine Wahrheiten falsch. Das zu sagen wirkt merkwürdig, aber der Krieg hatte mir die Güte, die Großzügigkeit und die Verachtung alles Niedrigen versprochen.“³⁷

Doch der Dichter Démokos betreibt in Troja erfolgreich eine glühende Propaganda, damit die Trojaner endlich den Krieg gegen die Griechen beginnen. Das Schicksal als Beschleunigung nimmt im Drama seinen Lauf. Hektor jedoch steigert seine Desillusionierung über den Krieg: „Der Krieg erscheint mir das schmutzigste und verlogenste Rezept darzustellen, um die Menschen gleich werden zu lassen.“³⁸ Andromaque findet: „Wenn der Krieg naht, strömt alles einen neuartigen Schweiß aus, alle Ereignisse zeigen sich in einem neuen Lack: dem der Lüge.“³⁹

Es gelingt Giraudoux, alle drei Wurzeln des Krieges in Erscheinung treten zu lassen. Er setzt mit der *Desillusionierung* ein. Im zweiten Akt, Szene fünf, wird die zweite Wurzel zur Hälfte benannt, die *Ehre*. Démokos findet, dass ein friedfertiges Troja sich lächerlich mache, wenn die Griechen nicht abziehen: „Sie werden nicht in See stechen. Unsere Ehre steht auf dem Spiel. Wir würden zum Gelächter der Welt.“⁴⁰

36 Neu übersetzt nach Erasmus von Rotterdam, *Familiarum colloquiorum formulae/ Schülergespräche* (lat./dt.; Hg. Lore Wirth-Poelchau), Stuttgart 1982, S. 24; meine Hervorhebung.

37 Giraudoux, *La guerre*, S. 34.

38 Giraudoux, *La guerre*, S. 81.

39 Giraudoux, *La guerre*, S. 87.

40 Giraudoux, *La guerre*, S. 75.

Die als zweite genannte Kriegswurzel kommt erst später im Gespräch zwischen Hector und Ulysse vollständig zu Wort:

Ulysse: Die anderen Griechen glauben, dass Troja reich ist, seine Vorräte wundervoll, sein Umland fruchtbar...

Hector: Endlich ein offenes Wort...Griechenland hat sich uns als Beute ausgewählt. [...] Ihr wollt unsere Reichtümer! Ihr habt Hélène rauben lassen, um einen ehrenwerten Vorwand zum Krieg zu haben! Ich erröte für Griechenland.⁴¹

Dies ist die Reihenfolge der Kriegswurzeln im Stück: Illusion und Desillusionierung, dann der ehrenhafte *Beutekrieg*. Es fehlt noch die Notwendigkeit. Sie wird eingeschoben zwischen die Ehre und die Beute:

Ulysse: Aber das Universum weiß es, dass wir uns schlagen.

Hector: Das Universum kann sich täuschen. Daran erkennt man den Irrtum, er ist universell.⁴²

Der Signifikant der *Notwendigkeit* des Krieges lautet somit: *das Universum*. Das Universum weiß: In Troja wird es Krieg geben. Doch Hector entzaubert diese Notwendigkeit gleich doppelt: Wenn das Universum weiß, dass es Krieg geben wird, genau dann kann es sich ebenso gut täuschen. Und: Es geht gar nicht um das Universum, es geht um den universellen Irrtum.

Wie endet der Zweiakter von Jean Giraudoux? Der Vorhang fällt, die Vernunft der Desillusionierung ist stärker als eine universelle Notwendigkeit und ein ehrenvoller Raubkrieg. Ulysse verrät den menschlichen Grund, warum der Trojanische Krieg nicht stattfindet: „Andromaque hat denselben Augenaufschlag wie Penelope.“ („Andromaque a le même battement de cils que Pénélope.“⁴³)

Die Menschen sind gleichartig und benötigen keinen Krieg, um dies zu beweisen. Eine alte römische Weisheit kommt zur Geltung: „Pax [...] cives aequare potens, der Friede hat die Macht, die Bürger gleich sein zu lassen.“⁴⁴ Moment!

Torkelt da nicht der stark angetrunkene Griechenheros Aias auf die Bühne, um Andromaque zu belästigen? Und will sich Démokos nicht da-

41 Giraudoux, *La guerre*, S. 104–106.

42 Giraudoux, *La guerre*, S. 103.

43 Giraudoux, *La guerre*, S. 107.

44 Silius Italicus, zitiert nach Elisabeth Schuhmann (Hg.), *Lebensweisheiten der Griechen und Römer*, Wiesbaden 1989, S. 104.

zwischenwerfen, Verrat deklamieren und zum Krieg aufrufen, indem er behauptet, Hector liefere Hélène an die Griechen aus? Hector bringt Démokos gewaltsam zum Schweigen, um den Frieden zu bewahren. Doch der tödlich getroffene Démokos behauptet vor dem hinzueilenden Trojanischen Volk, er sei von dem Griechen Aias getötet worden. Gelogen, doch hinreichend als Kriegsgrund. Die bereits geschlossenen Pforten des Krieges öffnen sich. Aus dem mühsam weise verhinderten Krieg ist jener Krieg geworden, den das Stück bereits ankündigte: Geburt des Krieges aus dem Geist der Lüge. Eine Notwendigkeit der Zurückholung Helenas wird vorgetäuscht, um Troja als Beute zu rauben. Im Zustand der Desillusionierung wird ein gesamtes Volk durch die Lüge eines sterbenden Kriegstreibers in die Illusion eines Krieges getrieben, der sich gewinnen lässt.

7. Alternativen?

Die Antwort auf die Frage nach einem anderen, das große Kriege zusätzlich zur kognitiven Desillusionierung noch aufhalten könnte, sei in dreifacher Frageform gegeben: 1. Vermag jene Erwartungsspannung, mit der Milliarden Menschen bloße Lust am Zuschauen von friedfertigen Fußballvorgängen investieren, nicht ebenfalls friedensgenerierend zu wirken? 2. Ist es nicht wünschbar, dass beim ersten Nahen von Kriegswolken nicht nur national, sondern *international* mit *Generalstreik* gedroht wird, der insbesondere auch die Ausführung von Kriegsvorbereitung zu lähmen fähig wäre? 3. Könnte eine internationale Zivilgesellschaft sich dazu entschließen, ihr fortgeschrittenes Votum für einen Wartezustand eines *bedingten Pazifismus* (*contingent pacifism*⁴⁵) in kriegsdesillusionierte internationale Solidarität zu erweitern?

45 Lary May, *Contingent Pacifism. Revisiting Just War Theory*, Cambridge 2015.

II

Stellungnahmen

Dieser Beitrag kann aus urheberrechtlichen Gründen
in der elektronischen Version nicht angezeigt werden.

Peace and its Enemies, Modernity and its Critics

Ishay Landa

In his insightful dissection of the militaristic uses (mostly abuses, it turns out) of Heraclitus' famous dictum, that "War is the father of all and king of all," philosopher Bernhard H. F. Taureck compellingly summarizes his arguments against the long-standing, destructive efforts to present war as cosmically inevitable and ontologically foundational. This is done as part of the philosopher's admirable, career-long intellectual and civic advocacy of a peaceful world, and his opposition to the present state of things, which largely accepts the premise that war, or at the very least, fierce competition must forever remain features of human history and society.

In this rejoinder to Taureck's *Drei Wurzeln des Krieges*, my aim is to dwell on an aspect of militarism as it appears specifically in the modern world. In doing so, we will immediately encounter a seeming paradox at the heart of modernity: on the one hand, the era in which we are still living appears to confirm those who construe Heraclitus as an ontologizer of war. For while wars have been a perennial feature of human existence throughout recorded history, the modern era has witnessed "world wars" of such scale and devastation as to exceed the horrors of past ages, and indeed modern weaponry confronts humanity for the first time with the prospect of its complete annihilation.

And yet it would be misleading to view modernity simply as certifying the existential status of war. For in truth modernity is an unprecedented era also in another, and *contrary* sense: only in modernity, did the prospect become realistic of a world *without wars*. A historically new possibility was perceived by many as a genuine option on a not so distant horizon, namely the possibility that modernity might once and for all *eliminate war* from human existence. What in the past was a chiliastic dream of the end station of the human journey, when the peoples of the earth "will hammer their swords into ploughshares and their spears into sickles. Nation will not lift sword against nation, no longer will they learn how to make war," (*The book of Isaiah*, 2:4) now seemed to many as a condition tantalizingly within reach.

In his essay, Taureck points out that during the 19th and 20th centuries the voices of Nietzsche and the Italian futurists were heard “absolutizing” wars and calling for the eruption of military conflagrations. This is doubtlessly correct. And yet the fact is worth emphasizing that this was done *not* under the conviction that war is inevitable, but very much under the belief that war has become, precisely, *preventable*. The specific modern cult of war to which Nietzsche and his Italian disciple, Marinetti, have contributed, and which was taken over to a large extent by the fascists in both Italy and Germany, is not simply a prolongation of ancient motifs; it cannot be fully understood unless it is seen as a fundamentally *new* reaction against the unprecedented possibility that a universal and lasting peace will be instituted on the face of the earth.

And while many millions embraced this hope, reactionaries and conservatives, especially fascists, generally recoiled from it with horror. They agreed with the defenders of modernity that this new era signified the advance of peace, ushering in a realm of civility and equality, yet for them this was not a heartening prospect but a depressing and lamentable evolution. If the opening shot of political modernity was the Great French revolution of 1789, then it is not surprising to find its sworn opponents advancing a deeply pessimistic credo to discredit its expectations of universal fraternity and a peaceful existence. A telling example are the writings of Comte Joseph de Maistre, one of the most influential properly modern – or rather *anti*-modern – conservatives. In his fierce polemic against the revolution, de Maistre employed a mixed and contradictory array of arguments. On the one hand, he articulated a grim view of violence and war as divinely ordained, an ineradicable, trans-historical feature of human life and of nature as such:

If you go back to the birth of nations, if you come down to our own day, if you examine peoples in all possible conditions from the state of barbarism to the most advanced civilization, you always find war. From this primary cause [...] the effusion of human blood has never ceased in the world.¹

This was done in explicit rebuttal of the Enlightenment’s belief in progress and the possibilities of peace. “There is nothing but violence in the universe,” he averred, “but we are spoiled by a *modern* philosophy that tells us *all is good* [...]”² In this, de Maistre was clearly happy to fall back on

1 Joseph de Maistre, *Considerations on France*, Cambridge 2006, pp. 27–28.

2 Ibid, p. 31. The emphasis on the word “modern” was added.

the presumably ancient claim that war is inevitable and violence ineradicable, even if his blatant views exceeded those of the ancients by emphasizing that they were *all there is*: “there is *nothing but* violence in the universe.” This pessimistic excess, over and above the traditional positions, expressed the desire to counter the optimism of modernity, its belief in the chances of improvement and civilization. But, going still further, de Maistre in fact betrayed a realization that the project of modernity is not quite as impossible as he insisted, that peace might actually be an attainable goal. Here, the ontologizing of war tacitly gave way to the quite different and logically incompatible claim: peace, it was implied, *can* be achieved but will in fact mean a *retrogression*, not an advance. War was deemed culturally superior to peace:

[T]he real *fruits* of human nature – the arts, sciences, great enterprises, lofty conceptions, manly virtues – are due specifically to the state of war. [...] In a word, we can say that blood is the manure of the plant we call *genius*. I wonder if those who say that *the arts are the friends of peace* really know what they are saying. [...] I see nothing less pacific than the centuries of Alexander and Pericles, of Augustus, of Leo X and Francis I, of Louis XIV and Queen Anne.³

Peace is thus not so much an *impossible* goal as it is an *unworthy* goal. And this was a specifically anti-modern inflection of the apologia of war, which was taken over as a standard ideological weapon by fascism. A more advanced counter-revolutionary thinker than de Maistre, Friedrich Nietzsche, who was arguably the most significant and instructive proto-fascist thinker, conducted a ferocious battle against modernity, which he saw as the culmination of a democratic and socialistic slave revolt and the subjugation of the traditional masters. Armed with the subversive “modern ideas,” the ascending plebeian slaves represented peace and the retreating aristocratic masters the ethos of war. Nietzsche was protesting against that predicament already in an early piece, *The Greek State* (1871). There he expressed the concern that world peace, constructed on the basis of the ideas of “the French Enlightenment and Revolution,” will render the masses unmanageable and lead inevitably to the collapse of a “war-like society” founded on “the broadest possible base: a slave-like bottom stratum.”⁴ He thus proposed to counter such pacifistic-democratic menace

3 Ibid, p. 29.

4 Friedrich Nietzsche, *On the Genealogy of Morality*, Cambridge 2000, pp. 183–84.

with war. Notice how for Nietzsche, in consonance with de Maistre, peace is perfectly achievable but will be bought at the unbearable price of social levelling and cultural decline:

I cannot help seeing, above all, the effects of the *fear of war* in the dominant movement of nationalities at the present time and in the simultaneous spread of universal suffrage [...]. The only counter-measure to the threatened deflection of the state purpose toward money matters from this quarter is war and war again: [...] if I view all social evils, including the inevitable decline of the arts, as either sprouting from that root or enmeshed with it: then you will just have to excuse me if I occasionally sing a pæan to war [...]. So let it be said that war is as much a necessity for the state as the slave for society [...].⁵

Counter-modernity thus contained a perhaps unparalleled campaign of an all-out war *waged on peace*. Peace as a reality, as a concept, and as an ideal – a looming possibility – was being attacked. In a striking reversal, peace was described as *deadening*; war was seen as *enlivening*. The utopia of a peaceful order was being re-written as a dystopia, most forcefully in Nietzsche's vision of the Last Human, "the most contemptible" human: "Nobody grows rich or poor anymore: both are too much of a burden. Who still wants to rule? Who obey? Both are too much of a burden. No herdsman and one herd."⁶

The Last Humans incarnate mass society. They epitomize the nightmare of social subversion, an egalitarian dystopia. But there is no hint of physical violence: if there is one thing the last humans are *not* it is *warriors*. They are the product of an essentially *peaceful* revolution, consisting of increased consumption and mass happiness – Zarathustra says that the Last Humans "still work, for work is entertainment. But they take care the entertainment does not exhaust them. [...] They have their little pleasure for the day and their little pleasure for the night: but they respect health. 'We have discovered happiness,' say the Last Humans and blink."⁷

This prefigures one of the most notable fascist characteristics: an inversion of end and means. For most other regimes, war is a means to an end. For Carl von Clausewitz, paradigmatically, war is "the continuation of politics by other means." For fascism, by comparison, war is an end in itself,

5 Ibid.

6 Friedrich Nietzsche, *Thus Spoke Zarathustra*, Harmondsworth 1969, p. 46. Here and in the next citations I occasionally depart from Richard J. Hollingdale's translation, consulting the original German.

7 Ibid, p. 47.

valuable for its own sake, irrespective of its utilitarian logic, its expected benefits. “Fascism does not,” Mussolini averred, “believe in the possibility or utility of perpetual peace.” “War alone,” he insisted, “keys all human energies to their maximum tension [...] Fascism carries this anti-pacifistic attitude into the life of the individual.”⁸ Or consider the following counter-modern avowal by Hitler:

As a young scamp in my wild years, nothing had so grieved me as having been born at a time which obviously erected its Halls of Fame only to shopkeepers and government officials. [...] This development [...] was expected in time [...] to remodel the whole world into one big department store [...]. Even as a boy I was no “pacifist,” and all attempts to educate me in this direction came to nothing.⁹

Given the imperative of war and the danger of peace, the fascist needed enemies to infuse meaning into life and, in case real enemies are lacking, he was obliged to create them. A very revealing illustration of this fact is the following passage by Martin Heidegger, written shortly after the installment of the Nazis in power:

The enemy is one who poses an essential threat to the existence of the Volk and its members. [...] It may even appear that there is not an enemy at all. The root requirement is then to find the enemy, to bring him to light or even to *create* him, in order that there may be that standing up to the enemy, and *that existence not become stolid*.¹⁰

For our present purposes it is important to note how, for Heidegger, the enemy is there not just to threaten the Volk, but also to perform an indispensable redeeming task: to prevent existence from becoming dull and meaningless. The dictatorship of *das Man* must be averted, which is Heidegger’s way of saying that the peace of the Last Humans must be blown up. The same is true when we turn to another paradigmatic case: Carl Schmitt’s mythical friend-enemy dichotomy. Schmitt’s ostensible aim was to objectively identify the core of the political as such, which he located in this opposition. But in reality, I argue, his goal was the same as Nietzsche’s and Heidegger’s, namely to impede the coming reign of the Last

8 Benito Mussolini, ‘Fascism: Doctrine and Institutions,’ *Modern European Civilization*, Num. 133–134, pp. 468–469.

9 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, Boston, New York 1999, pp. 157–158.

10 Martin Heidegger, *Gesamtausgabe. Band 36/37. Sein und Wahrheit*, Frankfurt/M. 2001, p. 91. Emphases added.

Humans. He was so keen to emphasize that the friend-enemy dichotomy is something permanent, precisely because he was afraid that it might in fact be *transcended*, that peace might be attained: he worried that war would be superseded, and that class society would be abolished. And so he admonished his readers in his highly influential 1932 treatise, *The Concept of the Political*:

If, in fact, all humanity and the entire world were to become a unified entity based exclusively on economics and on technically regulating traffic, then it still would not be more of a social entity than a social entity of tenants in a tenements house, customers purchasing gas from the same utility company, or passengers travelling on the same bus. An interest group concerned exclusively with economics or traffic [...] would know neither state nor kingdom nor empire, neither republic nor monarchy, neither aristocracy nor democracy, neither protection nor obedience, and would altogether lose its political character.¹¹

This is a clear reformulation of what Zarathustra tells us when he warns against the Last Humans; and it is also very much an attempt to conceptually denigrate Marx's vision of a realm of freedom. And again, "the adversary," the enemy, becomes necessary to prevent the state from "withering away," as Marx and Engels had put it. Schmitt presented this as an impending tragedy, the elimination of political meaning from human life; but it was only so from the perspective of those profiting from the current hierarchical, exploitative and belligerent order. And he was also well aware of the fact that the masses were actually very interested in seeing this order superseded. As he wrote in 1929, in *The Age of Neutralizations and Depoliticizations*:

Great masses of industrialized peoples today still cling to a torpid religion of technicity because they, like all masses, seek radical results and believe subconsciously that the absolute depoliticization sought after for centuries can be found here and that universal peace begins here.¹²

The fight against peaceful modernity was taken on by numerous post-Second World War fascists and neo-Nazis. One prime example are the writings of possibly the most extreme of US American neo-Nazis, William Luther Pierce, whose notorious book *The Turner Diaries* (written under the pseudonym Andrew Macdonald) has become the bible for the most ex-

11 Carl Schmitt, *The Concept of the Political*, Chicago, 2007, p. 57.

12 Ibid, p. 95.

tremist fringes of the American far-right. The book fictionally depicts a rebellion of American white supremacists which ends with the worldwide extermination of all blacks and Jews, replete with passages of utmost brutality and viciousness. Pierce's descriptions of the supposed racial enemies are so outlandish as to verge on lunacy, clearly bearing no relation to reality. But the author was not strictly speaking mad. In his way, he appears to have been an intelligent person, holder of a Ph.D. in physics who was employed as an assistant professor at Oregon State University from 1962 to 1965. The complete demonization of other races and their supporters was useful in that it justified Pierce's ultimate goals: total war, apocalypse and extermination. And this was very much intended to destroy American mass society, viscerally detested by Pierce. Like so many on the American far-right and today's alt-right he was an enthusiastic Nietzschean, so he wrote things like these against the Last Humans:

If the freedom of the American people were the only thing at stake, the existence of the Organization would hardly be justified. Americans have lost their right to be free. [...] [The average White American] has become [...] a mass-man; a member of the great, brainwashed proletariat; a herd animal; a true democrat. [...] What the Organization began doing about six months ago is treating Americans realistically, for the first time-namely, like a herd of cattle. Since they are no longer capable of responding to an idealistic appeal, we began appealing to things they can understand: fear and hunger. We will take the food off their tables and empty their refrigerators.¹³

This is how the author approaches the great majority of his own, "white race." And at the end of the war he envisions, a huge percentage of all white Americans would have been killed, too. A racial war of Armageddon thus becomes a conduit to fighting, and getting rid of, the American average person, as imagined by Pierce. And much more recently, another white supremacist, Gregory Hood, wrote the following, in express polemics against the Last Humans:

We know that this farce you call a country is a nightmare that just rolls on and on, and we want no part of it. We are not willing to die to make the world safe for garbage food, garbage culture, and garbage people, but we are willing to work and if need be fight for an organic society worthy of service and sacrifice.¹⁴

13 Andrew Macdonald, *The Turner Diaries*, 1978 (digitalized PDF file), p. 59.

14 Gregory Hood, *Waking Up from the American Dream*, San Francisco 2016, Kindle edition, location 303.

So one fights other races, in order to purify oneself. One requires the total enemy, the fabrication of a *demon*, to take down the *ignominious*. War, as Heidegger put it, even against a fabricated danger, is required in order to galvanize the people and prevent existence from becoming “stolid.”

If the worldwide resurgence of fascism is to be stymied, and war averted, it would appear that modernity will have to be defended. And yet, such a desperately needed response on the part of opponents of fascism cannot, I think, be taken for granted. A whole tradition of left-wing thought positioned itself, on the contrary, against modernity, and proved quite disdainful of the masses: it would be easy at this point to compile a long and venerate list of illustrious left-Nietzscheans, indeed left-Heideggerians and left-Schmittians. This partial convergence reflects the fact that for many on the left, too, modernity is not lovable. It is seen as devoid of meaning and purpose; a depressing reality. The left, as a rule of thumb, does not particularly love the Last Humans, who are either denigrated outright, snubbed, preached to, or, at most, grudgingly tolerated. As Alain Badiou, the influential French philosopher and a radical left-wing author, once affirmed: “Man, the last man, the dead man, is what must be overcome for the sake of the overman.”¹⁵ And it is difficult to effectively defend what one does not love. Maybe we need to employ a discourse which emphasizes that the Last Humans are, in fact, lovable and therefore defensible?

This emphasis on love may seem out of place, an emotional appeal which has little to do with a cool-headed approach to political issues. Yet this might be an overhasty conclusion. Consider Georg Lukács, one of the greatest Marxist intellectuals in the 20th century – who is now vilified in his home country, Hungary, his archive being closed by the right-wing government. Lukács once posited the problem of great literature in strikingly emotional terms, which one would probably not expect in a Marxist literary critic. He wrote:

The question grows essential and decisive only when we examine concretely the position taken up by the writer: *what does he love and what does he hate?* It is thus that we arrive at a deeper interpretation of the writer’s true *Weltanschauung*, at the problem of the artistic value and fertility of the writer’s world-view.¹⁶

15 Alain Badiou, *The Century*, Cambridge 2007, p. 168.

16 Georg Lukács, *Balzac und der französische Realismus*, Berlin 1953, p. 15. Emphasis added.

And for Lukács, the great realists of world literature like Balzac and Tolstoy were motivated precisely by their love for the common people, and their identification with their aspirations and sufferings. If modernity is to emerge victorious, it may need to be defended as lovable, as a mass project, a project of the Last Humans. At present this is not done passionately enough, or at all. Fascism is indeed hated, but what *the fascists hate* is not loved.

Let us look very briefly at one of the classical anathemas of left-wing cultural analysis: consumerism. Few tropes are more deeply ingrained in left-wing discourse than the complaint against the materialistic and hedonist frenzy unleashed by capitalism, resulting in the widespread conviction that socialist criticism must take a resolute stand against the insidious ethical, political, aesthetic, and environmental implications of consumerism. Such criticism appears oblivious of the fact that fascism and Nazism were themselves steeped in anti-consumerism. For fascists, the quest for pleasure and comfort by the masses was contemptible. We already cited Hitler's distaste for department stores, but we can cite Mussolini as well. "Here we are again," the Duce once stated, "at the core of fascist ideology. Recently, I was asked by a Finnish philosopher to convey the meaning of fascism in a single sentence. I wrote in German: We are against the comfortable life!"¹⁷ Or consider the following critique of the way "the frantic circulation of capital" induces false new needs in the masses "so that consumption may increase":

Modern civilization has pushed man onward; it has generated in him the need for an increasingly greater number of things; it has made him more and more insufficient to himself and powerless. Thus, every new invention and technological discovery, rather than a conquest, really represents a defeat and a new whiplash in an ever faster race blindly taking place within a system of conditionings that are increasingly serious and irreversible and that for the most part go unnoticed.¹⁸

Appearances to the contrary, this anti-consumerist lamentation was not written by Max Horkheimer, Erich Fromm, or Herbert Marcuse, but by Julius Evola, one of the most extreme far-right ideologues of the 20th century. This posture continues to characterize far-right ideology to the

17 Benito Mussolini, *Opera Omnia*, 34, Florence 1934, p. 134.

18 Julius Evola, *Revolt Against the Modern World*, Rochester 1995, 335–36.

present day. As Götz Kubitschek, a leading figure of the German *Neue Rechte*, explained to an American interviewer:

You had only to go to the shopping center on a Saturday morning, [Kubitschek] once told me, and observe people in their “consumption temple” to see how there is “nothing at all there, spiritually.” For Kubitschek and other New Right thinkers, [American-style materialism] is perhaps the most corrosive force eating away at the identity of the Volk, replacing a sense of “we” with individualism and profit-seeking self-interest.¹⁹

Here, it seems to me, Taureck’s effort to conceptually transcend war has particularly great merit, when he stresses that a peaceful mindset might be anchored, precisely, in the everyday practices of the masses. “Might not that tension of expectation,” he writes, “which billions of people invest in watching a peaceful football event, not also have a peace-generating effect?” This reads as a highly counter-intuitive proposition, against the backdrop of the standard complaints of left-wing critics, where competitive sports, indeed especially football, are usually associated with aggression and national chauvinism, *not* peace. What such interpretations tend to overlook, and Taureck perceptively underlines, is the way modern sports are a manifestation not simply or primarily of violent drives, but also of what sociologist Norbert Elias – a great defender of modernity – has termed “the civilizing process,” a gradual, historical shift towards greater sublimation and regulation of violence, largely if imperfectly internalized by players and spectators alike.²⁰

A defense of modernity, it is important to clarify, does not necessarily imply an affirmation of the capitalist order with its structural crises, enormous inequalities, ruthless profit extraction, and geopolitical tensions around control of production, energy sources and raw materials. On the contrary, one might argue that modernity as a normative and social project geared towards the greatest possible emancipation and equality is trapped within the straightjacket of capitalism and thus strives, sometimes consciously, sometimes instinctively, to break free of its limitations. And so, whenever capitalism is criticized, it is crucial to ask: from which perspective does it come under attack? Are its barbaric tendencies resisted, from

19 James Angelos, “The Prophet of Germany’s New Right,” *New York Times*, October 10, 2017, <https://www.nytimes.com/2017/10/10/magazine/the-prophet-of-germanys-new-right.html>.

20 See Norbert Elias, Eric Dunning, *Quest for Excitement. Sport and Leisure in the Civilising Process*, Dublin 1986.

exploitation all the way to the stirring up of armed conflicts? Or maybe what comes under attack are precisely, as none other than Karl Marx has put it, “the civilizing aspects of capital”? When the school-of-war attacks capitalism this is done in the latter sense, sometimes quite explicitly so. Remember again the way Nietzsche, in the passage cited above, took capitalism to task for *recoiling* from war: “The only counter-measure to the threatened deflection of the state purpose toward money matters from this quarter is war and war again.” The same distinction between a reactionary and a progressive critique would generally apply to the matter of mass consumption under capitalism: surely, shopping is in many respects a depressing affair: the shopper is constrained, to begin with, by her lack of money, stringently limiting her options; she often feels manipulated, even cheated; and the inequalities in which consumption is embedded are a source of distress and remorse, too, busy shopping districts often displaying not only tempting goods, but also homeless people and beggars on the pavements, looking with despairing eyes at those who happen to be – momentarily at least – more fortunate than they. The shopper seeks a modicum of comfort and happiness, but knows that it is only his wherewithal that entitles him to a share of it, and being poor he will go to the wall.

For right-wing critics, however, it is not such poverty or inequality which is denounced: capitalism is attacked not for its deceptions but for its *very promises*, for making the masses believe that they are entitled to happiness and material well-being in the first place; and denigrated are not economic hierarchies and inequalities but the expansion of equality. It is useful again to recall how Nietzsche’s Last Humans were seen as transcending class society and economic differences. The fact – presumed or predicted – that “Nobody grows rich or poor anymore,” dismayed Zarathustra; and so was the decrease in hierarchy: “Who still wants to rule? Who obey?” he asked, with obvious consternation. Similarly, after the Second World War, Carl Schmitt could attack what he called “the happiness of pure consumption.”²¹ But far from seeing it as strictly capitalist, he emphasized, in a way typical of fascism, that this goal was common to *both* the capitalist West and the Communist East, in fact associating the utopia of mass consumerism with the likes of Engels and Lenin, and their affiliation with the global masses, *more* than he did with capitalism. “I consider it to be a utopia,” he stated, “when Friedrich Engels promises us

21 Carl Schmitt, *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916–1969*, Berlin 1995, p. 583.

that one day all power of men over men will cease, that there will be only unproblematic production and consumption, in which ‘things regulate themselves.’”²²

This statement encapsulates, it seems to me, the paradoxical opposition to modernity which has been the focus of this intervention. On the one hand, Schmitt seems here simply to echo, dutifully and soberly, the time-honored claims of ancient thinkers. As countless past masters have supposedly taught us, Heraclitus notable among them, we just cannot free ourselves of exploitation, mastery, hierarchy and, ultimately, war. All this amounts, quite simply, to “a utopia.” Try as we might, we cannot break free of such vicious circle. And if all our efforts will be in vain, why the effort? But this is only the exoteric, superficial layer of Schmitt’s argument. For esoterically, he claims something quite different: world peace, and the universal “happiness of pure consumption” which will undergird it are for him not a utopia, but a dystopia; they are possible, but disastrous. Behind the detached observer, diagnosing the impasses of human existence, hides a passionate militant against modernity. It is therefore up to modernity’s defenders to be just as passionate.

22 Ibid, p. 577.

Krieg und das Streben nach Sicherheit: Zur Begründung des Krieges im politischen Realismus

Max Mutschler

Bernhard Taureck legt in seinem Text *Drei Wurzeln des Krieges, und warum nur eine nicht ins Verderben führt* eine „synthetische“ Kriegsdefinition vor:¹ „Krieg bezeichnet eine ruhmreiche kollektive Erbeutungsaktion, die zusätzlich als Notwendigkeit deklariert wird und die auf einer Illusion letztlicher, infolge Krieg zu erreichender Vorteile beruht“ (in diesem Band, S. 26). Dies ist jedoch weit mehr als eine bloße Definition des Phänomens Krieg. Vielmehr präsentiert Taureck damit eine These über den Ursprung des Krieges oder zumindest über die Motivation der (kollektiven) Akteure zur Kriegführung. Diese liegt gemäß Taurecks Definition primär in der ruhmreichen Erbeutungsaktion. Denn die ebenfalls in der Definition erwähnte „Notwendigkeit“ und die „Vorteile“ des Krieges erscheinen nicht als gleichwertige Wurzeln des Krieges. Als *Deklaration* der Notwendigkeit und *Illusion* über die Vorteile des Krieges wird ihnen gewissermaßen ein sekundärer Rang zugewiesen. Taureck selbst spricht von drei konzentrischen Kreisen mit der Erbeutungsaktion im Zentrum. Ausgangspunkt des Krieges ist demnach also der Wille zum Beutemachen. Damit aber größere Kollektive tatsächlich zur kriegerischen Gewalt bereit sind, muss dieses Motiv verschleiert werden. Vor allem muss der Krieg erfolgreich als Akt der Selbstverteidigung im nationalen Interesse (wobei die Nation auch durch andere Kollektive ersetzt werden kann) präsentiert werden.

Im Folgenden werde ich mich vor allem mit dieser zentralen These Taurecks auseinandersetzen. Ich möchte dabei aufzuzeigen, dass Taureck zwar einen sehr wichtigen Punkt macht, wenn er die Begründung des Krieges durch die Deklaration seiner Notwendigkeit kritisch hinterfragt. Mit seiner Kriegsdefinition läuft er aber auch Gefahr, den Blick zu schnell auf die überwiegend ökonomische Dimension, das Beutemachen, zu ver-

1 Ich danke Stella Hauk und Thomas Niebock für wertvolle Hinweise und Kommentare.

engen und darüber andere Aspekte zu unterschätzen. Gerade die Denkschule des politischen Realismus hat unter Bezug auf Thukydides, auf den auch Taureck sich stützt, eine Argumentation entwickelt, die den Krieg nicht primär als Beutemachen, sondern aus dem Streben nach Sicherheit heraus erklärt. Eine solche Argumentation ist nicht identisch mit der von Taureck zu Recht kritisierten, letztendlich doch recht eindimensionalen aber gängigen Interpretation von Heraklits Diktum, wonach der Krieg notwendig sei, weil er als Vater aller Dinge das Sein der Menschen bestimmt. Demnach führen nicht die Menschen den Krieg, sondern der Krieg die Menschen.

Es ist sehr verdienstvoll, dass Taureck diese Interpretation von Heraklits Kriegsfragment auseinandernimmt und ihr eine weitaus weniger kriegerische Alternative gegenüberstellt. Diesbezüglich sticht sein Argument von der bloßen Deklaration der Notwendigkeit des Krieges. Der politische Realismus allerdings argumentiert anders und wesentlich komplexer. Ihm zu Folge sind es durchaus die Menschen, die Kriege führen und die sich auch dafür entscheiden können, es zu unterlassen – etwa wenn beide Seiten sich durch ihre militärische Macht wechselseitig davon abschrecken. Der Krieg ist zwar ein gängiger Modus, um Konflikte zwischen Staaten auszutragen; es gibt aber keinen Determinismus hin zum Krieg. Die Menschen müssen ihre Entscheidungen über Krieg und Frieden angesichts bestimmter struktureller Faktoren treffen. Da es keine Sanktionsinstanz über den Staaten selbst gibt, die ihre Sicherheit garantieren kann, können letztere sich nur selbst helfen und dafür auf den Primat der Machtpolitik vertrauen. Ich bin kein Anhänger dieser Denkschule und werde aufzeigen, warum auch sie zu kurz greift. Gleichwohl aber sollten die Überlegungen des Realismus sehr ernst genommen werden – um in der Auseinandersetzung mit ihnen Wege zur Überwindung des Primats der Machtpolitik, oder zumindest zu dessen Einhegung, zu finden. Letzteres ist insbesondere der konkurrierenden Denkschule des Institutionalismus gelungen. Folgt man allein der Kriegsdefinition Taurecks, könnte man diese Wurzel des Krieges – das Streben von menschlichen Kollektiven nach Sicherheit – und damit auch die damit zusammenhängenden Friedensstrategien übersehen. Bevor ich diese Punkte näher ausführe, will ich aber noch auf Taurecks Überlegung, wie Kriege verhindert werden können und in diesem Zusammenhang auch noch einmal genauer auf seine Ausführungen zu Heraklit eingehen.

1. Der Krieg als Vater aller Dinge?

In seinem Text fragt Taureck auch nach Wegen, wie Krieg verhindert bzw. überwunden werden kann. Er setzt dafür vor allem auf eine Strategie der „kognitiven Desillusionierung“ (S. 53). Vor allem die vermeintliche Notwendigkeit des Krieges und seine Vorteile müssten als die Illusion entlarvt werden, die sie sind. Dass es richtig und auch friedenspolitisch sinnvoll ist, die Lügen und Täuschungsmanöver derer aufzudecken, die den Krieg aus eigennützigen Motiven wünschen (hier kann man in der Tat an das Beutemachen denken), steht außer Frage. Darüber hinaus scheint es mir ebenfalls eine wichtige Rolle zu spielen, sich kritisch mit denjenigen Philosophen (und ihren Interpretationen) auseinanderzusetzen, die den Krieg als vorteilhaft preisen oder ihn als notwendig rechtfertigen.

Deshalb ist Taurecks Dekonstruktion der gängigen Heraklit-Interpretation vom Krieg als Vater aller Dinge sehr verdienstvoll. Heraklit wird, wie Taureck darlegt, gerne so gedeutet, dass es nicht die Menschen sind, die Krieg führen, sondern umgekehrt; dass der Krieg, quasi gott- oder naturgegeben, das Sein der Menschen bestimmt.² Die Konsequenz einer solchen Heraklit-Interpretation für die praktische Politik liegt auf der Hand. Wenn sich die Menschheit permanent in einem kriegerischen Naturzustand befindet, aus dem sie nicht entkommen kann, so bleibt dem weisen politischen Führer nur der Primat der rücksichtslosen und zwangsweise auch kriegerischen Machtpolitik. Heraklit erscheint dann als der düstere, noch pessimistischere Vordenker von Machiavelli oder Hobbes.

Taureck aber liefert eine alternative, weitaus weniger kriegerische Heraklit-Interpretation. Demnach ist Heraklit nicht so zu verstehen, dass der Krieg als solcher notwendig und unvermeidbar sei, sondern dass die Menschen seiner Notwendigkeit unterliegen, *wenn* sie sich auf den Krieg einlassen. Den Menschen steht es also durchaus frei, einen Krieg zu beginnen – oder dies eben nicht zu tun. Aber der Krieg, erst einmal entfesselt, hat seine eigene Gesetzmäßigkeit, welche die Menschen dann nicht mehr beherrschen können. Eine Aussage, der übrigens auch Clausewitz sofort zugestimmt hätte, sah er doch den Krieg stark als ein von Zufällen und Unabwägbarkeiten geprägtes Unterfangen.³

2 Vgl. die Diskussion bei Taureck S. 36 ff.

3 Carl v. Clausewitz, *Vom Kriege* [1832], Hamburg 2014; siehe vor allem die Ausführungen im ersten Kapitel des Ersten Buches (Über die Natur des Krieges).

Mit Taurecks Heraklit-Interpretation wird nun der Krieg vom Vater aller Dinge zur „Ausnahmelösung von Konflikten“ (S. 39) heruntergestutzt. Diese Unterscheidung zwischen Konflikt und Krieg ist wichtig. Nicht alle Konflikte, selbst wenn sich die Konfliktparteien nicht gütlich einig werden, enden mit Krieg. Es gibt Alternativen zum Krieg. So einfach und klar formuliert mag diese Feststellung trivial klingen. Sie ist aber wichtig in philosophischen und politischen Diskursen, in denen Prämissen der Notwendigkeit und Allgegenwärtigkeit von Krieg immer noch eine große Rolle spielen.

2. Das Streben nach Sicherheit als Wurzel des Krieges

Allerdings greift die Kriegsdefinition von Taureck zu kurz, indem sie nur die ruhmreiche Erbeutung als Motivation zum Krieg wirklich ernst nimmt. Taureck bezieht sich unter anderem auf den Melier Dialog bei Thukydides, der für ihn eine „Anatomie eines Raubkrieges“ aufzeigt (S. 27). Hauptmotiv der Athener für die Unterwerfung (und letztendlich Vernichtung) der Melier sei es gewesen, Beute zu machen. Die von den Athenern vorgebrachte sicherheitspolitische Begründung (wir werden später noch genauer auf sie zurückkommen) – Taureck spricht von einem „Logos der Stärke“ – sieht er nur als „Pseudo-Logos“, der dazu dient, das wahre Motiv zu verschleiern und somit die Gewalt zu legitimieren (S. 28).

Krieg als Beutemachen – mit dieser These ist Taureck bei weitem nicht allein. Auch die Imperialismustheorien des frühen 20. Jahrhunderts sahen, neben anderen Faktoren, in der Ausbeutung der Kolonien ein zentrales Motiv für die Kriege der imperialistischen Mächte (nicht zuletzt auch für diejenigen Kriege, die sie untereinander führten).⁴ Aber auch jenseits dieser Denkrichtung verorten zahlreiche Arbeiten die Ursachen des Krieges primär in den ökonomischen Motiven von Akteuren, die von Kriegen als „Gewaltmärkten“ profitieren möchten.⁵ Nicht zuletzt in der Debatte um

4 Für einen Überblick, siehe Michael Heinrich, „Imperialismustheorie“, in: Siegfried Schieder, Manuela Spindler (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen 2003, S. 279–307.

5 Zum Konzept des Gewaltmarktes siehe Georg Elwert, „Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt“, in: Trutz v. Trotha (Hg.), *Soziologie der Gewalt*. Sonderheft 37 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen 1997, S. 86–101.

die „neuen Kriege“ spielte dieses Erklärungsmuster eine Rolle.⁶ Demnach haben im Zuge einer Entstaatlichung des Krieges nicht-staatliche Gewaltakteure (*Warlords*, Söldnertruppen etc.) an Bedeutung gewonnen und die Gewalt zum eigenen Profit, zum Beispiel durch die Kontrolle über wertvolle Bodenschätze oder den Drogenhandel, privatisiert.

Aber so wichtig es ist, bei der Analyse von Krieg und Gewalt auch auf diese ökonomische Perspektive einzugehen, besteht hier auch die Gefahr einer vorschnellen Verengung bei der Suche nach den Wurzeln des Krieges. So wurden etwa die Arbeiten zu den „neuen Kriegen“ auch dafür kritisiert, dass sie zu viel Gewicht auf die ökonomische Erklärung von Gewalt legen und darüber die politischen Faktoren, wie etwa die teilweise auch legitimen politischen Interessen von Rebellen Gruppen, außer Acht lassen.⁷ Auch Taureck läuft Gefahr, dass er seinen Blick auf den Krieg mit dem Beutemachen im Zentrum zu stark auf rein ökonomische Motive fokussiert und dabei anderen Faktoren zu wenig Gewicht einräumt. Das gilt aus meiner Sicht vor allem für die sicherheitspolitischen Ursachen von Kriegen, welche bei Taureck nur die Rolle eines Vorwandes für die Anwendung kriegigerischer Gewalt spielen.

Schauen wir unter diesem Gesichtspunkt noch einmal auf den Melier-Dialog bei Thukydides, auf den Taureck Bezug nimmt, wenn er den von den Athenern vertretenen „Logos der Stärke“ vermeintlich als „Pseudo-Logos“ entlarvt, der ihnen nur dazu dient, einen Raubkrieg gegen Melos zu legitimieren. Denn der Melier-Dialog lässt sich auch als Lehrstück des politischen Realismus lesen. Gemeint ist damit die sogenannte realistische Denkschule der Internationalen Beziehungen.⁸ Nach dieser Denkschule ist Anarchie das zentrale Strukturmerkmal des internationalen Systems. Es existiert keine Instanz über den Staaten (wie schon gesagt: wir können die Staaten auch durch andere Kollektive, wie etwa den Attischen Seebund oder die freie Stadt Melos ersetzen), die für ihre Sicherheit sorgen kann; sie können nur auf Selbst-Hilfe vertrauen. Daraus folgt ein Primat der

6 Mary Kaldor, *New & Old Wars: Organized Violence in a Global Era*, Stanford 1999; Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Berlin 2002.

7 Siehe zum Beispiel Klaus Schlichte, „Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9 (2002), S. 113–137.

8 Maßgebende Arbeiten dieser Denkschule sind insbesondere Henry J. Morgenthau, *Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace*, New York 1948; und für den späteren, sog. Neorealismus Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, Reading/Mass. 1979.

Machtpolitik: Sicherheit ist am besten dadurch zu erreichen, dass sich ein Staat mit Machtmitteln (Rüstung, Allianzen u. a.) versieht und diese, wenn nötig, auch ohne Rücksicht einsetzt.⁹

Verfahren die Athener nicht genau auf diese Weise mit den Meliern? Sie wollen die freie Stadt Melos mit der Androhung von Gewalt in den Attischen Seebund zwingen. Dies geschieht auch, wie Taureck richtigerweise feststellt, um die Melier so tributpflichtig zu machen. Dies ist allerdings nicht das einzige und vielleicht noch nicht einmal das stärkste Motiv der Athener. Es lässt sich ebenso argumentieren, dass die Athener dadurch vor allem ihre Machtposition gegenüber ihren machtpolitischen Kontrahenten, den Spartanern, ausbauen wollten. Insbesondere zielten sie darauf ab, den Spartanern zuvorzukommen und zu verhindern, dass das einst von den Spartanern gegründete Melos sich auf deren Seite schlagen könnte. Folgender Passus aus dem Melier-Dialog gibt dies wider und lässt erkennen, warum Thukydides zum Kronzeugen des Realismus geworden ist. So belehren die Athener die Melier:

Wir allerdings gedenken unsererseits nicht mit schönen Worten – etwa als Besieger der Perser seien wir zur Herrschaft berechtigt oder wir müßten erlittenes Unrecht jetzt vergelten – endlose und unglaubliche Reden euch vorzutragen, noch dürft ihr meinen uns zu überreden, wenn ihr sagt, Abkömmlinge Spartas, hättet ihr doch keine Heeresfolge geleistet oder ihr hättet uns nichts zuleide getan; sondern das Mögliche sucht zu erreichen nach unser beider wahren Gedanken, da ihr so gut wißt wie wir, dass im menschlichen Verhältnis Recht gilt bei Gleichheit der Kräfte, doch das Mögliche der Überlegene durchsetzt, der Schwache hinnimmt.¹⁰

Bei diesem Logos der Stärke/Macht handelt es sich meiner Ansicht nach nicht zwangsläufig um einen Vorwand, der nur das wahre Motiv des Beutemachens verschleiern soll. Vielmehr haben die Realisten durchaus plausible Argumente geliefert, warum wir die Suche nach Sicherheit durch Machtstreben als Kriegsursache sehr ernst nehmen sollten. Zentral ist hier die Idee des Sicherheitsdilemmas.¹¹ Demnach resultieren Kriege aus der

9 In der offensiven Variante des Neorealismus streben die Staaten sogar danach, ihre relative Machtposition zu maximieren. In der defensiven Variante wollen sie primär ihre Sicherheit maximieren. Für die offensive Variante steht vor allem John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001; für die defensive hingegen Waltz, *Theory of International Politics*.

10 Thukydides, *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* [um 400 v. Chr.], Zürich 1960, Buch V, § 89.

11 John H. Herz, *Political Realism and Political Idealism*, Chicago 1951.

oben bereits beschriebenen, anarchischen Struktur des internationalen Systems. Da eine zentrale Ordnungs- und Sanktionsinstanz fehlt, ist es für jeden Staat im Grunde erst einmal rational, die eigene Macht zu stärken, um sich so sicherer zu machen. Dieses Streben nach Sicherheit kann durchaus auch in der Angst wurzeln, von anderen Kollektiven des Beutemachens wegen überfallen zu werden. Dass dieses Motiv eine Rolle spielt bestreite ich nicht. Das Dilemma liegt nun aber darin, dass ein Staat, der seine Macht ausbaut, dadurch andere Staaten in ihrer relativen Machtposition schwächt und somit unsicherer macht. Das veranlasst diese wiederum, ebenfalls nach mehr Macht zu streben. So entstehen eine Abwärtsspirale aus sich wechselseitig verstärkendem Misstrauen und Anreize, vermeintlich günstige Gelegenheiten zu nutzen, um sich durch kriegereische Gewalt entscheidende Vorteile im Kampf ums Überleben zu sichern. Der Melier-Dialog lässt sich auch so lesen, als hätten die Athener genau nach dieser Überlegung gehandelt: wenn wir jetzt die Melier nicht auf unsere Seite ziehen können, dann müssen wir sie vernichten, damit ihre Machtressourcen nicht in die Hände der Spartaner fallen.

Freilich geht es hier nicht primär darum, ob dies nun wirklich einst die wahre Motivation der Athener war, oder ob nicht doch vielmehr die Aussicht auf Beute dahinter steckte. Es wäre ja auch nicht unplausibel zu vermuten, dass beide Motive eine Rolle gespielt haben. Aber das ist eine Frage für intensivere historische Untersuchungen. Hier geht es nur darum, zu zeigen, dass Taureck vielleicht etwas zu vorschnell ist, wenn er den macht- bzw. sicherheitspolitischen Motiven nur einen nachgeordneten Rang als Legitimationsstrategie einräumt.

Dies gilt auch für Taurecks Auseinandersetzung mit Hegel. Interessanterweise ordnet Taureck den philosophischen Idealisten Hegel als politischen bzw. politikwissenschaftlichen Realisten ein. Diese Einordnung erscheint auch zutreffend, kann Taureck doch zeigen, dass Hegel den Krieg als etwas betrachtet, das nicht vermeidbar ist, weil Konflikte zwischen Staaten ohne beidseitiges Einvernehmen nur durch Krieg entschieden werden (siehe die Diskussion bei Taureck, S. 34–36). Damit ist Hegel in der Tat sehr nah an der realistischen Argumentation, wonach die Anarchie des internationalen Systems den Krieg hervorbringt. Taurecks diesbezügliche Kritik an Hegel schießt dann aber über das Ziel hinaus. Er kritisiert, dass es keine Regel gäbe, die besagt, dass Differenzen zwischen Staaten am Ende allein durch Krieg ausgetragen werden können. Das ist natürlich völlig richtig und durch zahlreiche Beispiele friedlicher Streitbeilegung in der internationalen Politik belegt. Aber – so würden die Vertreter des Realis-

mus argumentieren¹² – es besteht eben durchaus die Möglichkeit, dass zwischenstaatliche Differenzen auch durch Krieg ausgetragen werden *könnten*. Und schon allein diese Unsicherheit genüge, um das Sicherheitsdilemma mit seiner destruktiven Wirkung in Gang zu setzen.

3. Wege zur Überwindung des Sicherheitsdilemmas

Diese Überlegungen des politischen Realismus zum Zusammenhang zwischen der Struktur des internationalen Systems, dem Streben nach Sicherheit und Krieg – ganz besonders der Primat der Machtpolitik – müssen kritisch hinterfragt werden. Sie sind hoch problematisch und es spricht einiges dafür, dass ihre Umsetzung in praktische Politik Konflikte eher eskaliert als stabilisiert. Eine gängige realistische These ist etwa, dass Machtgleichgewichte im Sinne wechselseitiger Abschreckung Krieg verhindern. Mit gewissen Einschränkungen (Stichwort: Stellvertreterkriege) mag dies vielleicht für den speziellen Fall des Kalten Krieges mit seiner Blockbildung gegolten haben. Allerdings hat die Forschung gezeigt, dass die konkreten Praktiken der Machtpolitik wie Allianzbildung und Aufrüstung das Risiko eines Kriegeausbruchs deutlich erhöhen.¹³ Etwas zugespitzt könnte man sagen, der Realismus kann zwar eine plausible Erklärung für die Entstehung von Kriegen liefern, scheitert aber daran, Wege zum Frieden aufzuzeigen und birgt sogar die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Aber dennoch sind seine grundlegenden Betrachtungen, vor allem zur Rolle des Sicherheitsdilemmas, ein wichtiger Ausgangspunkt bei der Suche nach den Wurzeln des Krieges und damit auch bei dessen Überwindung – oder zumindest dessen Einhegung, um die Ansprüche etwas bescheidener zu formulieren.

12 Auch Hegel könnte man an besagter Stelle so interpretieren. Schließlich schränkt er die Aussage, dass der Streit der Staaten nur durch Krieg entschieden werden kann, im selben Satz dadurch ein, dass dies nur gilt „[...] insofern die besonderen Willen [der Staaten] keine Übereinkunft finden [...]“, zitiert nach Taureck, *Drei Wurzeln*, S. 35.

13 John A. Vasquez, „Reexamining the Steps to War: New Evidence and Theoretical Insights“, in: Manus I. Midlarsky (Hg.), *Handbook of War Studies II*, Ann Arbor 2000, 371–406.

Gerade in der Auseinandersetzung mit dem realistischen Denken hat sich die Denkschule des Institutionalismus entwickelt.¹⁴ Internationale Institutionen – so ihre Kernthese – können internationale Kooperation ermöglichen. Sie helfen, das Sicherheitsdilemma zu reduzieren und das Eskalationsrisiko von Konflikten zu minimieren. Das tun sie vor allem dadurch, indem sie auf Normen und Regeln basierende Verhaltensmuster begründen und im besten Falle auch Instanzen schaffen, um die Einhaltung der Regeln zu überwachen. Ein hervorragendes Beispiel hierfür sind die verschiedenen Rüstungskontrollregime, die vor allem ab den 1970er Jahren zur Begrenzung der Rüstungsdynamik zwischen den beiden Blöcken des Kalten Krieges geschaffen wurden. Diese Regime haben, wie etwa die nukleare Rüstungskontrolle zwischen den USA und der Sowjetunion, aber auch die konventionelle Rüstungskontrolle im Rahmen des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag von 1990), Obergrenzen für bestimmte Waffensysteme festgelegt und Verifikationsmechanismen geschaffen, um deren Einhaltung wirksam zu überprüfen. So konnte das Wettrüsten zwischen den Akteuren eingedämmt und wechselseitiges Vertrauen aufgebaut werden. Tatsächlich haben sich die beteiligten Staaten weitgehend an die Regeln gehalten. Aus der Raubkriegsperspektive, wie sie von Taureck vertreten wird, scheint das schwer zu erklären: warum sollte ein Kollektiv seine Macht selbst beschränken, wenn es doch damit auch seine Möglichkeiten, andere zu überfallen oder zu erpressen, einschränken würde? Aus einer Perspektive der Notwendigkeit, nicht von Krieg, aber von Sicherheit, macht ein solches Verhalten hingegen Sinn. Nämlich dann, wenn die beteiligten Akteure erkennen, dass sie im Falle allseitig fortgesetzter Aufrüstung letztendlich keinen Gewinn, sondern einen Verlust an Sicherheit erzielen.¹⁵

Die erfolgreiche Kooperation im Rahmen solcher Institutionen kann dann auch dazu beitragen, das Sicherheitsdilemma nicht nur abzuschwächen, sondern sogar zu überwinden. Erfolgreiche Kooperation hilft, Feind-

14 Gängig sind auch die Bezeichnungen rationalistischer/neoliberaler Institutionalismus oder Regimetheorie. Siehe etwa Robert O. Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton 1984; Volker Rittberger (Hg.), *International Regimes in East-West Politics*, London 1990.

15 Emanuel Adler hat dies für den Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle sehr überzeugend herausgearbeitet: Emmanuel Adler, „The Emergence of Cooperation. National Epistemic Communities and the International Evolution of the Idea of Nuclear Arms Control“, in: Peter M. Haas (Hg.), *Knowledge, Power, and International Policy Coordination*, Columbia, SC 1997, S. 101–145.

bilder ab- und Vertrauen aufzubauen und so Schritt für Schritt von der Feindschaft zu überwiegend kooperativen Beziehungen, im besten Fall sogar über die militärische Integration (gemeinsame Verteidigungsplanung) zur Sicherheitsgemeinschaft zu kommen.¹⁶ Wer behauptet, das sei Wunschdenken ohne empirisches Fundament möge sich die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen vom Zweiten Weltkrieg bis heute in Erinnerung rufen.

Wir sehen mit der Bildung internationaler und transnationaler Institutionen also eine weitere Option für Friedensstrategien. Eine Option, die man, geht man von Taurecks „synthetischer“ Kriegsdefinition aus, leicht übersieht, weil sich diese zu sehr auf das Beutemachen als zentrale Motivation zur Kriegführung fokussiert.

4. Schlussbetrachtung zur Definition von Krieg

Abschließend möchte ich die Frage aufwerfen, ob es nicht sowieso besser wäre, die Motivation der beteiligten Akteure und generell die Frage nach den Ursachen bei der Suche nach einer Kriegs-Definition außer Acht zu lassen. Schließlich ist Krieg ein solch komplexes soziales Phänomen, dass es wohl in den meisten Fällen schwer fallen dürfte, sie auf eine einzige Motivation oder Ursache zurückzuführen – ganz zu schweigen davon, diese dann auch noch wissenschaftlich nachzuweisen. Und selbst wenn dies in einzelnen Fällen gelänge, wäre es hoch problematisch, daraus auf eine allgemeingültige Kriegsursache zu schließen. Warum sollten wir eine Auswahl unter den Motiven treffen müssen, nur um dann eine Reihe von ansonsten plausiblen Fällen als Nicht-Krieg abzutun? Nur weil die Akteure einer anderen Motivation folgen? Um nicht missverstanden zu werden: ich halte die Frage nach den Kriegsursachen und damit zusammenhängend auch nach der Motivation der Akteure für äußerst wichtig; nicht zuletzt um daraus Möglichkeiten abzuleiten, wie sich Kriege verhindern oder beenden lassen. Gerade deswegen aber sollte die Antwort auf die Frage nach den Kriegsursachen nicht a priori durch unsere Definition von Krieg vorweggenommen werden.

Ich halte es für sinnvoller, bei der Definition von Krieg vom Phänomen der Gewalt und den konkreten Gewaltpraktiken der beteiligten Akteure

16 Harald Müller, „Von der Feindschaft zur Sicherheitsgemeinschaft – Eine neue Konzeption der Rüstungskontrolle“, in: Berthold Meyer (Hg.), *Eine Welt oder Chaos?*, Frankfurt/M. 1996, S. 399–428.

auszugehen. Aus meiner Sicht ist deshalb die kurze Kriegsdefinition, die Taureck ganz zu Anfang seines Textes vorlegt – Krieg als „Einsatz kollektiver Gewalt gegen kollektive Gewalt“ (S. 25) – als Ausgangspunkt für eine nähere Beschäftigung mit dem Krieg sehr viel besser geeignet, als die gleich darauf präsentierte, synthetische Kriegsdefinition. Krieg als Einsatz kollektiver Gewalt gegen kollektive Gewalt – das ist in der Tat eine sehr elegante Definition für Krieg. Sie hat außerdem den Vorteil, dass sie den Krieg von einer Reihe von anderen Gewalt-Phänomenen abgrenzt, bei denen die Gewalt einseitig ausgeübt wird: so zum Beispiel bei Genoziden, Massakern an Wehrlosen oder auch bei terroristischen Anschlägen. In diesen Fällen handelt es sich, mit Ausnahme von terroristischen Einzeltätern, ebenfalls um organisierte, aber eben einseitige Gewalt.¹⁷ Wie schon Clausewitz anmerkte: der Krieg beginnt nicht mit dem Angriff, sondern erst mit der Verteidigung, weil es erst dann tatsächlich zum Kampf kommt.¹⁸ Hierzu eine Anmerkung am Rande: Blickt man aus dieser Perspektive auf den vielbeschworenen und auch von Taureck kurz erwähnten „war on terror“, so muss man feststellen, dass dieser dann, wenn er sich auf das bloße Töten vermeintlicher Terroristen mittels Drohnen- oder andersartiger Luftschläge aus der Distanz beschränkt, ebenso wenig als Krieg klassifiziert werden kann, wie ein terroristischer Akt. Zutreffender wäre dafür wohl die Bezeichnung „Menschenjagd“.¹⁹

Mit der Definition vom Krieg als kollektive Gewalt gegen kollektive Gewalt ist Taureck also gar nicht so weit von Clausewitz entfernt. Beide betonen explizit und sinnvollerweise den Zweikampfcharakter des Krieges. Wo sich Taureck jedoch scharf von Clausewitz abgrenzt, ist beim Zusammenhang zwischen Politik und Krieg. Clausewitz' berühmtem Diktum vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln hält er entgegen, dass dies unzutreffend sei, „[...] weil Kriege, indem sie das Unerlaubte legalisieren, Ausdruck von gescheiterter Politik darstellen“ (S. 26). Unter normativen Gesichtspunkten ist ein solches Politikverständnis im Sinne von Dolf Sternberger – Frieden als Norm und Ziel der Politik – ver-

17 Zu den unterschiedlichen Typen organisierter Gewalt, siehe Martin Shaw, „Conceptual and Theoretical Frameworks for Organised Violence“, in: *International Journal of Conflict and Violence* 3 (2009), S. 97–106.

18 Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 429 f.

19 Gregoire Chamayou, „The Manhunt Doctrine“, in: *Radical Philosophy* 169 (2011), S. 2–6.

ständig.²⁰ Aber steckt in einer solchen Betrachtung von Politik nicht auch etwas Verklärendes? Politik als gewaltlose Aushandlung, quasi synonym zu Diplomatie? Wenn man Politik hingegen in Anlehnung an David Easton und insbesondere Ernst-Otto Czempiel als Prozess der autoritativen oder mittels Macht erfolgenden Verteilung und Generierung von Werten durch das jeweilige politische System (und auch durch gesellschaftliche Akteure) betrachtet,²¹ dann ist die Beschreibung des Krieges als Politik mit anderen Mitteln recht zutreffend. Denn warum sollte nicht auch die kriegerische Gewalt zu den Machtmitteln zählen, mit denen bestimmte Werte „verteilt“ werden? Normativ gesehen mag man dies ablehnen. Aber aus einer analytischen Perspektive auf den Krieg (und ich glaube, dass man Clausewitz so lesen sollte) eröffnet gerade dieser Blick auf den Krieg als eine Form der organisierten, politischen Gewalt wichtige Hinweise auf die Wurzeln des Krieges. Denn diese liegen nicht zuletzt in eben jenen, durch Politik zugeteilten Werten – sei es nun das Beutemachen als oberstes Ziel oder das Streben nach Sicherheit.

- 20 Dolf Sternberger, *Begriff des Politischen. Der Friede als der Grund und das Merkmal und die Norm des Politischen*, Frankfurt/M. 1961.
- 21 David Easton, *A Framework for Political Analysis*, Inglewood Cliffs/NJ, 1965; Ernst-Otto Czempiel, *Friedensstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga*, Opladen, Wiesbaden 1998, S. 35 ff.

Krieg als Raubkrieg?

Soziologische Anmerkungen zu einer schwierigen Definition

Barbara Kuchler

Definitionen sind manchmal des Pudels Kern und manchmal nur Schall und Rauch. Ich bin nicht sicher, wie es sich in diesem Fall verhält. Taureck definiert zu Beginn seines Textes Krieg als Raubkrieg oder Beutekrieg, und auch wenn diese Bestimmung in seinen weiteren Überlegungen gar nicht mehr explizit auftaucht, so ist sie doch in sich interessant und wichtig. Ich möchte mich in meinem Beitrag ausschließlich damit auseinandersetzen und einige soziologische Überlegungen dazu anbringen, während ich zu den späteren Teilen der Argumentation soziologisch wenig sagen kann.

Taureck definiert Krieg recht unmissverständlich als Beutekrieg, als Maßnahme zur Aneignung fremden Eigentums. *„Krieg bezeichnet eine ruhmreiche kollektive Erbeutungsaktion, die zusätzlich als Notwendigkeit deklariert wird und die auf einer Illusion letztlicher infolge Krieg zu erreichender Vorteile beruht.“* Das Merkmal der Aneignung von Eigentum ist für ihn so zentral, dass er kurz darauf, als es um den Kontrast zwischen den beiden Zuständen Krieg vs. Frieden, zwischen dem normalerweise Erlaubten und dem im Krieg Erlaubten geht, den Punkt „Eigentum“ noch vor dem Punkt „Menschenleben“ erwähnt: *„Krieg bedeutet Erlaubnis zu maximaler Entfesselung des gewöhnlicherweise Unerlaubten.“* Es ist schlicht unerlaubt, fremdes Eigentum zu beschädigen oder sich durch Gewalt anzueignen. Es ist schlechterdings unerlaubt, fremdes Menschenleben anzutasten, zu verletzen oder zu töten.“

Ich bin soziologisch nicht überzeugt, dass das eine gute allgemeine Definition des Krieges ist. Härter gesagt: Ich bin der Überzeugung, dass sie nur bestimmte historische Epochen oder bestimmte gesellschaftliche Entwicklungszustände beschreibt, andere aber gar nicht, u.a. nicht unsere Gesellschaft, die moderne Gesellschaft. Taureck verweist zur Untermauerung seines Verständnisses von Krieg als Raubkrieg auf Thukydides, und für

die alten Griechen macht das durchaus Sinn. Aber soziologisch gesehen ist die Antike nicht einfach der Ausgangspunkt, wo die Dinge beginnen und von wo aus bestimmte Fragen einfach weiterzuschreiben sind, sondern die Antike ist eine sehr spezielle Gesellschaftsform mit speziellen Strukturen, für die bestimmte Dinge gelten, die nicht automatisch auch anderswo gelten.

Soziologisch macht es überhaupt nur für wenige Begriffe Sinn, sie allgemein, zeitübergreifend und epochenunabhängig zu verwenden. Die meisten Begriffe ändern ihren Sinn zentral mit der Gesellschaft, in der die gemeinten Phänomene vorkommen, etwa Begriffe wie „Politik“, „Wirtschaft“ oder „Familie“. Eine Familie ist etwas ganz anderes in einer Stammesgesellschaft, wo Abstammungslinien und symbolische Zugehörigkeiten zu Clans, Totems, *moieties* usw. im Mittelpunkt stehen, in der mittelalterlichen Feudalgesellschaft, wo – zusätzlich zu Abstammungslinien – Vererbungs- und Statusfragen zentral sind, und in der modernen Gesellschaft, wo die Familie zur privatisierten und intimisierten Kleinfamilie mutiert. Soziale Formationen sind zutiefst abhängig von der Gesellschaft, in der sie stattfinden, und ändern ihre Form und ihren Sinn radikal, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen sich ändern.

Das gilt auch für Krieg. Krieg ist, als gewaltsame Auseinandersetzung zwischen größeren Kollektiven, zutiefst abhängig davon, wie Sinn- und Handlungcluster in der Gesellschaft insgesamt gebildet werden, wie die Strukturlinien in der Gesellschaft insgesamt verlaufen. Kriege in Stammesgesellschaften, in vormodernen Schichtungsgesellschaften und in der modernen Gesellschaft folgen ganz unterschiedlichen sozialen Strukturmustern und haben mindestens so viele Unterschiede wie Gemeinsamkeiten. Man kann deshalb nicht von Thukydides und den Griechen auf Kriege in allen Zeiten und Epochen schließen und eine allgemeine Theorie „des“ Krieges daran anschließen.

Die eben erwähnte Dreierunterscheidung in Stammesgesellschaften, vormoderne Schichtungsgesellschaften und moderne Gesellschaft ist grob, sie mag Historiker irritieren, aber sie ist soziologisch nützlich als Schablone zur Sortierung einer ansonsten unüberschaubar großen Vielfalt von Gesellschaftsformen. Ich skizziere in ganz wenigen Worten diese drei grundlegenden Gesellschaftsformen, bevor ich zur Beschreibung von Krieg – und zum Verhältnis von Krieg und Raub, Krieg und Eigentumstransfer – in den einzelnen Gesellschaftstypen übergehe. (1) Stammesgesellschaften sind kleine, schriftlose Gesellschaften, sie sind gegliedert in lauter gleichartige Einheiten (Segmente) wie Dörfer, Stämme, Clans o.ä., in denen auf

Grundlage persönlicher Bekanntschaft und ausschließlich mündlich kommuniziert wird. (2) Schichtungsgesellschaften sind geordnet entlang einem Schema von Oben/Unten, Adel/Volk, vornehm/gemein, frei/unfrei, statushoch/statusniedrig, oft mit vielen Abstufungen und Nuancierungen, wobei die oberen Schichten sowohl politische Herrschaft als auch rechtliche Entscheidungsgewalt als auch ökonomische Privilegierung als auch künstlerische, wissenschaftliche, bildungsmäßige Leistung auf sich konzentrieren. (3) Die moderne Gesellschaft ist geordnet nach dem Prinzip funktionaler Differenzierung, d.h. sie gliedert sich in sachlich spezialisierte Bereiche wie Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft, Bildung, Massenmedien, Familie usw., die je ihre eigene, funktionsspezifische Logik entwickeln, eigenen Expansionsdrang und Autonomieansprüche entwickeln und sich in vielfältiger Weise aneinander reiben, aber auch gegenseitig ergänzen.

Wie sieht nun das Verhältnis von Krieg und Raub, d.h. gewaltsamer Aneignung fremder Güter, in diesen drei Gesellschaftstypen aus? Sehr schematisch und vereinfacht, aber zur Orientierung trotzdem nützlich, kann man dazu Folgendes sagen.¹

(1) In Stammesgesellschaften *kann* Krieg als Raubzug organisiert sein, wobei es etwa darum geht, Rinder, Kanus oder andere geschätzte Güter in nächtlichen Überfällen aus den Dörfern des Gegners zu entwenden. In vielen Fällen sind Kriege aber ganz anders organisiert. Oft haben sie keinen anderen, „handfesteren“ Sinn als den, den Kriegern eine Gelegenheit zum Erweis von Tapferkeit, Kraft, Geschick und zum Erwerb von Status und Trophäen zu geben. Krieg ist eine Art, wie Männer ihre Mannhaftigkeit erweisen und sich einen Status im Kreis der Männer erkämpfen. Selbst wenn sie das auf die Weise tun, dass Kanus geraubt werden, mag der eigentliche Sinn dieser Handlung weniger im Kanu als im Prestigegewinn liegen. In vielen Stammesgesellschaften folgen Kriege darüber hinaus stark rituellen Mustern, etwa kosmologisch-mythologisch verankerten Ereigniszyklen und Welpolaritäten. Sie finden zu bestimmten Zeiten, an bestimmten Orten und an bestimmten Punkten im Jahreszyklus statt und haben ihren Sinn im Bezug auf höhere, ewige Ordnungsschemata und nicht im Transfer von materiellen Werten. Es wäre für Gesellschaften dieses Typs sicherlich falsch, Krieg generell als Raubkrieg zu verstehen.

1 Ausführlicher: Barbara Kuchler, *Kriege. Eine Gesellschaftstheorie gewaltsamer Konflikte*, Frankfurt/M. 2013, S. 124 ff.

(2) Für stratifizierte Gesellschaften macht die Assoziation von Krieg mit gewaltsamer Wertaneignung am meisten Sinn. Erfolgreiche Kriegführung ist hier in der Tat meist verflochten mit ökonomischer Bereicherung, sei es durch direkten Raub und Plünderung, sei es durch Tribute, die der Unterlegene dem Sieger zu entrichten hat. Kriege sind deshalb in der Regel für den Sieger ökonomisch profitabel. Dies wird auch ganz offen und unverhohlen betrieben und als legitimer Kriegszweck gepflegt, und erbeutete Reichtümer – wie Schätze oder Sklaven – werden auf Triumphzügen zur Schau gestellt. Die Truppen der siegreichen Seite werden oft mit erbeuteten Werten entlohnt oder belohnt, so etwa Ritter, Samurai und andere Adelskrieger in feudal organisierten Gesellschaften, die als Lohn für ihre Dienste einen Anteil der Beute erhalten, aber auch die Soldaten imperialer Armeen, deren Sold oder nicht-monetäre Entlohnung (Land) oft aus den Erwerbungen der Kriege stammt, die sie gefochten haben. Auch in den griechischen *poleis* erhalten die Bürgersoldaten einen Lohn für ihre Dienste, und die siegreiche Stadt insgesamt kann oft einen Wohlstandsgewinn verbuchen, etwa über einträgliche Handelswege und Handelsmöglichkeiten.

Es ist charakteristisch für Gesellschaften dieses Typs, dass politische und ökonomische Dimensionen des Lebens nicht zu trennen sind, vielmehr aufs Engste ineinander verwoben sind. Im Soziologenzargon sagt man: Gesellschaften dieses Typs sind funktional diffus strukturiert. Politische, ökonomische, rechtliche, bildungsmäßige, oft auch religiöse Vorteile und Vorrangstellungen konvergieren in den oberen Zonen der Schichthierarchie – dort, wo ein „gutes“, ehrenvolles, zivilisiertes Leben gelebt wird (während in den unteren Schichten, etwa in der Bauernschaft, nur ein arbeitsvolles und mühevoll existieren möglich ist). Die entsprechenden institutionellen Strukturen und Trägergruppen – für politische, ökonomische, rechtliche usw. Zwecke – sind entweder gar nicht getrennt oder eng miteinander verbunden. Deshalb ist auch Krieg gleichzeitig und ungetrennt ein politisches und ein ökonomisches Projekt; Kriegsziele wie Sicherung oder Vergrößerung von Herrschaftsgebieten und Vermehrung von Wohlstand gehen fließend ineinander über; und größere Reiche – wie etwa das Römische Reich – können sich über längere Zeiträume aus ihren Kriegen und Eroberungen finanzieren. Arnold Gehlen hat diesen Umstand kurz und prägnant so zusammengefasst: „Für den Orient wie für das Abendland, und für die ganze Geschichte von der Antike bis an die

Schwelle unseres Industriezeitalters gilt [...] der Sieger im Krieg ist auch der, der reich wird.“²

(3) In der modernen Gesellschaft – spätestens mit den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, aber beginnend schon ab, sagen wir, dem späten 17. Jahrhundert (1648) – erodiert diese Ordnung der Dinge. Die Regel, dass Kriege profitabel für die Sieger sind, gilt nicht mehr. Es stellt sich vielmehr zunehmend heraus, dass Kriege ökonomisch ruinös sind, auch für die Sieger. „[War is] the most uneconomic enterprise in which man can engage“, stellt der Kriegssoziologie Quincy Wright fest.³ Kriege zerstören regelmäßig Teile der Volkswirtschaft und des Volksvermögens, sie zerstören Handelsmöglichkeiten, Vertrauen, Investitionsbereitschaften und sonstige Voraussetzungen des Funktionierens komplexer Wirtschaftssysteme. Herfried Münkler hat deshalb unumwunden festgestellt, dass Kriege in der Moderne „grundsätzlich mehr kosten, als sie einbringen“, auch für die Sieger.⁴ Alle früheren Quellen von Kriegsgewinn sind brüchig und trügerisch geworden oder ganz versiegt. Plünderung ist seit der Haager Landkriegsordnung von 1907 offiziell verboten und würde im Übrigen auch nicht genug einbringen, um die entstandenen Schäden und Kosten auszugleichen. Wo Plünderungen in modernen Staatenkriegen noch vorkommen, werden sie eher informell oder behelfsmäßig praktiziert (Soldaten nehmen einen Mantel oder ein Schmuckstück mit) und dienen nicht der ruhmvollen Aneignung von Schätzen, sondern allenfalls der kümmerlichen Entschädigung für erlittene Entbehrungen und Zerstörungen. Direkte Tributzahlungen gibt es nicht mehr, und Reparationen sind bestenfalls ein magerer Ausgleich für die im Krieg entstandenen Schäden und Kosten, aber können Krieg nicht mehr in ein Gewinngeschäft verwandeln. Indirekte ökonomische Profite etwa durch Zugang zu Rohstoffen, Handelswegen, Absatzmärkten werden oft als moderne Form von kriegsbedingtem Wohlstandstransfer zitiert, sie sind aber oft mehr als Trophäe und Dekorations-

2 Arnold Gehlen, „Luxus und Gesellschaft“, in: ders., *Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften*, Gesamtausgabe Bd. 6, Frankfurt/M. 2004, S. 534.

3 Quincy Wright, „The Study of War“, in: David S. Sills (Hg.), *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Bd. 16, New York 1968, S. 453–468, hier: S. 463.

4 Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005, S. 239; ders., *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*, Weilerswist ²2006, S. 140; Niall Ferguson, *Politik ohne Macht. Das fatale Vertrauen in die Wirtschaft*, München 2003, S. 367 ff.

rhetorik relevant denn als realer wirtschaftlicher Faktor (dazu gleich mehr).

Der Grund für diese Umwälzung in den Bedingungen der Kriegführung ist, dass in den letzten Jahrhunderten das Prinzip funktionaler Differenzierung sich durchgesetzt hat, die Gesellschaft also nicht mehr funktional diffus, sondern funktional spezifisch geordnet ist. Damit wurden die Funktionsbereiche Politik und Wirtschaft zunehmend auseinandergezogen, sie haben sich zu je eigener Komplexität und ihrem je eigenen Bündel spezifisch moderner Institutionen und Prozesse entwickelt. Auf der Seite der Politik gehören dazu etwa Parlamente, Regierungen, Verwaltungsapparate, Demokratie, Repräsentation, Inklusion, Nation, auf der Seite der Wirtschaft eine radikale Geld- und Preisorientierung und Prinzipien wie Markt, Massenkonsum, Profit, Rentabilität, Investition, Innovation. Damit erodiert die Möglichkeit, Krieg als ungetrennt politisch-ökonomisches Geschehen zu betreiben. Kriege – jedenfalls klassische Staatenkriege – drehen sich jetzt in erster Linie um politische Ziele und Konflikte, wie Macht, Hegemonie, Ideologie, Nation, Großmachtpositionen, -ambitionen, -provokationen. Umgekehrt kann das ökonomische Ziel der Wohlstandsmehrung unter modernen Bedingungen nicht mehr extraktiv (durch Aneignung von Werten anderswoher), sondern nur noch produktiv erreicht werden.

Das Innehaben einer Großmacht- oder Weltmachtposition ist jetzt nicht mehr ein Garant für ökonomische Blüte. Vielmehr hängen politische und ökonomische Vormachtstellung nur noch locker und oft auch invers miteinander zusammen. So hat etwa die eine Weltmacht des Kalten Krieges – die westliche – sich auch ökonomisch eine Vormachtstellung gesichert und beträchtliche Vorteile eingesackt, während die andere – die östliche – sich durch die Weltmachtkonkurrenz ökonomisch ruiniert hat. Zwei der heute stärksten und erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt, Deutschland und Japan, sind die Verlierermächte des Zweiten Weltkriegs. Aus der lange gewohnten ökonomischen Profitabilität des Imperiums ist die Frage geworden, wie lange ein Staat die „Kosten des Imperiums“ tragen kann, ohne sich zu übernehmen.⁵ Das Innehaben einer Weltmachtposition involviert heute Geldtransfers *vom Zentrum in die Peripherie*, nicht umgekehrt.

Kriege können unter diesen Umständen zwar eventuell politisch für sinnvoll gehalten werden, ökonomisch sind sie aber nur ein Kostenfaktor.

5 James K. Galbraith, „The Unbearable Costs of Empire“, in: *American Prospect* 13 (2002), Nr. 21, S. 26–27.

Nehmen wir etwa die beiden Golfkriege (1990/91, 2003–2011), also Kriege, die die Weltmacht USA gegen das kleine periphere Land Irak geführt hat und in denen es angeblich um Öl gegangen ist. Diese beiden Kriege haben die USA nach Schätzungen mindestens 1,1 Billionen Dollar gekostet, also 1.100 Milliarden Dollar.⁶ Wie viele Barrel Öl hätte man für diese Summe auf dem Weltmarkt kaufen können? Oder wie leicht und mit wie viel relativem Aufwand und Aufwendungen hätte man sich damit langfristige Lieferverträge für Öl sichern können? Die exorbitanten Kriegskosten – manche sagen: „obszönen“ Kriegskosten⁷ – stellen eine neue, historisch ungewohnte Realität unserer Gesellschaft dar. Dies hat damit zu tun, dass moderne Staatenkriege in der Durchführung horrend teuer sind, infolge von Kosten für Militärapparate, Waffensysteme, Munition, Transport, Versorgung, Auslandszuschläge usw., während die unmittelbaren Kriegskosten in der Vormoderne meist überschaubar waren.⁸ Es ist deshalb für moderne Staaten „allemaal kostengünstiger, Ressourcen zu kaufen, als sie mit Waffengewalt zu erobern“.⁹

Ähnlich viel wie die Irakkriege hat – nach immer prekären Schätzungen – der seit 2001 schwelende Afghanistankrieg die USA bisher gekostet.¹⁰ Was haben die USA davon gehabt? Den Sturz des Talibanregimes und eine symbolische Rache für 9/11, aber auch dauerhafte Instabilität, Fortschreibung und Verschlimmerung des Bürgerkriegszustandes, Zerfall des Landes in Warlordtümer; sicherlich einen deutlichen Einfluss auf die Regierung in Kabul, aber ebenso viel Ressentiment und Imageschaden im Land, in der Region und möglicherweise in der Welt im Übrigen, ebenso wie Abzugswünsche und Kriegsmüdigkeit im eigenen Land. Sicherlich sind in all diesen Kriegen einige lukrative Aufträge für US-Firmen abge-

6 John Harrington, Grant Suneson, „What were the 13 most expensive wars in U.S. history?“, in: *USA Today* vom 13. 6. 2019, <https://eu.usatoday.com/story/money/2019/06/13/cost-of-war-13-most-expensive-wars-in-us-history/39556983/>.

7 „Afghanistan and Iraq have cost taxpayers £20bn“, in: *The Telegraph*, 7. 6. 2020.

8 Michael Mann, „Capitalism and Militarism“, in: Martin Shaw (Hg.), *War, State and Society*, New York 1984, S. 25–46, hier: S. 43.

9 Münkler, *Der Wandel des Krieges*, S. 139.

10 Sarah Almukhtar, Rod Nordland, „What Did the U.S. Get for \$2 Trillion in Afghanistan?“, in: *New York Times* vom 9. 12. 2019, <https://www.nytimes.com/interactive/2019/12/09/world/middleeast/afghanistan-war-cost.html>; Kimberly Amadeo, „Afghanistan War Cost, Timeline, and Economic Impact“, in: *The Balance* vom 15. 06. 2019, <https://www.thebalance.com/cost-of-afghanistan-war-timeline-economic-impact-4122493>; Harrington, Suneson, „What were the 13 most expensive wars in U.S. history?“

fallen – im Ölgeschäft, im Wiederaufbaugeschäft, im Söldnergeschäft –, aber auch hier muss man fragen, ob diese Billionen Dollar wert waren. Wenn und insoweit Krieg ein ökonomisches Geschäft ist, stimmt etwas nicht mit dem Verhältnis von Aufwand und Ertrag. (Und wenn und soweit solche, sehr begrenzten und partikularen Vorteile, nämlich Geschäftschancen für einige wenige Unternehmen, nicht nur ein Nebeneffekt des Krieges, sondern ein Motiv für die Kriegsentscheidung sind – was im Irakkrieg I mit den Protagonisten Bush/Cheney nicht restlos ausgeschlossen werden kann –, dann stimmt etwas nicht mit dem politischen System, das solche Entscheidungen hervorbringt. Letzteres ist ein allgemeines Urteil der politischen Öffentlichkeit in allen entwickelten westlichen Ländern, nicht mein persönliches Urteil.)

Die Vorstellung, dass ökonomische Interessen etwa an Rohstoffen und Absatzmärkten mit kriegesischen Mitteln bedient werden können, ist vermutlich schon seit einigen Jahrhunderten überwiegend Propaganda und Rhetorik. Im Zeitalter der Kolonialkriege wurde manche gewagte militärische Unternehmung als lukrative Investition in blühende Ländereien angepriesen. Aber es ist die Frage, ob das nicht eher eine Wunschvorstellung oder rationalistische Tünche über etwas war, was im Kern Prestigewettläufe zwischen europäischen Dynastien waren, die aber den rational und wirtschaftlich denkenden Bürgern als sinnvolle Investition „verkauft“ werden sollten.¹¹ Es kann natürlich auch sein, dass die Protagonisten jener Zeit tatsächlich aufrichtig an die Profitabilität kriegesischer Eroberungen geglaubt haben, die ja bis vor relativ kurzem noch Realität gewesen war; es braucht sicher einige Zeit, bis so etwas ins kollektive Bewusstsein einsickert. Aber jedenfalls aus heutiger Sicht spricht viel dafür, dass der ganze Kolonialismus/Imperialismus unter dem Strich eher ein ökonomisches Verlust- und Zuschussgeschäft war und eher durch Machtinteressen als durch wirtschaftliche Bedarfe getrieben war.¹²

Faktisch war die letzte dauerhafte „Symbiose“¹³ von politisch-staatlich-kriegesischem Erfolg einerseits und ökonomischem Erfolg andererseits im frühmodernen Europa zu beobachten, also zu einer Zeit, als weder

11 Raymond Aron, *War and Industrial Society*, London 1958; Joseph Schumpeter, „Zur Soziologie der Imperialismen“, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 46 (1918), S. 1–39, 275–316; George Steinmetz, „Return to Empire: The New U.S. Imperialism in Comparative Historical Perspective“, in: *Sociological Theory* 23 (2005), S. 339–367.

12 Münkler, *Imperien*, S. 35 ff.

13 Mann, „Capitalism and Militarism“, S. 42.

politische noch wirtschaftliche Strukturen zu heutiger Komplexität entwickelt waren und *deshalb* noch eine enge Allianz zwischen Fürsten/Königen einerseits und einer kleinen, homogenen Schicht von Kaufleuten und Finanziers andererseits geschmiedet werden konnte.¹⁴ Diese Allianz lässt sich in heutigen, stark diversifizierten Volkswirtschaften nicht reproduzieren, wo es kaum möglich ist, „die“ Interessen „der“ Wirtschaft durch Kriege zu befördern, weil unterschiedliche Branchen – etwa exportabhängige und binnenmarktorientierte, rohstoffabhängige und dienstleistungsorientierte, wechsellkursabhängige und wechsellkursunabhängige Branchen – ganz unterschiedlich von einem Krieg betroffen sind. Angesichts dessen ist die in kritischen Kreisen nach wie vor verbreitete Auffassung, Krieg sei eine „Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln“¹⁵, noch einmal zu überdenken. Diese Annahme ist denn auch von der Kriegssoziologie vor einigen Jahrzehnten aufgegeben worden und durch die Annahme ersetzt worden, dass die Sphäre des Staates und der Kriegführung eine autonome soziale Sphäre ist, die nicht – in welcher Weise auch immer – als Verlängerung des kapitalistischen Systems begriffen werden kann.¹⁶

Dies ist ein guter Punkt, um wieder zu Taureck zurückzukehren. Denn auch Taureck schreibt ja ausdrücklich, es sei eine *Illusion*, dass durch Krieg materielle Vorteile zu erlangen wären. Ich zitiere noch einmal:

- 14 Charles Tilly, „War Making and State Making as Organized Crime“, in: Peter B. Evans, Dietrich Rueschemeyer, Theda Skocpol (Hg.), *Bringing the State Back In*, Cambridge 1985, S. 169–191; Charles Tilly, *Coercion, Capital, and European States, AD 990–1990*, Cambridge 1990.
- 15 Ethan B. Kapstein, „Two Dismal Sciences Are Better Than One – Economics and the Study of National Security“, in: *International Security* 27 (2002), S. 158–187, hier: S. 158.
- 16 Theda Skocpol, „Bringing the State Back In. Strategies of Analysis in Current Research“, in: Evans et al. (Hg.), *Bringing the State Back In*, S. 3–37; Pitirim A. Sorokin, „A Neglected Factor of War“, in: *American Sociological Review* 3 (1938), S. 475–486; Martin Shaw, *Dialectics of War. An Essay in the Social Theory of Total War and Peace*, London 1988; ders., *Post-Military Society. Militarism, Demilitarization and War at the End of the Twentieth Century*, Philadelphia 1991; Michael Mann, *The Sources of Social Power. Volume 1: A History of Power from the Beginning to AD 1760*, Cambridge 1986; ders., „War and Social Theory: Into Battle with Classes, Nations and States“, in: Colin Creighton, Martin Shaw (Hg.), *The Sociology of War and Peace*, Dobbs Ferry 1987, S. 54–72; Michael Mann, *The Sources of Social Power. Volume 2: The Rise of Classes and Nation-States, 1760–1914*, Cambridge 1993; ders., *The Sources of Social Power. Volume 3: Global Empires and Revolution, 1890–1945*, Cambridge 2005; ders., *The Sources of Social Power. Volume 4: Globalizations, 1945–2011*, Cambridge 2012.

„Krieg bezeichnet eine ruhmreiche kollektive Erbeutungsaktion, [...] die auf einer Illusion letztllicher infolge Krieg zu erreichender Vorteile beruht.“ Er sieht also durchaus das Spannungsverhältnis zwischen dem Komplex Ruhm-Macht-Prestige und der Dimension materiell-ökonomischen Gewinns, löst es aber in Richtung auf eine kollektive Täuschbarkeit und Illusionierbarkeit auf.

Hier stellt sich dann aber die Frage, für wie dumm man die Menschheit halten muss, damit sie eine solche Illusion auch nach jahrtausendelanger entgegengesetzter Erfahrung nicht fallen lässt. Diese Tendenz vieler ökonomisch ansetzender Kriegstheorien – dass sie gleichzeitig annehmen, Kriege seien durch ökonomische Motive getrieben, *und* Krieg würde sich unter dem Strich ökonomisch nicht lohnen –, hat der Soziologe Pitirim Sorokin schon vor mittlerweile fast einem Jahrhundert diagnostiziert: „[M]any of these [theories of war] claim that the main cause of war is economic: ‘to keep what we have got and to take more,’ or ‘the Imperialist rivalries stirred by our present economic system,’ and the like. And then the same authors assure us that ‘war does not pay,’ that the conquerors and conquered alike usually lose economically. Unless we assume an absolute stupidity and unteachability of all the peoples, these two statements: that the cause of war is economic, and that war does not pay, are hard to reconcile.“¹⁷

Man könnte natürlich sagen, der Dummheit der Menschheit seien offensichtlich, leider, wenig Grenzen gesetzt – traurig aber wahr. Dafür spricht ja durchaus einiges. Und mit modernen Medien und Propagandatechniken etc. steht in der Tat ein mächtiges Instrument zur Verfügung, um kollektive Irreführungen zu bewerkstelligen, auch wenn die Möglichkeiten der Propaganda in den letzten hundert Jahren eher in Richtung auf Nation, Religion, Ethnizität, Identität vs. Bedrohung, Wirgruppe vs. Fremdgruppe, Angstschüren vor dem Reich des Bösen usw. genutzt worden sind.

Man kann aber statt dessen auch – die Klugheit oder Dummheit der Menschheit hintangestellt lassend – noch einmal einen soziologisch relativierenden Blick auf Taurecks These von der unterstellten, aber letztlich illusionären Profitabilität von Krieg werfen. Man kann sagen: Taureck hat eine *mögliche* Konstellation identifiziert, die er aber übergeneralisiert. Was als konkrete empirische Konstellation in *manchen* Kriegen zu beobachten ist, wird von ihm zu einer allgemeinen, apriorischen Bestimmung hochgeneralisiert. Demgegenüber würde ich an dieser Stelle eine Dosis

17 Sorokin, „A Neglected Factor of War“, S. 476.

Kriegssoziologie und Kriegsgeschichte einstreuen. Dann sieht man: Tau-
reck zieht in eine definitorische Bestimmung zusammen, was historisch-
soziologisch gesehen die Trajektorie von Kriegen über Jahrhunderte und
Jahrtausende hinweg gewesen ist. In bestimmten Zeiten war es *keine* Illu-
sion, dass Krieg ökonomisch profitabel ist, das war Realität – vielleicht
nicht in jedem Einzelfall, aber regelmäßige und erwartbare Realität. In an-
deren Zeiten, etwa in der Moderne, ist es keine regelmäßige Realität mehr.
Dann ist es aber vielleicht auch gar nicht sinnvoll, Krieg über diesen –
systematisch verfehlten – Bezug zu erwarteten-aber-nicht-eintretenden
Vorteilen zu begreifen.

Über einige notwendige Differenzierungen im Begriff des Krieges.

Ein politiktheoretischer Einwand gegen den Ansatz von Bernhard Taureck

Herfried Münkler

1. Thukydides vs. Johannes von Patmos

Kann man über Krieg nachdenken, ohne sogleich zu unterscheiden zwischen einem Krieg, den ein Staat führt, einem Krieg zumal, den dieser Staat bzw. seine Regierung – aus welchen Gründen – auch immer von sich aus und ohne dazu gezwungen worden zu sein begonnen hat, und einem Krieg, mit dem ein Land überzogen wird, ohne dass dessen Regierung und die in diesem Land lebenden Menschen dies gewollt haben? Zugegeben: diese Gegenüberstellung von Angriffs- und Verteidigungskrieg zeichnet zwei Idealtypen des Krieges, die so klar und eindeutig in der politischen Realität selten anzutreffen sind. Das ändert jedoch nichts daran, dass wir auf diese Idealtypen angewiesen sind, um die Mischungsverhältnisse in den realen Kriegen beobachten und beschreiben zu können. Die Analyse dieser Mischungsverhältnisse, ihrer Vorgeschichte, der Ausgangslage und deren Veränderung im Verlauf eines Krieges ist Sache der Völkerrechtler und Politikwissenschaftler; die Philosophie hingegen, die es wesentlich mit Begriffen und Normen zu tun hat, ist für die theoretische Pflege der Idealtypen verantwortlich. Umso befremdlicher ist es, dass Bernhard Taureck nicht mit dieser Zentralunterscheidung im Begriff des Krieges beginnt oder zumindest bei ihr endet.

Das ist umso erstaunlicher, als einige der Beispiele, mit denen Taureck arbeitet, durch die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg gekennzeichnet sind. Der bei Thukydides überlieferte berühmte Dialog zwischen Athenern und Meliern ist in seiner gesamten Argumentationsstruktur ohne diese Unterscheidung nicht zu verstehen, und die furchtbaren Kriege, die der Verfasser der Offenbarung, ein Johannes, der auf Patmos eine große Vision der Zukunft gehabt haben will und sie als un-

mittelbar bevorstehende Ereignisse beschrieben hat, sind Rachephantasien eines politisch Ohnmächtigen, die sich gegen das nach Belieben agierende *Imperium Romanum* richten, das mit Kriegsgewalt gerade dem jüdischen Staat ein Ende gemacht hat und dann auch zu einer weitreichenden Verfolgung der Christen übergegangen ist. Die exzessiven Vernichtungsphantasien, denen sich der Verfasser der Johannes-Offenbarung hingibt, begründen sich auf der Vorstellung, man sei das Opfer römischer Imperialpolitik. Man muss schon eine starke Vorstellung von Schuld und Unschuld haben, um die Niederschlagung eines antirömischen Aufstands und die Verfolgung der Anhänger Jesu durch Rom zum Anlass zu nehmen, die Vernichtung des gesamten Erdkreises und die Tötung aller Lebewesen darinnen als Strafe dafür zu imaginieren.¹

Im Melier-Dialog wie in der Johannesoffenbarung wird die andere Seite der Gegenüberstellung von Angriffs- und Verteidigungskrieg sichtbar: nämlich der Anspruch derer, die sich als Opfer eines Angriffskrieges oder gewaltsamer Unterdrückung sehen, auf Gerechtigkeit, auf Rache oder zumindest Vergeltung. Lassen wir zunächst dahingestellt, ob es sich dabei um zutreffende Beschreibungen oder ideologisierte Selbstrechtfertigungen handelt: Neben der „von außen“ herangetragenen Evaluation des Geschehens seitens der Juristen und Politikwissenschaftler gibt es also noch die Binnenperspektive der Akteure, in der diese sich in einer bestimmten Rolle imaginieren und diese dann für ihr weiteres Handeln als Legitimation von tatsächlichem oder bloß imaginiertem Gegenhandeln übernehmen. Zur idealtypischen Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg kommt also noch die Darstellung der eigenen Sichtweise durch die beteiligten Kriegsakteure hinzu, die, wie im Melierdialog, von der kühlen Sachlichkeit des politischen Abwägens geprägt oder, wie in der Johannesoffenbarung, eine einzige exzessive Rachephantasie sein kann. Wer über Krieg und Kriege schreibt und das nicht im Auge hat, kann von beidem, dem Begriff wie der Vielfalt der Erscheinungsformen des Krieges, nur einen begrenzten Teil erfassen.

Die Beschäftigung mit dem Krieg ist immer auch (vielleicht sogar ganz wesentlich) eine Frage der Perspektive – und zwar nicht nur, ob ich den

1 Für die Deutung der apokalyptischen Reiter, der teuflischen Trinität und der Hure Babylon vgl. Otto Böcher, *Die Johannesapokalypse*, Darmstadt ³1988, S. 47ff., 76ff. und 87ff.; zu den zeitgeschichtlichen Bezügen und dem Rombild des Verfassers vgl. Elaine Pagels, *Apokalypse. Das letzte Buch der Bibel wird entschlüsselt*, München 2014, S. 9–41.

Krieg als Ganzes oder nur einzelne Schlachten in ihm betrachte und ob ich letztere „vom Feldherrnhügel“ aus oder aus der Nahperspektive eines darin Kämpfenden beschreibe,² sondern auch, ob der Verfasser der Darstellung für eine Seite Partei ergreift, womöglich Teil von ihr ist oder ob er sich bemüht, Äquidistanz zu halten und beide Seiten in möglichst fairer Weise zu Wort kommen lässt, wenn sie ihre jeweilige Sicht vortragen. Gerade in dieser Hinsicht ist die Gegenüberstellung des Melier-Dialogs und der Johannesoffenbarung aufschlussreich – nur dass Taureck das infolge seiner Fixierung auf den Begriff des Kriegs und seines schon fast zwanghaften Wegschauens von dessen Vervielfältigung in Fremd- und Selbstwahrnehmung nicht bemerkt und dementsprechend diese Möglichkeit zur Analyse von Perspektivierungen des Krieges, also zu dessen epistemologischer Differenzierung, ungenutzt lässt.

Johannes ist ein jüdischer Anhänger des Jesus von Nazareth, der nach den ersten Verfolgungen dieser kleinen Gemeinde unter Kaiser Domitian, wie er schreibt, an einem Sonntag in ekstatische Trance geraten sei, in der ihm das nahe Ende der Zeit geoffenbart wurde.³ Er schreibt aus der Sicht einer Gruppe, die sich der Übermacht Roms hilflos ausgeliefert fühlt und in Reaktion darauf das säkulare Geschehen durch ein Heilsgeschehen überblendet, in dem die römische Macht untergehen und an ihre Stelle das Himmlische Jerusalem treten wird. Er ist ganz und gar Partei und mobilisiert die kosmische Katastrophe, um Krieg und Gewalt auf Erden, unter der die Friedliebenden leiden, für immer ein Ende zu setzen. Der von Johannes verfasste Text ist gekennzeichnet durch eine buchstäblich zu verstehende Verteufelung des Gegners und durch Bilder eines unüberbietbaren Schreckens. Das hat der Johannesoffenbarung ein periodisch wiederkehrendes Interesse verschafft, in dessen Folge diese zu einem paradigmatischen Narrativ geworden ist, einem Erzählmuster, in dem nicht nur das Ressentiment der Schwachen und Hilfslosen zum Ausdruck kommt, sondern das auch die Wahrnehmung und Klassifizierung von Kriegen in späteren Zeiten wesentlich angeleitet hat.

Die Johannesapokalypse ist zum Narrativ eines Kriegsgeschehens geworden, in dem sich der Krieg verselbständigt hat und zum Subjekt des

- 2 Dazu Herfried Münkler, „Schlachtbeschreibung: Der Krieg in Wahrnehmung und Erinnerung. Über ‚Kriegsberichterstattung‘“, in: ders., *Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken*, Frankfurt/M. 1992, S. 176–207.
- 3 Offenbarung 1, 10–19; dazu Pagels, *Apokalypse*, S. 12f. und Böcher, *Die Johannesapokalypse*, S. 29–41.

Geschehens geworden ist. Das kommt unter anderem in den vier „apokalyptischen Reitern“ zum Ausdruck: Sie bringen Tod und Verderben, und es gibt keine Macht auf Erden, die sie zügeln und ihnen Grenzen setzen könnte. Aber das ist nur das eine, denn als Zweites kommt in den vier Reitern noch hinzu: dass sie nicht nur den Tod durch den Krieg, sondern auch durch Seuchen, Hunger und Teuerung mit sich bringen. Es kommt somit nicht von ungefähr, dass in der Endphase lange währender Kriege den Menschen die Bilder der Johannesoffenbarung in den Sinn gekommen sind und die Wahrnehmung und Verarbeitung des Geschehens geprägt haben.⁴ Hier wird nicht Krieg geführt von Akteuren, die Krieg als ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzen, sondern der Krieg führt sich selbst; er macht, was er will, und dabei verschlingt er auch die, die ihn zunächst entfesselt haben. Insofern sind die Bilder der Johannesoffenbarung Fundamentalkritik an einer instrumentalistischen Kriegsauffassung, gegen die geltend gemacht wird, sie sei eine bloße Selbsttäuschung. In der Einheit von Krieg und Pest, Not und Tod, für welche die vier Pferde und ihre Reiter stehen, wird hier eine Dimension des Geschehens beschworen, die über die Direktionsgewalt der Politik hinausgeht.

Taureck schließt sich dieser Sichtweise offenbar an, ohne zu bemerken, dass es sich dabei um eine spezifische Sicht auf den Krieg handelt, die *erstens* nur in einigen, keineswegs in allen Kriegen anzutreffen ist und die *zweitens* im Wesentlichen auf die Wahrnehmung des Krieges durch eine Seite bzw. in einem bestimmten Raum begrenzt ist: Aus US-amerikanischer Sicht etwa hatte die Schlussphase des Zweiten Weltkriegs keineswegs apokalyptische Züge; eher handelte es sich um die Rettung der bestehenden Welt vor dem Bösen, weswegen dieser Krieg auch als ein „guter Krieg“ ins kollektive Gedächtnis der USA eingegangen ist. Und auch aus der Perspektive Richelieus oder Ludwigs XIII. war die letzte Dekade des Dreißigjährigen Krieges (soweit sie diese noch erlebten) keineswegs ein Weltuntergang, sondern das Aufgehen ihres politischen Kalküls. Taureck mag dagegen einwenden, seit Hiroshima sei diese Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten obsolet geworden und auch eine territoriale Begrenzung des Kriegsgeschehens gebe es nicht mehr⁵ – doch der apokalyptische Atomkrieg hat nicht stattgefunden, und das Kriegsgesche-

4 So etwa in der letzten Dekade des Dreißigjährigen Krieges oder in Deutschland während der Endphase des Zweiten Weltkriegs.

5 Diese Vorstellung findet sich ausgearbeitet bei Günther Anders, *Endzeit und Zeitende. Gedanken über die atomare Situation*, München 1972.

hen hat in den letzten Jahrzehnten eine Veränderung durchgemacht, durch die Kriege weit unterhalb der Nuklearschwelle weiterhin führbar sind und stattfinden⁶ – durchaus mit sehr unterschiedlicher Wahrnehmung. Wer das analysieren und erklären will, muss mit begrifflichen und typologischen Differenzierungen beginnen.

Der Gegentyp zur Wahrnehmung und Verarbeitung eines Kriegs in der Johannesoffenbarung findet sich in Thukydides' großem Werk *Der Peloponnesische Krieg*. Thukydides wurde zum Historiker dieses Krieges, nachdem er als athenischer General darin gescheitert war. Er hatte den Flottenverband zum Einsatz des belagerten Amphipolis kommandiert und war wenige Stunden zu spät gekommen, um die Kapitulation der Stadt zu verhindern. Daraufhin wurde er per Beschluss der athenischen Volksversammlung für zwanzig Jahre aus seiner Heimatstadt verbannt.⁷ Thukydides hätte sich verbittert von Athen abwenden und eine Kriegsdarstellung aus dem Geiste nachtragenden Grolls schreiben können. Genau das hat er aber nicht getan, sondern seine Verbannung aus Athen als Chance zu einer die jeweilige Sicht der Kriegsgegner berücksichtigenden Darstellung des Krieges begriffen. Er weiß, wie diffizil das ist: „Schwierig war die Auffindung der Wahrheit, weil die jeweiligen Augenzeugen nicht dasselbe über dasselbe berichten, sondern je nach Gunst oder Gedächtnis.“⁸ Das ist eine grundlegend andere Perspektive auf den Krieg als die des Verfassers der Johannesoffenbarung, und es kommt nicht von ungefähr, dass Nietzsche neben Machiavelli gerade Thukydides als Repräsentanten einer ressentimentfreien Geschichts- und Politikbetrachtung gefeiert hat.⁹ Nicht die Naherwartung der kosmischen Katastrophe als göttliche Strafe steht bei Thukydides im Zentrum der Darstellung, sondern der Anspruch, eine Ana-

6 Martin van Creveld hat in *Die Zukunft des Krieges*, München 1998, S. 17–61, den Gestaltwandel des Krieges auf die wechselseitige nukleare Drohung zurückgeführt. Zum Gestaltwandel des Krieges detailliert Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek 2002, sowie ders., *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*, Weilerswist 2006.

7 Zu Vita und Werk des Thukydides vgl. Michael Grant, *Klassiker der antiken Geschichtsschreibung*, München 1981, S. 65–107; zu den Ereignissen von Amphipolis H. D. Westlake, „Thukydides und der Fall von Amphipolis“; in: Hans Herter (Hg.), *Thukydides*, Darmstadt 1968, S. 620–648.

8 Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg* (I, 22 3), übersetzt und herausgegeben von Helmut Vretska und Werner Rinner, Stuttgart 2000, S. 23f.

9 Dazu ausführlich Herfried Münkler, „Analytiken der Macht: Nietzsche, Machiavelli, Thukydides“; in: Michael Th. Greven (Hg.), *Macht in der Demokratie*, Baden-Baden 1991, S. 9–44.

lyse des Geschehens vorzulegen, aus der nachfolgende Generationen etwas für ihre Entscheidungen und Handlungen lernen können, weil das beschriebene Vergangene in Zukunft „wieder einmal nach der menschlichen Natur so oder ähnlich eintreten wird“. ¹⁰

In Thukydides' Darstellung wird der Krieg von den beteiligten Parteien kontrolliert geführt, und die Vorstellung, er habe sich verselbständigt, hat bei ihm keinen oder nur einen sehr beschränkten Platz. ¹¹ Dementsprechend ausführlich rekonstruiert er die Entscheidungen, die von den beiden Seiten getroffen werden, und in den Reden, die er dabei über das Für und Wider einer Entscheidung halten lässt, stellt er die Motive und Ziele der Kriegsparteien dar. „Was nun in Reden beide Gegner vorgebracht haben, teils während der Vorbereitungen zum Krieg, teils im Krieg selber, davon den genauen Wortlaut im Gedächtnis zu behalten war schwierig, sowohl für mich, was ich selber anhörte, als auch für meine Zeugen, die mir von anderswo solche berichteten. Wie aber meiner Meinung nach jeder einzelne über den jeweils vorliegenden Fall am ehesten sprechen müsste, so sind die Reden wiedergegeben unter möglichst engem Anschluss an das wirklich Gesagte.“ ¹²

Thukydides braucht diese Reden, um die Differenz zwischen dem Beabsichtigten und Erwarteten und dem dann tatsächlich Eingetretenen darstellen zu können. Die Beobachtung dieser Differenz, die das gesamte Buch durchzieht, bringt Thukydides jedoch nicht dazu, von einer Entfesselung des Krieges zu sprechen, in deren Folge die Entfesselter zum Opfer des Krieges geworden seien, sondern es dient ihm als Material zur Schulung der politischen und strategischen Urteilskraft, und er zeigt, wie unerwartet eintretende Ereignisse (Clausewitz wird später von *Friktionen* sprechen) oder auch Abweichungen von den ursprünglichen Planungen dazu führen, dass das angestrebte Ziel verfehlt wird. Während Johannes den Blick eines gequälten und geschundenen Menschen kultiviert hat, der von seinem Gott Hilfe erwartet und diese im Vorgriff einstweilen als eine alles vernichtende Strafaktion imaginiert, blickt Thukydides den Mächtigen über die Schulter und beobachtet sie bei ihren Kalkulationen und den da-

10 Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg* (I, 22 4), S. 24.

11 Als Ausnahme könnte die Behauptung der Athener im Dialog mit den Meliern angesehen werden, sie könnten ihre Forderungen gegenüber Melos nicht zurücknehmen, weil das auf einen Reputationsverlust der athenischen Thalassokratie hinauslaufe. Solche „Zwänge“ dürften aber für die Politik insgesamt gelten und nicht kriegsspezifisch sein.

12 Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg* (I, 22 1), S. 23.

raus resultierenden Handlungen. Die können durchaus auch, wie er das im Fall Athens beschreibt, in die Niederlage führen, aber die politisch-militärische Katastrophe wird nicht als Strafe Gottes für den Gebrauch von Gewalt angesehen, in deren Folge den Mächtigen das widerfährt, was sie zuvor den Machtlosen angetan haben. Vielmehr wird der Weg in die Niederlage als eine Abfolge von Fehlentscheidungen und Fehlhandlungen, von Friktionen und Unvorhersehbarem begriffen, so dass die Geschichte, wenn man anders entschieden hätte, auch anders verlaufen wäre.

Das ist im Übrigen nicht ohne Folgen für das Verständnis des Melier-Dialogs und dessen von Taureck vorgeschlagene Interpretation: Perikles hatte für den Krieg gegen Sparta die strategische Defensive vorgeschlagen, bei der die Athener Zeit und Geld für sich arbeiten ließen, während die kriegsgeübten Spartaner die Entscheidungsschlacht suchten und sie nicht fanden. Sie stießen infolgedessen, so Perikles' Plan, ins Leere, verzettelten ihre Kräfte, erschöpften sie und würden zuletzt aufgeben müssen.¹³ Doch die Nachfolger des Perikles, der im zweiten Kriegsjahr einer in der Stadt grassierenden Seuche erlegen war, besaßen nicht dessen politischen Weitblick und seine strategische Klugheit, sondern ließen sich von kurzfristigen Erfolgen dazu verführen, zu einer Offensivstrategie überzugehen, die Athens Kräfte und Fähigkeiten schließlich überforderte. Um diese Entwicklung zu verstehen, bei der Perikles' Nachfolger Kleon und Alkibiades eine zentrale Rolle spielen, ist die athenische Debatte über das Schicksal Mytilenes¹⁴ wichtiger als der immer wieder beschworene Dialog zwischen Athenern und Meliern,¹⁵ und letzten Endes entscheidend ist der von der athenischen Volksversammlung gefasste Beschluss zur sizilianischen Expedition.¹⁶ Während sich in der Mytilene-Debatte zuletzt die politische Vernunft durchsetzt, so ist die Entscheidung der Volksversammlung für den Angriff auf Syrakus und das Vorhaben einer Eroberung Siziliens durch eine Mischung aus Habgier und Abenteuerlust, politische Indifferenz und strategische Ahnungslosigkeit geprägt. Für Thukydides zeigt sich darin die Schwäche der Demokratie, sobald die den Stimmungen des Augenblicks folgenden Massen nicht von einem Mann geführt werden, der politischen Weitblick mit rhetorischer Überzeugungskraft verbindet, wie das bei Perikles der Fall war. Das Auseinanderfallen von politisch-

13 Ebd. (I, 141–144), S. 107–111.

14 Ebd. (II, 35–50), S. 217–231.

15 Ebd. (V, 84–115), S. 450–459.

16 Ebd. (VI, 6–42), S. 465–494.

strategischem Weitblick und rhetorischen Fähigkeiten wird für Athen zum Verhängnis.

Im Unterschied dazu ist der Melier-Dialog ein Beispiel für die Folgen semantischen Missverstehens bei politischen Verhandlungen. Es geht um den Fortbestand der Stadt Melos und das Überleben ihrer Bürger: während die Athener darunter das physische Überleben verstehen und dementsprechende Vorschläge machen, meinen die Melier damit ihre politische Selbstständigkeit und den Fortbestand ihrer lakedämonischen Traditionen und Verbindungen. Das glauben die Athener mit Blick auf ihr Prestige in der ägäischen Inselwelt nicht akzeptieren zu können und bestehen auf physischer Fortexistenz als äußerster Konzession. Was die Melier dagegen geltend machen ist pures Wunschenken.¹⁷ All das hat mit athenischem Beutemachen, wie Taureck annimmt, nichts zu tun, und wenn beide Seiten von Gerechtigkeit sprechen, so ist das nicht mehr als eine semantische Spielmarke. Da Gerechtigkeit für beide Seiten unterschiedliches bedeutet, lässt sich darüber keine Einigung herstellen. Paradigmatisch hat Thukydides hier eine der häufigsten Ursachen scheiternder Friedensverhandlungen dargestellt. – Es sind im Übrigen die Melier, die den Preis des Missverstehens zu zahlen haben.

2. Die Zügelung und Regulation des Krieges durch die Kunst der Trennung von Kriegstypen

Am Beispiel von Platons *Nomoi* behandelt Taureck den Unterschied zwischen Bürgerkrieg und Staatenkrieg, innergesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Gewalthandlungen, und er folgt dabei Platons Sichtweise, der innergesellschaftlicher Gewalt, die er als *stasis* bezeichnet, die Qualifizierung als Krieg (*polemos*) verweigert hat.¹⁸ Ein weiteres Mal spielt hier die Semantik eine ausschlaggebende Rolle, und abermals verführt sie Taureck dazu, ein entscheidendes Problem bei der Thematisierung von Krieg zu übersehen: die Separierung von Staatenkrieg und Bürgerkrieg als die vermutlich wichtigste Voraussetzung für die Regulation

17 Ich folge hier der von Karl-Heinz Volkmann-Schluck (*Politische Philosophie*, Frankfurt/M. 1974, S. 39–55) vorgeschlagenen Lesart des Melierdialogs.

18 Hier muss offenbleiben, ob Platon den Krieg zwischen griechischen *poleis* nun als *polemos* oder als *stasis* gefasst hat. Wäre letzteres der Fall, würde er nur dem gewaltsam ausgetragenen „Kampf der Kulturen“ Kriegsscharakter zubilligen. Dazu allgemein Giorgio Agamben, *Stasis. Der Bürgerkrieg als politisches Paradigma*, Frankfurt/M. 2016, S. 9–36.

der Kriegsgewalt und damit für die Zügelung, wenn nicht Fesselung des Krieges. Der Peloponnesische Krieg etwa war beides zugleich: ein Staatenkrieg zwischen dem athenischen und dem spartanischen Machtblock, in dem es um die Hegemonie in Griechenland ging, und zugleich eine innergesellschaftliche Auseinandersetzung, bei der die aristokratische und die demokratische Partei in den Städten um die Oberherrschaft kämpften, wobei dieser Kampf durch ihre jeweiligen Anlehnungsmächte, Sparta bzw. Athen, unterstützt wurde. Die wiederum mischten sich in die inneren Konflikte ein, weil der Sieg der von ihnen jeweils unterstützten Partei die Zahl ihre Verbündeten vergrößerte. Dementsprechend wurde der Peloponnesische Krieg sowohl in Schlachten zwischen feindlichen Heeren als auch in Massakern in den Städten ausgetragen, bei denen die siegreiche Partei die Anhänger der unterlegenen Partei auslöschte.

Dieses Zusammenfließen von Staatenkrieg und Bürgerkrieg verlieh dem Krieg seine lange Dauer sowie seine Gewaltintensität und sorgte dafür, dass die zuvor geltenden – und auch beachteten – Regeln und Normen der Kriegführung zunehmend außer Kraft gesetzt wurden. In Thukydides' Beschreibung geht diese Auflösung konventioneller Regelhaftigkeit des Kämpfens vom Bürgerkrieg aus, exemplarisch beschrieben an den Vorgängen in Kerkyra, wo die oligarchische und die demokratische Partei um die Oberhoheit rangen,¹⁹ um dann sehr bald auf den Kampf der Heeresaufgebote im Krieg der Städte überzugreifen. Üblicherweise wird das in der „Pathologie des Krieges“ gezogene Resümee des Thukydides – „Der Krieg aber, der die Annehmlichkeiten des täglichen Lebens raubt, ist ein harter Lehrmeister und gleicht die Leidenschaften der Menge den Gegebenheiten des Augenblicks an“²⁰ – als Aussage über den Krieg generell angesehen, was Taurecks Sicht entgegen käme, aber die sorgfältige Lektüre des Kontexts dieser Passage zeigt, dass Thukydides damit den entfesselten Krieg meint, in dem die „Zwietracht in allen Städten“ mit dem Kampf zwischen den Städten zusammenkommt und der Krieg infolge der Vielzahl und Vielfalt der an ihm Beteiligten zu einem lange dauernden Krieg geworden ist.²¹ Es ist die Beobachtung radikaler Deregulierung des Kampfes, die Thukydides veranlasst, den Peloponnesischen Krieg als „Krieg aller Kriege“ zu beschreiben. Das kommt dem nahe, was Clause-

19 Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg* (III, 70–81), S. 246–252.

20 Ebd. (III, 82 2), S. 253.

21 Ebd. (III, 82–84), S. 253–256.

witz später als den „absoluten Krieg“ bezeichnet hat²² – eine Denkfigur, die dazu dient, beschreiben zu können, wie sehr der reale Krieg unterhalb der Denkmöglichkeit des absoluten Krieges bleibt oder auch wie nahe er ihm gekommen ist.

Der historische Rückblick zeigt eine Reihe von Kriegen, in denen die Erosion der Regeln (des Kriegsrechts) und das Ineinanderfließen diverser Kriegstypen zu einer Entfesselung der Gewalt geführt haben, die den Krieg tatsächlich in die Nähe des von Clausewitz so bezeichneten „absoluten Krieges“ gebracht haben: Neben dem Peloponnesischen Krieg sind der Dreißigjährige Krieg, die napoleonischen Kriege im Gefolge der Französischen Revolution sowie der Erste und der Zweite Weltkrieg als Beispiele zu nennen. All dies sind Kriege, in denen es, teilweise infolge struktureller Rahmenbedingungen, teilweise durch die Eskalationsentscheidungen einer Seite (zumeist handelte es sich dabei um die Seite, die, da von den aufbietbaren Kräften und den verfügbaren Ressourcen unterlegen, bei einem regelgebundenen Kräftemessen den Krieg auf längere Sicht verlieren würde), zu einer Vermischung von Staatenkrieg und Bürgerkrieg, großem Krieg (der mit regulären Kräften geführt wurde) und kleinem Krieg (in dem irreguläre Kräfte eine zentrale Rolle spielen) sowie zur Auflösung der Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nonkombattanten kam. Nach solchen Kriegen und unter dem Eindruck verselbstständigter Kriegsgewalt, deren eine an Zweck-Mittel- und Kosten-Nutzen-Relationen orientierte Politik nicht mehr Herr wurde, ist es immer wieder zu einer Neu-regulierung des Krieges gekommen, bei der die diversen Typen des Krieges wieder sorgfältig voneinander getrennt und die Regeln der Kriegführung strenger als zuvor gefasst wurden. Mit anderen Worten: die Politik sucht des Krieges Herr zu werden, und ihn wieder in ein Instrument der Politik im Clausewitzschen Sinn zu verwandeln. Dass ihr das, jedenfalls in der Vergangenheit, immer nur für einige Jahrhunderte und nie ein für allemal gelungen ist, kann nicht als Bestätigung der wegwerfenden Behandlung der Clausewitz'schen Kriegstheorie bei Taureck begriffen werden. Aber sehen wir uns das hier summerisch Aufgeführte etwas genauer an.

Der Dreißigjährige Krieg begann als ein Konflikt um die Machtverteilung in Böhmen, war also von der Ausgangslage her ein auf Böhmen begrenzter innergesellschaftlicher Krieg. Da dieser Verfassungskonflikt aber

22 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn ¹⁹1980, S. 191–195.

von Anfang an durch den ganz Europa spaltenden Konfessionskonflikt geprägt war, führten die konfessionellen Solidaritäts- und Spaltungslinien sehr schnell zur Internationalisierung des innergesellschaftlichen Konflikts. Diese Entwicklung wurde dadurch verstärkt, dass der von den Ständen abgesetzte böhmische König Ferdinand (ab 1619 Kaiser Ferdinand II.) auf Unterstützung durch ligistische Truppen angewiesen war, die er aber nur bekam, nachdem er dem Anführer der katholischen Liga, dem bayerischen Herzog Maximilian, Zusagen über Gebietserweiterungen zu lasten des Pfälzer Kurfürsten gemacht hatte. Dadurch wurde der Krieg – drittens – zu einem Staatenkrieg, in dem es um Grenzverschiebungen ging. Infolge der spanischen Hilfe für Ferdinand, die eine innerhalb des Hauses Habsburg war, wurde der Krieg – viertens – zum europäischen Hegemonialkrieg, in den Frankreich, zunächst verdeckt, später offen, eingriff, um sich aus der „Umklammerung“ durch das Haus Habsburg zu befreien.²³ Die Folge dieser Inversion unterschiedlicher Kriegsmotive und Kriegstypen war die lange Dauer dieses Krieges, die dazu führte, dass das Kriegsgeschehen von den Zeitgenossen als das Toben einer wilden Bestie beschrieben wurde, die keiner politischen Direktive mehr folgte.²⁴ Es bedurfte vierjähriger Verhandlungen, um diesen Krieg zu beenden. Aus dem Frieden von Münster und Osnabrück erwuchs die „Westfälische Ordnung“, die auf präzisen Trennlinien beruhte: solchen zwischen Krieg und Frieden, Staatenkrieg und Bürgerkrieg, großem Krieg und kleinem Krieg. Dabei wurden jene Typen der Kriegführung präferiert, die regulierbar waren (Staatenkrieg und großer Krieg), verbunden mit der Direktive, dass innergesellschaftliche Kriege räumlich begrenzt und kleine Kriege nur in Verbindung mit großen Kriegen geführt werden sollten. Vorausgedacht worden sind diese Regelungen, die auf eine Zügelung der Kriegsgewalt hinausliefen, von dem Niederländer Hugo Grotius in seinem Buch *De jure belli ac pacis libri tres*.²⁵ Wie der Titel signalisiert, ging es um die Verrechtlichung des Krieges auf Grundlage eines politischen Regimes der Trennlinien.

In gewisser Hinsicht hat die Westfälische Ordnung bis ins 20. Jahrhundert, bis in die Zeit der beiden Weltkriege, Bestand gehabt – freilich unter-

23 Dazu ausführlich Herfried Münkler, *Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma*, Berlin 2017, zusammenfassend S. 29–31.

24 Ebd., S. 635–644.

25 Hugo Grotius, *Vom Recht des Krieges und des Friedens*, lat.-dt. Ausgabe, Einleitung von Walter Schätzel, Tübingen 1950.

brochen durch die gut zwanzig Jahre der revolutionären und napoleoni-schen Kriege, in deren Verlauf die politischen Konturen West- und Mitteleuropas grundlegend verändert wurden, die politische Einheit und Geschlossenheit der Staaten durch die Entstehung prorevolutionärer bzw. pronapoleonischer Parteien aufgebrochen wurde und der kleine Krieg, zumindest in Spanien, zu einer eigenständigen Form der Kriegführung avancierte, an der die nach dem Prinzip der Konzentration der Kräfte in Raum und Zeit, also an kurzen Kriegen und Entscheidungsschlachten, orientierten Generäle Napoleons verzweifelten. Der Kleinkrieg in Spanien wurde nach dem Prinzip einer Zerstreuung der Kräfte im Raum und der Ausdehnung des Widerstands in der Zeit geführt – mit der Folge, dass diese Art des Krieges eine Grausamkeit hervorbrachte, die an die schlimmsten Zeiten des Dreißigjährigen Krieges erinnerte. Francisco Goya hat das in seinen *Desastres de la Guerra* im Detail festgehalten.²⁶ Ähnliches ereignete sich im Spätherbst/Winter 1812 beim Rückzug von Napoleons *Grande Armée* aus Russland. Auf dem Wiener Kongress wurde dann die Westfälische Ordnung in ihren Grundzügen wieder hergestellt, und wenn Dieter Langewiesche kürzlich das 19. Jahrhundert als eines der begrenzten und kurzen Kriege darstellen konnte (mit dem Krimkrieg als Ausnahme),²⁷ so hat das vor allem mit dem Regime der in Münster verabschiedeten und in Wien erneuerten Trennlinien und der Vermeidung nichtregulierbarer Kriegstypen zu tun.

Die Strategen aller Seiten (mit Ausnahme der Briten) hatten den im August 1914 in Europa begonnenen Krieg als schnellen, in einer Entscheidungsschlacht kulminierenden Waffengang geplant, nicht zuletzt um zu verhindern, dass der Krieg sich gegenüber der Politik verselbständigte. Aber das Scheitern aller Offensivpläne, keineswegs nur des deutschen Schlieffenplans, führte dazu, dass aus diesem Krieg der Erste Weltkrieg wurde, der spätestens seit 1916 nach den Grundsätzen der Ermattungsstrategie als Erschöpfungskrieg geführt wurde.²⁸ In einem solchen Krieg aber,

26 Francisco Goya, *Desastres de la Guerra*, Vorwort von K. Farner Zürich 1980; dazu Alexander Burkhardt, „... und werden zu wilden Tieren“ – Francisco Goya und die spanische Erhebung gegen Napoleon“; in: Herfried Münkler (Hg.), *Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt*, Opladen 1990, S. 218–228.

27 Dieter Langewiesche, *Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne*, München 2019.

28 Vgl. hierzu Herfried Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt von 1914–1918*, Berlin 2013; zu den strategischen Planungen der großen Mächte, S. 110ff., zum Erschöpfungskrieg ebd., S. 403ff. und 563ff.

das war sehr bald klar, würden die Mittelmächte, also Deutschland und Österreich-Ungarn mitsamt ihren Verbündeten Bulgarien und dem Osmanischen Reich, auf Dauer unterliegen, da sie nur begrenzten Zugriff auf die weltweiten Ressourcen hatten, wohingegen der Zugriff der Entente unbegrenzt war. Während man in Wien seit 1916 auf Friedensangebote setzte, die jedoch beim Gegner auf taube Ohre stießen, suchte die deutsche Seite bis zuletzt den Sieg auf dem Schlachtfeld, der durch eine Politik der „revolutionären Infektion“ unterstützt werden sollte.²⁹ Diese Politik lief auf die Anzettelung von Bürgerkriegen in den Ländern der Entente hinaus, beginnend bei der „islamischen Karte“, also der Ausrufung des Heiligen Krieges der Muslime durch den Mufti von Konstantinopel, sodann durch das Ausspielen der „nationalistischen Karte“, etwa in Unterstützung des irischen Osteraufstands von 1916, und schließlich im Einsatz der „sozialrevolutionären Karte“ beim Transfer Lenins von der Schweizer Grenze bis nach Saßnitz und dessen Ausstattung mit Geldmitteln, die zum Kampf gegen die russische Regierung und zum Ausscheiden Russlands aus dem Krieg führen sollten. Um den Staatenkrieg zu gewinnen, setzte die deutsche Seite auf die Entfesselung von Bürgerkriegen im Machtbereich ihrer Gegner. Weiterhin lösten die britische Handelsblockade gegen Deutschland, in Reaktion darauf der uneingeschränkte U-Bootkrieg der Deutschen gegen Großbritannien und auch die ersten Formen des Bombenkriegs gegen große Städte die Trennlinien zwischen Kombattanten und Nonkombattanten auf.³⁰ Je länger sich der Krieg hinzog, desto mehr waren die Kriegsparteien bereit, die Regulationssysteme, die sie bis kurz vor Kriegsausbruch zu verstärken versucht hatten,³¹ niederzureißen, um den Sieg zu erringen.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die Zerstörung der politischen Strukturen und der gesellschaftlichen Ordnung im Ersten Weltkrieg und in dessen Folge (im Osten Europas ging der Krieg als Bürgerkrieg in Russland sowie in Kriegen zwischen den neu entstandenen Staaten bis 1922/23 weiter³²) war die Erneuerung und Vertiefung der Trennli-

29 Ebd., S. 545ff.

30 Ebd., S. 581ff., 508ff. und 526ff.

31 Dazu ausführlich Jost Dülffer, *Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik*, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1978.

32 Dazu Robert Gerwarth, *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*, München 2017, und Włodzimierz Borodziej, Maciej Górny, *Der vergessene Weltkrieg*, Bd. 2: *Nationen 1917–1923*, Darmstadt 2018.

nien, die festlegten, was in einem Krieg rechtlich zulässig war und was nicht. Jetzt kam auch eine scharfe Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg hinzu, die in gewisser Hinsicht darauf abzielte, den Krieg als Mittel der Politik zum Verschwinden zu bringen, denn wenn keiner mehr angreifen durfte, musste sich auch keiner mehr verteidigen, und so sollte auf Grundlage des Systems der Trennlinien die von US-Präsident Wilson ausgegebene Formel für den Kriegseintritt der USA – „a war to end all wars“ – politische Realität werden. Das ist bekanntlich nicht gelungen; die Pariser Friedensordnung ist nach nicht einmal zwei Jahrzehnten prekären Bestands zerbrochen. Das hatte vor allem zwei Gründe: zum einen haben die Siegermächte des Ersten Weltkriegs es in Paris nicht geschafft (man hatte es freilich auch nicht ernsthaft versucht), alle größeren Mächte in Europa am Erhalt dieser Ordnung zu interessieren: Italien, obwohl Siegermacht des Ersten Weltkriegs und in Paris am Verhandlungstisch, fühlte sich benachteiligt und übergangen; Deutschland hatte die von den Siegermächten festgelegten Friedensbedingungen in Versailles entgegennehmen müssen, so dass bald alle deutschen Parteien nach Chancen zur Revision suchten (die Parteien der Weimarer Koalition auf dem Verhandlungsweg, die der politischen Rechten durch militärische Gewalt); und Sowjetrussland hatte man nicht einmal nach Paris eingeladen. Und zum anderen fehlte der Pariser Friedensordnung ein „Hüter“, der bereit war, notfalls auch mit militärischen Mitteln dafür zu sorgen, dass die Ordnung respektiert und ihre Verbote beachtet wurden. Diese Wurzel des Kriegs ist bei Taureck nicht zu finden: die einer schlecht angelegten Friedensordnung, die bei relevanten Akteuren das Streben nach Revision mächtig werden lässt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dessen Verlauf das Niederreißen völkerrechtlicher Grenzziehungen und die systematischen Verletzung kriegsrechtlicher Regeln noch einmal intensiviert worden war, begnügte man sich nicht mit der Wiedererrichtung der vormaligen Grenzziehungen und Regelsysteme, sondern formulierte in der Satzung der Vereinten Nationen ein allgemeines Kriegsverbot, von dem es nur wenige, eng gefasste und zeitlich begrenzte Ausnahmen gab. Das verhinderte freilich nicht, dass auch nach 1945 zahlreiche Kriege geführt wurden, von denen die meisten als Bürgerkriege begannen und nur ganz selten in klassische zwischenstaatliche Kriege übergingen. In der Regel wurden sie als Stellvertreterkriege geführt, bei denen die jeweiligen Bürgerkriegsparteien von einem der großen Blöcke der nördlichen Hemisphäre, dem „Westen“ oder dem „Osten“, mit Geld, Waffen und Legitimität alimentiert wurden. Im Nor-

den, wo sich die beiden Blöcke wechselseitig als nukleare Geiseln genommen hatten, kam es zu keinem großen Krieg, was indes weniger an den rechtlichen Regelungen und den Vereinten Nationen als an dem Schrecken des einem solchen Krieg folgenden nuklearen Winters gelegen haben dürfte. Der nämlich hätte sichergestellt, dass in einem solchen Krieg weder Beute zu machen noch Ruhm und Ehre zu gewinnen waren.

Man kann das System der atomaren Abschreckung bzw. nuklearen Geiselnahme, das auch nach Ende der Ost-West-Konfrontation fortbestand, freilich reduziert auf weniger als zehn Prozent der einstigen Potentiale, als eine den Clausewitz'schen Überlegungen zur *Kriegführung* folgende Struktur der *Kriegsverhinderung* beschreiben. Voraussetzung für die weitgehende Dominanz von Clausewitz' Überlegungen in den Analysen des Kalten Krieges ist das Verschwinden der beiden anderen von Taureck aufgeführten Kriegsursachen: der Orientierung an Beute und Ruhm sowie des altrepublikanischen, von Taureck am Beispiel Hegels diskutierten Motivs, wonach zwischenstaatliche Kriege ein Verhinderungsmittel gegen den Sittenverfall eines Volkes und damit ein Bollwerk gegen den sonst drohenden Bürgerkrieg seien.³³ Das Bedeutungsloswerden des Bereicherungs-, Ruhmes- und Revitalisierungsmotivs macht den Weg dafür frei, dass allein das politische Kosten-Nutzen-Kalkül für die Entscheidung über Krieg und Frieden ausschlaggebend ist.

Nach dem Ende der napoleonischen Kriege und seit Wiederherstellung der Westfälischen Ordnung hat Clausewitz, der in seiner „Bekenntnis-Denkschrift“ von 1812 noch ganz dem Regenerationsmotiv angehangen

- 33 Hegel bildet den Endpunkt dieses republikanischen Konzepts, an dessen Anfang Sallusts Ätiologie der Catilinarischen Verschwörung steht. Sallust begreift darin die Drohung mit Krieg seitens mächtiger Feinde als ein Mittel, der Ausbreitung von Herrschsucht und Habsucht innerhalb des eigenen Staates gegenzusteuern; Sallust, *Werke*, lat.-dt. von Werner Eisenhut und Josef Lindauer, München und Zürich 1985, S. 6–23. Ideengeschichtlich ist also festzuhalten, dass der von Taureck ausgemachte zweite Kriegsgrund, den ich nicht unter die Überschrift „Notwendigkeit“, sondern „Regeneration“ stellen würde, gegen das Dominantwerden des ersten Kriegsgrunds, Beute und Ehre, gerichtet ist. Eine alternative Form, das Beutemotiv auszuschalten, ist im Übrigen die Idee des *Heiligen Krieges*, wie sie sich im Alten Testament findet: In einem von Gott angeordneten Krieg ist jede Form des Beutemachens verboten: alle erbeuteten Tiere und sämtliche Gefangenen, Männer, Frauen und Kinder, sind zu töten, so dass kein weltliches Motiv die religiöse Pflicht zur Ausrottung der Feinde kontaminiert. König Saul wurde abgesetzt, weil er gegen diesen Befehl Jahwes verstoßen hatte. Das Beutemotiv, so die paradoxe Beobachtung, mindert also – gelegentlich – die Grausamkeit des Krieges.

hatte,³⁴ drei eskalierende und drei moderierende Faktoren der Kriegsführung einander gegenübergestellt, die umstandslos auf die Entscheidung über das Eröffnen oder Unterlassen eines Krieges anwendbar sind. Bilden die Wechselwirkung des Kampfes, die unsichere Antizipierbarkeit der gegnerischen Absichten und die Undurchschaubarkeit der gegnerischen Motive die Trias des Eskalatorischen, so stehen dem die Kenntnis des Gegners, der Faktor der Zeit und die Revidierbarkeit von Entscheidungen und Entwicklungen als moderierende Faktoren gegenüber,³⁵ und es ist die Aufgabe der verantwortlichen Politiker, darüber zu befinden, welchem dieser Faktoren er welches Gewicht beimisst. Es spricht vieles dafür, dass die Menschen der nördlichen Erdhemisphäre auch in Zukunft auf diese Kalkülrationalität werden vertrauen müssen, also darauf, dass Kriege hier unendlich viel mehr kosten, als sie selbst im günstigsten Fall einbringen können, was heißt, dass diese Kalküle eine zuverlässigere Sicherung gegen den Beginn von symmetrischen Kriegen darstellen als alle anderen Überlegungen, eingeschlossen solche im Anschluss an Heraklit.

3. Eine globale Ordnung ohne Hüter und die unabsehbaren Risiken einer verbilligten Kriegsführung

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation kam es im Gefolge der Vorstellung einer erdumspannenden, von Werten und Normen geprägten Ordnung und in Verbindung mit dem Projekt einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zu einer Renaissance der Theorie des gerechten Krieges, in der im Anschluss an antike und mittelalterliche Überlegungen zum gerechten Krieg (Cicero, Thomas von Aquin, Sepúlveda) die Voraussetzungen und Grenzen des Intervenierens mächtiger Akteure in die inneren Verhältnisse von Gesellschaften und darüber hinausgehend auch tendenzielle Verpflichtungen zu solchen Interventionen (*responsibility to pro-*

34 Carl von Clausewitz, „Bekanntnisdenschrift“; in: ders., *Schriften – Aufsätze – Studien – Briefe*, hrsg. von Werner Hahlweg, Göttingen 1966, S. 682–750; dazu Herfried Münkler „Instrumentelle und existenzielle Auffassung des Krieges bei Carl von Clausewitz“; in: ders., *Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion*, Weilerswist 2002, S. 91–115.

35 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 191–197; dazu insgesamt Herfried Münkler, „Carl von Clausewitz“; in: Iring Fetscher, Herfried Münkler (Hg.), *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, München 1986, S. 92–103.

tect) formuliert wurden.³⁶ Diese Überlegungen waren an die Voraussetzung gebunden, dass es Staaten gäbe, die bereit waren, die Aufgaben eines Polizisten zu übernehmen, und die dabei in der Lage waren, Massaker an der Zivilbevölkerung zu verhindern und lange währende Kriege zu beenden. Voraussetzung dessen war, dass sie keine eigenen Interessen an den Verhältnissen im Interventionsgebiet hatten, weder ökonomische noch geopolitische, sondern allein die Lebensverhältnisse der Menschen dort verbessern wollten. Konkret lief das darauf hinaus, dass sie selbstlos eingriffen, weswegen diese Interventionen von vornherein an die Voraussetzung kurzer Dauer und überschaubarer Kosten gebunden war. Als das jedoch immer häufiger nicht der Fall war, die Interventionsdauer sich hinzog, Pazifizierungserfolge ausblieben, das eingesetzte eigene Militär sich zur Eskalation der Gewalt gezwungen sah und die eigenen Verluste wuchsen, verschwand mit dem Konzept der Intervention auch die Idee des gerechten Krieges wieder aus der öffentlichen Diskussion. Inzwischen spielt sie so gut wie keine Rolle mehr – jedenfalls als rein humanitäre Intervention, bei der die Interventen keine eigenen Interessen haben. Auch das spricht dagegen, dass das liberale Modell einer „Ordnung mit Hüter“ in Zukunft noch eine Rolle spielen wird.

Es gibt also gute Gründe zu der Annahme, dass die Weltordnung im kommenden Jahrzehnt so umgebaut werden wird, dass sie ohne „Hüter“ auskommen kann. Dementsprechend werden reiche und mächtige Akteure ihre Wohlstandsräume konsolidieren und darauf bedacht sein, dass keine fremden Mächte in sie eindringen und dort ihrem Willen Geltung verschaffen. Ein solches Eindringen ist früher mit militärischen Mitteln oder als politische Drohung unter Verweis auf militärische Fähigkeiten erfolgt, aber derlei dürfte im 21. Jahrhundert zwischen den großen Akteuren keine Rolle mehr spielen. Dafür sind die Risiken einer unkontrollierbaren Eskalation viel zu groß. Obendrein muss man diese Risiken auch nicht eingehen, weil neue Formen der Verwundbarkeit entstanden sind, die im Spiel der großen Mächte die zentrale Rolle spielen werden: die Vulnerabilität der Kommunikations- und Steuerungssysteme, die zum Angriffsfeld gegnerischer Akteure werden dürften. Wir haben es inzwischen mit einem neuen Typ der Kriegführung zu tun, der weder letal ist noch auf kinetischer Energie beruht und bei dem weder Beute zu machen noch Ruhm zu erlangen ist (Letzteres nicht zuletzt deswegen, weil die Operationen im

36 Dazu Georg Kreis (Hg.), *Der „gerechte Krieg“*. Zur Geschichte einer aktuellen Denkfigur, Basel 2006.

Verborgenen stattfinden) und von dem obendrein auch keinerlei gesellschaftlich revitalisierende Effekte zu erwarten sind. Es geht in diesem Typ von Krieg allein und ausschließlich um die Fähigkeit, den eigenen Willen gegen den anderer zur Geltung zu bringen bzw. die Fähigkeit anderer, einen Willen zu haben und zur Geltung zu bringen, zu begrenzen.³⁷ Tau-recks Überlegungen sind für diese Art von Kriegführung bedeutungslos bzw. gehen an den mit ihnen verbundenen politischen Problemen und ethischen Herausforderungen vorbei.

Das Gesagte bedeutet indes nicht, dass die Kriege der Zukunft allesamt nichtletaler Art sein werden. An der Peripherie der Wohlstandszonen hat sich nämlich eine neue Form von Kriegführung entwickelt, die durch eine verbilligte Herstellung von Kriegführungsfähigkeit sowie eine nachhaltige Auflösung der Trennlinie zwischen Krieg und Frieden gekennzeichnet ist. Für diese Kriege hat sich die Bezeichnung „neue Kriege“ durchgesetzt.³⁸ Sie werden zu einem erheblichen Teil von Gruppen geführt, für die der Krieg zur Lebensform geworden ist und die, so paradox das auf den ersten Blick klingen mag, vom Krieg leben. Es kann sich dabei um *Warlordships* handeln, bei denen sich viele junge Leute eines im Bürgerkrieg versunkenen Landes einem Kriegerunternehmer anschließen, weil ihnen das die Möglichkeit eröffnet, sich mit Gewalt das für den Lebensunterhalt Notwendige zu besorgen. Dabei kann es sich aber auch um Milizen handeln, die den Rückweg in eine friedliche Gesellschaft nicht gefunden haben bzw. deren Angehörige fürchten, in einer Friedensökonomie marginalisiert zu werden. Daneben gibt es die *Private Military Companies*, die Abenteurer und Arbeitsuchende aus aller Welt einsammeln und die daraus geformten Verbände an Nachfragende vermieten. Das ist die hochkapitalistische Variante des Söldnertums. Daneben gibt es schließlich noch Volksgruppen oder Männerbünde, die sich infolge ihrer Lebensweise nicht in eine Friedenswirtschaft eingliedern lassen und sich deswegen Politikern, die sie gebrauchen können, gerne zur Verfügung stellen. Nennen wir sie abkürzend „Kosaken“. Die Aussicht auf Gelderwerb, auf Beute und auf Ehre spielt bei diesen drei Typen des neuen Söldnertums in unterschiedlicher Mi-

37 Aus der Fülle der dazu inzwischen entstandenen Literatur sind zwei Titel zu nennen: Thomas Rid, *Mythos Cyberwar. Über digitale Spionage, Sabotage und andere Gefahren*, Hamburg 2018, sowie Constanze Kurz, Frank Rieger, *Cyberwar. Die Gefahr aus dem Netz*, München 2018.

38 Dazu Mary Kaldor, *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt am Main 2000; Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek 2002.

sung und Ausprägung eine zentrale Rolle. Es ist jedoch nur schwer vorstellbar, dass man diesen Gruppen mit dem Hinweis auf ein Scheitern am Ende des Wegs beikommen kann. Vieles spricht dafür, dass sich solche Gruppen vor allem mit Geld und Bestechungen, aber nicht mit Argumenten beeinflussen lassen. Auch für sie bleiben Taurecks Überlegungen bedeutungslos.

Krieg und postmoderne Kriegführung im 21. Jahrhundert: Zwischen Be- und Entgrenzung kollektiver kriegerischer Gewalt in der Weltrisikogesellschaft¹

Hans-Georg Ehrhart

Die von Bernhard Taureck aufgeworfene Frage nach den Wurzeln des Krieges setzt voraus zu wissen, was Krieg überhaupt ist. Die Politikwissenschaft kennt keine einhellige Antwort auf diese Frage. Taureck beschreibt das Phänomen Krieg zunächst analytisch als „Einsatz kollektiver Gewalt gegen kollektive Gewalt“ und als „Erlaubnis zu maximaler Entfesselung des gewöhnlicherweise Unerlaubten“. Dann präsentiert er eine synthetische Definition, welche die vermeintlichen Wurzeln des Krieges umfasst: kollektive Gewalt als ruhmreiche Erbeutungsaktion, die als notwendig und vorteilhaft deklariert wird, sich aber letztlich als Illusion erweist. Der Autor ist ein scharfer Kritiker des Krieges, denn dieser erwächst dem Geist der Lüge und verschärft die Ungleichheit zwischen den Menschen. Krieg ist mit anderen Worten ein Zerstörer der Zivilisation und ein Wegbereiter der Barbarei. Der Friede hat hingegen die Macht, so seine Schlussfolgerung unter Rückgriff auf eine römische Weisheit, die Bürger gleich sein zu lassen. Insbesondere in einer sozial gerechten und rechtsstaatlichen Demokratie, möchte ich hinzufügen.

Da es keine allgemeine akzeptierte Kriegsdefinition gibt, ist auch Tauerecks Versuch ein anregender Beitrag zu einer andauernden politischen und wissenschaftlichen Debatte. Diese umfasst vereinfacht ausgedrückt drei Denkschulen. Essenzialistische Ansätze geben vor, den Krieg zu be-

- 1 Der Beitrag basiert u.a. auf Hans-Georg Ehrhart, „Postmoderne Kriegführung in der Weltrisikogesellschaft“, in: ders. (Hg.), *Krieg im 21. Jahrhundert. Konzepte, Akteure, Herausforderungen*, Baden-Baden, 2017, S. 31–55; ders., „Postmodern Warfare and the Blurred Boundaries Between War and Peace“, in: *Defence and Security Analysis* 3 (2017), S. 263–275; ders., „Kriege und Kriegführung der Staaten des Globalen Nordens im 21. Jahrhundert“, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 1 (2018), S. 65–81.

schreiben, wie er angeblich wirklich ist. Sein vermeintliches Wesen ist unveränderbar und als Modus sozialer Konfliktaustragung ist er immer möglich. Die Vertreter dieser Denkschule verstehen sich meist als Realisten, deren analytische Urteile auf einer spezifisch anthropologischen Weltsicht fußen, die Thomas Hobbes mit den Worten *homo homini lupus est* umschreibt.

Die Vertreter eines empirisch-analytischen Vorgehens untersuchen und systematisieren Merkmale des Kriegsbegriffs. Sie bilden daraus Typen des Krieges, die sie je nach der Entwicklung anpassen. Legt man die Form der Vergesellschaftung für die Typenbildung zugrunde, so gibt es nach gegenwärtigem Forschungsstand vier Kerntypen kriegesischer Gewalt: zwischenstaatliche, extrastaatliche, innerstaatliche und substaatliche Kriege.²

Die Konstruktivisten gehen davon aus, dass das, was Krieg ausmacht, immer im Auge des Betrachters liegt. Es gibt demnach keinen fest stehenden Kriegsbegriff. Das, was Krieg ausmacht, ist nicht nur historisch kontingent, sondern auch abhängig von Ideen, Emotionen, Normen, Identitäten, Werten und kulturellen Faktoren. Taurecks Kriegsverständnis kann meiner Ansicht nach in diese dritte Denkschule verortet werden. Es ist ein synthetisches Konstrukt, basierend auf seiner kritischen Analyse klassischer Texte. Seinem Konstrukt möchte ich im Folgenden mein Verständnis von Krieg und postmoderner Kriegführung hinzufügen. Es ist ebenfalls der dritten Denkschule zuzuordnen. Es basiert primär auf der empirischen Analyse von Konflikten der letzten dreißig Jahre, strategischer Dokumente der Staaten des globalen Nordens und einschlägiger Fachliteratur.

1. Postmoderne Kriegführung der Staaten des globalen Nordens

Jede Zeit hat ihre eigenen Kriege und ihre eigenen Formen der Kriegführung³. Das, was Krieg ist, und Darstellungen, wie Kriege geführt werden, sind allerdings soziale Konstruktionen. Das für die Moderne als typisch geltende symmetrische Kriegsbild zwischen Staaten, das früher in Theorie und Praxis vorherrschend war, ist im Kontext der von Ulrich Beck⁴ kon-

2 Sven Chojnacki, „Auf der Suche nach des Pudels Kern: Alte und neue Typologien in der Kriegsforschung“, in: Dietrich Beyrau, Michael Hochgeschwender, Dieter Lange-wiesche (Hg.), *Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007, S. 490f.

3 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, Bonn, 1973, S. 973.

4 Ulrich Beck, *Weltrisikogesellschaft*, Frankfurt/M. 2007.

statierten Entstehung einer Weltrisikogesellschaft in ein anderes Entwicklungsstadium getreten. Den zu beobachtenden Formenwandel bezeichne ich unter Rückgriff auf Topoi aus der postmodernen Denkrichtung wie „anything goes“, „Pluralität der Stile“ oder das „Ende der Metanarrative“ als postmoderne Kriegführung. Damit beschreibe ich keinen neuen Kriegstypus, sondern die Merkmale und Praktiken der Kriegführung der Staaten des „globalen Nordens“.⁵

Diese Staaten versuchen ihren politischen Herrschafts- und normativen Ordnungsanspruch unter anderem durch Interventionen zu wahren. Sie sind die Hauptakteure postmoderner Kriegführung in einer globalisierten Welt, die bei allen positiven Errungenschaften auch von einer „highly conflictive nature“ ist.⁶ Die Interventionen finden in einer immer stärker vernetzten Weltrisikogesellschaft statt, mit dem erklärten Ziel, globale Sicherheitsrisiken wie beispielsweise Terrorismus, Staatszerfall oder Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu managen. Früher wurden Kriege geführt und mit einem Friedensvertrag beendet, der eine neue Ordnung begründete. Später, während des Ost-West-Konflikts, waren der Gegner und die von ihm ausgehende militärische Bedrohung ziemlich klar identifizierbar. Danach wichen die Bedrohungs- der Risikoanalyse. Das strategische Kalkül veränderte sich vor dem Hintergrund der Globalisierung und der mit ihr verbundenen realen oder wahrgenommenen Gefahren grundsätzlich. Bei heutigen Interventionen geht es angesichts der Problemkomplexität und der möglichen Folgen und unbeabsichtigten Nebenfolgen um Risiko- und Konsequenzmanagement. Die Staaten des globalen Nordens passen ihre Kriegführungs- bzw. Interventionsformen den veränderten gesellschaftlichen und globalen Bedingungen „in the age of risk“⁷ an und praktizieren dementsprechend verstärkt postmoderne Kriegführung.

5 Dazu gehört auch das autoritäre, kapitalistische Russland. Die UN stuft es als hoch entwickeltes Land ein, während die OECD-Staaten als sehr hoch entwickelt gelten. Letztere sind postindustrielle Gesellschaften, Russland befindet sich auf dem Wege dorthin, spielt aber militärisch und militärtechnologisch in der ersten Liga. China zählt zwar als Bezieher von offizieller Entwicklungshilfe nicht zu diesem Kreis, müsste ihm aber meines Erachtens angesichts seiner militärischen Fähigkeiten und seiner Selbsteinschätzung als Weltmacht angehören. Vgl. UNDP (2014), *Human Development Report 2014. Russian Federation*, http://hdr.undp.org/sites/all/themes/hdr_theme/country-notes/RUS.pdf.

6 William I. Robinson, „Theories of Globalization“, in: George Ritzer (Hg.), *The Blackwell Companion to Globalization*, Malden, MA. 2007, S. 126.

7 Christopher Coker, *War in the Age of Risk*, Cambridge 2009.

Postmoderne Kriegführung ist durch vielfältige Asymmetrien gekennzeichnet, doch sie ist in der politischen Praxis vor allem geprägt durch Risikotransferpolitik und Informationsmacht. Sie tritt, vermittelt über *Proxies*, zudem in der Form des „kleinen Krieges“ auf. Doch sie geht darüber hinaus, weil sie auch indirekte Kriegführung und Aktivitäten zwischen Staaten umfassen kann, die nach traditionellem Verständnis für sich genommen keine kriegerischen Akte sind. Sie werden auch als Grauzonenkonflikte bezeichnet.⁸ Diese finden auf einem Kontinuum zwischen (traditionellem) Krieg und Frieden statt. In diesem Kontinuum kommen die unterschiedlichsten Methoden, Mittel und Instrumente in koordinierter Weise zum Einsatz, um einen politischen Herrschafts- und normativen Ordnungsanspruch durchzusetzen. Dadurch verändert sich die Form der Kriegführung, sie wird postmodern.

Sie wird geprägt von der Dialektik von Begrenzung und Entgrenzung und der dadurch hervorgerufenen Grauzonenproblematik. Die Dialektik besteht darin, dass die Staaten des globalen Nordens einerseits ein fundamentales Interesse an der Einhegung von Krieg und der Reduzierung der damit verbundenen Risiken haben, andererseits nach Handlungsmöglichkeiten zur Wahrung ihrer Sicherheitsinteressen und Herrschaftsansprüche durch vielfältige instrumentelle, konzeptionelle, doktrinäre, technologische etc. Innovationen der Kriegführung suchen. Durch diese Innovationen verschwimmen und erodieren die Grenzen zwischen Krieg und Frieden. Vier miteinander verbundene Elemente stechen dabei hervor: Information, die künftig nicht mehr nur als „force multiplier“, sondern als „force modifier“ fungiert; Vernetzung, die vielfältige neue Organisationsformen ermöglicht; indirekte und verdeckte Ansätze, die das eigene Risiko minimieren und das Abstreiten eigener Beteiligung erlauben; Waffentechnologien, welche postmoderne Kriegführung unterstützen.

8 Michael J. Mazarr, *Mastering the Grey Zone: Understanding a Changing Era of Conflict*, Unites States Army War College Press 2015, <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pubs/display.cfm?pubID=1303>.

Tabelle 1: Elemente, Methoden, Mittel und Instrumente postmoderner Kriegführung

Elemente	Methoden, Mittel, Instrumente			
Information	Informationsoperationen	Psychologische Operationen	Strategische Kommunikation	Propaganda
Vernetzung	Konventionell-unkonventionell	Unkonventionell-konventionell	Zivil-militärisch	Gesamtstaatl. Ansatz/Comprehensive Approach
Indirekt/verdeckt	Plausible Abstreitbarkeit	Proxies	Spezialkräfte	Subversion
Waffentechnologie	C4ISTAR ⁹	Präzisions-gelenkte Munition	Drohnen/Robotik	Cyberattacken

Quelle: eigene Darstellung

Die aufgeführten Elemente und die verschiedenen Ausprägungen postmoderner Kriegführung treten in der Regel nicht alleine auf. Sie überlappen sich und werden je nach politischem Zweck der Operation und den konkreten Konfliktbedingungen genutzt. Diese Tendenz führt zu einer erweiterten Grauzone zwischen Krieg und Frieden, in der Aktivitäten stattfinden, die einzeln keine kriegerische Handlung darstellen oder schwer zuzuordnen, also nicht eindeutig als kriegerischer Akt zu identifizieren sind. Dazu gehören beispielsweise die politische und materielle Unterstützung von Aufständischen, wirtschaftlicher Druck und Sanktionen, das Fördern von Protestbewegungen und Dissidenten, die Ausbildung und materielle Unterstützung von Kämpfern, bestimmte Formen von Cyberoperationen, militärische Drohungen und Manöver, verdeckte Operationen von Spezialkräften oder Geheimdiensten, militärischer *fait-accompl*i sowie Informationsoperationen und Propaganda.¹⁰ Manche Aktivitäten sind eindeutig zi-

9 C4ISTAR steht für *Command, Control, Communication, Computing, Intelligence, Surveillance, Reconnaissance, Targeting*, d.h. für die koordinierte und integrierte Erfassung, Verarbeitung und Bereitstellung aller Informationen durch Sensoren in einem Führungs- und Zielerfassungssystem.

10 Jason Rivera, „Understanding and Countering Nation-State Use of Protracted Unconventional Warfare“, in: *Small Wars Journal*, 25.10.2014, smallwarsjournal.com/printpdf/16412.

vil, erhalten aber im Kontext von Gewaltkonflikten kriegsrelevante Bedeutung. Manche sind eindeutig militärisch, erfolgen aber indirekt, verdeckt oder werden von sehr kleinen Kontingenten ausgeführt. Bei anderen wie etwa Cyberattacken ist der Urheber schwer identifizierbar, sie nutzen keine kinetische Energie, können aber trotzdem großen Schaden anrichten und werden als „a nonphysical form of warfare“ angesehen.¹¹

2. Ist postmoderne Kriegführung liberal?

Die Fähigkeit zu postmoderner Kriegführung gehört zum Repertoire moderner Industriestaaten. Deren Regierungen sprechen aber i.d.R. nicht von Kriegführung, sondern bevorzugen liberal konnotierte Begriffe wie humanitäre Intervention, Friedensoperation, Aufstandsbekämpfung, Antiterroroperation oder Stabilisierungseinsatz, und unterstellen nicht-lineare oder hybride Kriegführung nur dem Rivalen oder Gegner. Generell dient postmoderne Kriegführung dem Zweck der Aufrechterhaltung, Wiederherstellung oder Förderung der jeweils bevorzugten internationalen Ordnung. Sie ist nicht liberal *per se*, kann aber liberalen (und illiberalen) Zielen dienen. Sie basiert in demokratischen Staaten legitimatorisch auf der Annahme der Theorie des „demokratischen Friedens“, wonach Demokratien untereinander keinen Krieg führen und eine Ausdehnung dieser Regierungsform auch eine Erweiterung der Zone des Friedens bedingt.¹² Zu den deklarierten liberalen Zielen gehören beispielsweise der Aufbau von Demokratie, der Schutz der Menschenrechte und die Stärkung der Marktwirtschaft. Regierungen illiberaler Staaten führen eher geopolitische, regime-stabilisierende und machtpolitische, aber auch humanitäre und normative

11 David C. Gompert, Hans Binnendijk, *The Power to Coerce. Countering Adversaries Without Going to War*, Santa Monica 2016, http://www.rand.org/pubs/research_reports/RR1000.html.

12 Vgl. zur Kritik an diesem Ansatz Anna Geis, Lothar Brock, Harald Müller (Hg.), *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace*, Cambridge 2006. Es gibt auch die Variante, nach der Interventionen in einer interdependenten Welt zwar notwendig und zwecks Demokratieförderung wünschenswert sind, aber nicht mit militärischen Mitteln durchgeführt werden sollten. Vgl. Ernst-Otto Czempiel, „Intervention in den Zeiten der Interdependenz“. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, https://www.hsfk.de/de/no_cache/publikationen/publikationssuche/publikation/intervention-in-den-zeiten-der-interdependenz/.

Rechtfertigungsgründe an.¹³ *De facto* sind mittlerweile regimestabilisierende oder regimedestabilisierende Ziele ein wichtiges Motiv der meisten Interventionen sowohl liberaler (beispielsweise in Libyen, Mali, der Zentralafrikanischen Republik, Somalia, Irak) als auch illiberaler Staaten (beispielsweise in der Ukraine und in Syrien).¹⁴ Die bevorzugten Mittel der Staaten des globalen Nordens sind – nachdem komplexe Einsätze wie in Afghanistan oder im Irak unbeliebt geworden sind – gezielte, vernetzte, sich auf *Proxies* abstützende, indirekte und verdeckte, militärisch gestützte Interventionen mit minimalen eigenen Opfern.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts sind die USA der mit Abstand stärkste Akteur und Ordnungsfaktor in dieser Weltrisikogesellschaft. Liberale Normen wie etwa die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht sind heute Teil der globalen Rechtsordnung, die Staaten legen sie aber unterschiedlich aus. Die Dominanz des „Westens“ äußert sich in allen Machtwährungen, wird jedoch von anderen Staaten, wie Russland und China, aber auch von nichtstaatlichen Gewaltakteuren wie etwa dem sogenannten Islamischen Staat infrage gestellt. Letztlich geht es um strittige Fragen von Herrschaft und der Geltung normativer liberaler oder illiberaler Ordnungen in der Weltrisikogesellschaft, wobei die Grenzen zwischen beiden Ordnungsmodellen ebenso verschwimmen wie zwischen den Formen der Kriegführung. Beide beanspruchen demokratisch zu sein, die Menschenrechte zu schützen und eine Marktwirtschaft zu haben, vertreten aber ein unterschiedliches Staats- und Freiheitsverständnis.

Kriegsvermeidung und Kriegseinhegung sind zwar urliberale Ziele, aber kein Alleinstellungsmerkmal demokratischer Staaten. Postmoderne Kriegführung kann dazu beitragen, Konflikte völlig oder größtenteils unterhalb der Schwelle einer direkten militärischen Konfrontation zu halten und möglichst indirekt, verdeckt oder aus der Distanz zu führen. Begrenzt sind die politischen Ziele und die dafür einzusetzenden Mittel, deren Ver-

13 Vgl. Hans-Georg Ehrhart, „Unkonventioneller und hybrider Krieg in der Ukraine: zum Formenwandel des Krieges als Herausforderung für Politik und Wissenschaft“, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 2 (2016), S. 223–241.

14 Zur Umdeutung von Interventionen zu Stabilisierungsmissionen in Afrika vgl. Ricardo Soares de Oliveira, Harry Verhoeven, „Taming Intervention: Sovereignty, Statehood and Political Order in Africa“, in: *Survival* 2 (2018), S. 7–32. Vgl. auch Hans-Georg Ehrhart, „Zwischen Aufstandsbekämpfung und Stabilisierung. Frankreich, die EU und der Formenwandel der Gewalt am Beispiel Mali“, in: Stefan Brüne, Hans-Georg Ehrhart, Heinz-Gerhard Justenhoven (Hg.), *Frankreich, Deutschland und die EU in Mali. Chancen, Risiken, Herausforderungen*, Baden-Baden 2015, S. 35–65.

wendung nicht selten als Reaktion auf Taktiken der Gegenseite gerechtfertigt wird. Die Verluste eigener Streitkräfte, die politischen Risiken und wirtschaftlichen Kosten, unter Umständen die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit sowie insgesamt das jedem Krieg inhärente Risiko einer Eskalation sollen klein gehalten werden. Gerade in einer vernetzten Welt sind die vielfältigen Aus- und Nebenwirkungen von Krieg gefährlicher denn je, sodass ein gewisser Zwang zum Risiko- und Konsequenzmanagement besteht. Dies kann dazu führen, dass die Kriegführung begrenzter und damit auch „humaner“ wird. Postmoderne Kriegführung erscheint also angesichts der Alternative einer umfassenden Intervention und klassischer Kriegführung als geringeres Übel. Sie ist aber gleichwohl problematisch, weil sie mit Widersprüchen behaftet ist und unerwünschte Nebenfolgen nach sich ziehen kann.

3. Widersprüche und Nebenfolgen

Die Kriegführung des 21. Jahrhunderts könnte man vereinfacht als unterschiedliche Kombinationen aus modernen, traditionellen und asymmetrischen Komponenten beschreiben, die nach der postmodernen Devise *anything goes* einerseits Krieg begrenzen bzw. managen will. Andererseits tendiert sie wegen unvermeidbarer Bumerangeffekte auch zur Entgrenzung. Neue Einsatzoptionen sollen das Risiko eigener Verluste minimieren und die Führbarkeit von Kriegen erleichtern. Zugleich werden asymmetrische Reaktionen provoziert und normative Grenzen verschoben. Es ist möglich, dass Krieg geführt, aber nicht so benannt wird (z.B. Ukraine-krieg) und dass nicht-kriegerische Aktivitäten als kriegerisch gebrandmarkt werden (z.B. russische Desinformationskampagnen). Es kommt letztlich darauf an, was man unter Krieg versteht. Mit anderen Worten: „To name a phenomenon as war is therefore an intensely political decision in and of itself.“¹⁵

Die Aktivitäten in der Grauzone tragen zur Entgrenzung bei, weil sie bestehende Grenzen (Krieg/Frieden, Front/Hinterland, staatlich/nicht-staatlich, zivil/militärisch, Freund/Feind, innere/äußere Sicherheit, regulär/irregulär, konventionell/unkonventionell, stabilisierend/destabilisierend) durch die Anwendung bestimmter Vorgehensweisen verwischen oder auflösen. Sie könnten aber vom Opponenten auch als kriegerischer Akt wahr-

15 Jan Angstrom, Jerker J. Widen, *Contemporary Military Theory. The dynamics of war*, London 2015, S. 13.

genommen werden. Die heikle, von der jeweiligen politischen Zweckbestimmung abhängige Frage ist also: Ab welchem Grad der Feindschaft und der Gewaltanwendung gilt die rote Linie als überschritten?

Die Kombination von zivilen und militärischen Mitteln und Handlungsfeldern führt bereits zu einer Erweiterung der Grauzone. Die gestiegene Relevanz ziviler Mittel für postmoderne Kriegführung kann sowohl zur „Zivilisierung“ des Gewaltkonflikts, etwa durch die Reduzierung der Opferzahlen, beitragen, als auch zur „Militarisierung“ der Gesellschaft, etwa durch die Funktionalisierung des Zivilen für militärischen Zwecke. Der erwartete Risikotransfer kann sich ins Gegenteil verkehren, wenn der Gegner eine andere Ebene der Auseinandersetzung wählt, oder gezielt ins Risiko gehen. Das Gleiche gilt für ein Handeln aus der trügerischen Gewissheit heraus, unterhalb einer gewissen Schwelle der Gewalt zu operieren, denn verdecktes oder indirektes Handeln können Fehlperzeptionen hervorrufen. Insbesondere die informationelle Ebene der Auseinandersetzung kennt bislang kaum Grenzen. Dass sich gerade in der noch weitgehend unregulierten Cyberwelt ein neues Konfliktfeld auftut, gibt Anlass zu der Vermutung, dass sich die Formen postmoderner Kriegführung weiter entwickeln werden¹⁶. Geografische und normative Grenzen verwischen und erodieren. Aber auch waffentechnologisch eröffnen sich neue Horizonte: Die nächsten Schritte dürften im Übergang von halb- zu vollautonomen Waffen wie etwa Kampfrobotern und der Verwendung von hochpräzisen Energiewaffen bestehen¹⁷. Die Ausdehnung der Grauzone kann zu erhöhter Unsicherheit und daraus abgeleitetem präventiven oder präemptiven Gegenhandeln führen und so eine Eskalationsspirale in Gang setzen.

Krieg und Frieden bilden aus völkerrechtlicher Sicht eine Dichotomie, erfassen zwei völlig unterschiedliche Bedingungen. Diese binäre Betrachtungsweise wird mit Verweis auf die veränderten Herausforderungen und die neuen Rahmenbedingungen aber im 21. Jahrhundert infrage gestellt. Denn, so könnte man fragen, wann endet der Frieden und wann beginnt der Krieg? Werden wir künftig, wie Herfried Münkler vermutet, mit zwei Begriffen von Krieg leben: „einer, in dem Frieden das Gegenteil von Krieg ist, und einer, bei dem Krieg permanent in die Sicherung des Frie-

16 Peter W. Singer, *Cybersecurity and Cyberwar: What Everyone Needs to Know*, Oxford 2014.

17 Peter W. Singer, *Wired for War: The Robotics Revolution and Conflict in the 21st Century*, London 2009.

dens verwoben ist“.¹⁸ Oder muss gar der Begriff des Friedens auf den Prüfstand in einer Ära, „when wars never end“?¹⁹ So gehört die Praxis postmoderner Kriegführung für die Staaten des Globalen Nordens offenbar zum Frieden, während die Wahrnehmung in den Konfliktländern anders ist. Zur Zeit der klassischen Territorialstaaten wurde der zwischenstaatliche Krieg erklärt und mit einem Friedensschluss beendet. Diese Ära ist zwar nicht vorbei, wird aber zunehmend überlagert von transnationalen, grenzüberschreitenden Dynamiken und Akteuren, welche die Art der Kriegführung und des Risikomanagements beeinflussen. Es existieren fließende Übergänge zwischen Krieg und Frieden und es ist letztlich eine politische Entscheidung, ob, wie, womit und wann Krieg geführt wird.

Grauzonenkonflikte stellen zwar keine existenzielle Bedrohung für den betroffenen Staat dar, solange sie unterhalb einer Gewaltschwelle liegen, die eine klassische militärische Reaktion hervorrufen könnte. Doch kann dieses Vorgehen wirksam sein und bedarf, so die Protagonisten etwa im Ukraine Konflikt, des Gegenhandelns, wie die Nutzung irregulärer Kräfte oder von Spezialkräften sowie von abgestuften Zwangsmaßnahmen und Abschreckung. So empfiehlt Antulio Echevarria II, die westliche Politik solle Diplomatie und Krieg zusammen als ein Spektrum sehen und nicht als unterschiedliche Politikbereiche.²⁰ Frank D. Hoffman spricht von unkonventioneller Kriegführung, die in verschiedenen, nicht notwendigerweise militärischen Formen im gesamten Spektrum von Frieden bis Krieg anzutreffen sei. Dieser angeblich insbesondere von Russland und China praktizierten Form müssten die USA eine integrierte Strategie entgegen setzen „to counter the subversion, propaganda, and political actions of grey area conflict short of actual warfare“.²¹ Als Maßnahmen „short of war“ schlagen David Gompert und Hans Binnendijk vor: Wirtschaftssanktionen, Waffen- und Technologieembargos, Störung der Energieversor-

18 Herfried Münkler, *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*, Berlin 2017, S. 329.

19 Lawrence Freedman, „Can There be Peace With Honor in Afghanistan?“, in: *Foreign Policy* 26 (2017); <http://foreignpolicy.com/author/lawrence-freedman/>.

20 Antulio J. Echevarria II (2016), *Operating in the Grey Zone: An Alternative Paradigm For U.S. Military Strategy*, Carlisle Barracks 2016, S. 12.

21 Frank D. Hoffman, „The Contemporary Spectrum of Conflict: Protracted, Gray Zone, Ambiguous, and Hybrid Modes of War“, S. 30, <http://index.heritage.org/military/2016/essays/contemporary-spectrum-of-conflict/>.

gung, maritime Abfangoperationen, Unterstützung für die Gegner des Feindes und offensive Cyberoperationen.²²

Das Problem der Sichtweise, wonach die traditionelle Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden nicht mehr der Realität entspreche, ist, dass wir uns dann entweder in einen permanenten Konflikt- oder Kriegszustand wähen, oder eine dritte Alternative ausmachen müssten, die zwischen Krieg und Frieden liegt.²³ Die Friedenslogik wäre ausgeblendet, auch wenn der Friedensbegriff durch die Inklusion postmoderner Kriegführung auf den Kopf gestellt würde. An ihre Stelle träte eine sicherheitspolitisch begründete Kriegslogik. Dem erweiterten Sicherheitsbegriff entspräche dann ein erweiterter Kriegsbegriff. Das Kriegsvölkerrecht, das Krieg ja einhegen soll, würde dadurch infrage gestellt.

Insofern scheint es auf den ersten Blick konsequent zu fordern, das *jus ad bellum* anzupassen,²⁴ es durch ein neues *jus extra bellum* zu ergänzen²⁵ oder neue Regeln und Institutionen zu schaffen „to manage the paradoxes of perpetual war“.²⁶ Denn ansonsten agierten die Staaten außerhalb dieser Ordnung, wie etwa die USA und ihre Koalitionspartner mit dem Krieg gegen den Irak im Jahre 2003, den sogenannten extralegalen Tötungen der USA in Somalia, Pakistan, Libyen und im Jemen oder Russland mit seiner verdeckten Intervention in die Ukraine und in Libyen. Nur: Kann der kriegsverhütende Auftrag des Völkerrechts gewahrt bleiben, wenn die bestehenden Restriktionen weiter gelockert werden? Dem Frieden würde dadurch bestimmt ein Bärendienst erwiesen.

Sind dies Beispiele für eine geringere Bindekraft der durch Völkerrecht gesetzten Grenzen, so wird internationales und nationales Recht in anderen Fällen mit Verweis auf Risiken und Bedrohungen überdehnt. Der Umstand, dass der nach 9/11 ausgerufene Bündnisfall bis heute noch in Kraft ist, der 2015 wegen eines Terroranschlags in Paris verhängte Ausnahmezustand mehrfach verlängert wurde und auch der von den USA prokla-

22 David C. Gompert, Hans Binnendijk, *The Power to Coerce*, S. 14.

23 Vgl. Bernhard Koch, „Tertium datur: Neue politische Konfliktformen wie sogenannte ‚hybride Kriege‘ bringen alte Legitimationsmuster unter Druck“, in: *Sicherheit und Frieden* 2 (2016), S. 109–113.

24 Sascha-Dominik Bachmann, Hakan Gunneriusson, „Hybrid Wars: The 21st-Century's New Threats to Global Peace and Security“, in: *Scientia Militaria, South African Journal of Military Studies* 43, Nr. 1 (2015), S. 91–92.

25 Michel J. Adams, „Reconstructing the Ordinary, Realistic Conditions of Peace“, in: *Harvard National Security Journal* 5, Nr. 2 (2014), S. 377–458.

26 Rosa Brooks, *How Everything Became War and the Military Became Everything*, New York 2016, S. 345.

mierte sogenannte „war on terror“ weitergeht, deutet darauf hin, dass sich große Teile der Öffentlichkeit bereits damit arrangiert haben. Da scheint der Schritt zu einem dauerhaften Ausnahme-, Spannungs- oder Kriegszustand in der Grauzone nicht mehr fern, was auch zu einer Neujustierung des Spannungsverhältnisses zwischen Sicherheit und Freiheit – wahrscheinlich zu Lasten Letzterer – führen dürfte.

4. Frieden jenseits des imaginierten permanenten Krieg: *si vis pacem, para pacem!*

Das Risiko der Entgrenzung und nicht zuletzt die hohe Verwundbarkeit postindustrieller Gesellschaften legen es aber nahe, sich intensiver mit möglichen Maßnahmen zur Einschränkung postmoderner und klassischer Kriegführung zu befassen. Diese können je nach Ausmaß und konkreter Form des Konflikts reaktive sicherheitspolitische Maßnahmen wie z.B. Abschreckung, Sanktionen oder Stärkung der Resilienz umfassen und präventive Maßnahmen wie etwa Stärkung von Aufklärung, Transparenz, Vertrauensbildung oder Rüstungskontrolle. So könnte die Grauzone zwischen Krieg und Frieden zumindest zwischen Staaten reduziert werden. Diese Maßnahmen entspringen einem Verständnis von Konfliktregelung, dessen Anliegen es ist, Grenzen durch allseits akzeptierte Normen zu setzen und dadurch Frieden, verstanden im negativen Sinne als Abwesenheit von Krieg, in der Weltrisikogesellschaft zu ermöglichen. Mangelt es jedoch an der allseitigen Akzeptanz dieser Normen, so wie es gegenwärtig leider der Fall ist, dann müssten die Konfliktparteien provisorische Lösungen und Hilfskonstruktionen suchen, welche die Grenzen zwischen Krieg und Frieden so klar wie möglich ziehen. Die problematische Alternative dazu wäre, keine Grenzen zu ziehen und die damit verbundenen Risiken in Kauf zu nehmen.

Der Tendenz zur postmodernen Kriegführung könnte man mit den Erkenntnissen der liberalen Friedenstheorien begegnen. Klassische und miteinander verwobene liberale Friedensstrategien sind Frieden durch Demokratie, Frieden durch Interdependenz, Frieden durch internationale Institutionen, Frieden durch Verteilungsgerechtigkeit, Frieden durch Entwicklung oder Frieden durch Recht. Diese Ansätze benennen einerseits die bekannten Bedingungen für stabilen Frieden, wie etwa die im zivilisatorischen Hexagon beschriebenen Friedensbedingungen: Gewaltmonopol des Staates, rechtstaatliche Kontrolle des Gewaltmonopols, arbeitsteilig-differenzierte Gesellschaft und damit einhergehende Affektkontrolle der Indi-

viduen, Demokratie, Verteilungsgerechtigkeit und politische Kultur konstruktiver Konfliktbearbeitung. Andererseits zielen sie auf die Bearbeitung der Gründe für das Zusammenbrechen und das Abgleiten politischer Gemeinschaften in Gewaltkonflikte, die gerade im Fehlen dieser und anderer Bedingungen liegen.²⁷ Aus kritischer Perspektive repräsentieren diese Friedensstrategien allerdings westliches Denken, befördern also letztlich Ordnungskonflikte.²⁸ Auch wenn man diesen Ansatz nicht teilt, ist zu fragen, wie, womit, durch wen und aufgrund welcher Legitimationsgrundlage diese Bedingungen zu schaffen sind.

Dass es sich bei einer politischen Vergemeinschaftung um ein sehr komplexes und voraussetzungsreiches Unterfangen handelt, zeigen sowohl die erfolgreichen (z.B. Deutschland, Japan) als auch die misslungenen Versuche des internationalen Staatsaufbaus und der Friedenskonsolidierung (z.B. Afghanistan, Irak). Die verschiedenen Ansätze des liberalen Friedensaufbaus der letzten drei Jahrzehnte sehen sich mit vielfältiger Kritik konfrontiert, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.²⁹ Unstrittig ist jedenfalls, dass gelungene politische Vergemeinschaftung, auf welcher Ebene auch immer, so Dieter Senghaas treffend, „ein zivilisatorisches Kunstprodukt, also fragil und zusammenbruchsgefährdet (ist)“.³⁰ Diese Fragilität beinhaltet beides: die Potenzialität von Krieg und von Frieden. Die Unterscheidung von beiden ist zwar angesichts der Grauzonenproblematik postmoderner Kriegführung schwieriger geworden. Doch ist zivilisatorischer Fortschritt im Sinne der Einhegung und Beendigung von Krieg jedweder Form und seiner Überführung in einen Friedenszustand im Sinne des negativen Friedens auch unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts möglich, wenn die Akteure den politischen Willen zu kooperativer Problemlösung haben und ein höheres Maß an Empathie und Selbstreflexivität aufbringen.³¹

27 Dieter Senghaas, „Die EU im Lichte friedentheoretischer Komplexprogramme“, in: Hans-Georg Ehrhart et al. (Hg.), *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik*, Wiesbaden 2007, S. 43–54.

28 Andreas Herberg-Rothe, Key-young Son, *Order Wars and Floating Balance. How the Rising Powers Are Reshaping Our Worldview in the Twenty-First Century*, London, New York 2017.

29 Vgl. etwa Raymond Chandler, *Peacebuilding: the Twenty-years' Crisis, 1997–2017*, London 2017.

30 Senghaas, „Die EU im Lichte friedentheoretischer Komplexprogramme“, S. 54.

31 Vgl. Sabine Jaberg, „Selbstreflexiver Frieden – selbstreflexive Sicherheit“, in: *Sicherheit und Frieden* 4 (2017), S. 169–173.

Krieg und Kriegführung sind heute komplexer, die Formen schwerer unterscheidbar, der Verlauf volatiler, die Ausrichtung gesellschaftszen-trierter und dank neuer Technologien informationsintensiver. Sie sind auch vernetzter, transnationaler und „globaler“, das heißt, die globale und lokale Ebene sind enger miteinander verwoben. Sie spielen sich meist auf einer – zumindest aus Sicht der Interventen – niedrigen Intensitätsebene statt, können aber lange dauern. Doch sind sie erfolgreich? Die Tatsache, dass die Zahl der Interventionen in interne Konflikte sich seit 9/11 mehr als verdoppelt hat, belegt zunächst, dass insbesondere die Staaten des Globalen Nordens interventionsfreudiger geworden sind. Die dabei erlittenen eigenen Verluste waren zwar gering. Doch die strategisch-politischen Ziele wurden oftmals nicht oder nur partiell erreicht. Das *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI) hat festgestellt, dass Gewaltkonflikte durch Interventionen häufig tödlicher werden, länger dauern und schwieriger durch eine Verhandlungslösung beizulegen sind.³² Dieser Befund weckt erhebliche Zweifel am friedenspolitischen Sinn von Militärinterventionen und den sie stützenden Rechtfertigungsgründen. Ob diese Zweifel bis in die höchsten Regierungsstellen vordringen, bleibt abzuwarten. Die seit einigen Jahren in den Staaten des globalen Nordens erkennbare Interventionsmüdigkeit bezieht sich zunächst einmal nur auf komplexe, personalintensive und teure Interventionen. An ihre Stelle sind „abgespeckte“ Formen postmoderner Kriegführung getreten. Insofern ist es zu früh, bereits von einer „postinterventionistischen Ära“ zu sprechen.³³

Die Art des militärischen Eingreifens ändert sich gegenwärtig zwar, doch bleibt, wie die Aufrüstungsspirale und die sich verschärfende Mächtigkeitskonkurrenz zeigen, die Option zu klassischer konventioneller Kriegführung ebenso bestehen wie die des Einsatzes von Nuklearwaffen. Es steht angesichts laufender nuklearer Modernisierungs- und Miniaturisierungsversuche der USA, Chinas und Russlands zu befürchten, dass auch hier, im Übergang von konventioneller und nuklearer Kriegführung, die Grenzen flüssiger und die Optionen vielfältiger werden. Gleichwohl: So naiv und unhistorisch es ist, von einer Welt auf dem Weg zur universalen Demokratie und zum dauerhaften Frieden auszugehen, so pseudorealistisch und geschichtsvergessen ist es, die Welt als permanenten Krieg zu imaginieren. Denn: Wenn Krieg als Mittel der Politik angesehen wird, dann

32 SIPRI: *Yearbook 2016*, Stockholm 2016, S. 118.

33 Gerhard Kümmel, Bastian Giegerich, *The Armed Forces: Towards a Postinterventionist Era?* Wiesbaden 2013.

muss er auch irgendwann beendet und in einen Friedenszustand überführt werden. Welche Form dieser Frieden annimmt und wie nachhaltig er ist, bleibt aber ebenso umstritten wie die Zukunft des Krieges und die Art der Kriegführung.

Umso mehr bedürfen beide Aspekte der ständigen wissenschaftlichen Analyse. Das Phänomen postmoderner Kriegführung wirft eine Reihe von Fragen auf. Es umfasst politische, theoretische, konzeptionelle, rechtliche, ethische und praktische Aspekte. Politisch stellt sich etwa die Frage, wie die Spannung zwischen Be- und Entgrenzungstendenzen postmoderner Kriegführung zugunsten einer begrenzenden Friedens- und Sicherheitsordnung aufgelöst oder zumindest reduziert werden kann? Können liberale Friedenstheorien dabei helfen oder müssen sie modifiziert werden? Gibt es ein Drittes zwischen Krieg und Frieden, wodurch wird es charakterisiert und wie kann es konzeptionell erfasst werden? Welche kriegsvölkerrechtlichen Konsequenzen hat postmoderne Kriegführung und bedarf es eines darauf zugeschnittenen *jus extra bellum*? Was ist ethisch verantwortungsvolles Handeln in einem postmodernen Krieg? Durch welche praktische Maßnahmen und Strategien können die verschwimmenden Grenzen zwischen Krieg und Frieden wieder klarer gezogen werden?

Leider führt Krieg für die Kriegstreiber nicht immer ins Verderben, wie Taureck meint. Davon zeugen schon alleine die Kolonialkriege der europäischen Mächte. Es ist allerdings illusionär zu hoffen, dass ein Erfolg von Kriegen planbar ist. Das trifft insbesondere unter den heutigen Bedingungen einer Weltrisikogesellschaft zu. Darum gilt es auch künftig die Illusionswurzel des Krieges zu verdeutlichen und die realistische Lösung *si vis pacem, para bellum* zu ersetzen durch das friedenspolitische Paradigma *si vis pacem, para pacem*!

Von Heraklit bis Trump. Warum das Völkerrecht zwischen Krieg und Frieden keine Chance hat.

Norman Paech

1.

Beginnen wir mit Heraklit, dem im weiten Feld des Kriegsgeschehens bis auf den heutigen Tag eine gewisse Bedeutung, nach Bernhard H. F. Taureck sogar eine „geostrategische Bedeutung“, wenn auch „nur eben als Folge einer verfehlten Deutung“ (S. 22), zukommt. Heraklits zentrales und so missdeutbares „Kriegsfragment 53“ lautet: *„Krieg als Vater von allen, von allen König, und die einen erweist er als Götter, die anderen als Menschen: die einen macht er zu Sklaven, die anderen zu Freien.“* Dass es aber hier nicht um Apologie oder gar Glorifizierung des Krieges geht, ergibt sich schon aus seinem Doppelverweis auf Götter und Menschen, auf Freie und Sklaven. Mag der Beginn des Krieges, der Entschluss zum Waffengang, aus der Illusion der eigenen göttlichen Stärke erfolgen, so folgt die Desillusion in der Realität des mordenden Krieges, der den Menschen als Sklaven aus den Kriegen – wenn überhaupt – entlässt. Nun war der Status des Sklaven der attischen Gesellschaftsordnung offenbar als natürliche Daseinsform eingeschrieben und ein gewisser Militarismus nicht fern. Und der landläufige Bezug der modernen Demokratie auf die griechische Demokratie rechtfertigt zwar die Ungleichheit, aber kaum mehr den Sklaven. Heraklits Kriegsdiagnostik verweist auf die Desillusionierung des Kriegsgeschehens, das mit der im Gewand der Ehre daherkommenden Lüge immer wieder versucht wird zu retten. Insofern umschreiben Taurecks drei Wurzeln des Krieges – die Illusion göttlicher Stärke zu Beginn, die Desillusionierung durch das mordende Kriegsgeschehen und die Lüge im Gewande der Ehre, um die Beute zu rechtfertigen –, sehr genau das Wesen des modernen Krieges.

Es ist auch nicht überraschend, sondern naheliegend, dass Taureck dabei auf Henry Kissinger stößt, obwohl sich dieser erst auf den letzten bei-

den Seiten seiner „Weltordnung“¹ auf Heraklits Kriegsfragment bezieht, ohne den Autor selbst allerdings zu nennen. Kissinger ist in der Tat ein hervorragender Repräsentant der Kriegslüge und der Kriegsverbrechen,² der sich in falscher hermeneutischer Deutung „dunkle[r] Schriftfragmente aus der frühen Antike“ bemächtigt, um sein Lügengebäude philosophisch zu adeln. Selten findet man die „Illusion göttlicher Stärke“ und den „ehrenhaften Beutekrieg“ derart vereint auf so engem Raum und so dreist formuliert, wie eine Seite vor dem Bezug auf Heraklit:

Die Vereinigten Staaten müssen eine Weltordnung auf zwei Ebenen anstreben: Während sie universelle Prinzipien hochhalten, müssen sie auch die historischen Realitäten und Kulturen respektieren. Selbst wenn Lehren aus schwierigen Jahrzehnten gezogen werden, muss Amerika seine besondere Rolle behaupten [...]. Amerika ist die wichtigste Verkörperung des menschlichen Freiheitsdrangs in der modernen Welt und die unverzichtbare geopolitische Kraft, die humane Werte verteidigt. Amerika darf seinen Kompass nicht verlieren.³

Alle Kriege, Interventionen, Überfälle und Zerstörungen, die die USA in den letzten 20 Jahren zu verantworten haben, zeugen zwar von der „geopolitischen Kraft“, sprich Gewalt, der USA, nicht aber von der „Verteidigung humaner Werte“. Das ewige Credo US-amerikanischer Außenpolitik ist allerdings unbestreitbar: „Um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen, ist auf philosophischer wie geopolitischer Ebene eine angemessene Führungsrolle Amerikas unverzichtbar.“⁴ Kissinger als Realist hat aber auch die Schwäche der USA erkannt, diese Führungsrolle allein auszuüben: „Eine geordnete Welt kann durch das Handeln eines Landes allein nicht erreicht werden“. Er plädiert für ein „Ordnungskonzept, das über die Perspektiven und Ideale der einzelnen Regionen hinausweist“. Sein Blick fällt aber nicht auf die UNO, die „Vereinten Nationen“, so naheliegend das wäre. Er greift gut 370 Jahre in der Geschichte zurück und empfiehlt, „dass das Westfälische System modernisiert und an neue Realitäten angepasst werden muss“. Das überrascht nicht wirklich, denn Kissinger hält nichts von der UNO-Charta – sofern sie sich gegen die USA richtet. Ihm sind die Regeln des UNO-Sicherheitsrats zu eng. Obwohl er von einer „zweiten Kultur“ spricht, die „globaler, struktureller und juristi-

1 Henry Kissinger, *Weltordnung*, München 2014, S. 424, 425.

2 Christopher Hitchens, *The Trial of Henry Kissinger*, London, New York, 2001; Greg Gandin, *Kissingers langer Schatten*, München 2016.

3 Kissinger, *Weltordnung*, S. 424.

4 Ebd.

scher“ sein muss, findet sich in seinen „Erinnerungen“ wie in seinen Monographien nur äußerst selten und eher sporadisch ein Hinweis auf das Völkerrecht. Das Konzept des Westfälischen Friedens ist das Gleichgewicht der Kräfte, welches allein durch die militärische Macht der Staaten und ihre unbedingte Bereitschaft zum Krieg definiert wird. Wer die Macht hat, diktiert und verhandelt nicht unter dem Recht. Er beherrscht die Sprache der Ehre, die von der Herrschaft des Rechts und der Verantwortung für Gerechtigkeit spricht, aber sich lieber auf die Macht der eigenen Kraft verlässt. Das Recht ist die einzige Waffe der schwachen Staaten, denen es an politischer, ökonomischer und vor allem militärischer Macht fehlt.

Vor fast dreißig Jahren verkündete US-Präsident Georg H. W. Bush eine neue Weltordnung, die er in seiner Rede am 11. September 1990 vor beiden Kammern des Kongresses mit visionären Worten umriss:

Wir erleben heute einen einzigartigen und außergewöhnlichen Moment. So ernst die Krise am Persischen Golf ist, so bietet sie zugleich die Gelegenheit, zu einer Periode der Zusammenarbeit zu gelangen. Aus diesen schwierigen Zeiten kann unser fünftes Ziel – eine neue Weltordnung – hervorgehen: eine neue Ära – freier von der Bedrohung durch Terror, stärker im Streben nach Gerechtigkeit und sicherer in der Suche nach Frieden. Eine Ära, in der die Völker der Welt, Ost und West, Nord und Süd, prosperieren und in Harmonie leben können [...]. Eine Welt, in der die Herrschaft des Rechts die Herrschaft des Dschungels ersetzt. Eine Welt, in der die Völker die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit erkennen. Eine Welt, in der der Starke die Rechte des Schwachen respektiert [...].⁵

Elf Jahre später auf den Tag genau war diese Vision mit dem Angriff auf das World Trade Center und das Pentagon zerbrochen, gleichgültig, ob sie jemals die Chance hatte, realisiert zu werden. Aber nun, fast zwanzig Jahre später, ist sie wieder auferstanden, allerdings in ihrer grotesken Umkehrung des „America first“ – eine Welt, in der die Herrschaft des Dschungels die Herrschaft des Rechts ersetzt.

US-Präsident Donald Trump hat seit seiner Kandidatur nie einen Hehl daraus gemacht, dass es ihm nur darum geht, die USA prosperieren zu lassen und seinen Namen zu verewigen. Doch dass er die Ordnung der alten Welt derart radikal angreifen würde, hatte man hinter seinem Wohlfahrtsprogramm für die USA nicht vermutet. In seiner Rede vor der UN-Gene-

5 George H. W. Bush, *Address Before a Joint Session of Congress*, v. 11. 9. 1990, <https://web.archive.org/web/20110116162710/http://millercenter.org/scripps/archive/speeches/detail/3425>.

ralversammlung am 25. September 2018⁶ hatte Trump versichert, dass seine Außenpolitik im Interesse der USA die Welt sicherer und stärker mache und den Wohlstand in der Welt mehre. Dass dies die Unterordnung der Welt unter die Interessen seines Landes bedeute, unterstrich er gleichzeitig mit der Ankündigung, dass er entschlossen sei, die nationalen Interessen auch mit Gewalt durchzusetzen. So gut sich die Welt an dieser Devise ausrichten konnte, so schwierig wurde es, Trumps „nationale Interessen“ zu erkennen.

2.

Um mit den jüngsten Ereignissen zu beginnen: Die gezielte Liquidierung des iranischen Generals Qasem Suleimani durch eine Drohne am 3. Januar 2020, bei der sieben weitere Personen den Tod fanden, einschließlich des irakischen Kommandeurs der *Popular Mobilization Forces* Abu Mehdi al-Muhandis, war ohne Zweifel ein Verbrechen und von nur zweifelhaftem nationalen Interesse der USA. Die Begründung, man habe gegen eine „eskalierende Serie von Angriffen vom Iran“ zur Selbstverteidigung greifen und den Iran von weiteren Aktionen abschrecken müssen, stellte sich schon bald als substanzlos heraus.

Die Anerkennung der israelischen Annexion der seit 1967 besetzten syrischen Golan-Höhen und von Ost-Jerusalem am 25. März 2019 war ebenfalls ein schwerer Verstoß gegen seit langem anerkanntes Völkerrecht. Diese Entscheidung ist umso widersprüchlicher, als der Grundsatz, dass mit Gewalt erobertes Gebiet gegen das Völkerrecht verstößt und nicht anerkannt werden kann, auf den US-amerikanischen Außenminister Henry L. Stimson zurückgeht. Als die Japaner in die chinesische Mandschurei einfielen, erklärte Stimson am 17. Januar 1932, dass die US-Regierung niemals eine Situation anerkennen werden, die den Bestimmungen des vier Jahre zuvor geschlossenen Kellogg-Paktes widerspreche, der das Verbot des Angriffskrieges zum ersten Mal vertraglich regelte. Noch im März des gleichen Jahres wurde dieser Grundsatz in eine Resolution der Versammlung des Völkerbundes aufgenommen und hat als „Stimson-Doktrin“ Eingang ins Völkerrecht gefunden. Zusammen mit dem Gewaltverbot des Art. 2 Zif. 4 UNO-Charta und dem Grundsatz der territorialen Integrität normiert er seitdem ein absolut bindendes Aggressions- und An-

6 The White House, *Remarks by the President Trump to the 73rd Session of the United Nations General Assembly*, vom 25. 9. 2018.

nexionsverbot. Dass gegen alle diese Verbote und Gebote immer wieder verstoßen wird, hat ihnen jedoch nicht ihre grundsätzliche rechtliche Verpflichtungskraft genommen. Der UN-Sicherheitsrat hat sowohl das sog. *Jerusalem Law* mit der Annexion Ost-Jerusalems am 20. August 1980 als auch die Annexion der Golan Höhen am 17. Dezember 1981 einstimmig mit der Stimme der USA verurteilt und durch wiederholte Resolutionen bestätigt, zuletzt am 7. Dezember 2018.

Doch Präsident Trump kümmern all diese Regeln überhaupt nicht und seine immer wieder ausgewechselte Umgebung auch nicht. So wie Außenminister Pompeo einige Tage nach der Ermordung Soleimanis laut *Financial Times* bekannte, dass er keine „spezifische Kenntnis“ von der juristischen Rechtfertigung der Aktion habe, aber überzeugt sei, dass die Administration die Rechtmäßigkeit gründlich geprüft habe. Das unterscheidet Trump von seinen Vorgängern, die immerhin noch versuchten, mit zum Teil erheblichem juristischem Aufwand ihre Interventionen zu rechtfertigen. US-Präsident Obama bemühte z.B. die zweifelhafte „unable – unwilling“-These, um die militärische Intervention in Syrien gegen den IS seit 2014 zu legitimieren. Denn es ging um die territoriale Integrität Syriens. Da die USA sich nicht auf Selbstverteidigung (Art. 51 UNO-Charta) berufen konnten, die kollektive Verteidigung zugunsten des Irak auf schwachen Füßen stand und der UN-Sicherheitsrat kein Mandat (Art. 39, 42 UNO-Charta) gegeben hatte, wäre nur die Einwilligung der Regierung in Damaskus als Rechtfertigung in Frage gekommen. Doch Obama wies eine Anfrage bei Präsident Assad kategorisch zurück. So griff die Administration eine juristische Konstruktion auf, die es Drittstaaten erlauben soll, in einem Land zu intervenieren, dessen Regierung „unfähig oder unwillig“ ist, die von seinem Territorium aus operierende Terrororganisation wirksam zu bekämpfen. Abgesehen davon, dass dies schon faktisch nicht auf die syrische Regierung zutrifft – sie war genauso unfähig wie alle anderen Regierungen und überhaupt nicht unwillig, wie der Hilferuf an die Russen bezeugt –, bewirkt diese Konstruktion eine erhebliche Schwächung von Kernelementen der UNO-Charta, des Gewaltverbots und der territorialen Integrität. Leider haben die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags diese abenteuerliche Neuschöpfung übernommen, um das militärische Engagement der Tornados im syrischen Luftraum rechtfertigen zu können. Sollte diese Argumentation von anderen Staaten übernommen werden und sich längerfristig durchsetzen, droht die Gefahr der gewohnheitsrechtlichen Verfestigung und der Auflösung des Gewaltverbots.

Trump hingegen ignoriert das Völkerrecht einfach und verlässt sich auf die ausdrückliche oder stillschweigende Gefolgschaft der NATO-Staaten. So reagierte er im April 2017 spontan auf einen angeblichen Angriff mit Sarin der syrischen Armee in Chan Sheihoun mit einem Raketenangriff auf den Luftwaffenstützpunkt Shayrat, bevor eine internationale Untersuchungskommission überhaupt die Urheberschaft der syrischen Armee feststellen konnte. Genau ein Jahr später im April 2018 griff er Ziele in der Nähe von Damaskus und Homs an, diesmal mit der Unterstützung Frankreichs und Großbritanniens. Auch dieser Raketenangriff erfolgte in Reaktion auf einen angeblichen Einsatz von Giftgas, noch bevor die Verantwortung geklärt werden konnte, die nach wie vor umstritten ist. Beide Angriffe waren eine eindeutige Verletzung des Gewaltverbots, selbst wenn sich definitiv herausgestellt hätte, dass die syrische Regierung für den Einsatz von Chemiewaffen verantwortlich gewesen wäre. Es war kein Akt der Selbstverteidigung und ein Mandat des Sicherheitsrats lag ebenfalls nicht vor. Als einzige Begründung fiel der Administration ein, dass es im „vitalen nationalen Sicherheitsinteresse“ liege, den Einsatz und die Ausbreitung von Chemiewaffen zu verhindern. Großbritannien versuchte seine Beteiligung an dem Angriff 2018 als „humanitäre Intervention“ zu rechtfertigen, um die syrische Bevölkerung vor weiteren Giftgasangriffen zu bewahren. Doch diese „Rechtfertigung“ ist bisher völkerrechtlich nicht anerkannt. Der damalige Bundesaußenminister Gabriel beschränkte sich darauf, den Angriff im April 2017 als „nachvollziehbar“ zu beurteilen. Bundeskanzlerin Merkel begrüßte die Sanktionen gegen das Regime Assads. Beide Reaktionen sind wohl kaum ein Anlass, in Zukunft ernsthafter auf eine völkerrechtliche Legitimation zu achten. Im Gegenteil. Trump änderte seine Pläne, das US-Militär aus Syrien abzuziehen, als der Blick auf die Ölvorkommen im Osten bei Deir-es-Zor viel. Er entsandte US-Einheiten, um „destabilisierende Akteure“ von den Ölfeldern fernzuhalten. Dies war eindeutig an die Adresse von Assads Truppen gerichtet, denen er den Zutritt zu dem Gebiet sperrte. Offen bekannte Trump, dass das Öl den USA nützlich werden könne. Er beabsichtige, „einen Deal mit Exxon Mobil oder einem anderen großartigen Unternehmen zu machen, um dort reinzugehen und es ordentlich zu machen“.⁷ Würde er es wirklich „ordent-

7 The White House, *Remarks by President Trump on the Death of ISIS Leader Abu Bakr al-Baghdadi*, 27. Oktober 2019, zit. nach Christian Schaller, „America First“ – Wie Präsident Trump das Völkerrecht strapaziert, SWP-Studie 27, Dezember 2019, S. 30.

lich“ machen, müsste er das geförderte Öl nach Damaskus liefern, denn es gehört Syrien, und nur die syrische Regierung kann darüber verfügen. Nach den Regeln der Haager Landkriegsordnung von 1907 steht den Besatzern allenfalls ein Nießbrauch zu, wenn die Besetzung rechtmäßig ist. Doch ohne Mandat des Sicherheitsrats und ohne Einwilligung der syrischen Regierung war die Präsenz der US-Armee in Syrien von Anfang an völkerrechtswidrig. Sie wurde auch nicht durch die allgemeine Gewöhnung und mediale Zustimmung mit der Zeit rechtmäßig. Trumps Ankündigung, die US-Truppen aus Syrien abzuziehen, war die einzig richtige Entscheidung. Wer weiß, wer sie ihm ausgedreht hat.

3.

Legen wir die normalen Maßstäbe des internationalen Strafrechts an, wie sie seit 1998 im Römischen Statut vertraglich vereinbart sind, erfüllen die Raketenangriffe vom April 2017 und 2018 den Straftatbestand des Verbrechens der Aggression nach Art. 8 bis, der allerdings erst für Taten nach dem 17. Juli 2018 anwendbar ist. Trump hat nie seine Verachtung für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag verhehlt – eine Institution in der Tradition der Nürnberger Prozesse, deren Entstehung gerade die USA stark gefördert haben und dessen Statut derzeit von 122 Staaten unterschrieben ist. Noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben die USA die „Ad-hoc“-Gerichte zu den Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im ehemaligen Jugoslawien und Ruanda unterstützt. Doch schon George H. W. Bush hatte 2002 die Unterschrift wieder zurückgezogen. Einige Monate später im August 2002 verabschiedete der US-Kongress den berüchtigten *American Service-Members Protection Act*. Damit ging er auf direkte Konfrontation zu dem Gerichtshof. Das Gesetz verbietet es der US-Regierung, mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten und Militärhilfe an Staaten zu leisten, die Mitglied beim IStGH sind. Er ermächtigt die Regierung sogar, US-Staatsbedienstete, die vom IStGH in Haft genommen worden sind, auch mit militärischer Gewalt zu befreien, was dem Gesetz den Namen „*The Hague Invasion Act*“ eingebracht hat. Damit nicht genug, haben die US-Regierungen seitdem mehr als 100 Abkommen mit Staaten abgeschlossen, die diese verpflichten, keine US-Bedienstete an den Gerichtshof auszuliefern.

Trump bewegt sich also genau auf dieser Linie, wenn er generell allen Mitarbeitern des Gerichts, ob Richtern oder Staatsanwälten, die Einreise in Ausübung ihrer Aufgaben in die USA verbietet. Seit dem Beginn der

Untersuchungen von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch US-Soldaten in Afghanistan im November 2017 wird der Anklägerin Fatou Bensouda und ihren Mitarbeitern nicht nur die Einreise verwehrt, sondern auch mit strafrechtlicher Verfolgung gedroht. Im September 2018 verkündete der damalige Sicherheitsberater John Bolton: „Wir werden den Richtern und Staatsanwälten die Einreise in die USA verbieten. Wir werden ihr Vermögen im US-Finanzsystem mit Sanktionen belegen, und wir werden sie in den USA strafrechtlich verfolgen.“ Eine ungeheuerliche Provokation gegen eine internationale Institution, die offensichtlich den israelischen Premier Netanjahu inspiriert hat, jetzt sogar Sanktionen gegen den Gerichtshof zu fordern.

Trumps allgemeine Ablehnung jeglicher internationaler Gerichtsbarkeit, also auch des Internationalen Gerichtshofs (IGH), hat am 3. Oktober 2018 John Bolton in Trump'scher Diktion verkündet: „Wir werden den Internationalen Gerichtshof sterben lassen. Für uns ist er bereits tot.“ Der Anlass war die Entscheidung des IGH in Den Haag, den USA auf Grund der Klage des Iran aufzuerlegen, einen Teil der erneuerten US-Sanktionen aufzuheben. Dabei handelte es sich vor allem um Maßnahmen, die die humanitäre Hilfe und die Sicherheit des Flugverkehrs bedrohten. Bolton warf dem Gerichtshof vor, „politisiert und ineffektiv“ zu sein. Es sei die ständige Politik der USA, die Gerichtsbarkeit des IGH abzulehnen. Er vergaß hinzuzufügen, dass diese Ablehnung nur dann gilt, wenn sich der Gerichtshof mit US-amerikanischen Angelegenheiten beschäftigt. Im Grundsatz hat Bolton Recht. Denn Präsident Georg W. Bush hatte schon im Oktober 1985 die Unterwerfung der USA unter die Rechtsprechung des IGH aufgekündigt, als der Gerichtshof die Klage Nicaraguas gegen die USA wegen ihrer politischen und territorialen Interventionen gegen Nicaragua verhandelte. Die USA wurden 1986 wegen elf Verstößen gegen die UNO-Charta und das Völkerrecht verurteilt, was ihre Ablehnung nur festigte.

Trump allerdings spannt den Abwehrschild gegen die Gerichte in Den Haag weiter und nimmt auch Israel unter seinen Schutz. Im September 2018 drohte er den Palästinensern, ihre Vertretung in Washington zu schließen, wenn sie es wagten, internationale Gerichte gegen die Besatzungspolitik und die militärischen Maßnahmen anzurufen. Zuvor hatte er schon die Zahlungen an das UN-Hilfswerk für die Palästinenser in Gaza (UNWRA) gestoppt. Die Vertretung hat daraufhin ihre Arbeit eingestellt. Bei aller Kritik an diesen Entscheidungen sollte nicht übersehen werden, dass bisher keine US-Administration, ob demokratisch oder republikanisch, trotz aller Bemühungen und Unterstützung für die israelische Seite

einen erfolgreichen Plan zur Lösung des Konfliktes vorlegen konnte. Die Vorschläge waren weitgehend unannehmbar für die palästinensische Seite. Dennoch waren sie immer mit der Hoffnung auf einen Ausgleich gestartet. Im Dezember 2016 hatte sich der damalige US-Außenminister John Kerry noch eindeutig zum Völkerrecht bekannt und von einem „überwältigenden Konsens“ in der internationalen Gemeinschaft gesprochen, wonach die Siedlungen keinen rechtlichen Bestand haben können. Kerrys Nachfolger Pompeo widerrief dessen „Konsens“ und stellte sich gegen die Position der Obama-Regierung indem er verkündete, man werde in Zukunft die Siedlungen nicht mehr per se als völkerrechtswidrig ansehen. Trumps lang angekündigter und von seinem Schwiegersohn Kushner ausgearbeiteter „Friedensplan“ eröffnet weder eine Chance für Frieden noch eine Lösung des Konflikts für die Zukunft. Er wird durch seine vollkommen einseitige auf die Annexionsinteressen Israels fixierte Ausrichtung die Konfrontation verschärfen und allenfalls die Gewalt auf beiden Seiten provozieren. Er berücksichtigt in keinem seiner Vorschläge die zahllosen Resolutionen und Verurteilungen der UN-Generalversammlung und des Sicherheitsrats, sondern radikalisiert ihre Negation, indem er die territoriale Basis einer palästinensischen Gemeinschaft vollkommen auflöst und zerstückelt, sie nach wie vor der israelischen militärischen und Siedlergewalt unterwirft und jedes Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zerstört. Trump umgeht nicht nur das Völkerrecht, er greift es an, um es zu vernichten.

4.

Schaut man in die Geschichte der amerikanischen Außenpolitik zurück, so kann man sich dem Urteil von Edward C. Luck anschließen, dass „die Amerikaner acht Jahrzehnte nach der höchst streitigen Debatte über den Völkerbund immer noch nicht ihre Differenzen über die Beeinträchtigung der nationalen Souveränität durch den Beitritt zu völkerrechtlichen Verträgen beigelegt haben“.⁸ Und man muss heute zwanzig Jahre nach dieser Feststellung hinzufügen, dass sie im Kampf um die Bewahrung ihrer imperialistischen Dominanz noch kompromissloser jede Einschränkung ihrer weltweiten Handlungsfähigkeit ablehnen. Dazu gehört der vollkommen willkürliche Umgang mit internationalen Verträgen, sei es dass ihnen die

8 Edward C. Luck, *Mixed Messages. American Politics and International Organization*, Washington DC 1999, S. 70.

Ratifizierung verweigert wird oder sie nach Jahren einseitig gekündigt werden. Auch darin kann sich die Trump-Administration auf eine Tradition berufen, die bis zu Woodrow Wilson zurückreicht, der zwar in seinen 14 Punkten 1918 die Idee des Völkerbundes aufgegriffen und bis zur Unterzeichnung 1919 vorangetrieben hatte, dem der Senat dann aber 1920 die Zustimmung versagte. Von den 18 Menschenrechtsverträgen haben die USA 13 nicht ratifiziert, unter ihnen die Kinderrechtskonvention als einziger Staat. Sie sind also an diese Verträge vertraglich nicht gebunden. Wohl aber sind zahlreiche ihrer Vorschriften und Prinzipien in Völkergewohnheitsrecht erstarkt, sodass die USA ihrer Verbindlichkeit nicht entgehen können. Daher konnte im Juni 2018 ein Bundesgericht die Praxis der Trump-Administration stoppen, die mehrere tausend Kinder zu Abschreckungszwecken von ihren Eltern trennte, sie in staatlichen Unterkünften sammelte und die Eltern auf unbestimmte Zeit inhaftierte. Dem Vertrag zur Ächtung der Antipersonenminen wurde die Unterzeichnung versagt, und der Senat lehnte auch den Vertrag über einen umfassenden Atomstopp ab. Dem Römischen Statut für den ständigen Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, an dessen Errichtung die USA maßgeblichen Verdienst haben, sind die USA schließlich ferngeblieben. Auch vertraten schon seine Vorgänger von George W. Bush über Bill Clinton bis Barack Obama die abwegige Ansicht, dass die Menschenrechte auf Handlungen der USA außerhalb ihres Staatsgebietes für sie nicht verbindlich seien. Damit wird u.a. die unbefristete Inhaftierung ohne rechtsstaatliches Verfahren in Guantánamo gerechtfertigt, sowie die berüchtigten rendition-flights, mit denen Terrorverdächtige in andere Staaten geflogen werden, um dort mit Foltermethoden verhört zu werden. Auch wurde schon unter Präsident Obama die gezielte Tötung von Terrorverdächtigten in Pakistan, Somalia und Jemen ohne Gerichtsverfahren durch bewaffnete Drohnen legitimiert. Diese schweren Verletzungen der Menschenrechte sind für die Trump-Administration offensichtlich kein Problem.

Besondere Genugtuung scheint Präsident Trump bei der Kündigung alter Verträge zu empfinden, besonders, wenn sie von seinem Vorgänger Obama geschlossen wurden. Vor allem in dem weiten Bereich der nationalen Sicherheit haben sich die wechselnden Regierungen selten dauerhaft an die einmal geschlossenen Verträge binden lassen. Im Dezember 2001 kündigte die Bush-Regierung einseitig den ABM-Vertrag mit Russland über die Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen und weigerte sich, dem umfassenden Atomteststoppvertrag (CTBT – *Comprehensive Test Ban Treaty*) beizutreten. Wie weit sich nicht nur diese Regie-

rung, sondern auch die sie beratende und legitimierende Wissenschaft von den allgemeinen Standards des Völkerrechts entfernt hat, zeigt ein Artikel aus *Foreign Affairs*, dem Organ des *Council on Foreign Relations* (CFR), einer großen US-Denkfabrik, der unter anderem viele ehemalige US-Präsidenten, US-Außenminister und US-Finanzminister angehören. In der Tat sollte es nicht überrascht haben, dass im September 2002 die Vereinigten Staaten sich frei fühlten, in ihrem Dokument zur Nationalen Sicherheit anzukündigen, dass sie sich nicht länger durch die Vorschriften der UNO-Charta gebunden fühlten, die den Gebrauch von Gewalt regeln. Diese Regeln sind zusammengebrochen. „Rechtmäßig“ und „unrechtmäßig“ haben aufgehört, angemessene Begriffe für die Anwendung von Gewalt zu sein. Wie Powell am 20. Oktober sagte:

„Der Präsident glaubt jetzt, dass er das Recht hat, im Irak zu intervenieren [...], genauso wie wir es im Kosovo getan haben.“ Damals gab es natürlich keine Ermächtigung des Sicherheitsrates für die NATO, Gewalt gegen Jugoslawien anzuwenden. Jene Aktion verletzte ganz offen die UNO-Charta, die humanitäre Interventionen nicht mehr erlaubt so wie sie den Präventivkrieg nicht erlaubt. Aber Powell hatte nichtsdestotrotz Recht, die Vereinigten Staaten hatten alles Recht, welches sie brauchten, um den Irak anzugreifen – nicht, weil der Sicherheitsrat sie dazu ermächtigt hätte, sondern weil es kein Völkerrecht mehr gibt, welches das verbietet. Es war deshalb unmöglich, unrechtmäßig zu handeln.⁹

5.

Mit der Präsidentschaft von George W. Bush hat sich dieser Völkerrechtsnihilismus verstärkt und besonders im konservativ-republikanischem Milieu ausgeweitet. Wie der Spin Doktor einer neuen Weltordnung verkündete der Publizist Charles Krauthammer, ehemaliger Redenschreiber von Vizepräsident Mondale in der Regierung von Jimmy Carter, im November 2001 nach dem Angriff auf das *World Trade Center* und dem Zusammenbruch der „alten Weltordnung“ erleichtert: „Diese Posse, die ein ganzes Jahrzehnt gedauert hat – eine Außenpolitik, die sich nach rechtlichen Normen richtet und nicht nach unseren nationalen Interessen – ist vorbei.“¹⁰

9 Nur der erste Satz stammt von Powell; zit. n. Michael J. Glennon, „Showdown at Turtle Bay“, in: *Foreign Affairs*, May/June 2003. Übers. N. P.

10 Charles Krauthammer, „The Real New World Order“, in: *The Weekly Standard*, 12. November 2001, zit. nach Nicole Deller, Arjun Makhijani, John Burroughs (Hg.), *US-Politik und Völkerrecht*, Münster 2004, S. 21.

Trump ist vorerst nur der letzte Repräsentant einer Außenpolitik, die in der Tat robust und rücksichtslos die Interessen der USA an die Spitze ihrer Überlegungen stellt.

Mitunter treten die USA aus wichtigen UN-Organisationen aus, wie 1983, als Ronald Reagan seinem Unmut über die UNESCO mit einer Kündigung Ausdruck verlieh. Es dauerte immerhin 20 Jahre, bis die USA 2003 wieder zurückkehrten. Insofern handelte Donald Trump in „guter“ Tradition, als er im Mai 2018 das Wiener Nuklearabkommen mit dem Iran (*Joint Comprehensive Plan of Action* – JCPOA) von 2015 kündigte. Bei diesem Abkommen handelt es sich allerdings nicht um einen bindenden Vertrag, sondern nur um eine politische Absichtserklärung. Auch die anschließende Resolution 2231 (2015) vom 20. Juli 2015, mit der der UN-Sicherheitsrat den Vertrag unterstützte, hat ihn nicht für verbindlich erklärt. Wenn die Trump-Regierung auch mit der Kündigung nicht gegen Völkerrecht verstoßen hat, so waren die anschließenden zusätzlichen Wirtschafts- und Finanzsanktionen jedoch vollkommen willkürlich, da sich Iran an alle Verpflichtungen aus dem *Action-Plan* gehalten hatte. Sie verstoßen eindeutig gegen die Resolution 2231 (2015), die für die Wiederaufnahme von Sanktionen ein spezielles Verfahren der Beteiligung des UN-Sicherheitsrats verlangt. Trump hat nie einen Hehl daraus gemacht, die Sanktionen als Mittel einzusetzen, um die Regierung in Teheran zu stürzen, was das Völkerrecht nicht erlaubt. Sobald Wirtschaftssanktionen die Versorgung der Zivilbevölkerung mit wichtigen humanitären Gütern, insbesondere Lebensmittel und Medikamente, gefährden, sind sie auch unabhängig von ihren politischen Zielen völkerrechtswidrig. Das wurde uns drastisch mit den Sanktionen gegen Irak Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts vor Augen geführt, als ca. 500 000 Kinder an den Folgen der Sanktionen starben.

Der Schaden, den die Kündigung außenpolitisch für die Glaubwürdigkeit der USA angerichtet hat, glaubte Trump offensichtlich innenpolitisch durch die weite Zustimmung im Lande für seinen harten Kurs gegen Iran kompensieren zu können. Das gleiche Kalkül hat die US-Regierung wohl auch bewogen, im Dezember 2017 die Teilnahme an den Arbeiten zu einem globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration aufzukündigen und ein Jahr später gemeinsam mit Ungarn als einzige der 181 Staaten gegen die Resolution 73/151 der UN-Generalversammlung zu stimmen, die den Globalen Pakt für Flüchtlinge unterstützte.

6.

Der Hinweis auf die Monroe-Doktrin von 1823 taucht immer wieder auf, um die Triebfedern der US-amerikanischen Außenpolitik zu erklären.¹¹ In der knappen Erklärung von Theodore Roosevelt ist die „Monroe-Lehre [...] das Verbot europäischer Gebietserweiterung auf amerikanischem Boden“,¹² wobei sich dieser bis Feuerland erstreckte. Allerdings ergänzte er sie anschließend um das, was mitunter als „Manifest Destiny“ oder der amerikanische „Exzeptionalismus“ bezeichnet wird:

Ich habe sehr wenig für die Scheinhumanität übrig, die die großen Kulturvölker hindern will, ihre Pflicht in den noch nicht kultivierten Gegenden der Erde zu tun, nur deswegen, weil sie ihre Aufgaben ohne eine gewisse Grausamkeit durchführen können. Jeder Mensch, der auf hohe Moralität Anspruch macht, wird die Notwendigkeit zugeben, dass die Kultur unter allen Umständen über noch nicht kultivierte Länder ausgebreitet werden muss und dass es im Interesse der gesamten Menschheit liegt, das höhere Leben die Stelle des niederen einnehmen zu lassen.¹³

Obama hat zwar 2013 erklärt, dass die Monroe-Doktrin vorüber sei, aber nahm das ein Jahr später mit der Intervention in Syrien schon nicht mehr so ernst. Auch Trumps Ankündigungen, sich aus den internationalen Abenteuern zurückzuziehen, stießen in seiner Administration auf kein positives Echo. Insbesondere John Bolton identifizierte Kuba, Venezuela und Nicaragua – „amerikanischer Boden“ – als „Dreieck des Terrors“ und erwog sogar militärische Maßnahmen zum Sturz der Regierungen. Es hatte offensichtlich schon geheime Gespräche mit ranghohen venezolanischen Militärs darüber gegeben, wie man Maduro stürzen könne. Mit der Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó feierte die Monroe-Doktrin dann Wiederauferstehung. Eine solche Anerkennung ist kein harmloser diplomatischer Akt, sondern ein schwerwiegender Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Es war die Unterstützung eines Putsches gegen ein immer noch legales Staatsoberhaupt und wäre nur dann rechtmäßig gewesen, wenn Guaidó die Kontrolle über

11 Vgl. z. B. Stefan Talmon, „Die USA unter Präsident Trump: Totengräber des Völkerrechts“, Verfassungsblog v. 4. Februar 2020, <https://verfassungsblog.de/die-usa-unter-president-trump-totengaerber-des-voelkerrechts/>; Christian Schaller, „*America First*“ – Wie Präsident Trump das Völkerrecht strapaziert, SWP-Studie 27.

12 Theodore Roosevelt, „Die Monroe-Lehre“ (1896), in: Theodore Roosevelt, *Amerikanismus*, Leipzig 1907, S. 31.

13 Roosevelt, *Amerikanismus*, S. 9.

den größten Teil des Landes und der Bevölkerung gehabt hätte. So war die Anerkennung schlicht völkerrechtswidrig, was sich auch die deutsche Bundesregierung vorhalten lassen muss.

Die Vorstellung des 19. Jahrhunderts vom „Manifest Destiny“, dass Gott den USA den Auftrag erteilt habe, „die Welt zu zivilisieren“, scheint immer noch in der US-amerikanischen Außenpolitik herrschend zu sein – allerdings in der säkularisierten Form, wie sie Jeremy Rapkin von der George Mason Universität in Arlington, Virginia, ausdrückt:

Wir haben jeden Grund für die Erwartung, dass andere Nationen sich nach den amerikanischen Wünschen richten werden, denn sie sind eifrig darauf bedacht, Zugang zum amerikanischen Markt zu erhalten und Kooperationsabkommen mit uns zu schließen.¹⁴

So zutreffend diese Feststellung schon für die Zeit lange vor der Obama-Administration war, so brutal hat Trump jetzt die „Erwartung“ in ein „Gebot“ umgewandelt und den verbreiteten Völkerrechtsnihilismus in eine offensive Verachtung zugespitzt, die vor keiner völkerrechtlichen Schranke haltmacht. In seinem politischen System gelten die Regeln für militärisch und wirtschaftlich mächtige Staaten nicht in dem gleichen Maß wie für schwache Staaten. Denn die höchste Sicherheit wird nicht durch Regeln und Verträge, sondern durch die militärische Macht des stärksten Staates garantiert, weshalb die Erhaltung und der Ausbau der militärischen Kapazität der USA das oberste Gebot seiner Politik ist.

14 Jeremy Rapkin, in: Peter J. Spiro, „The New Sovereignists; American Exceptionalism and Its False Prophets“, in: *Foreign Affairs* 79, no. 6, 2000, S. 9 – 15, zit. nach Deller, Makhijani, Burroughs (Hg.), *US-Politik und Völkerrecht*, S. 186.

Die Illusionswurzel des Krieges und die amerikanische Militärstrategie

Martin Kahl

Bernhard Taureck schlägt eine synthetische Kriegsdefinition vor, wonach Krieg „eine ruhmreiche kollektive Erbeutungsaktion“ bezeichnet, „die zusätzlich als Notwendigkeit deklariert wird und die auf einer Illusion letztllicher infolge Krieg zu erreichender Vorteile beruht“. Die Wesensbestimmung des Krieges ist für ihn mit dieser Definition geleistet und gleichzeitig sind seine wesentlichen Wurzeln benannt. Taurecks Überlegungen, die auf einer Auseinandersetzung mit Texten aus der Philosophie fußen, stelle ich eine empirische Untersuchung gegenwärtiger Kriegsplanungen entgegen. Anhand von Strategiedokumenten insbesondere zur Führung von Nuklearkriegen prüfe ich, inwieweit die Ausführungen Taurecks auf die Kriegsstrategie der führenden Militärmacht USA anwendbar sind. Dabei konzentriere ich mich auf die Illusionswurzel und behandle die beiden anderen Wurzeln nur kursorisch.

Taureck bezieht seine Überlegungen zu den „ruhmreichen kollektiven Erbeutungsaktionen“ auf konventionelle zwischenstaatliche Kriege, nicht auf bewaffnete innerstaatliche Konflikte und auch nicht auf Atomkriege. Entscheidende Entwicklungen des Konfliktgeschehens der letzten 75 Jahre werden so nicht erfasst. Die „Erbeutungsaktion“ als ausschlaggebendes Motiv für Kriege zu betrachten, ist kaum geeignet, die vielfältigen Ursachen, die in der jüngeren Vergangenheit zu kriegerischen Auseinandersetzungen geführt haben, zu erfassen. Wie weit eine solche Reduktion am gegenwärtigen Kriegsgeschehen vorbeigeht, zeigt bereits ein flüchtiger Blick etwa in das Heidelberger Konfliktbarometer, das allein für die im Jahre 2019 geführten Kriege, eine Vielzahl von Ursachen benennt.¹ Der klassische Staatenkrieg spielt zudem heute kaum noch eine Rolle, dagegen gibt es eine Vielzahl innerstaatlicher bewaffneter Auseinandersetzungen, seit 1990 zunächst mit insgesamt abnehmender Tendenz, dann aber nach

1 Heidelberg Institute for International Conflict Research, *Conflict Barometer 2019*, Heidelberg 2020.

einer erneuten Zunahme in den letzten Jahren ungefähr auf das Niveau, das zum Ende des Ost-West-Konflikts herrschte. Auch sie zeichnen sich durch eine breite Palette von Konfliktgegenständen aus. Auffällig ist in den letzten Jahren die Zunahme sogenannter „internationalisierter innerstaatlicher“ Konflikte, die als innerstaatliche Auseinandersetzungen beginnen, dann aber vor allem durch die Interventionen mit modernen Waffen ausgestatteter Staaten zu zwischenstaatlichen Kriegen ausgeweitet werden. Sie machen gegenwärtig bereits 30 % der bewaffneten Konflikte aus, Syrien ist das prägnanteste Beispiel.² Nach 1945 ist durch die Blockführungsmächte USA und Sowjetunion zudem ein kompliziertes Abschreckungssystem errichtet worden, das strukturbildend für die internationale Ordnung gewesen ist und ohne dessen Berücksichtigung Strategieentwicklung, Waffenbeschaffung und Konfliktaustrag der bestimmenden Militärmächte nach dem 2. Weltkrieg nicht hinreichend erfasst werden können.

Es lassen sich jedoch auch allgemeine Merkmale des Krieges ausmachen, die Taurecks Argumente stützen. Zwar mögen nicht alle Kriege als ruhmreiche kollektive Erbeutungsaktionen begonnen werden, doch verlangt jeder Krieg aufgrund der mit ihm einhergehenden Anstrengungen und Opfer die Deklaration seiner „Notwendigkeit“. Tatsächlich lassen sich stets solche Versuche einer Legitimierung finden sowie der Zusatz, dass der erwartete Erfolg die Opfer rechtfertige. Diese Erwartung will freilich begründet sein und in der Regel geschieht dies über den Hinweis auf gute Strategie und Planung. Dem wohnt das Versprechen inne, die Eigenmacht des Krieges überwinden zu können, ihn gewinnbar zu machen, indem man das Kriegsgeschehen dominiert.

Oft hat sich diese vorgebliche Planbarkeit im Krieg als Illusion erwiesen. Taureck fasst diesen Gedanken in seinem Kapitel zur „Illusionswurzel bei Heraklit“ prägnant zusammen: „Nicht wir führen Krieg, Krieg führt uns.“ Diese Wurzel scheint ihm besonders wichtig zu sein, fügt er seiner Kriegsdefinition doch den Zusatz hinzu, dass der synthetische Kriegsbegriff „im Lauf der Geschichte in zwei gesonderte Teile zerlegt“ wurde. „Kriege galten als ruhmreiche Erbeutungsaktionen, denen nach Bedarf das Prädikat der Notwendigkeit hinzugefügt wurde. Dass Kriege zugleich auf Illusion beruhten, wurde dagegen in der Regel vom Verständnis des Krieges abgezogen.“ Dem Krieg, so die Mahnung, wohnt eine unhintergehbare

2 Therése Pettersson, Magnus Öberg, „Organized Violence, 1989–2019“, in: *Journal of Peace Research* 57, Nr. 4 (2020), S. 597–613.

Unberechenbarkeit inne, sein Verlauf und sein Ausgang lassen sich nicht vorherbestimmen.³

1. Nukleare Illusionen

Es gibt eine lange Geschichte von Illusionen über schnell und mühelos gewinnbare Kriege, am gewagtesten scheint jedoch der vor allem von den Vereinigten Staaten vorangetriebene Versuch, selbst Nuklearkriege planbar, begrenzt und sogar gewinnbar zu machen. Wenn ein Nuklearkrieg beginnt, ist er zwar „Ausdruck von gescheiterter Politik“, wie Taureck richtig anmerkt. Anders als er in seiner kurzen Bezugnahme auf den Atomkrieg bemerkt, ging nach dem Verlust des amerikanischen Atomwaffenmonopols 1949 sehr bald nicht mehr um die vollständige Vernichtung des Gegners, da der Versuch der Vernichtung des Gegners nun das hohe Risiko der eigenen Vernichtung einschloss. Vielmehr besteht das Ziel bis heute darin, den Gegner durch begrenzte Eskalationen zum Einlenken zu zwingen.

Dass es sich bei solchen Überlegungen zur Begrenzung von Nuklearkriegen um illusionäre Vorstellungen handeln könnte, haben hohe amerikanischen Entscheidungsträger dann und wann eingestanden. So schrieb der Sicherheitsberater John F. Kennedys, McGeorge Bundy, 1969 in der Zeitschrift *Foreign Affairs*:

[I]n the real world of real political leaders – whether here or in the Soviet Union – a decision that would bring even one hydrogen bomb on one city of one's own country would be recognized in advance as a catastrophic blunder; ten bombs on ten cities would be a disaster beyond history.⁴

Eine rare Szene während der Präsidentschaft Jimmy Carters bei einer Kongressanhörung des damaligen Verteidigungsministers Harold Brown zeigt eine ähnliche Einsicht. Brown, der eigentlich die auf dem Gedanken einer begrenzten Nuklearkriegführung aufbauende „Countervailing Strategie“

- 3 Auch Clausewitz, auf den Taureck in diesem Zusammenhang überraschend wenig Bezug nimmt, mahnt: „Es ist alles im Kriege sehr einfach, aber das Einfachste ist schwierig. Diese Schwierigkeiten häufen sich und bringen eine Friktion hervor, die sich niemand richtig vorstellt, der den Krieg nicht gesehen hat. [...] So stimmt sich im Kriege durch den Einfluß unzähliger kleiner Umstände, die auf dem Papier nie gehörig in Betrachtung kommen können, alles herab, und man bleibt weit hinter dem Ziel.“ Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, München 2003 [1832], S. 36.
- 4 McGeorge Bundy, „To Cap the Volcano“, in: *Foreign Affairs* 48, Nr. 1 (1969), S. 1–20, hier: S. 10.

gy“ begründen wollte, antwortete auf die Frage von Senator Glenn, was man angesichts der Zerstörungskraft von Nuklearwaffen denn eigentlich meine, wenn man von „begrenzten nuklearen Optionen“ rede:

Senator Glenn: I get lost in what is credible and not credible. This whole thing gets so incredible when you consider wiping out whole nations, it is difficult to establish credibility.

Secretary Brown: That is why we sound a little crazy when we talk about it.⁵

Ungeachtet solcher Zweifel hoher Entscheidungsträger ist die Drohung mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen aus Sicht aller amerikanischen Regierungen seit John F. Kennedy als notwendig erachtet worden, um eine „erweiterte Abschreckung“ über das amerikanische Kernland hinaus zu ermöglichen. Die Ausdehnung des Abschreckungsschirms auf die amerikanischen Verbündeten – insbesondere Europa – war aus deren Sicht nur dann möglich, wenn nukleare Optionen vorhanden waren, die die Chance ließen, einen Atomkrieg zu begrenzen. Hierzu wurde ein ausdifferenziertes Nuklearwaffenarsenal benötigt, das selbst überlebensfähig war und so eingesetzt werden konnte, dass die Gegenseite nicht zu einem vernichtenden Gegenschlag veranlasst würde. Solche Waffen mussten zielgenau sein, da sie wegen der Eskalationsgefahr nicht gegen Städte eingesetzt werden sollten, sondern vorzugsweise gegen das Militärarsenal des Gegners. Dies bot zudem eine zusätzliche Aussicht auf Schadensbegrenzung. Ein der Abschreckung inhärentes Paradox konnte jedoch nicht aufgelöst werden: *Ex ante* ist die Abschreckungswirkung dann am größten, wenn dem Gegner angedroht wird, dass er auch im Falle eines begrenzten Angriffs einen vernichtenden Gegenschlag (auf seine Städte) zu gewärtigen hat. *Ex post*, im Falle eines tatsächlichen begrenzten Angriffs, ist die Ausführung eines massiven Nuklearschlags jedoch irrational, da durch ihn kein rationales politisches Ziel mehr erreicht werden kann und ein Atomschlag des Gegners provoziert würde. Der Versuch, Glaubwürdigkeit dadurch zu erhöhen, dass dem Gegner bei einem begrenzten Angriff hin lediglich mit begrenzten nuklearen Gegenschlägen gedroht wird, vermindert andererseits die allgemeine Abschreckungswirkung. Ein Nuklearkrieg bliebe rational führbar und politischen Zwecken verfügbar. Dieser Doppelaspekt aus Kriegsverhinderung durch und begrenzter Kriegführung mit

5 *Nuclear War Strategy, Hearing Before the Committee on Foreign Relations, United States Senate, 96th Congress, 2nd session, on Presidential Directive 59*, 16. September 1980, Washington, D.C. 1980, S. 22.

Nuklearwaffen prägt das Abschreckungssystem bis heute. Der folgende genauere Blick in die Dokumente mit den operativen Kriegsplanungen zeigt die intensiven Bemühungen der USA, auch die Nuklearwaffen als politisches Instrument zu nutzen und selbst in einem Atomkrieg im Vorteil zu bleiben.

2. Flexible Optionen und begrenzter Nuklearkrieg

Gleich nach Bekanntgabe der Strategie der *Massive Retaliation* durch US-Außenminister Dulles im Jahr 1954, einer reinen nuklearen Vergeltungsstrategie, mit der die Vereinigten Staaten auf einen konventionellen Angriff der UdSSR auf Westeuropa mit einem einzigen überwältigenden Nuklearschlag geantwortet hätten, hatten sich in den USA zahlreiche Kritiker zu Wort gemeldet.⁶ Sie betonten, dass die Drohung mit einem massiven Atomschlag zur Abschreckung begrenzter Aggressionen unglaublich unwahrscheinlich waren, da dieser eine nukleare Gegenreaktion der UdSSR auslösen würde. Zu den Kritikern der *Massive Retaliation* gehörte auch Kennedy, der 1961 das Präsidentenamt übernahm. Die von ihm und Verteidigungsminister McNamara unterstützte Revision der amerikanischen Militärstrategie zielte darauf ab, begrenzte Aggressionen durch die Fähigkeit zu selektiven und flexiblen Reaktionen („Flexible Response“) auf allen denkbaren Konfliktebenen abzuschrecken. In Europa sollten konventionelle Streitkräfte in so ausreichendem Maße bereitgestellt werden, dass ein konventioneller Angriff der UdSSR ohne Rückgriff auf nukleare Waffen abgeschreckt und mit einiger Wahrscheinlichkeit zunächst abgewehrt werden konnte. Die Flexible Response wurde so einerseits als begrenzende Strategie konzipiert, andererseits sollte sie von der Bereitschaft begleitet sein, den Konflikt begrenzt nuklear zu eskalieren, für den Fall, dass eine Niederlage auf der gegebenen Ebene nicht vermieden werden konnte. Nach Auffassung der Regierung Kennedy musste neben die *Flexible Response* eine „Flexibility in Response“ im Bereich der strategischen Nuklearwaffen treten, da eine Eskalationsstrategie nicht glaubhaft schien, wenn die Abschreckungsdrohung am Ende doch wieder auf dem massiven Einsatz strategischer Nuklearwaffen basierte. In den zentralen Einsatzplan, den *Single Integrated Operational Plan* (SIOP), wurden aus diesem Grunde 1962 eine Reihe

6 Die folgenden Ausführungen beruhen auf Marin Kahl, „Militärstrategie“, in: Wichard Woyke (Hg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, Opladen, Farmington Hills 2011, S. 377–387.

unterschiedlicher begrenzter Optionen eingefügt, die sich vorrangig gegen militärische Ziele in der UdSSR richteten (*Counterforce-Strategie*).⁷

Angesichts des zur numerischen Parität angewachsenen sowjetischen Kernwaffenarsenals Ende der 1960er Jahre machte sich die Regierung Nixon ab 1969 an eine weitere Verfeinerung der Einsatzoptionen. Es ging ihr nun darum, *relative* Überlegenheit in verschiedenen begrenzten Szenarien sicherzustellen. Die von Verteidigungsminister Schlesinger 1974 verkündete Strategie der *Limited Nuclear Options* sollte durch selektive (zum Teil demonstrative) Schläge gegen ausgewählte Ziele partielle Eskalationsdominanz herbeiführen und die Intention des Gegners während des Krieges zu ändern. Auf diese Weise sollte auch unter den Bedingungen nuklearer Parität ermöglicht werden, als Antwort auf einen konventionellen Angriff gegen Westeuropa begrenzte nukleare Schläge auf die Sowjetunion zu initiieren. Das diese Politik festschreibende *National Security Decision Memorandum* (NSDM)-242⁸ enthielt drei wesentliche Komponenten: die Bezielung einer großen Zahl sowjetischer Streitkräfte und militärischer Anlagen, selektive Optionen, die den Präsidenten in die Lage setzen sollten, einen nuklearen Schlagabtausch auf kontrollierte Art und Weise auszuführen sowie die Vermeidung der Zerstörung politischer Führungszentren und Städte zu Verhandlungszwecken und zur Abschreckung weiterer Eskalationsschritte des Gegners.

Im August 1977 unterzeichnete Präsident Carter die *Presidential Directive* (PD-18), die NSDM-242 grundsätzlich bestätigte.⁹ Verteidigungsminister Brown war insbesondere daran gelegen, dass die amerikanischen Nuklearstreitkräfte gegenüber denen der UdSSR nicht als unterlegen perzipiert wurden, weder numerisch noch in ihrer Fähigkeit, bestimmte selektive Optionen als Antwort auf begrenzte Angriffe auszuführen („*Countervailing Strategy*“). PD-59 vom Juli 1980 verfeinerte die Einsatzpolitik weiter und verfügte eine Bezielung vor allem der sowjetischen politischen

7 *History of the Joint Strategic Target Planning Staff, Background and Preparation of SIOP-62*, 25, <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB130/SIOP-28.pdf>; Scott Sagan, „SIOP-62: The Nuclear War Plan Briefing to President Kennedy“, in: *International Security* 12, Nr. 1 (1987), 22–51.

8 National Security Council, *National Security Decision Memorandum 242*, 17. Januar 1974, www.nixonlibrary.gov/virtuallibrary/documents/nsdm/nsdm_242.pdf; Lynn E. Davis, „Limited Nuclear Options: Deterrence and the New American Doctrine“, in: Christoph Bertram (Hg.), *Strategic Deterrence in a Changing Environment*, Westmead 1981, S. 42–63.

9 National Security Council, PD/NSC-18, *U.S. National Strategy*, 26. August 1977, <https://www.jimmycarterlibrary.gov/assets/documents/directives/pd18.pdf>.

Führungsschicht, der Kommando- und Kontrolleinrichtungen, der strategischen Streitkräfte und anderer militärischer (auch beweglicher) Ziele.¹⁰ Ferner forderte PD-59 die Verbesserung der amerikanischen Kommando-, Kontroll-, Kommunikations- und Informationseinrichtungen (C³I¹¹) auch für einen länger andauernden Krieg. Aus dem SIOP sollten zudem begrenzte Optionen herausgelöst werden können, um im Falle einer konventionellen Aggression auf Europa über eine strategisch-nukleare Reaktionsmöglichkeit zu verfügen.

Auch in den Augen der Regierung Reagan barg jedes machtpolitische Ungleichgewicht die Gefahr, eine nach Weltherrschaft strebende UdSSR in den Glauben zu versetzen, dass sie ihre Streitkräfte zur politischen Erpressung der USA nutzen konnte. Der Wille, dieser Bedrohung offensiv entgegenzutreten, war ihr zufolge erst dann glaubwürdig und vom Gegner wahrnehmbar, wenn Pläne und Streitkräfte vorhanden waren, die genügend Optionen zur Verfügung stellten, jede Aggression auf jeder Gewaltstufe entschieden und effektiv zu bekämpfen, wenn möglich gar zu gewinnen. *National Security Decision Document* (NSDD)-13 vom Oktober 1981 forderte folgerichtig das sich Durchsetzen („Prevailing“) in einem länger andauernden Nuklearkrieg.¹² Im Juli 1982 erließ Verteidigungsminister Weinberger eine neue *Nuclear Weapons Employment Policy* (NUWEP) auf deren Basis ein für den Einsatz von Nuklearwaffen in einem länger andauernden Konflikt abgestimmter SIOP ausgearbeitet wurde.¹³ Sie trat im Oktober 1983 in Kraft und enthielt wiederum eine erweiterte Anzahl von selektiven Optionen gegen militärische, ökonomische und politische Ziele. Die NUWEP von 1987 schließlich sah eine „prompt counter-leadership/counter-C³I“-Option vor, d.h. die sowjetische Führung und die Kommando-, Kontroll-, Kommunikations-, und Informationseinrichtungen sollten zur Kontrolle einer Eskalation nicht mehr ausgespart werden. Als Abschreckungskriterium galt nun die Drohung, das zu zerstö-

10 The White House, *Presidential Directive/NSC 59: Nuclear Weapons Employment Policy*, 25. Juli 1980, <https://www.jimmycarterlibrary.gov/assets/documents/directives/pd59.pdf>.

11 Kurzfassung für *Command, Control, Communication and Information*.

12 The White House, *National Security Decision Directive 13, Nuclear Weapons Employment Policy*, 19. Oktober 1981, <https://www.reaganlibrary.gov/sites/default/files/archives/reference/scanned-nsdds/nsdd13.pdf>.

13 Department of Defense, *Policy Guidance for the Employment of Nuclear Weapons (NUWEP)*, 21. Juni 1982, www.archives.gov/declassification/pdf/2013-111-doc01.pdf.

ren, was die sowjetische Führung am meisten wertschätzte: Einrichtungen, auf die sich die Ausübung ihrer militärischen und politischen Macht und Kontrolle stützte.¹⁴

3. Konventionalisierung der Militärstrategie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Parallel zur Erweiterung der Handlungsoptionen im nuklearen Bereich nahmen die USA zu dieser Zeit Strategieänderungen auch in konventionellen Bereich vor, die ihre Handlungsfähigkeit vergrößern sollten. Gegen Ende der 80er Jahre war das konventionelle Arsenal der USA im Zuge der *Revolution in Military Affairs* (RMA) so weit modernisiert worden, dass angesichts der Treffgenauigkeit und Effektivität konventioneller Waffen über eine Denuklearisierung der amerikanischen Militärstrategie nachgedacht wurde.¹⁵ Westeuropa sollte nun allein mit qualitativ erheblich verbesserten konventionellen Waffen verteidigt werden. Ausdruck für die stärkere Betonung der konventionellen Komponente waren der Ende der 1980er erstellte „Discriminate Deterrence“-Report¹⁶ und die „Competitive Strategies“¹⁷, die für eine zielgerichtete Verlagerung der amerikanischen Rüstungsvorhaben auf Hochtechnologiebereiche im Segment konventioneller Waffen plädierten.

Die revolutionären Veränderungen in Osteuropa trugen zusätzlich zur Verminderung der nuklearen Komponente innerhalb der Militärstrategie der USA und der NATO bei. Im November 1991 wurde die *Flexible Response* für nicht länger gültig erklärt und Nuklearwaffen wurden nun lediglich als „oberste Garantie“ für die Sicherheit der NATO-Staaten bezeichnet. Ihnen sollte aber weiterhin Bedeutung zukommen, insofern durch sie die Risiken einer Aggression unkalkulierbar bleiben würden. Um den politischen Umwälzungen seit Ende der 1980er Jahre gerecht zu

14 Desmond Ball, Robert C. Toth, „Revising the SIOP“, in: *International Security* 14, Nr. 4 (1990), S. 65–92.

15 Ernst-O. Czempel, *Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren*, München 1989, S. 299.

16 Commission on Integrated Long-Term Strategy, *Discriminate Deterrence: Report of the Commission on Integrated Long-term Strategy*, Washington D.C. 1988; https://www.airforcemag.com/PDF/DocumentFile/documents/2008/DiscriminateDeterrence_010188.pdf.

17 Caspar W. Weinberger, *Annual Report to the Congress*, Fiscal Year 1987, S. 86; *Annual Report to the Congress*, Fiscal Year 1988, S. 66–67.

werden, wurde auch der amerikanische Einsatzplan für strategische Waffen modifiziert und die Zahl der Ziele, die in einem Krieg in der UdSSR angegriffen würden, erheblich reduziert. Die Bezielung der politischen Führung der UdSSR stellte nun keine Priorität mehr dar, die amerikanischen Kernsprengköpfe blieben auf 2.500 hauptsächlich militärische Ziele gerichtet. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde zudem der Weg frei für eine Reihe von Abrüstungsschritten auch im Bereich der besonders destabilisierenden *Counterforce*-Waffen.

Waren im Bereich der Nuklearwaffen in dieser Zeit Abrüstung und Rüstungskontrolle bestimmend, so bot die gewandelte Struktur des internationalen Systems den westlichen liberalen Staaten, allen voran den USA, zugleich größere Gelegenheit gegen missliebige Staaten militärisch vorzugehen als zur Zeit des Ost-West-Konflikts. Da es jedoch nur noch in den seltensten Fällen um die Verteidigung „vitaler“ Interessen gehen würde, musste bei militärischen Einsätzen stärker Rücksicht auf innenpolitische Kräfteverhältnisse genommen und dafür Sorge getragen werden, dass Opfer auf der eigenen Seite und bei der Zivilbevölkerung des Gegners vermieden wurden. Hierzu war militärische Überlegenheit notwendig, mehr noch, eine auf moderner Militärtechnologie beruhende Dominanz in jeder denkbaren Konfliktsituation.

Tatsächlich sollten die Synergieeffekte aus der RMA genutzt werden, um Gegner über das ganze denkbare Spektrum militärischer Operationen hinweg vollständig zu beherrschen. Amerikanische Strategiedokumente beinhalteten entsprechend Forderungen nach einer „Full Spectrum Dominance“.¹⁸ Unterschiedliche Aufklärungskapazitäten und Waffen sollten zu einem neuartigen Kriegsführungsnetzwerk verknüpft werden und einen engen Verbund aller Teilstreitkräfte bilden.¹⁹ War das wesentliche Motiv hinter der RMA zunächst gewesen, das konventionelle Handlungsspektrum im Abschreckungssystem des Ost-West-Konfliktes auszuweiten, sollte es nun sicherstellen, dass die USA ohne einen gleichrangigen Gegner blieben und ihre militärische Überlegenheit sowie Handlungsfähigkeit durch Nuklearwaffen in den Händen anderer Staaten oder deren konven-

18 U.S. Joint Chiefs of Staff, *Joint Vision 2010*, Washington D.C. 1996.

19 Steven Metz, James Kievit, *Strategy and the Revolution in Military Affairs: From Theory to Policy*, U.S. Army War College, Strategic Studies Institute, Carlisle Barracks, 1995.

tionell-technologische Fortschritte nicht „egalisiert“ würden.²⁰ Der Kuwait-Krieg zu Beginn der 90er Jahre demonstrierte schließlich die amerikanische Überlegenheit bei der konventionellen Kriegführung.

4. Nach dem 11. September: Präventive (nukleare) Kriegführung gegen Terroristen und „Terrorstaaten“

Auch die Regierung George W. Bush wollte die allgemeine Technologieentwicklung gezielt zur weiteren Effektivierung des amerikanischen Militärapparates nutzen und hatte bereits vor dem 11. September 2001 eine Restrukturierung des amerikanischen Militärapparates in Richtung einer auf modernste Militärtechnologie bauende „stand-off, precision-strike force“ angestrebt.²¹ Der kurz vor den Anschlägen fertiggestellte *Quadrennial Defense Review* (QDR) aus dem Jahr 2001 hatte noch einmal unmissverständlich deutlich gemacht, dass es das Ziel amerikanischer Rüstungspolitik sein musste, in allen Bereichen Überlegenheit über mögliche Gegner aufrechtzuerhalten.²²

Nach den Anschlägen vom 11. September hat die Bush-Regierung es als ihre Aufgabe verstanden, die vorhandene Machtfülle der USA zunächst entschlossen zur Bekämpfung des Terrorismus einzusetzen und sie anschließend zur Durchsetzung einer neuen, an den amerikanischen Sicherheitsinteressen orientierten Weltordnung zu nutzen.²³ Sie kündigte an, militärische Maßnahmen nicht nur auf Gruppen wie *El Kaida* und sie direkt unterstützende Staaten zu beschränken, sondern auf solche Staaten auszuweiten, von denen sie annahm, sie könnten Terroristen Unterstützung und Rückzugsräume gewähren, ihnen bei der Beschaffung von Massenvernichtungswaffen behilflich sein oder selbst Massenvernichtungswaffen gegen die USA oder mit ihr befreundete Staaten zum Einsatz brin-

20 François Géré, „RMA or New Operational Art?: A View from France“, in: Thierry Gongora, Harald von Riekhoff (Hg.), *Toward a Revolution in Military Affairs? Defense and Security at the Dawn of the Twenty-First Century*, Westport, Connecticut/ London 2000, S. 129–138, hier: S. 132.

21 U.S. Department of Defense, *Transformation Study Report* (Executive Summary), *Transforming Military Operational Capabilities*, Washington D.C., 27. April 2001.

22 U.S. Department of Defense, *Quadrennial Defense Review Report 2001*, S. 7–8, 15–16, 41; Michael O’Hanlon, „A Flawed Masterpiece“, in: *Foreign Affairs* 81, Nr. 3 (2002), S. 47–63, hier: S. 61.

23 Siehe ausführlicher: Marin Kahl, „Preventive War? Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus“, in: Söhnke Schreyer, Jürgen Wilzewski (Hg.), *Weltmacht in der Krise – Die USA am Ende der Ära George Bush*, Trier 2010, S. 185–216.

gen. Solche „Rogue States“ standen nun mit Mittelpunkt der Bedrohungsanalyse, nicht mehr Russland und China, von denen man sich bei der Bekämpfung des Terrorismus Unterstützung erhoffte. Im September 2002 ist mit der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) schließlich eine umfassende Weltordnungskonzeption vorgelegt worden, die diese Ziele bekräftigte.²⁴

Bei der Globalausrichtung der amerikanischen Militärstrategie war der Bush-Regierung besonders wichtig, sowohl am unteren als auch am oberen Ende der Gewaltskala zusätzliche *präventive* Optionen zu schaffen. Am unteren Ende der Gewaltskala entwickelte das Pentagon das Konzept der „irregulären Kriegführung“ gegen Aufständische und Terroristen weiter. Insbesondere die Verbesserung der Fähigkeiten von *Special Operations Forces* (SOF) und die Befähigung zu verdeckten Operationen im Bereich der „preventive actions“ standen hier im Mittelpunkt. Auch am oberen Ende der Gewaltskala, den Nuklearwaffen, wurde eine Reihe von bedeutsamen Änderungen vorgenommen. Der 2002 erschienene *Nuclear Posture Review* (NPR) sah vor, die hergebrachte strategische Triade aus nuklear bestückten Bombern, Raketen und Unterseeboten durch eine neue flexiblere Triade aus nuklearen, nicht-nuklearen und defensiven Systemen, abzulösen.²⁵ Nukleare Waffen sollten nun nicht länger als isolierter Teil des militärischen Dispositivs fungieren, sondern als integriertes Element. Trotz der Ausdifferenzierung des nuklearen Spektrums zielte die neue Triade jedoch generell darauf ab, nukleare Waffen durch nicht-nukleare zu ersetzen.²⁶ Dies zeigte sich nicht zuletzt auch an der hohen Priorität, die der QDR von 2006 auf die Konversion nuklearer Trident-II Raketen zu konventionellen Systemen legte, um Ziele auf weite Entfernung in „rapid strike missions“ zerstören zu können ohne zu Nuklearwaffen greifen zu müssen. Die geplante Revision entsprach somit dem langfristigen Trend zur Konventionalisierung der amerikanischen Militärstrategie.

Dennoch wurden nun auch nukleare Erstschläge gegen Staaten, die nukleare, chemische oder biologische Waffen besaßen oder sich zu beschaffen versuchten, nicht ausgeschlossen. Nuklearwaffen sollten insbesondere gegen solche Einrichtungen eingesetzt werden können, in denen Massenvernichtungswaffen oder ihre Herstellung vermutet wurden und die An-

24 The White House, *The National Security Strategy of the United States*, Washington D.C., September 2002.

25 Teile des *Nuclear Posture Review Report 2002* sind zugänglich unter www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm.

26 Amy F. Woolf, *Conventional Warheads for Long-Range Ballistic Missiles: Background and Issues for Congress* (CRS Report RL33067), Washington D.C. 2007.

griffen mit konventionellen Waffen standhalten konnten (etwa in Bergmassive eingegrabene Bunkeranlagen) sowie als Vergeltung für Angriffe mit chemischen oder biologischen Waffen und zudem ganz allgemein bei „überraschenden militärischen Entwicklungen“.²⁷ *National Security Presidential Directive* (NSPD) 14, durch Präsident Bush im Juni 2002 unterzeichnet, beinhaltete eine entsprechende *Nuclear Weapons Planning Guidance* und die grundlegenden Leitlinien für Nuklearschlagsoptionen gegen regionale Proliferateure. Hinzu kam im September 2002 NSPD 17, in der bekräftigt wurde, dass die Vereinigten Staaten sich vorbehielten, Nuklearwaffen gegen jeden Gegner zu verwenden, der Massenvernichtungswaffen gleich welcher Art gegen die Vereinigten Staaten, befreundete Staaten oder ihre Alliierten einsetzen würde.²⁸ Die operative Planung für die Nuklearstreitkräfte wurde im Herbst 2003 im *Operation Plan 8044* niedergelegt. Er erweiterte das Spektrum der Einsatzszenarien und integrierte die nuklearen und konventionellen Operationen.²⁹ Auch der im November 2003 fertiggestellte globale Plan für rasche Angriffe (CONPLAN 8022) sah den Einsatz nuklearer und konventioneller Waffen in regionalen Szenarien vor, die Subvariante 8022–2 („Global Strike“) beinhaltete Optionen für den Einsatz von Nuklearwaffen für den Fall eines drohenden Nuklearschlags durch feindliche Staaten und präventive Schläge – auch mit Nuklearwaffen – gegen Staaten, die im Begriff waren, sich nukleare Waffen zu beschaffen.³⁰ Die geänderte Nukleardoktrin sah so nicht nur die Möglichkeit vor, Atomwaffen gegen Nichtnuklearstaaten in einem Vergeltungsschlag einzusetzen, sondern eröffnete den amerikanischen Streitkräften für eine ganze Reihe von Fällen die Möglichkeit, nukleare Angriffe gegen Gegner zu führen, selbst wenn diese die Vereinigten Staaten noch gar nicht angegriffen hatten.

- 27 Hans M. Kristensen, *White House Guidance Led to New Nuclear Strike Plans Against Proliferators, Document Shows*, Strategic Security Blog, 5. November 2007; http://www.fas.org/blog/ssp/2007/11/white_house_guidance_led_to_ne.php#more; Hans M. Kristensen, *Global Strike: A Chronology of the Pentagon's New Offensive Strike Plan*, Federation of American Scientists, März 2006, www.fas.org/ssp/docs/GlobalStrikeReport.pdf.
- 28 The White House, *National Security Presidential Directive 17, National Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction*, <https://fas.org/irp/offdocs/nsdp/nsdpd-wmd.pdf>.
- 29 Federation of the American Scientists, *The Nuclear Information Project*, <http://www.nukestrat.com/us/guidance>.
- 30 William M. Arkin, „Not Just A Last Resort? A Global Strike Plan, With a Nuclear Option“, *Washington Post*, 15. 5. 2005.

Festzuhalten bleibt zwar auf der einen Seite, dass die amerikanischen Nuklearwaffen trotz der tiefgreifenden Änderungen im Kern weiterhin der Abschreckung dienen sollten: Den USA feindlich gesinnte Akteure sollten durch ein lückenloses und ineinander verschränktes konventionelles und nukleares amerikanisches Waffenarsenal davon abgeschreckt werden, sich überhaupt erst Waffensysteme zu beschaffen, mit denen sie die Vereinigten Staaten bedrohen konnten.³¹ Die Ausweitung der Szenarien, in denen Nuklearwaffen eingesetzt werden konnten, die Kombination des Einsatzes konventioneller und nuklearer Waffen sowie die Entwicklung von Atomwaffen mit geringer Sprengkraft („Mini-Nukes“) bedeuteten aber eine deutliche Senkung der Nuklearschwelle, denn Nuklearwaffen sollten wie konventionelle Waffen, etwa als Bunkerbrecher, eingesetzt werden können. Die Änderungen dokumentierten alles in allem die Bereitschaft der USA, offensiv gegen Terrorgruppen und „Terrorstaaten“ vorzugehen und die Überlegenheit des amerikanischen Militärapparates ohne Rücksichtnahme auf das völkerrechtliche Verbot von Präventivkriegen und das „nukleare Tabu“ auszuspielen.

5. Desillusionierung und Strategie-Adaption

Die Intervention in den Irak 2003 zeigte, dass die Bush-Regierung es mit der Führung von Präventivkriegen ernst meinte, sie sagte aber auch etwas über ihre illusionären Entscheidungskalküle aus. Nachdem der Militäreinsatz in Afghanistan bis 2003 aus ihrer Sicht zunächst erfolgreich verlaufen war, bestanden bei Präsident Bush und in seinem engsten Mitarbeiterkreis keine Zweifel daran, dass auch eine Intervention in den Irak siegreich und rasch zu beenden sein und zu einem ersten Erfolg für ihr neues Weltordnungskonzept werden würde. Auch die Erfahrungen aus dem Kuwait-Krieg 1991 und die Einsätze im früheren Jugoslawien hatten allesamt dazu geführt, dass innerhalb der Administration großes Vertrauen in die Durchsetzungskraft des amerikanischen Militärapparates herrschte.³²

Tatsächlich konnte die eigentliche Kriegsphase schnell beendet werden und die Irak-Intervention bestätigte zunächst die „Rumsfeld-Doktrin“, wonach aufgrund der gestiegenen Waffenpräzision, der verbesserten Aufklä-

31 David S. McDonough, „Nuclear Superiority“ and the Dilemmas for Strategic Stability“, in: *Adelphi Papers* 46, Nr. 383, London 2006.

32 Bob Woodward, *Plan of Attack*, New York 2004, S. 41; Jonathan Monten, „The Roots of the Bush Doctrine: Power, Nationalism, and Democracy Promotion in U.S. Strategy“, in: *International Security* 29, Nr. 4 (2005), S. 112–156.

rung und erhöhten Operationsgeschwindigkeit nun weit weniger Streitkräfte zur Erreichung einer überwältigenden Überlegenheit benötigt wurden. Es zeigte sich jedoch bald, dass rasche militärische Siege, durch die missliebige Regierungen beseitigt werden konnten, keineswegs mit einer umfassenden Befriedung der betroffenen Staaten einhergehen müssen. Ein mit den militärischen Mitteln vor Ort kaum zu lösendes Problem stellten die von nicht-militärischen Kräften verübten Anschläge gegen die im Irak stationierten ausländischen Truppen und schließlich auch gegen Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte und gegen die Zivilbevölkerung dar. Auch wenn sich die Sicherheitslage im Irak später verbesserte, war die amerikanische Intervention insgesamt doch – zumal, wenn man die eigenen Zielvorstellungen der Bush-Regierung zum Maßstab nimmt – ein Fehlschlag, der viele Opfer gekostet hat.

Bushs Amtsnachfolger Barak Obama hat als Konsequenz aus diesen Erfahrungen die Abkehr von solchen Interventionen angekündigt, die umfangreiche Truppeneinsätze und im Anschluss daran langwierige Stabilisierungs- und Aufbaumaßnahmen erforderten. So verfügte er, dass der Kampfeinsatz in Afghanistan 2014 enden und lediglich ein geringer Restbestand an Truppen bis 2016 im Land bleiben sollte. Allerdings blieben auf Grund der Sicherheitslage zunächst doch mehr Truppen stationiert als geplant. Bei der Bekämpfung des IS im Irak und in Syrien hat Obama eine direkte militärische Intervention lange ausgeschlossen. In seiner Rede im September 2014, in der er schließlich die amerikanischen Luftschläge gegen den IS in Syrien rechtfertigte, erwähnte er eine Demokratisierung der Region als ultimatives Ziel des militärischen Engagements nicht.

Trotz der geänderten Einschätzung hinsichtlich der Erfolgsaussichten von Regimewechselkriegen folgte die amerikanische Strategieplanung jedoch weiterhin der Vorstellung, Kriege hinreichend verlässlich planen und führen zu können. Der amerikanische Militärapparat ist unter Obama zwar verkleinert, dabei aber mobiler und technologisch anspruchsvoller geworden. Operationen gegen terroristische und aufständische Gruppen und Regierungen, die diese unterstützten, sollten nun vorrangig mittels gezielter Militärschläge aus der Distanz sowie vor Ort durch verdeckte Aktionen von Spezialeinheiten und Geheimdiensten geführt werden und leichte, agile Streitkräfte für die irreguläre Kriegführung noch deutlicher als bisher den Schwerpunkt amerikanischer Rüstungsmaßnahmen bilden.

Die Ausarbeitung selektiver Optionen wurde nicht nur für die konventionellen, sondern auch für nukleare Waffeneinsätze weiter vorangetrieben. So wurde im NPR 2010 zwar betont, dass die USA ihre Abhängigkeit

von Nuklearwaffen verringern könnten, da sie ihren Gegnern bei den konventionellen Waffensystemen weit überlegen seien. Auf längere Sicht sollte mittels neuer weitreichender, überschallschneller und satellitengesteuerter Drohnen und mit konventionellen Sprengköpfen ausgestatteter Langstreckenwaffen jeder Punkt der Erde mit hoher Treffgenauigkeit und in kürzester Zeit angegriffen werden können („Prompt Global Strikes“).³³ Auch unter Obama hat jedoch keine Abkehr von der Möglichkeit eines Ersteinsatzes von Nuklearwaffen stattgefunden. Im NPR 2010 und in der *Nuclear Employment Strategy 2013* (PPD-24) hieß es, dass ein Einsatz von Nuklearwaffen „unter extremen Bedingungen“ weiterhin vorgesehen sei.³⁴ Die genauen Umstände des Einsatzes ließ der NPR unbestimmt und sprach von einer „tailored deterrence“. Dies sollte den Gegnern signalisieren, dass sie mit Angriffen zu rechnen hatten, die auf ihre jeweils besonderen Risiko- und Kostenkalkulationen abgestimmt waren. Die nukleare Zielplanung, festgelegt im OPLAN 8010–12 vom Juli 2012, sah weiterhin die Zerstörung nuklearer und anderer gegnerischer Waffen vor. Hierzu zählten weiterhin Raketensilos, Flughäfen, U-Boot-Stützpunkte sowie Kontroll- und Kommunikationseinrichtungen. Ausgeschlossen wurden nun aber die Androhung und der Einsatz von Nuklearwaffen gegen Staaten, die selbst keine solchen Waffen besaßen und die Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages waren.³⁵

Die Obama-Regierung hat so die von den Vorgängerregierungen eingeleitete Umstellung und Verfeinerung von Strategie und Rüstungsbeschaffung mit dem Ziel, militärische Operationen an jedem Ort der Welt schnell und selektiv ausführen zu können, insgesamt fortgesetzt und in einigen Bereichen deutlich verstärkt. Sie hat, das zeigten die Drohneneinsätze³⁶ und der verstärkte Rückgriff auf Spezialeinsatzkräfte und Geheimdienste, militärische Operationen geografisch sogar ausgeweitet und das Einsatzspektrum immer weiter hin zur irregulären Kriegführung verlagert.

33 U.S. Department of Defense, *Nuclear Posture Review Report 2010*, https://dod.defense.gov/Portals/1/features/defenseReviews/NPR/2010_Nuclear_Posture_Review_Report.pdf.

34 U.S. Department of Defense, *Report on Nuclear Employment Strategy of the United States*, https://fas.org/wp-content/uploads/2013/06/NukeEmploymentGuidance_DO_Dbrief061213.pdf.

35 Hans M. Kristensen, *US Nuclear War Plan Updated Amidst Nuclear Policy Review*, <https://fas.org/blogs/security/2013/04/oplan8010-12/>; Peter Rudolf: Aporien atomarer Abschreckung. Zur US-Nukleardoktrin und ihren Problemen, SWP-Studie 15, Juli 2018, 9, 12.

36 Trevor McCrisken, „Obama's Drone War“, in: *Survival* 55, Nr. 2 (2013), S. 97–122.

6. Nukleares Déjà-vu unter Trump

In der Regierungszeit von Präsident Trump rückte die Rivalität mit Russland und China wieder stärker in den Blickpunkt und mit ihr die nukleare Komponente. Der im Februar 2018 veröffentlichte NPR betonte die Notwendigkeit, im Falle eines Konflikts über eine Vielzahl abgestufter und flexibel einsetzbarer nuklearer Optionen verfügen zu können, darunter wiederum Einsätze von Nuklearwaffen mit vergleichsweise geringer Sprengkraft. Hierzu wurde in dem Review neben den bereits vorhandenen counterforce-fähigen Waffen die kurzfristige Modifikation einer geringen Anzahl bereits vorhandener U-Boot-gestützter Sprengköpfe für ballistische Raketen (SLBM) gefordert, um rasch über Einsatzoptionen mit niedriger nuklearer Sprengkraft zu verfügen. Langfristig wurde in dem Dokument die Entwicklung eines neuen nuklear bewaffneten, seegestützten Marschflugkörpers angemahnt. In dem NPR wurde argumentiert, dass eine Ausweitung solcher Optionen dazu beitragen würde, potenzielle Gegner von der Vorstellung abzuhalten – insbesondere im Fall eines kleineren regionalen Konflikts – einen möglichen Vorteil in einer begrenzten nuklearen Eskalation zu sehen. Gemeint waren Russland und China. Jeder falschen Wahrnehmung einer ausnutzbaren „Lücke“ bei den regionalen Abschreckungsfähigkeiten der USA sollte auf diese Weise entgegengewirkt werden. Hinter den Überlegungen stand die Befürchtung, Russland oder China könnten aufgrund der konventionellen Überlegenheit der USA in einem regionalen Konflikt nuklear eskalieren, um die USA zum Einlenken und zur Kriegsbeendigung zu zwingen. Die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts überwunden geglaubten „nuklearen Duellkalküle“ (Dieter Senghaas) zwischen den rivalisierenden Atommächten haben damit eine Wiederbelebung erfahren.

Gleichzeitig wurde der Ersteinsatz von Nuklearwaffen nicht ausgeschlossen. Während das Dokument bemüht war, „eine gewisse Unklarheit hinsichtlich der genauen Umstände, die zu einer nuklearen Reaktion der USA führen könnten“, aufrechtzuerhalten, hieß es ausdrücklich, dass die Vereinigten Staaten Atomwaffen als Reaktion auf „bedeutende nicht-nukleare strategische Angriffe“ einsetzen könnten. Als weitere Fälle wurden „Angriffe auf amerikanische oder verbündete Nuklearstreitkräfte, auf deren Kommando und Kontrolle oder auf Warn- und Angriffsbewertungsfähigkeiten“ genannt. Der NPR lehnte mithin eine Politik ab, wonach Atomwaffen nur zur Abschreckung von Nuklearangriffen eingesetzt werden sollten, er betonte jedoch zugleich, dass die Vereinigten Staaten den Ein-

satz von Atomwaffen nur „unter extremen Umständen“ in Betracht ziehen würden.³⁷

7. Gefährliche Illusionen

Fassen wir zusammen: Auch im Atomzeitalter ist die Vorstellung der Planbarkeit und Beherrschbarkeit von Kriegen bestimmend geblieben. Selbst ein begrenzter Nuklearkrieg wurde als taugliches Instrument zur Erreichung politischer Ziele betrachtet. Zwar bestehen heute hinsichtlich der Möglichkeit funktionierende Demokratien durch militärisch herbeigeführte Regimewechsel installieren zu können, kaum noch Illusionen, an dem Ausbau und der Verfeinerung des amerikanischen Militärapparates mit dem Ziel des Erhalts bzw. des Ausbaus außenpolitischer Handlungsfähigkeit wird dennoch weiter festgehalten. Dies gilt auch für die amerikanische Nuklearstrategie. Durch die Integration konventioneller und nuklearer Optionen, immer differenziertere Einsatzooptionen für eine immer breitere Palette von Konfliktszenarien und die Miniaturisierung von Atomwaffen ist die Nuklearschwelle deutlich gesenkt worden. Die Optionen sollen zwar der Aufrechterhaltung eines ausdifferenzierten Abschreckungssystems dienen, in der Praxis hat ein solches System, das in jeder vermeintlichen „Lücke“ gleich ein schweres Glaubwürdigkeitsproblem sieht, jedoch zur Herausbildung von Waffenarsenalen geführt, die jene Kriege zu führen ermöglichen, die sie eigentlich verhindern sollen.

Blickt man auf all diese Entwicklungen, so kann man Bernhard Taureck zustimmen, wenn er mit Verweis auf Heraklit mahnt: „Wer einen Krieg beginnt, kann von einer Anmaßung auf einen Sieg verblendet sein, mit dem er nicht nur seinen Truppen, sondern auch dem Kriegsgeschehen selbst den Ausgang befiehlt. Doch das Kriegsgeschehen selber ist stärker als diese Anmaßung. [...] Krieg wird mit Illusionen begonnen und mit Desillusion beendet.“ Wir müssen jedoch differenzieren: Nicht alle Kriege enden mit Desillusionen. Manche von ihnen werden tatsächlich „wie geplant“ gewonnen, so der Kuweit-Krieg durch die USA. Auf der anderen Seite hat der Ausgang dieses Krieges die Illusion genährt, dass militärische Interventionen mit modernen Waffen schnell zu gewinnen sind, kaum

37 U.S. Department of Defense, *Nuclear Posture Review Report 2018*, <https://media.defense.gov/2018/Feb/02/2001872886/-1/-1/1/2018-NUCLEAR-POSTURE-REVIEW-FINAL-REPORT.PDF>; siehe für eine Analyse Peter Rudolf: *US-Geopolitik und nukleare Abschreckung in der Ära neuer Großmachtrivalitäten*, SWP-Studie 6, Mai 2018.

Opfer auf der eigenen Seite fordern und so ein gut geeignetes Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele sind. Afghanistan und Irak haben gezeigt, dass sich durch militärische Interventionen zwar Regimewechsel herbeiführen ließen, aber keine politischen Lösungen. Stattdessen schweben in diesen Ländern, wie auch in Libyen und Syrien, die Konflikte weiter. Konsequenzen sind für die Regierungen der Interventionsmächte daraus kaum gefolgt. Die Desillusionierung beim *Nation Building* hat vielmehr zu weiteren Verfeinerungen bei Strategie und Waffenbeschaffung geführt.

Die Hoffnung Taurecks, die Bevölkerung möge sich zu einem Generalstreik gegen den Krieg zusammentun, hat angesichts dieser Entwicklungen wenig Aussicht in Erfüllung zu gehen. Die Menschen des globalen Nordens sind von den internationalisierten Konflikten kaum betroffen und selbst wenn ein nördlicher Staat wie die USA militärisch interveniert, ist der Krieg aufgrund seiner Führung mit Hochtechnologien und Distanzwaffen im eigenen Land kaum fühlbar. Ein Nuklearkrieg scheint für viele nur noch eine abstrakte Möglichkeit – trotz der steten Weiterentwicklung von Kriegführungsoptionen, die in den letzten Jahrzehnten vorangetrieben worden ist und der gegenwärtigen Krise der nuklearen Rüstungskontrolle. Ob ein Atomkrieg durch die Senkung der Nuklearschwelle tatsächlich wahrscheinlicher geworden ist, lässt sich über Plausibilitätsargumente hinaus nicht belegen. Möglicherweise wirkt doch die abschreckende Vorstellung, die McGeorge Bundy bereits vor Jahrzehnten so eindrücklich formuliert hat. Mahnen sollte allerdings die Hybris und Leichtfertigkeit, mit der konventionelle Militäroperationen in den letzten Jahrzehnten begonnen worden sind. Bernhard Taurecks Hinweis, dass Heraklits Wort vom Krieg als König und Vater „eine Warnung enthält, die zu beachten in unserer Zeit noch lebenswichtiger als zuvor wird“, sollte nicht überhört werden.

Die Zukunft des Friedens aus der Gegenwart des Krieges.

Von der Desillusionierung über den Krieg zu neuen Illusionen über den Frieden

Lothar Brock

Der folgende Kommentar widmet sich nicht der Frage, ob Bernhard Taureck auf dem Wege der beiläufigen Umgehung von Kant und Hegel eine nachvollziehbare Interpretation der behandelten Texte (oder Fragmente) von Thukydides und Heraklit liefert. Es geht vielmehr darum, was Bernhard Taurecks Beobachtungen zu einem Thema zu sagen haben, das sich aus seiner Argumentation ableiten lässt: Wie können wir die Zukunft des Friedens in der Gegenwart des Krieges denken, ohne immer neue und prekäre Illusionen über seine Überwindbarkeit zu erzeugen?

Offensichtlich kann man dieses Thema nicht einfach umdrehen und über die Zukunft des Krieges in der Gegenwart des Friedens nachdenken wollen. Denn der Friede ist nicht gegenwärtig. Zwar lässt sich die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ähnlich charakterisieren wie die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts – nämlich als Ära eines relativen Friedens. Aber diesen Frieden gab es (solange er dauerte) nur als Frieden zwischen den Großmächten in Europa und später im transatlantischen Raum und nur auf des Messers Schneide (vgl. Senghaas: *Organisierte Friedlosigkeit*¹). Der Frieden in Europa und im transatlantischen Raum war und ist weiterhin eingebunden in die Machtkonkurrenz zwischen den Großmächten und in eine imperiale Weltordnung, unter der das Ausgreifen der Modernisierung und die Bekämpfung von Aufständen in ihrem Gefolge Hand in Hand gehen – und dies auch weiterhin unter dem Vorbehalt eines großen Krieges. Über die historische Erfahrung seiner Möglichkeit mag uns vorerst noch die abschreckende Wirkung der Atomwaffen beruhigen.² Aber die gegen-

- 1 Dieter Senghaas, *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*, Hamburg 1969.
- 2 Ines-Jacqueline Werkner, Thomas Hoppe (Hg.), *Nukleare Abschreckung in friedensethischer Perspektive*, Wiesbaden 2019.

wärtigen Innovationen in der Rüstungstechnologie und die strategischen Planungen vor allem der USA und Russlands sind darauf gerichtet, diese lähmende Funktion der modernen Waffensysteme zu überwinden, also militärische Handlungsfähigkeit am Abgrund zurückzugewinnen.

Es muss also bei der Frage bleiben, was es heißt, über die Zukunft des Friedens in der Gegenwart des Krieges nachzudenken – zumal wenn der Krieg – wie bei Bernhard Taureck – als Illusionsmaschine durchschaut wird. Dieses Nachdenken muss davon ausgehen, dass die Friedenszeiten, wie wir sie kennen, aufs Ganze gesehen immer Zwischenkriegszeiten waren. Kants Anliegen war es, den Frieden aus dieser Gefangenschaft im Krieg zu befreien. Ist das möglich? Oder erzeugt das Streben nach Frieden dieselben bedenklichen Illusionen wie die Praxis des Krieges, so dass nichts über den Krieg hinausführt?

1. Gerechter Krieg als Ansatz zur Eingrenzung des Beutemachens

Eine geläufige Antwort auf die Frage, wie der Frieden, der mehr ist als eine Zwischenkriegszeit³, zu erlangen sei, lautet: Indem man die Wurzeln des Krieges ausreißt. Ob dem so ist, hat die Friedensforschung in ihren Anfängen heftig bewegt. Ein Echo der damaligen Kontroversen findet sich in dem Text von Bernhard Taureck. Er zeigt, dass es mit dem Ausreißen der Wurzeln des Krieges so eine Sache ist. Das Ausreißen bedeutet Auslöschen, und das Auslöschen legt den Grund für den nächsten Krieg – und zwar gerade deshalb, wie Bernhard Taureck argumentiert, weil das Auslöschen der Anderen nie vollständig gelingt, weil je heftiger es angestrebt wird, desto mehr der Sieg der Einen immer neuen Raum schafft für die Entfaltung der Gier aller, deren Befriedigung sich dann wieder auf die Notwendigkeit des Krieges beruft in der irrigen Annahme, das eigene Begehren durch einen letzten Krieg auf ewig stillen zu können.

Aber die Menschen machen die Rechnung ohne den Wirt: den Krieg. Sie glauben ihn zu führen, während er sich selbst führt: „Sobald Menschen den Krieg beginnen, beginnt der Krieg sein Tun“, heißt es bei Taureck (in diesem Band S. 44). Der Krieg ist (contra Clausewitz) kein spezifisches Instrument der Politik. Der Krieg ist das Ende *einer bestimmten* Politik. Er übernimmt das Kommando und zwar in einer Art und Weise,

3 Lothar Brock, „Was ist das ‚Mehr‘ in der Rede, Friede sei mehr als die Abwesenheit des Krieges?“, in: Astrid Sahn, Manfred Sapper (Hg.), *Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung*, Opladen 2002, S. 95–116.

die die Perpetuierung des Krieges *im Allgemeinen* garantiert. Der Krieg ist so gesehen (fast) ein *Perpetuum mobile*, das, sobald es in Schwung gebracht wird, aus sich selbst heraus immer weiter wirkt. Kann man es anhalten? „Stopp the World, I want to get off“, schreit Littlechap im gleichnamigen Musical von Leslie Bricusse and Anthony Newley. Aber als er stirbt, wird er neugeboren als Sohn seiner Tochter und alles beginnt von vorne. Verhält es sich mit jedem beendeten Krieg ebenso?

Ein Versuch, diese Frage halb zu verneinen – ein Versuch, der die ganze geistige und politische Geschichte Europas durchzieht, ist die Lehre vom gerechten Krieg. Sie will keine Anleitung zur Führung von Kriegen sein, sondern ein Ansatz zur Spezifizierung der Bedingungen, unter denen er zulässig ist. Der Austausch von Argumenten zu diesem Thema hat sich im Rahmen konkreter Gewalthandlungen in der frühen Neuzeit zu einer Kommunikationsgemeinschaft⁴ verdichtet, die sich auf bestimmte Kriterien angemessenen Verhaltens verständigte und auf diesem Wege Grundzüge einer Ordnung der Staatenwelt als „anarchische Gesellschaft“⁵ schuf. Aber diese Kommunikationsgemeinschaft der Staaten war kein Gericht, das über die Zulässigkeit der Gewaltanwendung hätte entscheiden können. So taucht gerade in der frühen Neuzeit die Frage auf, ob mit der Herausbildung des modernen Staatensystems die Lehre vom gerechten Krieg nicht obsolet geworden sei – mit der Folge, dass es nur noch beiderseits gerechte Kriege geben konnte (Gentili) und damit ein *liberum ius ad bellum*, das die Akteure der Notwendigkeit einer Begründung ihres Handelns entthob.

Das ist eine Lieblingsidee all jener, die – wie Carl Schmitt – danach trachten, das Handeln des Staates von lästigen legitimatorischen Vorgaben zu befreien. Dieses dogmatische Anliegen findet aber in der Staatenpraxis kaum einen Niederschlag. Die Staaten halten auch in der „anarchischen Gesellschaft“ zwischen früher Neuzeit und Moderne an der Praxis fest, die Anwendung von Gewalt im direkten oder indirekten Rekurs auf die Lehre vom gerechten Krieg zu rechtfertigen⁶. Die Politik blieb also entgegen dem von Carl Schmitt vertretenen (und sich auf die frühe Neuzeit berufenden) bei einem nicht-diskriminierenden Kriegsbegriff.

4 Anuschka Tischer, *Offizielle Kriegsbegründungen in der Frühen Neuzeit: Herrscherkommunikation in Europa zwischen Souveränität und korporativem Selbstverständnis*, Münster 2012, S. 157f.

5 Hedley Bull, *The Anarchical Society*, Houndmills 1977.

6 Hendrik Simon, „The Myth of Liberum Ius ad Bellum“, in: *European Journal of International Law* 29 (2018), Heft 1, 113–136.

Das Problem, um das es bei der Lehre vom gerechten Krieg geht, liegt woanders. Es betrifft die Frage, ob die Lehre, wie es ihre Anhänger bis heute beanspruchen, dem Krieg selbst tatsächlich Einhalt gebietet oder nicht, ob sie also das bewirkt, was ihre Anhänger als ihre Aufgabe sehen, nämlich den Handelnden beim Umgang mit Gewalt bestimmte Fesseln anzulegen, oder ob er vielmehr die Legitimation kollektiver Gewalt erleichtert. Dieses Problems nimmt Kant sich an.

2. Verrechtlichung contra Notwendigkeit des Krieges

Bernhard Taureck beschäftigt sich mit dem Krieg. Unter diesem Gesichtspunkt interessiert ihn die Vorstellung Kants, „dass Kriege als Plan und Absicht der Natur verstanden werden können, zu einem Friedenszustand zu gelangen“. Ich beschäftige mich mit dem Frieden. Unter diesem Gesichtspunkt interessiert mich das Ansinnen Kants, den Weg des Krieges zum Frieden zu verlassen und sich auf einen Weg zu begeben, auf dem der Krieg seine Rolle als Friedensstifter verliert.⁷ Kant geht dabei nicht von der Möglichkeit aus, den Krieg unmittelbar abzuschaffen, sondern von der Notwendigkeit, die Umstände der Entscheidung über Krieg und Frieden so zu gestalten, dass der Krieg seinen Platz in der Weltgeschichte allmählich verliert. Es ist also nicht „die Macht der Natur, welche eine Verhaltensänderung der Menschen bewirkt“ (s.o., S. 31), sondern die von Menschen gemachte Umgestaltung der Verhältnisse, die den Rückgriff auf den Krieg unwahrscheinlich werden lässt, also seine Notwendigkeit tendenziell aufhebt. Anders macht die Feststellung Kants, der Friede müsse gestiftet werden, keinen Sinn. Damit würde sich auch die Notwendigkeit des Krieges in ihrem zweiten, von Bernhard Taureck anhand des Heraklit-Fragments angesprochenen Sinne, erledigen: nämlich die Unterwerfung des Menschen unter die Notwendigkeiten des Krieges: „Die Menschen sind frei, einen Krieg zu beginnen. Sobald sie dies tun, werden sie Teil einer vom Krieg selbst ausgehenden Notwendigkeit“ (s.o., S. 44). Dieses Problem würde sich erledigen, *wenn* die Menschen immer weniger Krieg führten. Damit zurück zu Kant.

Kant bezeichnet die Väter des modernen Völkerrechts (dessen Mütter sind nicht bekannt geworden) als „leidige Tröster“, weil ihr Rasonieren nichts zur Förderung des Friedens beitrüge, sondern immer nur neue

7 Immanuel Kant, „Ewiger Friede“ [1795], in: Oliver Eberl, Peter Niesen (Hg.), *Immanuel Kant. Zum ewigen Frieden. Kommentar*, Berlin 2011, S. 11–66.

Rechtfertigungen für den Krieg schüfe. Das liegt nach Kant daran, dass ihre Lehren innerhalb eines Referenzrahmens verbleiben (nämlich dem des Naturzustandes), unter dem Streitfragen letztlich immer durch Krieg entschieden würden. Kant plädiert dafür, einen neuen Referenzrahmen der Politik in Gestalt eines Bundes freier Staaten zu schaffen, in dem sich eine Transformation des Völkerrechts vom Kriegs- zum Friedensrecht vollziehen könne. Ein solcher Bund könne sich um eine Republik oder eine Gruppe von Republiken herum bilden, deren innere Ordnung günstige Voraussetzungen für einen Verzicht auf Gewalt nach außen schaffen würde, insbesondere, wenn gleichzeitig ein Weltbürgerrecht geschaffen würde, das den freien Verkehr der Menschen untereinander (ohne wechselseitige Ausplünderung) ermögliche.

Kants Argumentation stellt keine ahistorische Weltbetrachtung dar, sondern erfolgt in der Auseinandersetzung mit der von ihm begrüßten Französischen Revolution und deren Auswirkungen auf die europäische Staatenordnung. Die Französische Revolution legte den Schluss nahe, dass eine neu entstehende Republik zum Kristallisationspunkt der von Kant propagierten neuen Ordnung werden könne, wobei der Friede von Basel (1795), der den Krieg zwischen Frankreich und Preußen beendete, aus seiner Sicht einen Weg wies, wie die neue Ordnung in einer heterogenen Staatenwelt zustande kommen könne. Kant nahm aber von der Idee Abstand, diese Ordnung in Analogie zum Staat als Weltstaat zu denken – weil er bezweifelte, dass ein solcher Staat auf friedlichem Wege zustande kommen könne, und befürchtete, dass sich ein Weltstaat zu einer globalen Despotie entwickeln würde.⁸

Die post-revolutionäre Entwicklung Europas folgte bekanntlich nicht einem aus Kants Schriften abgeleiteten Plan. Der Wiener Kongress bot aber einen ersten Ansatz, über die bisherige Praxis von Friedensverträgen hinauszugehen und eine multilaterale Konferenzdiplomatie auf Dauer einzurichten. Unter dem Druck der sich verschärfenden Widersprüche dieser Einrichtung (im Spannungsfeld zwischen Nationalismus und einer sich in ersten Weltausstellungen spiegelnden Globalisierung) erhielt der Versuch einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen einen erheblichen Schub (Friedenskonferenzen von 1898 und 1907). Das weckte die Zuver-

8 Oliver Eberl, „Kant’s Rejection of Just War. International Order between Democratic Constitutionalism and Revolutionary Violence“, in: Lothar Brock, Hendrik Simon (Hg.), *The Justification of War and International Order. From Past to Present*, Oxford, i. E.

sicht, dass sich die innereuropäischen Konflikte diplomatisch lösen lassen würden. Umso größer war die Enttäuschung in der ersten internationalen Friedensbewegung und der Arbeiterbewegung, als sich Deutschland zum Krieg entschied und sein konkretes Vorgehen mit den Notwendigkeiten des Krieges begründete. Die Erfahrung, dass es dann der Krieg war, der selbst (wie von Taureck herausgearbeitet) zum Subjekt wurde, führte zu dem Versuch, ihm durch die Einrichtung des Völkerbundes und dann durch die Ächtung des Angriffskrieges (Briand-Kellogg-Pakt von 1928) Einhalt zu gebieten.

Dieser Versuch scheiterte im Vorlauf zum Zweiten Weltkrieg. Unter dem Eindruck des Krieges wurde er aber nicht aufgegeben, sondern noch während des Krieges aufgegriffen und in Gestalt der Vereinten Nationen weiterentwickelt. Die Charta der Vereinten Nationen kombinierte ein allgemeines Gewaltverbot mit Vorkehrungen für die friedliche Streitbeilegung und eine kollektive Friedenssicherung, der das Recht auf Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs (Art. 51) sozusagen als provisorisches Handeln bis zur Übernahme des Konflikts durch den Sicherheitsrat zugeordnet wurde.

Das waren Schritte der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, die – wenn sie funktioniert hätten – durch Vermeidung des Krieges die Notwendigkeit des Krieges im doppelten Sinne (als Unausweichlichkeit des Krieges und als Unterwerfung unter den Krieg) „besiegt“ hätten. Es folgte aber der Kalte Krieg, unter dessen Schirm viele kleine heiße Kriege geführt wurden, bei denen die Notwendigkeit des Krieges in Kategorien der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West definiert und die Unterwerfung unter den Krieg sogar in der US-amerikanischen *School of the Americas* gelehrt wurde.

Mit dem Ende des Kalten Krieges öffnete sich die Chance, der von der UN-Charta vorgegebenen Ordnung näher zu kommen. Die entsprechenden Erwartungen breiteten sich schon mit der Welle der Demokratisierungen in Lateinamerika während der 1980er Jahre aus. Kant kam als Theoretiker des demokratischen Friedens zum Zuge und erlebte in den 1990er Jahren eine ungeahnte Zitierkonjunktur. Seine Idee eines Weltbürgerrechts wurde im Kontext der nunmehr sich ausbreitenden „dritten Welle der Demokratisierung“⁹ (Samuel Huntington) in Richtung auf eine Konstitutionalisierung

9 Samuel Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late 20th Century*, Norman/Oklahoma 1991.

rung des Völkerrechts, also dessen Ausformung zu einer Weltverfassung, weitergedacht.

Und tatsächlich wurde die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen ausgebaut, und die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates begannen zwischen 1990 und 1995 das zu tun, was ihre Aufgabe war, nämlich zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Friedens in Einklang mit Kapitel VII der UN-Charta zusammenzuarbeiten. Aber die Friedensordnung, die die KSZE-Staaten in der Charta von Paris (1990) sich und der Welt versprochen, wandelte sich unter Führung der Vereinigten Staaten rasch zu einer hegemonialen Ordnung der liberalen Demokratien. Diese waren einerseits an der Universalisierung der von ihnen (d.h. *von uns* als liberalen Demokraten) vertretenen Werten interessiert, aber als Staaten auch daran, die anderen mehr als sich selbst dem Recht zu unterwerfen. Das zeigte sich zuerst mit aller Deutlichkeit im Krieg zum Schutz der Menschenrechte (Kosovo), dann im Krieg gegen den Terror (Afghanistan) und schließlich im Krieg zur Durchsetzung von Demokratie und Völkerrecht (Irak). So verwandelte sich der Demokratische Friede in Kriege der Demokratien. In der Theoriedebatte, die diese Entwicklungen begleitete, bot Habermas 1999 die Idee eines Vorgriffs auf eine angemessen institutionalisierte Weltordnung an¹⁰, während andere sich zugunsten einer Wiederbelebung der Lehre vom gerechten Krieg engagierten¹¹. Habermas versuchte, die Idee einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts als Weiterentwicklung des auf Kant sich berufenden Friedens-Projektes aufrechtzuerhalten, die kontinentaleuropäischen Vertreter der Lehre vom gerechten Krieg zielten darauf ab, das Spannungsverhältnis zwischen materiellen und prozeduralen Normen im Rahmen der UN-Charta aufzulösen, und die anglo-amerikanischen Vertreter der Lehre wollten den Staat aus den prozeduralen Zwängen des kollektiven Handelns befreien, also den Unzulänglichkeiten des Multilateralismus mit der Befürwortung eines „sovereign judgement“ begegnen.

10 Jürgen Habermas, „Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral“, in: Reinhard Merkel (Hg.), *Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht*, Frankfurt/M. 2000, S. 51–65, hier: S. 66.

11 Michael Haspel, „What we are fighting for“. Die deutsch-amerikanische Debatte über die Lehre vom gerechten Krieg und die Probleme einer normativen Theorie der internationalen Beziehungen“, in: Jörg Calließ, Christoph Weller (Hg.), *Chancen für den Frieden, Loccumer Protokolle 76/03*, Rehburg-Loccum 2006, S. 303.

3. Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden

In dieser vertrackten Lage besannen sich die liberalen Teile der Evangelischen und Katholischen Kirche (in Deutschland) auf eine andere Denkfigur: die des gerechten Friedens, die sich zu Beginn des neuen Jahrhunderts in den Dienst der „Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt“ stellte. Während die Deutsche Bischofskonferenz hier eher apellativ vorging¹², unternahm der Rat der EKD (in Gestalt der Kammer für öffentliche Verantwortung) den Versuch, die Idee des gerechten Friedens systematisch als Gegenentwurf zum gerechten Krieg zu entwickeln¹³. Dieser Versuch führte zu einer umfangreichen Diskussion, in der sich Theologisches und Säkulares mischen und die inzwischen in einem Dutzend von der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg betreuter kleiner Bände konkrete Gestalt angenommen hat.¹⁴

Im Zentrum der Denkschrift steht im hier interessierenden Problemzusammenhang die „rechtserhaltende Gewalt“. Dazu heißt es: „In der Perspektive einer auf Recht gegründeten Friedensordnung sind Grenzsituationen nicht auszuschließen, in denen sich die Frage nach einem (wenn auch nicht gebotenem, so doch zumindest) erlaubten Gewaltgebrauch [...] stellt.“¹⁵ Ist das aber nicht die Problematik, die auch im Mittelpunkt der Lehre vom gerechten Krieg steht? Die Denkschrift sagt „ja“! Aber „das moderne Völkerrecht hat das Konzept des gerechten Krieges aufgehoben“¹⁶. Dem ist zuzustimmen. Und das hat Bedeutung.

Die Lehre des gerechten Krieges setzt wie schon gesagt auf ein souveränes Abwägen der Gründe für einen Gewalteinsatz durch den einzelnen Staat. Die Lehre vom gerechten Frieden setzt demgegenüber auf eine kollektive Entscheidungsfindung, die die Gefahr eines Fehlurteils mindern soll, so wie es von demokratischem Entscheiden erwartet wird. Die Relevanz dieser Unterscheidung ist in den 1990er Jahren deutlich geworden. Unter der Vorherrschaft der liberalen Demokratien wurden die Standards, denen ein ordentlicher Staat entsprechen müsse, um als souverän aner-

12 Deutsche Bischofskonferenz, *Gerechter Friede*, Die deutschen Bischöfe 66, Bonn 2010.

13 *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Gütersloh 2007.

14 Ines-Jacqueline Werkner, Sarah Jäger (Hg.), *Gerechter Frieden*, Wiesbaden 2019 und 2020.

15 *Aus Gottes Frieden leben*, S. 65.

16 *Aus Gottes Frieden leben*, S. 68.

kannt zu werden (Menschenrechte, Demokratie, *good governance*, liberale Marktwirtschaft, Beteiligung am Kampf gegen den Terrorismus; angemessene Militärausgaben) als Verpflichtung gegenüber der eigenen Bevölkerung und gegenüber der internationalen Gemeinschaft ausformuliert („Souveränität als Verantwortung“). Damit wurde der Handlungsbedarf auf Seiten eben dieser Gemeinschaft erweitert, ohne dass jedoch gleichzeitig die erforderlichen prozeduralen Voraussetzungen für eine friedensdienliche Umsetzung dieses Handlungsbedarfs in Gestalt kollektiver Friedenssicherung geschaffen wurden.¹⁷ Die Wiederentdeckung der Lehre vom gerechten Krieg bot in dieser Situation eine Möglichkeit, die Entscheidungskompetenz vom Kollektiv, dem Sicherheitsrat, auf den Einzelstaat zurück zu verlagern, wobei der Einzelstaat sich nun auf ein ausgeweitetes Reservoir von Gründen für ein legitimes Eingreifen in innerstaatliche Konflikte berufen konnte.

Insofern war die Alternative des gerechten Friedens begründet. Sie machte aber nur auf das zugrunde liegende Problem aufmerksam, ohne eine Lösung anbieten zu können; denn die Antwort war und ist eine sich selbst verteidigende Friedensordnung. Die Selbstverteidigung greift wiederum auf den Kriterienkatalog für zulässige Gewalt zurück, der im Rahmen der Lehre vom gerechten Krieg entwickelt worden ist. Bedeutet das nicht doch, dass es im Zweifelsfalle bei der Lehre vom gerechten Krieg bleibt?

Die sich selbst verteidigende Ordnung ist eine knifflige Angelegenheit, die allerdings nicht nur die internationale Ebene betrifft, sondern auch die innerstaatliche, soweit der Staat sich als Bedingung des Friedens versteht und zu diesem Zweck auch den Einsatz von Gewalt vorsieht (was jeder Staat tut). Dass Staaten sich nach innen und außen auf die Notwendigkeit der Selbsterhaltung beziehen, bedeutet nicht, dass jede Ordnung, ob staatlich oder zwischenstaatlich, eine Gewaltordnung ist. Sie ist es immer *auch* wie uns seit Walter Benjamin bewusst ist.¹⁸ Und doch muss zwischen Krieg und Frieden, zwischen Gewaltherrschaft und Rechtsstaatlichkeit unterschieden werden. Das weiß jeder Mensch, der im Krieg gewesen ist oder in einem Unrechtsstaat gelebt hat. *Wenn* im Krieg in Syrien das hu-

17 Lothar Brock, „Normative Integration und kollektive Handlungskompetenz auf internationaler Ebene“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6, Nr. 2 (1999), S. 483.

18 Lothar Brock, Hendrik Simon, „Die Selbstbehauptung und Selbstgefährdung des Friedens als Herrschaft des Rechts“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 59, Nr. 2 (2018), S. 269.

manitäre Völkerrecht beachtet würde, würde der Krieg die Zivilbevölkerung wesentlich weniger terrorisieren, als das jetzt der Fall ist. Und *wenn* in einem Staat eine ordentliche Gerichtsbarkeit besteht, hat man eine gute Chance, einen Kampf um das eigene Recht und mehr Gerechtigkeit führen zu können, ohne damit gleich das eigene Leben und die eigene Freiheit aufs Spiel zu setzen. Die Frage ist, welche Dynamiken die von einer Ordnung in Anspruch genommene Wehrhaftigkeit für den Kampf um Recht und Gerechtigkeit entfaltet.

In der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche heißt es, „Recht ist auf Durchsetzung angelegt“¹⁹. Das ist in dieser Form eine grobe Verkürzung des Sachverhalts. Recht ist auf Befolgung angelegt, d.h. auf Internalisierung seiner Bestimmungen durch die Rechtsadressaten als angemessene Form, ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen. Die Rolle der Zwangsgewalt ist umgekehrt proportional zum Ausmaß der Internalisierung der vorgegebenen Regeln. Es geht also nie nur um das Recht als solches, sondern um seine Verankerung in der von ihm zu erhaltenden Ordnung. Das gilt wiederum für die innerstaatliche wie für die internationale Ordnung.

Die Völkerrechtspolitik der liberalen Demokratien hat eine Verankerung des Völkerrechts in der internationalen Ordnung behindert. Im Ergebnis standen sich die „Verantwortung für den Schutz“ der Menschen vor Massengewalt und die „Verantwortung für den Frieden“²⁰ gegenüber und sie haben sich gegenseitig lahmgelegt. Legt also die Desillusionierung über den Krieg immer neue Fährten zu einem desillusionierenden Frieden? Bleibt es doch bei einem ewigen Ineinandergreifen von Krieg und Frieden, Herrschaft und Gewalt?

4. Fazit

Halten wir fest: Nicht nur der Krieg mündet in die Desillusionierung, die Vorkehrungen für den Frieden begünstigt, auch die Idee der Überwindung des Krieges bzw. der kollektiven Gewalt mündet immer wieder in eine Desillusionierung, die den erneuten Krieg nahelegt: Wenn es mit dem Frieden, den wir wollen, nichts wird, weil die anderen ihn nicht wollen,

19 *Aus Gottes Frieden leben*, S. 65.

20 Mary Ellen O’Connell, „The Responsibility to Peace. A Critique of R2P“, in: Philippe Cunliffe (Hg.), *Critical Perspectives on the Responsibility to Protect*, New York 2011, S. 71.

dann bleibt uns nur die Vorbereitung auf den Krieg. Das Karussell kommt in Schwung.

Also was nun? Die Fragen von Bernhard Taureck am Ende seines Textes als gegenstandslos streichen?

Bernhard Taureck setzt auf den Generalstreik gegen den Krieg, auf globale Solidarität, getragen von der Zivilgesellschaft. Das ist, glaub ich, die schwächste Form schwacher Erwartungen, nämlich Kants erlaubter Hoffnung; denn in Zeiten, in denen der Populismus Urständ feiert, der Bewegungsspielraum für zivilgesellschaftliches Engagement weltweit kleiner wird und die dritte Welle der Demokratisierung einer Wiederbelebung des Autoritären weicht, und zwar auch in den liberalen Demokratien selbst – in diesen Zeiten ist es kühn, darauf zu bauen, dass sich die Gesellschaften am eigenen Schopf aus dem Sumpf des sich ausbreitenden Hasses herausziehen. Aber haben wir nicht vor „Corona“ die Jugendbewegung der *Fridays for Future* gehabt, die tatsächlich etwas bewegen konnte, und erleben wir nicht in Zeiten von „Corona“ ein wachsendes Bewusstsein für die von Bernhard Taureck angesprochene Selbstverfeindung der liberalen Demokratien?

Wir müssen einfach erkennen, dass der Versuch, einen Frieden zu schaffen, der mehr ist als eine erneute Zwischenkriegszeit, komplizierter ist und mehr Beharrlichkeit verlangt als voreilige Erzählungen des Fortschritts vom anarchischen 19. Jahrhundert²¹ über die Erfindung des humanitären Völkerrechts, die Einrichtung des Völkerbundes, die Ächtung des Angriffskrieges bis hin zum allgemeinen Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen es nahelegen. Gegenwärtig erleben wir eine Desillusionierung über die allgemeine Verstrickung von *potestas* und *violencia* in jeder uns bekannten Ordnung und damit auch in den Ländern, die sich bisher als Avantgarde der Modernisierung verstanden haben; wir erleben die dunkle Seite der Völkerrechtspolitik, die diese Staaten in der Zeit ihrer Hegemonie (nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion) verfolgten. Unsere Aufgabe als Wissenschaftler ist, dazu beizutragen, dass die eigenen Gesellschaften aus Enttäuschung über ihre Zukunftserwartungen (in denen es bisher immer um „more and more of the same“ ging) nicht in einen verhängnisvollen Militarismus umkippen, der die Gesellschaften (wie Bernhard Taureck anhand von Platon zeigt) von innen aushöhlt und damit den nächsten Zirkel des Krieges einleitet.

21 Contra Simon, „The Myth of Liberum Ius ad Bellum“.

Problematik und Mehrwert einer synthetischen Definition des Krieges

Wolfgang Knöbl

Wenn hier aus der Sicht eines Soziologen ein zweifellos philosophischer Text zum Krieg kommentiert werden wird, so ist daran zu erinnern, dass die Thematisierung von Kriegen in den Sozialwissenschaften einerseits und in der Philosophie andererseits bis in die jüngste Vergangenheit hinein nicht nur völlig unterschiedlichen Konjunkturen folgte, sondern auch stark variierende Aufmerksamkeiten generierte. Während in der Philosophie seit der griechisch-römischen Antike immer wieder Politik, Gewalt und Krieg in den Mittelpunkt einer systematischen Reflexion gerückt wurden (nicht zufällig diskutiert Taureck in seinem Aufsatz neben Kant und Hegel eben auch Thukydides oder Heraklit), positionierten sich die erst im 19. Jahrhundert entstandenen Sozialwissenschaften diesbezüglich auf eine sehr viel ambivalentere Art und Weise: Hatten etwa die deutschen Gründerfiguren der Disziplin (etwa Max Weber und Werner Sombart) ein systematisches Interesse zumindest an den Folgen von Kriegen, war dies bei ihren französischen, englischen oder US-amerikanischen Zeitgenossen nicht unbedingt auch der Fall; Analysen zu den Konsequenzen (oder gar Ursachen) kriegerischer Gewalt waren außerhalb des deutschen Kontextes eher selten zu finden, was auch damit zu tun hatte, dass man zu dieser Zeit deutlich weniger als in Deutschland an makrosoziologischen und -historischen Fragen interessiert zu sein schien. Nach der Gründungsphase der sozialwissenschaftlichen Disziplinen machte sich zudem die merkwürdige Tendenz (und zwar im internationalen Maßstab) bemerkbar, dass ausgerechnet in der Zeit der beiden Weltkriege das theoretische Interesse an Kriegen immer weiter zu schwinden begann, war man doch weithin fortschrittsoptimistisch gestimmt, so dass bis hinein in die 1970er Jahre Kriege allenfalls als eine Art exotisches Phänomen oder Ausnahmegeschehen in einem im Prinzip friedlichen Industrialisierungs- und Modernisierungsprozess interpretiert werden konnten. Selbstverständlich gab es spätestens seit Beginn des Zweiten Weltkrieges eine auf die empirische Untersuchung von Kriegen spezialisierte Subdisziplin (die Militärsoziologie und

dann die Konflikt- und Friedensforschung), und natürlich gab es immer wieder auch einzelne Soziologen, die sich – oft aus genuin biographischen Gründen – intensiv mit Kriegen beschäftigten, der bekannteste unter ihnen vermutlich der Franzose Raymond Aron. Unter systematisch-theoretischen Gesichtspunkten waren Kriegen zur Generierung zentraler gesellschaftstheoretischer Einsichten für die meisten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler aber lange Zeit eher uninteressant¹, so dass man nicht den Sozialwissenschaften, sondern eher der Philosophie und anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen zutrauen durfte, den öffentlichen bzw. intellektuellen Diskurs über kriegerische Gewalt zu bereichern. Das begann sich erst in den 1980er Jahren zu ändern, als zum einen in einer erstarkenden anglo-amerikanischen Historischen Soziologie zunehmend die kriegerischen und geostrategischen Hintergründe moderner Revolutionen und die imperialen Wurzeln europäischer Nationalstaatlichkeit erforscht wurden und als zum andern nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Niedergang des sowjetischen Imperiums die eine merkwürdige Stabilität garantierende Blockkonfrontation verschwand. Nun brachen außerhalb des sogenannten Westens, aber eben dann auch in Südosteuropa zunehmend neue Konflikte aus, die man oft als „Bürgerkriege“, als „neue Kriege“ oder als „asymmetrische Kriege“ bezeichnete. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war klar, dass man in den Sozialwissenschaften der kriegerischen Gewalt mehr Aufmerksamkeit widmen musste, wollte man überhaupt noch für eine ernsthaft Zeitdiagnostik zuständig sein, wobei es nicht mehr nur um die Folgen von Kriegen (wie bei den deutschen Gründervätern der Soziologie) gehen konnte, sondern um Kriegsursachen ebenso wie um spezifische Konflikt- und Gewaltdynamiken, um je unterschiedliche Formen des Krieges ebenso wie um mögliche Maßnahmen und Mittel der Gewalteinhegung. Mit anderen Worten, die Sozialwissenschaften wurden erst seit den 1980er Jahren zu einem akzeptierten und akzeptablen Gesprächspartner der Philosophie, so dass von da an auch erstmals ernsthafte und gleichzeitig soziologisch inspirierte Rückfragen an die Philosophie gestellt werden konnten. Welche soziologischen Fragen lassen sich nun an Taurecks Ausführungen stellen?

Taurecks Text (s.o.) beginnt zwar mit einer analytischen Begriffsdefinition („Krieg, der Einsatz kollektiver Gewalt gegen kollektive Gewalt“ und „Krieg bedeutet Erlaubnis zu maximaler Entfesselung des gewöhnlicher-

1 Hans Joas, Wolfgang Knöbl, *Kriegsverdrängung. Ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*, Frankfurt/M. 2008.

weise Unerlaubten“; S. 25), doch dient ihm dieser Einsatz lediglich dazu, sich davon schnell wieder zu verabschieden. Grund hierfür ist, dass derartige analytische Definitionen angesichts der Vielfalt und der langen Geschichte von gewaltsamen Auseinandersetzungen (Clausewitz hat bekanntlich ja vom ‚Chamäleon Krieg‘ gesprochen) alle einigermaßen abstrakt oder leer klingen, was freilich in den Sozialwissenschaften meist hingenommen wurde und wird: Raymond Arons monumentales Buch *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt* aus den frühen 1960er Jahren greift deshalb auf Clausewitz‘ Definitionsversuch zurück („Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“²); und Ähnliches kann man noch in jüngeren sozialwissenschaftlichen Überblickswerken beobachten, die (entweder) auch eine an Clausewitz orientierte Definition verwenden und/oder angesichts der zunehmenden Unklarheit des Kriegsbegriffs nur mehr von gewaltsamen Kämpfen³ oder von organisierter Brutalität⁴ reden, zumal konventionelle Staatenkriege, die mit einer Kriegserklärung beginnen und mit einem Friedensschluss enden, seit 1945 ohnehin immer seltener wurden und werden.⁵

Von analytischen Definitionsversuchen (und den genannten Ausweichstrategien) hält deshalb Taureck – und dies durchaus nachvollziehbar – denkbar wenig, weshalb er sogleich zu einer synthetischen Begriffsdefinition voranschreitet und seine Bestimmung des Krieges mit vielleicht als empirisch zu bezeichnenden, jedenfalls in der philosophischen Literatur vorfindbaren Merkmalen anreichert bzw. sättigt. Synthetische Definitionen, und dies gilt es festzuhalten, werden konstruiert und somit gewissermaßen „gebaut“, sie dienen nicht der Begriffsexplikation: Taureck produziert also eine Definition, deren Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit sich erweisen muss, wobei zunächst unklar bleibt: „Erweisen an was?“ Soll die Begriffssynthese „Krieg“ der Anleitung empirischer Arbeit dienen oder – was bei einem Philosophen eher zu vermuten ist – der normativen

- 2 Mit diesem Clausewitz-Zitat leitet Aron sein erstes (Theorie-)Kapitel ein, vgl. Raymond Aron, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Frankfurt/M. 1986 [1962], S. 33.
- 3 Andreas Herberg-Rothe, *Der Krieg. Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt/M., New York 2003.
- 4 Siniša Malešević, *The Rise of Organised Brutality. A Historical Sociology of Violence*, Cambridge 2017.
- 5 Mary Kaldor, *Neue und alte Kriege*, Frankfurt/M. 2000; Martin van Creveld, *Die Zukunft des Krieges*, München 1991, S. 40ff.

Beurteilung verschiedener empirischer Phänomene? Dazu ganz zum Schluss!

Zentraler Bestandteil von Taurecks (synthetischer) Definition ist die Setzung, dass Krieg „eine ruhmreiche kollektive Erbeutungsaktion [bezeichnet]“ (S. 26). Hier ist zunächst aus einer handlungstheoretischen Perspektive auffallend, dass zwei Motive zusammengezogen werden: Denn zum einen wird unterstellt, dass Kriege in der Regel (immer?) utilitaristischen Motiven folgen (es geht um ökonomischen Profit, eben um „Beute“); zum anderen spielen aber auch nicht-utilitaristische Motive (in der Regel?, immer?) eine Rolle, nämlich Vorstellungen von historischer Größe, die durch gewonnene Kriege für die Nation zu erreichen wäre, von zu erwartender Verehrung der Kriegshelden durch die kriegführende Gemeinschaft etc. Hier stellt sich die Frage, warum im ersten Definitionsbestandteil nicht auch andere Motivlagen, wie immer man die einschätzen und beurteilen mag, zum Tragen kommen, normative etwa, wenn es um den „gerechten“ Krieg zur Befreiung eines Volkes, zur Verhinderung eines Völkermordes, zur Befriedung einer Region etc. geht. In anderen Literaturen wurde auch von „spielerischen“ und „agonalen“/„expressiven“ Momenten des Kampfes und des Krieges gesprochen, so dass an Taureck die Rückfrage zu stellen wäre, warum derartige Motivlagen in diesem ersten Element der synthetischen Definition ausgeblendet bleiben.

Eine Antwort darauf findet sich in der vielleicht als ideologiekritisch zu bezeichnenden zweiten Bestimmung von Taurecks Kriegsdefinition, spricht dieser doch davon, dass Kriegen immer auch das „Prädikat der Notwendigkeit“ (S. 26) angehängt bzw. „hinzugefügt“ wird. Taureck macht hier auf den Umstand aufmerksam, dass die Entscheidung zum Krieg zumindest deklamatorisch nie leichtfällt, dass der Krieg immer ein unvermeidlicher, eben notwendiger ist. Niemand führt zum Spaß Krieg, sondern nur um sich selbst zu verteidigen, um Ungeheuerliches zu beenden, um zu zivilisieren, um notwendigen Lebensraum für ein Volk zu gewinnen etc. etc. Krieg, so verstehe ich Taureck, bedarf der Legitimation, wobei diese freilich höchst unterschiedlich ausfallen mag; er kann bzw. muss mit sehr verschiedenen Gründen gerechtfertigt werden. Vielleicht, so die schon angedeutete Vermutung, will Taureck die oben angemahnten höchst unterschiedlichen Motive für das Führen von Kriegen auch und gerade über die ebenso diversen legitimatorischen Formeln zur Rechtfertigung von Kriegen gewissermaßen nachträglich berücksichtigen.

Schließlich zum dritten definitorischen Merkmal in Taurecks synthetischer Kriegsdefinition, zu jener „Illusion letztlicher infolge Krieg zu errei-

chender Vorteile“ (S. 26). Diese Bestimmung weicht von den anderen beiden insofern ab, als Taureck hier zu verstehen gibt, dass sie von den Akteuren des Krieges häufig nicht durchschaut, jedenfalls nicht reflektiert wird (ibid.). Denn die mithilfe von Krieg zu erreichenden Ziele hätten sich noch stets als illusorisch erwiesen, selbst wenn man sich (als Kriegsbefürworter) im Gedenken der erfolgreich geführten Kriege immer auch dagegen wehrt und wehren muss, genau diese Illusion zu durchschauen und zuzugeben. Der Einsatz im Krieg, die durch den Krieg zu erbringenden und zu akzeptierenden materiellen und menschlichen Opfer seien so groß, dass man gar nicht anders könne als an die Rationalität der Entscheidung zum Krieg und die Vorteilhaftigkeit des erstrebten Kriegsziels zu glauben. Würde man dies nicht tun, so würden sich Abgründe eröffnen, deren Folgen gar nicht auszumalen wären. Aber genau diese Abgründe gilt es zu offenbaren, darauf – so Taureck – ist hinzuweisen: „Dass Kriege zugleich auf Illusion beruhten, wurde [...] in der Regel vom Verständnis des Krieges abgezogen.“ (S. 26) – Nun wird man aus einer normativ pazifistischen Sicht gern glauben wollen, dass der Vorteil von Kriegen immer illusionär sei – und vermutlich gibt es viele historische Beispiele, bei denen es allzu leicht ist, die Vorteilsunterstellung sofort auch zu dementieren: Wo sind all die Vorteile geblieben, die sich 1914 die Entscheidungsbefugten ausmalten, als sie für den Kriegseintritt votierten, aus dem dann das Gemetzel des sogenannten Ersten Weltkriegs mit seinen darauf folgenden politischen, sozialen und ökonomischen Verwerfungen resultieren sollten? Und in der Tat ist es ja eine relativ verbreitete Einsicht, dass sich in allen komplexen sozialen Situationen – und dazu dürften Kriege zählen – die Intentionen der Akteure nur allzu selten bruchlos verwirklichen lassen. Freilich, so einfach ist die Sache dann doch aber auch wieder nicht, wie sie sich auf den ersten Blick vielleicht darstellt. Denn wenn man von der Illusion des Vorteils spricht, auf wessen Vorteil bezieht man sich dann? Auf den Vorteil der kriegführenden Gesellschaft(en), auf den Vorteil von einzelnen Akteuren darin, von einzelnen Gruppen und Organisationen? Klar dürfte sein, dass das (nachträgliche) Urteil über die Vorteilhaftigkeit eines Krieges aus sehr unterschiedlicher Warte erfolgen kann, und je nach Warte wird man die Vor- und Nachteile unterschiedlich gewichten. Kriegsgewinner gab es wenige, aber es gab sie. Und es gab auch bei einzelnen Akteuren Kriegsgründe, die sich im Nachhinein (für sie) als nutzbringend herausstellten, nicht immer, aber eben manchmal. Wie komplex Aussagen über die Vorteilhaftigkeit von Gewalt und Eroberungskrieg sind, lässt sich ganz kurz mit Verweis auf die Debatten um den Imperialismus verdeutlichen

chen. Es ist in der Tat so gewesen, dass die europäischen Kolonialmächte nur selten wirklichen Gewinn aus ihren Kolonialkriegen und den daraus hervorgehenden Gebietseroberungen zogen. Die Verwaltungskosten, die Länder wie Frankreich oder Großbritannien in ihren und für ihre Kolonien aufzubringen hatten (von den Kriegskosten über die Aufrechterhaltung militärischer Präsenz vor Ort bis hin zur alltäglichen Verwaltungsarbeit) waren enorm und konnten in den seltensten Fällen durch die Ausbeutung von Rohstoffen oder indigener Arbeitskräfte gedeckt werden. Zurecht ist dann auch gegen marxistische Interpretationen eingewandt worden, dass die ökonomische Rationalität des Imperialismus kaum bewiesen werden könne und imperiale Abenteuer in den meisten Fällen tatsächlich ein Verlustgeschäft waren.⁶ Freilich lässt sich dies nur unter einer strikt wirtschaftlichen Perspektive und nur unter Beibehaltung eines sehr engen und sehr kurzfristigen Beobachtungskontextes eindeutig behaupten, wenn man also ignoriert, dass beispielsweise ein klarer Konnex zwischen der Imperial- und der Nationalstaatengeschichte existiert, also alle aufstrebenden und damit die europäische Politik dominierenden Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts auch eine imperiale Vergangenheit hatten⁷, was dann nochmals die Frage aufwirft, wie und unter Berücksichtigung welchen Zeithorizontes eigentlich Kosten zu verrechnen sind. Und vernachlässigt werden kann schließlich auch nicht, dass trotz einer möglicherweise stets negativen ökonomischen Bilanz des Imperialismus und damit auch von imperialen Kriegen genau diese „Abenteuer“ erhebliche Aufstiegschancen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen mit sich brachten, die durchaus erklären können, warum Argumente, die auf einer gesamtgesellschaftlichen Kosten-Nutzung basieren, nicht notwendig auch in allen sozialen Kreisen besonderes Gehör fanden.⁸

Mit dem Verweis darauf, dass es einigermaßen schwierig sein dürfte, die Vorteile von gewaltsamer Eroberung und Krieg stets nur als Illusion zu bezeichnen, ist damit natürlich nicht schon Taurecks Argument bezüglich der ebenso trügerischen wie notwendigen aposteriorischen Legitimation von Kriegen unterminiert. Er soll lediglich in Erinnerung rufen, dass eine

6 Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005, S. 36; Timothy H. Parsons, *The Rule of Empires. Those Who Built Them, Those Who Endured Them, and Why They Always Fall*, Oxford 2010, S. 343.

7 David Armitage, *The Ideological Origins of the British Empire*, Oxford 2000, S. 15.

8 Peter Wende, *Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreichs*, München 2008, S. 331.

normative Problematisierung von Kriegen nicht notwendig unter Rückgriff und Hinweis auf diese Illusion der (ökonomischen) Vorteile erfolgen kann oder muss, sondern dass es vielleicht bessere und einleuchtendere Gründe gibt, um den Krieg delegitimieren und kritisieren zu können.

Wie auch immer, Taureck verdeutlicht und plausibilisiert in gekonnter und durchaus oft auch überraschender Weise die drei Elemente seiner synthetischen Kriegsdefinition durch die Analyse der Werke klassischer Autoren: Eine Untersuchung des Melier-Dialogs bei Thukydides liefert ihm die Grammatik des *Raubkrieges*, insofern sich an ihm zeigt, dass der Krieg – im Unterschied zur Position von Clausewitz – eben keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, sondern ein klarer Bruch mit den Gestaltungsmöglichkeiten, welche die Politik liefert und bereithält.⁹ Einem dem Krieg innewohnenden Logos der Stärke steht also ein Logos der Gerechtigkeit, wie er die Politik charakterisiert, gegenüber (S. 28); an den Arbeiten von Kant und Hegel lässt sich zeigen, dass alle dort zu findenden Argumente bezüglich einer durch Kriege herbeigeführten und letztlich *notwendigen* List der Vernunft auf Sand gebaut sind, weil Kant nicht sehen will oder kann, dass sich in Kriegen eine Dynamik der Gewalt entfesseln kann, die jeglichen linearen Geschichtsverlauf *ad absurdum* führt (S. 29–32), und weil Hegels Hoffen auf die identitätsbefördernde oder revitalisierende Rolle von kriegerischem Handeln nicht mehr darstellt als eine psychologisierende Redeweise, deren Anwendung auf Kollektivsubjekte oder kollektive Akteure doch einigermaßen fragwürdig erscheint (S. 32–36); schließlich kann Taureck anhand einer Auseinandersetzung mit Deutungen von Heraklit-Fragmenten (S. 36) und durch Ausführungen zu Platon (S. 44) zeigen, dass letztlich militaristische Vorstellungen über die notwendigen und damit dann auch *vorteilhaften Wirkungen* von Kriegen äußerst fragwürdig sind, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Nebenfolgen von Kriegen nicht überschauen lassen, Nebenfolgen, die nicht selten genau das zunichtemachen, was man sich erhoffte, als man die Entscheidung zum Krieg gefällt hatte. Wie Taureck überzeugend ausführt, sind derartige Illusionen und Fehlschlüsse (nicht zuletzt in der Philosophie, aber nicht nur dort) auch deshalb so naheliegend gewesen, weil bestimmte Lesarten von Heraklits Fragmenten auf problematische Weise dazu tendieren, dem Sein bzw. dem (gesellschaftlichen) Leben an sich eine kriegerische bzw. prinzipiell konfliktuelle Logik unterzuschieben mit der Folgewirkung einer in vielen späteren intellektuellen Entwürfen sich ab-

9 S. auch v. Creveld, *Die Zukunft des Krieges*, S. 13.

zeichnenden Glorifizierung des Krieges (S. 49) und jener schon einmal kritisierten (Clausewitzschen) Unterstellung eines bruchlosen Übergangs zwischen Politik und Krieg.

Gegen Ende des Aufsatzes (S. 49–53) sieht Taureck seine These von den drei Wurzeln des Krieges gewissermaßen literarisch verifiziert, werden sie doch in Jean Giraudoux' 1935 entstandenem Theaterstück „Der trojanische Krieg findet nicht statt“ benannt, wobei es dem Dramatiker – so Taureck – gelingt, die Einsicht zu vermitteln, dass das Durchschauen und das Zurückweisen jener drei Wurzeln des Kriegs genau dazu führt, dass eine zum Krieg hin führende Dynamik unterbunden und gestoppt wird – oder zumindest hätte gestoppt werden können, wenn nicht kontingente Umstände „intervenierte“ hätten. Aber lässt sich diese Dynamik auch in der historischen Realität (und nicht nur im Drama) stoppen, kann man sich überhaupt realistische Bedingungen ausdenken, in denen die drei Wurzeln des Krieges in ihrer fatalen Interaktion nicht jene grausame kriegerische Wirkung entfalten?

Taureck will darauf in einem sehr kurzen Schlussabschnitt und hier eher in Form dreier Fragen mögliche Antworten geben. Seine *erste* Frage lautet: „Vermag jene Erwartungsspannung, mit der Milliarden Menschen bloße Lust am Zuschauen von friedfertigen Fußballvorgängen investieren, nicht ebenfalls friedensgenerierend zu wirken?“ (S. 53) – Seine Frage erinnert vage an einen der letzten Aufsätze von William James mit dem Titel *The Moral Equivalent of War*¹⁰. Der pazifistisch eingestellte James erkannte durchaus die nicht-utilitaristischen Motive, die zu Kriegen führen, also die emotionale Aufladung des Bildes der Nation und die Erregung und Begeisterung, die der Kampf und vielleicht sogar der Krieg auszulösen vermag, nicht zuletzt auch deshalb, weil man in diesen die als öde empfundenen Routinen des Alltags hinter sich lassen kann oder zumindest glaubt, dies zu können. James suchte deshalb in jenem vor etwa 110 Jahren erschienenen Text nach Ersatzformen für die *kriegerische* Begeisterung und fragte unter anderem, ob nicht ebenso lebendige Emotionen durch eine friedlich-demokratische Mobilisierung der Nation erreicht werden könnten, ob es nicht gelingen könne Helden zu schaffen, die genau deshalb zu solchen werden, weil sie sich dem friedlich Dienst an der Gemeinschaft bzw. Gesellschaft verschreiben. Das Problem an James' Lösungsversuch freilich war damals schon, dass damit nur die *emotionalen*

10 William James, „The Moral Equivalent of War“, in: *William James: The Essential Writings*, New York 1971 [1910], S. 349–361.

Motive von kriegsbereiten und -begeisterten Bürgersoldaten aufgefangen worden wären, jedoch nicht andere, wie sie eben ja auch von Taureck benannt worden sind. Entscheidend ist aber vielleicht folgender Punkt: Taurecks Verweis auf „Fussballvorgänge“ unterschätzt nicht nur die nationalistischen Emotionen, die durch Sportereignisse geschürt werden, was nicht zuletzt auch etwa in Mittelamerika zu Fußballkriegen geführt hat; sie erkennt auch die Tatsache, welche Rolle Medien zumindest in bestimmten Typen heutiger Kriege spielen, nämlich in solchen, die Martin Shaw zufolge von sogenannten „post-militärischen Gesellschaften“ begonnen werden: Immer dann, wenn die kriegserische Attacke – wie etwa im sog. zweiten Golfkrieg – ohne große Verluste für die überlegene Seite geführt werden kann, etwa aus der Ferne mit Bomben und Raketen, hat die begleitende Berichterstattung durch die Medien nicht selten zur Folge, dass sich bei den Mediennutzern eine Art gemütlicher Zuschauerhaltung einstellt, insofern der irgendwo in der Welt stattfindende Krieg „live“ nicht anders verfolgt wird als ein spannendes Fußballspiel. Shaw hat deshalb ganz treffend von „‘spectator sport concepts of militarism“¹¹ gesprochen; Krieg als Zuschauersport also, was nochmals darauf verweist, dass sich mit dem Wandel des Krieges (und der Medien) für diesen immer wieder neue Möglichkeiten einer emotionalen Aufladung ergeben, der dann eben schwer mit Maßnahmen entgegenzutreten ist, wie dies Taureck (und William James) vorschwebt bzw. vorschwebte.

Taurecks zweite Frage lautet, ob es nicht wünschbar sei, „dass beim ersten Nahen von Kriegswolken nicht nur national, sondern *international* mit *Generalstreik* gedroht wird, der insbesondere auch die Ausführung von Kriegsvorbereitung zu lähmen fähig wäre“ (S. 53). – Mit ihr verweist Taureck auf eine Problemkonstellation, wie sie auch schon vor dem Ersten Weltkrieg vorhanden war, als Sozialistinnen und Sozialisten die Frage stellten, wie sich ein großer Krieg verhindern lasse, in dem ja vor allem die Arbeiter und Arbeiterinnen an und hinter der Front verheizt werden würden. Und natürlich wurde in diesem Zusammenhang dann auch diskutiert, ob sich die französische oder deutsche Arbeiterschaft nicht durch Streik und Generalstreik gegen den Krieg stemmen sollte. Oft wurde dies bejaht. Als es jedoch zum Schwur kam, stellte sich die Situation plötzlich dann ganz anders dar. Wie sich 1914 sehr schnell zeigte, führten die Kriegswolken eben nicht zur einer internationalistischen Aktion der Ar-

11 Martin Shaw, *Post-Military Society. Militarism, Demilitarization and War at the End of the Twentieth Century*, Philadelphia 1991, S. 198.

beiterparteien und Gewerkschaften; vielmehr schloss man im jeweils nationalen Rahmen noch stets eine Art Burgfrieden mit den bürgerlichen Parteien und politischen und militärischen Eliten, so dass man keine Klassen mehr kannte, sondern nur noch Vaterländer. Was damals also schon nicht gelang, nämlich eine internationale oder auch nur nationale Mobilisierung gegen den Krieg, das dürfte heute noch sehr viel weniger aussichtsreich sein angesichts der Tatsache, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den meisten Ländern außerordentlich schwach ist und auch die potenziell pazifistischen Parteien (etwa die Sozialdemokratie und klassische linke Parteien) offensichtlich bereits ihre beste Zeit hinter sich haben. Wer also soll hier zu Streiks mobilisieren, wer sie heute und in Zukunft organisieren? Letztlich darf man vermuten, dass die spezifischen Interessen von Gruppen, Klassenfragmenten und Klassen selbst auf nationaler Ebene so unterschiedlich sind, dass kaum gemeinsame Zielsetzungen formuliert werden könnten. Noch viel schwieriger dürfte es sein, so etwas auf internationaler oder globaler Ebene zu erreichen.

Dieses Argument ist dann auch nahe demjenigen, das mit Blick auf Taurecks dritte Frage in Anschlag zu bringen ist. Seine Frage lautet ja: „Könnte eine internationale Zivilgesellschaft sich dazu entschließen, ihr fortgeschrittenes Votum für einen Wartezustand eines *bedingten Pazifismus* (*contingent pacifism*) in kriegsdesillusionierte internationale Solidarität zu erweitern?“ (S. 53) Sie ist berechtigt, leidet jedoch darunter, dass darin der zentrale Begriff – nämlich derjenige der Zivilgesellschaft – mit enormen Unklarheiten und Problemen behaftet ist.

In der Tat ist ja der Verweis auf die Zivilgesellschaft deshalb so naheliegend, weil dieser alte Begriff¹², der dann in den 1980er Jahren in Bürgerrechtskreisen des sogenannten Ostblocks als eine Art Hintergrundfolie zur Kritik der Situation in den von kommunistischen Parteien unterjochten Ländern dienen sollte und der in den 1990er Jahren in intellektuellen Zirkeln sog. westlicher Nationen zu einem hochgradig normativen Konzept mutierte, mit dem sich all diejenigen sozialen Phänomene bezeichnen (und loben) ließen, welche nicht den Regeln politischer Macht und marktlicher Transaktionen folgten¹³, geradezu ein Gegenkonzept zu demjenigen

12 Manfred Riedel, „Gesellschaft, bürgerliche“, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 719–800.

13 Vgl. etwa Jean L. Cohen, Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*, Cambridge/Mass., London 1994; Frank Adloff, *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Frankfurt/M., New York 2005.

der (illegitimen) Macht und Gewalt darstellt. Es ist die Zivilgesellschaft, welche die direkte und indirekte Gewalt des Staates (und ungleicher Tauschverhältnisse) eindämmen oder beseitigen helfen soll. Und warum dann nicht auf die pazifizierende Wirkung einer internationalen Zivilgesellschaft hoffen, wie dies Taureck offensichtlich tut?

Man möchte dies im Prinzip sofort bejahen, insbesondere unter normativen Gesichtspunkten, sollte sich diesbezüglich aber auch eine gewisse Skepsis bewahren, denn so unproblematisch und einfach ist das Verhältnis zwischen Gewalt einerseits und Zivilgesellschaft andererseits nämlich in der Tat nicht. Ich will hier ein Argument wiederholen, das ich schon andernorts verwendet habe und benutze deshalb auch ähnliche oder identische Formulierungen¹⁴: Ohne Staat bzw. den Nationalstaat und das dementsprechende Gewaltmonopol ist Zivilgesellschaft nämlich sehr schwer zu denken, weil ohne ein solches Monopol eine Stabilisierung innergesellschaftlicher Verhältnisse und damit ein friedliches Miteinander der Bürger und ihre (zivilgesellschaftlichen) Selbstorganisation schwer denkbar sind.¹⁵ Die schon seit der friedenspolitischen Diskussion der Aufklärungszeit immer wieder betonte Nebenfolge dieser innerstaatlichen Befriedung – nämlich die Tatsache, dass es offensichtlich innenpolitisch befriedeten Gemeinwesen umso leichter fällt, die Gewalt in Form von Kriegen „nach außen“ zu tragen – wird demgegenüber hingenommen, weil die Regulierung eines anarchischen Staatensystems zumindest prinzipiell möglich zu sein scheint: Immerhin hat das westfälische Staatensystem ja über lange Phasen der Geschichte trotz aller Kriege und imperialen Versuchungen leidlich funktioniert. Es scheint die politische Phantasie aber vielfach zu überfordern – und dies gilt gerade in Zeiten von Terrorismus und von so genannten „failed states“ – sich Ordnungen vorzustellen, in denen *nicht*-staatliche Akteure auf Dauer friedlich interagieren, ohne dass die Ausübung von Gewalt von einer zentralen Stelle aus – vom Staat nämlich – monopolisiert oder zumindest kontrolliert wird. Das tangiert natürlich auch die Rede von einer „internationalen Zivilgesellschaft“: Denn zwar ist es richtig, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und Akteure überall auf der Welt vorfindlich sind, aber aufgrund differenter Ausprägungen von

14 Wolfgang Knöbl, „Zivilgesellschaft und staatliches Gewaltmonopol. Zur Verschränkung von Gewalt und Zivilität“, in: *Mittelweg* 36, Band 15 (2006), Heft 1, S. 61–84.

15 Sven Reichardt, „Zivilgesellschaft und Gewalt. Einige konzeptionelle Überlegungen aus historischer Sicht“, in: Jürgen Kocka et al., *Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel*. Discussion Paper P01–801. Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 2001, S. 45–80, hier v.a. S. 47ff.

Staatlichkeit mit einem höchst unterschiedlichen Organisationsgrad und ebenso verschiedenen Interessen. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, dass derartige zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteure insbesondere in sogenannten westlichen Ländern besonders häufig und mit besonders großer Wirkungsmacht ausgetastet anzutreffen sind im Unterschied zu anderen Regionen der Welt, was letztlich zur Frage führt, welche Interessen sich durchsetzen würden, wenn – und dieses „wenn“ ist zu betonen – es denn tatsächlich jemals zu Aktionen dieser internationalen Zivilgesellschaft kommen sollte.

Das staatliche Gewaltmonopol (und damit ein irgendwie schon befriedeter Zustand) scheint also gewissermaßen eine unhintergehbare Voraussetzung einer jeden Theorie der Zivilgesellschaft zu sein, was eben zur skeptischen Frage führt, wie eine internationale Zivilgesellschaft überhaupt gedacht werden kann angesichts der Existenz einer weithin anarchischen globalen / internationalen politischen Ordnung, deren Stabilisierung trotz aller Rede von Globalisierung nicht wirklich absehbar erscheint. Insofern ist die von Taureck anvisierte Entgegensetzung von Gewalt bzw. Krieg einerseits und Zivilität bzw. Zivilgesellschaft andererseits nicht auch schon der Schlüssel für die Lösung des Gewalt- oder Kriegsproblems, ganz abgesehen von der Tatsache, dass die Herstellung einer echten *globalen* politischen Ordnung (und damit der Möglichkeit einer funktionierenden ebenso globalen oder internationalen Zivilgesellschaft) vermutlich nicht weniger Opfer kosten würden, als dies bei der Schaffung von friedlichen inneren Verhältnisse und des staatlichen Gewaltmonopols auf *nationaler* Ebene seit Beginn der europäischen Neuzeit der Fall gewesen ist. Allzu friedlich und gewaltarm war die europäische Geschichte der (entstehenden) Nationalstaaten ja bekanntlich nicht!¹⁶

Die hier vorgelegte kritischen Anmerkungen sollen und können freilich nicht verdecken, dass Taurecks Analysen ins Herz der sozialwissenschaftlichen Debatte um Kriege führen, dass seine für Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler eher ungewöhnliche synthetische Begriffsstrategie in erster Linie dazu dienen soll, normative Argumente gegen den Krieg in Stellung bringen – Argumente, die, weil überwiegend plausibel, durchaus treffen. Selbst wenn die von Taureck anvisierten Lösungen angesichts empirischer Hindernisse nicht sofort einleuchten mögen, so erinnern sie doch die Sozialwissenschaften daran, dass auch von ihrer Seite gele-

16 Vgl. jetzt Dieter Langewiesche, *Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne*, München 2019.

gentlich mehr Phantasie und kluge normative Argumente erwartet werden sollten.

Für eine materialistische, die Gefühlswelt einbeziehende Befassung mit Krieg¹

Christopher Pollmann

Die Überlegungen von Bernhard H. F. Taureck zum Krieg sollen hier im Hinblick auf die Frage beleuchtet werden, inwieweit sie zu seiner Erklärung und Vermeidung beitragen. In einem ersten Kapitel geht es darum, ob das Studium des Krieges einem materialistischen oder einem idealistischen Ansatz folgt. Das zweite soll dann die psychisch-affektive Dimension des Krieges herauschälen.

1. Materialistische oder idealistische Herangehensweise?

Bei der Erforschung der natürlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit lassen sich, schematisch gesprochen, zwei Ansätze verfolgen. Der idealistische Ansatz geht – bewusst oder unbewusst – davon aus, dass die zu untersuchende Realität von geistigen, d. h. ideellen Vorstellungen bestimmt ist. Der materialistische Ansatz hält dagegen die physikalische und soziale Wirklichkeit für ‚zuerst‘ vorhanden und folglich unabhängig von ihrer geistigen Erfassung und Bearbeitung durch den (einzelnen) Menschen. Die politische Dimension der beiden Ansätze liegt darin, dass die idealistische Methode regelmäßig Illusionen anhängt und so die Erkenntnis der Wirklichkeit behindert. Das materialistische Herangehen ist zwar realitätsgerechter, läuft aber leicht Gefahr, mit diesem ‚Realismus‘ die Wirklichkeit als nicht veränderbar darzustellen. Es geht im Folgenden darum, die Bedeutung der beiden Vorgehensweisen bei der Analyse von Recht (Abschnitt A) und bei der Berücksichtigung von Interessenwidersprüchen und Kräfteverhältnissen (B) herauszuarbeiten. Abschließend wird die Rolle der Moral zur Sprache kommen (C).

1 Soweit nicht anders angegeben, stammen Übersetzungen im Folgenden vom Verfasser, Hervorhebungen hingegen von den jeweils zitierten Autoren. Internet-Seiten wurden am 17.10.2020 abgerufen.

A. Die Problematik des juristischen Idealismus

Recht als weitgehend ideelles Phänomen unterliegt laufend der Tendenz, in idealistischer Manier betrachtet und verklärt zu werden. Bei Taureck äußert sich das zunächst in seiner frappierend-reizvollen Definition von Krieg als „Erlaubnis zu maximaler Entfesselung des gewöhnlicherweise Unerlaubten“². Der Reiz besteht in der paradoxen Konstruktion eines Gegensatzes zwischen einer Erlaubnis und dem Unerlaubten. Doch bei näherer Betrachtung lösen sich Gegensatz und Paradox auf. Was erlaubt ist, sagt in der Moderne vor allem das Recht. Recht ist im Wesentlichen innerstaatlich, gebunden an das „Monopol [des Staates an] legitimer physischer Gewaltsamkeit“³. Zwischen oder über den Staaten gibt es kein solches Gewaltmonopol; es gibt keine Weltpolizei oder auch nur eine europäische oder amerikanische Polizei und kann angesichts der Staatenkonkurrenz – entgegen der Vorstellung von Burkhard Liebsch⁴ – auch keine geben. Daraus folgt: Was gewöhnlicherweise erlaubt ist, betrifft Verhalten innerhalb eines Staates und nicht jenseits davon, wo lediglich juristisch mehr oder weniger unverbindliche Moralvorstellungen gelten. Hegel hat das klar zum Ausdruck gebracht: „Da nun keine Gewalt vorhanden ist, welche gegen den Staat entscheidet, was an sich Recht ist, und die diese Entscheidung verwirklicht, so muß es in dieser Beziehung immer beim *Sollen* bleiben. Das Verhältnis von Staaten ist das von Selbständigkeiten, die zwischen sich stipulieren [d. h. bestimmen], aber zugleich über diesen Stipulationen stehen.“⁵ Mangels eines kontinentalen oder gar weltweiten Gewaltmonopols gibt es auf internationaler Ebene also kein dem innerstaatlichen vergleichbares Recht. Das sog. Völkerrecht hat somit nur eingeschränkt juristischen Charakter und bleibt im Wesentlichen beim Sollen.

- 2 Taureck, „Drei Wurzeln des Krieges, und warum nur eine nicht ins Verderben führt“ (in diesem Band, in der Folge zitiert mit der Sigle A), S. 25; ähnlich ders., *Drei Wurzeln des Krieges. Und warum nur eine nicht ins Verderben führt: Philosophische Linien in der Gewaltgeschichte des Abendlandes*, Zug 2019 (=DW), S. 14 u. 53, 62.
- 3 Max Weber, „Politik als Beruf“ (1919), in: *Gesammelte politische Schriften*, hg. von J. Winckelmann, Tübingen ⁵1988, S. 505–560 (506).
- 4 In Taureck, Burkhard Liebsch, *Drohung Krieg: Sechs philosophische Dialoge zur Gewalt der Gegenwart*, Wien 2020, S. 104 f., 164 f. (=DK).
- 5 Georg W. F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Mit Hegels eigenhändigen Notizen und den mündlichen Zusätzen*, Werke Bd. 7, Frankfurt/M. 1986, § 330, S. 498 (Hervorhebung CP).

Entscheidend ist nun, dass dieses nur begrenzt juristische Wesen des Völkerrechts keinen Mangel, keine Unvollkommenheit darstellt, sondern den Absichten seiner Urheber, nämlich der Staaten und ihrer Regierungen entspricht. Denn alle Staaten sind ja auf die Bewahrung ihrer Souveränität erpicht. Diese beschränkte Verbindlichkeit des Völkerrechts wird von Taureck – wie im übrigen auch vom ansonsten ganz anders positionierten Liebsch – verkannt, wenn sie „die zur Selbstverständlichkeit gewordene Nichtbeachtung des UNO-Gewaltverbots“ anprangern oder schreiben, es sei „frustrierend, im Lichte internationalen Rechts immer nur Versagen angesichts dessen feststellen zu müssen, was es eigentlich bewirken sollte“ und sich beklagen ob „des Widerspruchs zwischen der (mehr projektierten als real existenten) globalen UNO-Friedensordnung einerseits und der blutigen Kriegsbilanz seit 1945 andererseits, die uns auf das sattem bekannte Missverhältnis zwischen ‚Realität‘ und juridischer Normativität zurückwirft“⁶. Das UNO-Gewaltverbot war und ist von den Mitgliedsstaaten nie als absolut verbindlich betrachtet worden; das internationale Recht ist keineswegs am „Versagen“ und soll „eigentlich“ nicht mehr und nichts anderes bewirken als was in der zwischenstaatlichen Welt zu beobachten ist; schließlich gibt es den „Widerspruch“ und das „Missverhältnis“ nur in idealistischer Einbildung. Denn wie der Klammerzusatz im letzten längeren Zitat schon andeutet, ist die „juridische Normativität“ zwischen den Staaten schwach und unterscheidet sich deshalb gar nicht von der Realität.

Die hiermit umrissene idealistische Orientierung ist deshalb misslich, weil sie die Natur des Problems verkennt, die in der Mehrzahl souveräner Staaten liegt. Diese Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen⁷, denn „solange, wie die internationale Gemeinschaft aus souveränen Staaten besteht, bleibt der Krieg zwischen ihnen eine Möglichkeit, mit der alle Regierungen vernünftigerweise rechnen müssen“⁸. Gegen die Gefahr kriegsgerichtlicher Auseinandersetzungen zwischen Staaten gibt es unter diesen Bedingungen keinerlei Lösung. Das ist für kritische Geister eine unerträgliche Lage. Die idealistische Haltung speist sich daher aus dem verständlichen Bemühen, mit Hilfe von Willensakten aus diesem „frustrierenden“ Rahmen auszubrechen. Im Unterschied zu Kritik und Engagement gegen

6 In der Reihenfolge der drei Zitate: Taureck in DK, S. 55 (sowie DW, S. 121), Liebsch in DK, S. 22 u. 24.

7 Vgl. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, § 331, S. 498.

8 Michael Howard, *The causes of war*, London 1983, S. 25, übers. u. zit. von Ekkehart Krippendorff, *Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft*, Frankfurt/M. 1985, S. 81 (=SK).

konkrete Kriege bleibt eine solche abstrakte Gesinnung gegen ‚Krieg an sich‘ nicht nur hilflos und ohne Folgen. Darüber hinaus erfordert und bindet sie menschliche Energie, die dann für den Widerstand gegen tatsächliche Kriege fehlt. Außerdem hilft das abstrakte Hochhalten edler Werte wider die unerfreuliche Realität, diese leichter auszuhalten. Das sind womöglich die Gründe, warum die idealistische Position, ähnlich wie die mit ihr verwandten moralischen oder moralisierenden Vorstellungen (s. dazu unten C), paradoxerweise gerade die Verhältnisse stärken, die sie zu kritisieren vorgeben.

Über das Völkerrecht hinaus wird Recht auch generell gerne in idealistischer Manier verkannt. Das zeigt sich besonders klar bei Taureck, wenn er ohne jeglichen empirischen Beleg behauptet: „Recht ist eine von allen Asymmetrien der Stärke und Schwäche freie Vorstellung gleicher Ansprüche verschiedener Menschen und Menschengruppen“ (DW, 85). Auf der gleichen idealistischen und realitätsfernen Linie liegt seine Interpretation des bekannten Ausspruchs zum Recht im sog. Melier-Dialog bei Thukydides. Für Taureck zeigt dieses Diktum aus dem Wortgefecht zwischen Abgesandten Athens und der Insel Melos während des Peloponnesischen Krieges, dass „Macht vor Recht geht“ (DW, 107). Doch tatsächlich sagt der antike Berichterstatter etwas deutlich anderes, nämlich „dass Recht im menschlichen Verkehr nur bei gleichem Kräfteverhältnis zur Geltung kommt“⁹. Recht erscheint darin nicht, wie Taureck meint, im Gegensatz zur Macht, sondern als spezifische Ausprägung von Macht.¹⁰

Taurecks Verständnis des Thukydides-Zitats wird womöglich durch zwei Faktoren erschwert. Zum einen benutzt er eine vielleicht unvollständige, jedenfalls aber missverständliche deutsche Übersetzung. In dieser folgt direkt auf den soeben zitierten Passus der Halbsatz: „die Stärkeren aber alles in ihrer Macht Stehende durchsetzen und die Schwachen sich fügen“¹¹. In der französischen Übersetzung werden die beiden zitierten Nebensätze durch folgende Worte getrennt und gegeneinander gestellt: „und dass, soweit dies nicht der Fall ist“.¹² Die Durchsetzungsmacht der

9 Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg*, übers. und hg. von H. Vretska u. H. Rinner, Stuttgart 2000 (Neuauf. 2016), V. Buch, § 89, zit. bei Taureck, DW, S. 78.

10 In diese Richtung aber auch Taureck selbst, ebd.

11 Wie Fn. 9. Mit ähnlichem Wortlaut allerdings auch die Übersetzung von August Horneffer (1957), neu herausgegeben Wiesbaden 2010, S. 425.

12 Thucydide, *La guerre du Péloponnèse*, Übers. Denis Roussel, Vorwort Pierre Vidal-Naquet, Paris 2000, V. Buch, § 89, S. 439. Die folgenden Zitate entstammen dem V. Buch in dieser Ausgabe.

Stärkeren stellt sich hier also als ausdrücklich in Gegensatz stehend zur von Machtgleichgewicht und Recht strukturierten Lage dar. In der o. g. deutschen Übersetzung ist dieser Gegensatz, wie das Wort „aber“ verdeutlicht, zwar noch spürbar, zumal es bei gleichem Kräfteverhältnis im Prinzip weder Stärkere noch Schwache gibt, doch stark verwischt. Zum anderen lässt sich Taureck in seiner Auslegung von Thukydides' Äußerung zum Recht dadurch behindern, dass er hierin zutreffend „eine Art Magna Charta des politischen Realismus“ (DW, 78) sieht. Wie bereits oben vermerkt, wird die materialistische Beschreibung der Wirklichkeit, ideologisch unverdächtiger als *Realismus* bezeichnet, häufig benutzt, um über diese deskriptive Wahrnehmung – meist unausgesprochen – ein präskriptives, konservatives Programm zu befördern. Muss aber die Möglichkeit eines manipulativen Missbrauchs der realitätsgetreuen Sicht dazu führen, sich stattdessen auf idealistische Hoffnungen zu verlassen? Die Frage stellen heißt auch schon, sie zu verneinen... Gleichwohl ist die realistische Einschätzung wohl auch Taureck nicht ganz fremd, denn er zitiert Mephistopheles aus Goethes *Faust*, wo es explizit heißt: „Man hat Gewalt, so hat man Recht.“¹³

Menschenrechte sind das bevorzugte Projektionsziel idealistischen Wunschdenkens. Bei Taureck findet sich eine solche Orientierung wohl nur unterschwellig, während Liebsch ausdrücklich vor der „Gefahr missbräuchlicher Berufung auf die Menschenrechte“ warnt und die „Kernfrage [... stellt], ob sich eine Politik im Zeichen der Menschenrechte vorstellen lässt, die sie nicht zur Rechtfertigung ärgster Gewalt gegen irgendwelche Feinde missbraucht.“¹⁴ Doch verdienen Menschenrechte so viel Wertschätzung? Hinter ihrem Pathos verbergen sich ganz normale sog. subjektive Rechte, deren Durchsetzung allgemein von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und im Besonderen von der Verfügbarkeit einer Justiz- und Polizeimacht abhängt. Es ist zweifelhaft, ob sich die Lage der Menschen durch die Entwicklung der Menschenrechte im Laufe der letzten Jahrhunderte verbessert hat... Statt durch die Anklage von Menschenrechtsverletzungen die Stärkung ihrer ideologischen Voraussetzun-

13 DW, S. 58 f., zit. nach Goethe, *Faust II*, 11.184.

14 Liebsch, in DK, S. 192.

gen zu betreiben, sollte man sich begnügen, ohne juristische Verschleiernung *Menschenverletzungen* anzuprangern.¹⁵

B. Die Bedeutung von Interessenwidersprüchen und Kräfteverhältnissen

Die Unterschiede zwischen materialistischer und idealistischer Sicht werden noch gravierender, wenn es um die in einer Situation oder bei einem Problem beteiligten Kräfte und Interessen geht. Das zeigt sich zunächst in Taurecks Behauptung, dass „Kriege [...] Ausdruck von gescheiterter Politik darstellen“ und „auf einer Illusion letztlich infolge Kriegs zu erreichender Vorteile“ beruhen¹⁶. Bei näherer Überlegung wird der abstrakte und verschleiernde Charakter dieser eingängigen Formulierungen deutlich. Das gilt auch für Taurecks unkritische Analyse von Heraklits Diskurs über Krieg, wo der altgriechische Autor in hypostasierender und personalisierender Weise von *dem* Krieg spricht, ohne dass Taureck hier widerspricht.¹⁷ Denn weder *Politik* noch *Krieg* sind Subjekte. Hinter diesen Worten verbergen sich die unterschiedlichsten Situationen und Menschen(gruppen). All* diese Akteure haben zwangsläufig mehr oder minder verschiedenartige Interessen. Es ist z. B. einleuchtend, dass Waffenproduzenten die Vorbereitung und den Ausbruch eines Krieges nicht als Scheitern verstehen können und ihre Profithoffnung nicht unbedingt einer Illusion entspringt (was allerdings nicht ausschließt, dass sie später dann von der prinzipiell unvorhersehbaren Dynamik der kriegesischen Gewaltentladung fortgerissen und vernichtet werden).

Von Krieg als gescheiterter Politik und Hort für Illusionen zu sprechen bedeutet also, die innerhalb einer Gesellschaft wirkenden Widersprüche zu

15 Vgl. insgesamt Pollmann, „Die Berufung auf Menschenrechte zum Zweck ihrer Überwindung. Menschenrechte, kapitalistischer Staat und soziale Bewegungen“, in: *Juridikum* Nr. 5 (1993), S. 24–28, <http://www.juridikum.at>; „Neocolonial and Idealist Human Rights Pitfalls“, über Makau Mutua, *Human Rights. A Political and Cultural Critique*, Philadelphia 2002, *Journal of Human Rights* Jan. 2005, S. 145–158; „Individualisme, double mesure et pathos moral. Une critique des droits de l’homme illustrée par des propos d’écrivains et de philosophes“, in: *Revue de la coopération transfrontalière* Nr. 29, Mai 2001, S. 22–29, <https://halshs.archives-ouvertes.fr>.

16 Taureck, A, S. 26; ähnlich in seinem Buch (DW, S. 63), wo zugleich die Hypothese formuliert wird, „dass Politik dort beginnt, wo Krieg scheitert“.

17 Vgl. Taureck, A, S. 36 u. 44. Kritisch demgegenüber Liebsch in DK, S. 39, 166.

vernachlässigen. Mangels Kenntlichmachung der Gegenspieler erschwert das auch politische Arbeit und gesellschaftliches Engagement gegen einen konkreten Krieg.

Eine andere, verbreitete idealistische Ausdruckweise liegt darin, Krieg als unvernünftig abzutun. Liebsch etwa kommt angesichts der „allgegenwärtigen Vernetzung von allem und jedem“ zum Schluss, dass der Gedanke an Krieg „gänzlich abwegig erscheint“¹⁸. Unser erster Einwand verweist auf die soeben herausgearbeitete Interessenwidersprüchlichkeit unter Menschen: Für Waffenhersteller etwa ist Krieg sehr wohl rational. Gewiss ist das keine allseitige und langfristige Vernünftigkeit. Rationalität und Vernunft müssen wohl als persönlich und situativ bedingt gedacht werden: Das dem außenstehenden Betrachter irrsinnig erscheinende Verhalten eines Selbstmörders, eines Schizophrenen oder auch eines Adolf Hitlers mag aus der jeweiligen Binnenperspektive die beste, womöglich die einzige Handlungsoption sein. Auch ist Vernunft im Zuge der Moderne immer stärker auf bloße Zweckrationalität reduziert worden.¹⁹

Der zweite Einwand beruht darauf, dass die Staatenkonkurrenz bei Liebsch wie auch bei Taureck weitgehend vernachlässigt wird. Sie lässt sich, einer Andeutung von Hegel²⁰ folgend, als internationale Aggregation der Rivalitäten unter individuellen Menschen verstehen. Soweit ihr Verlauf unter Waffeneinsatz möglich erscheint, ist es rational für jeden der beteiligten Akteure und aus seiner, auf die unmittelbare Konfrontation begrenzten Sicht, sich zu bewaffnen. Dass die aus dieser antagonistischen Struktur erwachsende Notwendigkeit zu kostspieligem, womöglich atomarem Wettrüsten und dank einer statistischen Wahrscheinlichkeit von 82 % (SK, S. 9) zum Ausbruch von mehr oder minder zerstörerischen Kriegen führt und dass laut einer empirischen Studie „zumindest Führende Staaten vergeblich Frieden und Sicherheit durch ihre bewaffneten Streitkräfte zu sichern versuchen“²¹, verringert nicht die (begrenzte) Rationalität der Rüstungsanstrengungen.

Zweifelsohne handelt es sich um eine perverse und absurde, aber dennoch unhintergehbare Rationalität. Wie Liebsch im Hinblick auf einen konkret drohenden Krieg zutreffend schreibt, „würde die konsequente

18 Liebsch, ebd. S. 57.

19 Vgl. Max Horkheimer, *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft* (1947), Frankfurt/M. 1997.

20 Vgl. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, § 331, S. 498.

21 Raoul Naroll u. a., *Military deterrence in history – a pilot cross-historical survey*, New York 1974, S. 342 f., übers. u. zit. von Krippendorff, SK, S. 280.

Weigerung, durch Verteidigung den Krieg zu entfesseln, auf die totale Auslieferung an den Feind hinauslaufen“; eine solche „pazifistische Illusion“ würde „aber keineswegs jener Logik entkommen, die das Äußerste heraufbeschwört und zur reziproken Gegenwehr herausfordert, wo immer die Gewalt des Krieges ihren eigentlichen Zweck erkennen lässt: den Sieg nämlich“.²² Und Taureck erklärt im historischen Rückblick gleichermaßen, „Ungleichgewichte führten stets zu annexionistischer Politik der Anneignung von fremdem Gebiet“²³.

Das Wettrüsten lässt sich mit anderen Strukturen grenzenloser Konkurrenz vergleichen, z. B. dem Hochleistungssport, den elektronisch abgewickelten Finanzspekulationen und dem Ringen um die höchstmögliche Rendite. Der sportliche Wettkampf nötigt die Protagonisten zu übermäßigen, für Körper und Geist schädlichen Anstrengungen oder Aufputschmitteln. Die ständige Erhöhung der Transaktionsgeschwindigkeiten auf Finanzmärkten vergrößert die Gefahr von Krisen durch panikartige Kettenreaktionen. Und betriebswirtschaftliche Bemühungen um die Steigerung der Profitrate eines Unternehmens münden in die volkswirtschaftliche Tendenz fallender Profitraten.²⁴ In allen diesen Bereichen ist das beschriebene Handeln der jeweiligen Akteure rational und *zugleich* schädlich, wenn nicht ruinös. Für die begrenzte Rationalität von Krieg und Rüstung gibt es zahlreiche Beispiele. So vermutet Taureck mit einigem Recht, die NATO hätte 1999 keinen Bombenkrieg gegen Jugoslawien geführt, wenn dessen Armee Atomwaffen besessen hätte.²⁵ Dementsprechend darf man annehmen, dass im Unterschied zum militärisch schwachen Irak bislang der Iran und Nordkorea deshalb nicht von den USA angegriffen worden sind, weil beide Länder über erhebliches, womöglich atomar gestütztes Vergeltungspotential verfügen. Schließlich wurden die vom US-Generalstab in der zweiten Hälfte der 1940^{er} Jahre geplanten Atomkriege gegen die Sowjetunion²⁶ wahrscheinlich nur durch deren rechtzeitige Nuklearbewaffnung verhindert.

22 Liebsch, in DK, S. 240.

23 Taureck in DK, S. 100.

24 Vgl. Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion*, hg. von Friedrich Engels (1894), Marx-Engels-Werke Bd. 25, Berlin-Ost 1979, S. 221–277.

25 Vgl. Taureck in DK, S. 99.

26 Vgl. Bernd Greiner, Kurt Steinhaus, *Auf dem Weg zum Dritten Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation*, Köln 1980.

Die Problematik wird besonders deutlich in Taurecks eingehender Studie des schon erwähnten Melier-Dialogs²⁷. Ekkehart Krippendorff sieht in dieser Verhandlung und ihrem blutigen Ausgang eine „Logik, die Thukydides als [global] irrational entlarvt, indem er für keine der beiden Seiten Partei ergreift und nur ihr gegenseitiges Sichzugrunderichten beschreibt“ (SK, S. 382). Taureck ergreift für die Melier Partei, was zwar verständlich ist, denn es sind die Athener, die mit starker Übermacht angreifen. Doch sind keine Anzeichen dafür erkennbar, dass die Melier *prinzipiell* ‚besser‘ als die Athener seien. Im Gegenteil, sie warnen letztere, dass, „wenn ihr den Krieg verliert, wir euch [...] eine umso schrecklichere Strafe beibringen werden“ (§ 90 im Melier-Dialog). Und die Behauptung der Athener, die Melier würden genauso handeln wie sie selbst hätten sie die militärische Stärke (§ 105), bleibt von letzteren unwidersprochen. Auf Grund seiner Einseitigkeit verkennt Taureck die Rationalität in der Argumentation der Athener: Als sie auf die Frage der Melier, warum es in ihrem Interesse liegen könne, deren „Sklaven“ zu werden (§ 92, wobei dieser affektgeladene Begriff über die von den Athenern angestrebte Tributpflichtigkeit [§ 111] hinausgeht), antworten, „weil ihr, indem ihr euch uns unterwerft, das Schlimmste verhütet, und wir, indem wir euch schonen, Einkünfte aus eurer Siedlung ziehen können“ (§ 93). „Denn wir wollen unsere Herrschaft über euch ohne Mühsal errichten und euch in unserem wie in eurem Interesse unversehrt lassen“ (§ 91). Taurecks Verständnis ist wohl dadurch behindert, dass er diese Beweisführung als arrogant oder zynisch wahrnimmt.

Aus materialistischer Sicht verfehlt Taureck auch auf Seiten der Melier den zentralen Punkt. Wahrscheinlich ist es nämlich *Stolz*, der es ihnen verbietet, sich den Athenern ohne Kampf zu ergeben: „so wäre es doch von uns noch Freien gar zu feige und verachtenswert, nicht jeden Weg zu versuchen, um der Knechtschaft zu entgehen“ (§ 100). Sie praktizieren genau jene selbstzerstörerische Vorstellung von Ehre, vor der die Athener sie warnen (§ 111). Ihr Beharren auf Krieg ist fast genauso verantwortungslos, insbesondere gegenüber ihren eigenen, an den Verhandlungen gar nicht beteiligten Frauen und Kindern, wie der Herrschaftsanspruch und die Kriegsdrohung der Athener. Liebsch stellt treffend fest: „Erst mit der Verteidigung beginnt ja der Krieg, wenn wir [Carl von] Clausewitz folgen.“ „Die Gewalt des Krieges hat aber keine Macht über uns, wenn es

27 Taureck, A, S. 27–29, u. in DW, S. 69–109.

den Angegriffenen frei steht, sich *nicht* zu wehren.“²⁸ Und genau das steht den Meliern frei, wenn sie sich denn von ihrer Ruhmbegierde lösen.

Krieg ist im Wesentlichen ein zwischenstaatliches Phänomen. Doch auch die innerstaatliche Interessenwidersprüchlichkeit wirkt auf die internationalen Rivalitäten ein und kann bis zum Krieg führen. Taureck macht hier dankenswerter Weise deutlich, wie stark wir in der westlichen Welt Opfer sind einer selbstzufriedenen „Täuschung [...], wonach republikanisch bzw. demokratisch verfasste Staaten eine gewisse innere Garantie des äußeren, zwischenstaatlichen Friedenszustands bieten“ (DW, 111). In der gleichen Richtung erinnert er an „die absolute Einflusslosigkeit der [die Gesellschaft demokratisierenden] Französischen Revolution auf das System des klassischen Völkerrechts [... und der staatlichen] Souveränität [... mit ihrer] spannungs- und kriegsverursachende[n] Wirkung“²⁹.

Diesen nüchternen Worten zum Trotz behauptet Taureck: „Das nach innen demokratische Athen verhält sich nach außen beutekriegslüstern. Das nach innen oligarchische Melos tritt außenpolitisch nach demokratischen Grundsätzen der Völkerverständigung und des Selbstbestimmungsrechts von Gemeinschaften auf“ (DW, 109). Das grundlegende Problem liegt hier – wie auch allgemeiner bei seinem Postulat einer „Spaltung des Staatshandelns in gesetzeskonformes Verhalten nach innen und ein Verhalten der Aneignungsgewalt nach außen“ (DW, 100) – in idealistisch-moralischen Werturteilen.

Unsere Bedenken sind vielschichtig. Auf einer ersten Ebene ist zu beobachten, dass Taureck den aus dem militärischen Ungleichgewicht erwachsenden rhetorischen Unterschied zwischen Athenern und Meliern nicht berücksichtigt. Während die Athener es sich aufgrund ihrer Stärke erlauben können, ihre Tributforderungen ohne Beschönigung vorzutragen, sehen sich die Melier gezwungen, ihren Kampf ums Überleben in Unabhängigkeit in auch für den Gegner attraktive Worte zu kleiden. Indem Taureck diese Erklärungen für bare Münze nimmt, so als ob das Reden der Melier notwendig auch ihr Verhalten und Handeln widerspiegele, rechtfertigt sein oberflächlicher Vergleich der beiden Redepositionen ganz zwanglos die Parteinahme für Melos. Sodann müssten die in obigen Zitaten durchscheinenden Werturteile geprüft werden. Auf einem noch grundsätzlicheren Niveau entspringt die „Spaltung des Staatshandelns“ mangels

28 Liebsch in DK, S. 239.

29 Otto Kimminich, *Einführung in das Völkerrecht*, Tübingen ¹⁰2014, S. 66 f., zit. bei Taureck, DW, S. 110.

Identität des Subjekts *Staat* einer idealistischen Täuschung. Denn der zwischen Frieden und Krieg entscheidende Staat ist auf internationaler Ebene *Partei*, also nicht derselbe wie der im nationalen Rahmen – dem Anspruch nach mehr oder weniger neutral – agierende *Garant* des gesellschaftlichen Friedens.

Die Analyse von Staatlichkeit ist für das Verständnis von Krieg von entscheidender Bedeutung, wird aber von Taureck nur unzureichend geleistet. Eine solche Untersuchung soll hier nicht versucht werden und auch die an Erkenntnissen überreiche, für dieses Thema zentrale, aber von Taureck offenbar nicht näher berücksichtigte Studie von Krippendorff (*Staat und Krieg*) können wir hier nicht auf den Punkt bringen. Nur zwei wesentliche Aspekte seien erwähnt. Zum einen lässt sich der Staat als institutionell verdinglichte, auf Gewalt beruhende Herrschaft über eine Bevölkerung begreifen.³⁰ Diese nach innen wirkende, gewalttätige Grundlage von Staatlichkeit ist offensichtlich verwandt und verknüpft mit der nach außen gerichteten Kriegsgewalt, was sich überspitzt vielleicht in die Formel pressen lässt: „Staat ist Krieg“³¹. Zum anderen soll an das totalitäre Wesen des Staates³² erinnert werden. Es erweist und materialisiert sich im Krieg: Der Jurist Carl Schmitt stellt zur „Totalität des Kriegszweckes“ fest: „Sie äußert sich [...] nicht nur als Totalitätsanspruch der Kriegführung, sondern auch als Totalitätsanspruch der politischen Staatsführung und ebenso der Wirtschaftsführung.“³³

Schließlich sei noch Taurecks Hegelrezeption zum Krieg erwähnt. Aus den bereits zitierten Feststellungen zur bislang unüberwindbaren Staatenkonkurrenz und ihrer Verlängerung in der Aussage, die „*Kantische* Vorstellung eines ewigen Friedens durch einen Staatenbund [...] setzt die *Einstimmung* der Staaten voraus“³⁴, folgert Hegel: „Der Streit der Staaten kann deswegen, insofern die besonderen Willen keine Übereinkunft finden, nur durch *Krieg* entschieden werden.“³⁵ In Taurecks idealistischer

30 Vgl. Krippendorff, SK, S. 19, 275, u. a.

31 Bernard Charbonneau, *L'État* [1949], Paris 1987, S. 416 (Neuausgabe Paris 2020).

32 Zur totalitären Entwicklung der westlichen Welt vgl. jüngst Marc Weinstein, *L'évolution totalitaire de l'Occident. Sacralité politique I*, Paris 2015, sowie Jean Vioulac, *La logique totalitaire. Essai sur la crise de l'Occident*, Paris 2013. S. auch Charbonneau, *L'État*, S. 403 (S. 404).

33 Carl Schmitt, *Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches*, Hamburg 1934, zit. bei Krippendorff, SK, S. 198.

34 Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, § 333, S. 500.

35 Ebd. § 334.

Lesart wird aus Hegels logisch zwingendem Schluss „[e]ine merkwürdige Notwendigkeitsaussage [...], dass bestehende Differenzen am Ende allein durch Krieg ausgetragen werden können“, womit Hegel „Krieg als etwas nicht Vermeidbares hinstellt“ (A, S. 35). Doch Hegel sagt lediglich, dass *wenn* die streitenden Staaten keine Verständigung zustandebringen, der Krieg die zwangsläufige Folge ist. Gewiss hat diese Formulierung einen zirkulären Charakter, den auch Taureck spürt, wenn er, Hegels Gedanken zusammenfassend und leicht karikierend, schreibt, „Krieg ist deshalb notwendig, weil eine kriegerische Beendigung von Differenzen notwendig ist“ (ebd.). Taureck scheint die Zirkularität als Argumentationsfehler bei Hegel zu begreifen, während sie in Wirklichkeit in der Natur des Streites liegt: Wenn zwei sich streiten und – meist mehr oder minder unbewusst – entscheiden, sich weder zu einigen noch auseinanderzugehen, so führen die emotionale Dimension des Konflikts und die menschliche Aggressivität dazu, dass es irgendwann handgreiflich wird... Offen zirkulär gesprochen: Wenn Streitende gewalttätig werden wollen, ist Gewalt unvermeidlich! Doch das ist keine abstrakte „Notwendigkeitsaussage“, sondern vielmehr eine am Wollen und Entscheiden der Streitenden hängende Bedingtheit. Krieg ist also *niemals* eine Notwendigkeit, weil jede der Parteien sich jederzeit zur Verhandlung und Übereinkunft, wenn nicht zur Aufgabe ihrer Ansprüche entschließen könnte.

Trotz dieser kritischen Worte teilen wir Taurecks Einschätzung zu Hegel. Für dessen Argumentation zum Krieg trifft zu, was oben zur ‚realistischen‘ Version der materialistischen Herangehensweise gesagt wurde: Sein *beschreibender* Nachweis der Zwangsläufigkeit von Krieg im Falle der im Streit auf ihren Standpunkten beharrenden Staaten dient der *normativen* Kriegslegitimation aus Sicht der Sieger. Statt wie Taureck Hegel nur „fehlerhafte Verallgemeinerungen“ (A, S. 34) vorzuwerfen, erscheint es ergiebiger, seine Kriegsphilosophie rückblickend als rechtfertigende, wenngleich weder nationalistische noch bellizistische³⁶ Konzeptualisierung des aufstrebenden preußischen und deutschen Imperialismus zu lesen.

36 Vgl. Henning Ottmann, „Die Weltgeschichte (§§ 341–360)“, in: Ludwig Siep (Hg.), *G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Berlin ²2005, S. 267–286 (269–273).

C. Moral und Moralisierung als Hemmung von Bewusstseinswandel

Die idealistische Orientierung geht regelmäßig mit Entrüstung oder anderen Gefühlserregungen einher. So wie gegen Hegel und die Athener scheint Taureck sich gegen Karl Poppers Heraklit-Lektüre zu empören. Heraklit meinte: „Krieg ist Vater und König von allen Dingen. Er erweist einige als Götter und andere als bloße Menschen; diese macht er zu Sklaven, jene zu Herren.“³⁷ Popper erklärt dazu, „als typischer Historizist akzeptiert er das Urteil der Geschichte als ein moralisches; denn er ist der Ansicht, dass der Kriegsausgang stets gerecht sei“.³⁸ Taureck versteht diese Interpretation so: „Eine provokative These! Der Ausgang des antiken Krieges, die Versklavung der Besiegten und das freie Schalten der Sieger, wird als moralisch gerechtfertigt behauptet. [...] Doch wo sagt Heraklit dies? Enthält er sich einer moralischen Bewertung des Kriegsausgangs [...]? Die Frage ist die Antwort: [...] er enthält sich. Poppers Diktum geht eindeutig über Heraklit hinaus“ (A, S. 41 f.). Diese Interpretationskette von Heraklit über Popper bis zu Taureck dokumentiert vor allem die Schwierigkeit, beschreibende Äußerungen nicht auch als moralische Bewertungen zu lesen. Wir stimmen mit Taureck überein, dass Heraklit keine Wertung vornimmt, weder im soeben zitierten Fragment 53, noch in zwei anderen, moralische Unterscheidungen bestreitenden Aussagen: „Für die Götter, alle Dinge sind schön und gut und gerecht; die Menschen hingegen haben manche Dinge als gerecht, andere als ungerecht angenommen.“³⁹ „Das Gute und das Böse sind identisch.“⁴⁰

Als zweites Kettenglied erscheint auch uns Poppers allzu kurze Interpretation mit den Worten *moralisch* (1) und *gerecht* (2) als tendenziös. Zu 1: Im Gegensatz zu seinem Verständnis sieht Heraklit das Urteil der Geschichte als amoralisch, wie die obigen Zitate deutlich machen. Zu 2: Dass der Kriegsausgang laut Heraklit immer gerecht sei, ist eine mehrdeutige Auslegung Poppers. Sollte er damit meinen, Heraklit sehe ihn „als moralisch gerechtfertigt“ an (wie Taureck schreibt), so irrt er, weil der antike

37 Heraklit, Fragment B 53, auf Englisch zit. bei Karl R. Popper, *The open society and its enemies*, Bd. I: *The spell of Plato* (1945), London ⁴1962, S. 16, nach Hermann Diels, Walther Kranz, *Die Vorsokratiker*, Berlin ⁵1934–1937, Autor Nr. 22.

38 Popper, *The open society and its enemies*, S. 16.

39 Heraklit, Fragment B 102, zit. bei Popper, *The open society and its enemies*, S. 17.

40 Heraklit, Fragment B 58, zit. bei Popper, ebd. S. 17.

Autor sich einer moralischen Sicht ja gerade verweigert. Allerdings lässt sich Poppers extrem kurze, lediglich im Adjektiv *gerecht* (auf Englisch *just*) ausgesprochene Lesart Heraklits auch als bloße *Beschreibung* der Vermutung verstehen, dass Heraklit sich implizit den Standpunkt der Götter zu eigen mache, für die alle Dinge, also auch die Ergebnisse von Kriegen „gerecht“ seien. Wie dem auch sei, indem Taureck aus dem von Popper gebrauchten einzigen Wort „gerecht“ die Wendung „moralisch gerechtfertigt“ macht und durch allerlei konkrete, hier nicht zitierte Beispiele und Folgen (A, S. 41 f.) den Wertungsgehalt steigert, mindert er die beschreibende und vergrößert er die normative Dimension in Poppers Heraklit-Interpretation. Mit dem Wort *gerechtfertigt* wird, deutlich stärker als mit *gerecht*, eine Legitimation durch Menschen ins Spiel gebracht, was das moralische Gewicht der Aussage erhöht. Mit anderen Worten, so wie Popper Heraklit vielleicht irrig als Moralisten darstellt, so geht auch Taurecks Diktum seinerseits über Popper hinaus.

Eine idealistische Haltung zeigt sich ebenfalls in Taurecks Lösungsvorschlägen zur Kriegsproblematik. So fragt er: „Vermag jene Erwartungsspannung, mit der Milliarden Menschen bloße Lust am Zuschauen von friedfertigen Fußballvorgängen investieren, nicht ebenfalls friedensgenerierend wirken?“ (A, S. 53.) Die hier zum Ausdruck kommende Hoffnung erschreckt – oder verblüfft ob ihrer Naivität. Es ist hier nicht möglich, eine auch nur halbwegs fundierte Analyse des Sports⁴¹ vorzulegen. In aller Kürze sei lediglich gesagt: Sport ist erstens – nicht nur, aber auch – Kampf gegen Leben und Lebendigkeit. Eine mechanistische und eindimensionale, insbesondere rein quantitative Vorstellung menschlicher Existenz orientiert auf physische Leistung und Steigerung und begünstigt Konkurrenz, Auslese und Rangordnung. Zweitens ist Sport aber auch Ersatzkrieg, und zwar ein ritualisierter Streit der Wettkampfteilnehmer und ein Ersatzgefecht der Zuschauer. Dazu gehört die Förderung militärischer Werte und Einstellungen bis hin zu einer faschistoiden Dressur: Hierarchie, Gehorsam, Uniformität; Leidensfähigkeit, Opferbereitschaft, Virilität, Heldentum; Orientierung auf Erfolg durch Sieg über den Gegner, Triebenthemmung und -entladung; und schließlich, für die Kriegsproblematik

41 Vgl. Gerhard Vinnai, *Fußballsport als Ideologie*, Frankfurt/M. 1970, korr. digitale Ausgabe 2006 mit neuem Vorwort: www.vinnai.de. S. von Jean-Marie Brohm unter anderem: *Sport: A prison of measured time*, London 1989, u. *La violence sportive: Une aliénation de masse*, Alboussière/Ardèche 2019.

entscheidend, die Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls territorialer Gemeinschaften, insbesondere des Nationalismus‘.

An weiteren Alternativen hält Taureck es vor allem für „wünschbar, dass beim ersten Nahen von Kriegswolken nicht nur national, sondern international mit Generalstreik gedroht wird“, womit „kriegsdesillusionierte internationale Solidarität“ praktiziert würde (A, S. 53). Diese Worte sind interessant, wenn man sie subversiv wendet. Da es bei der praktisch wirksamen Kriegsvermeidung darum geht, die zwischenstaatlichen Rivalitäten durch Entwicklung der sozioökonomischen Auseinandersetzungen *innerhalb* der beteiligten Gesellschaften zu entschärfen, müssten Taurecks Vorschläge in die Richtung einer berühmten, zugegebenermaßen etwas martialischen Losung zugespitzt werden: „Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!“ (Karl Liebknecht im Mai 1915)⁴².

Damit die Kriegsbereitschaft sinkt, so beschwört uns Taureck ebenso, „müsste unser Verhalten einer sokratischen Wertumstellung folgen, der zufolge Unrecht leiden akzeptabler ist als Unrecht tun“ (DW, 34). In die gleiche Richtung verkündet Nietzsche: „Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war, aus einer Höhe der Empfindung heraus, – das ist das Mittel zum wirklichen Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muß“⁴³. Diese idealistischen Wunschgedanken lassen sich vielleicht produktiv aufgreifen. Dazu wäre jedoch erforderlich, sich stärker mit der in den Krieg verwobenen Gefühlswelt zu befassen.

2. Die zentrale Bedeutung der psychisch-affektiven Dimension

Neben materiellen Interessen und Motiven spielen Emotionen – bei den Herrschern verbunden namentlich mit Ruhm, „Macht, Prestige, Ehre, Glaubwürdigkeit, Bündnistreue“⁴⁴ – sowie das Un(ter)bewusste für die Führung eines Krieges wahrscheinlich eine zentrale Rolle. Taureck erörtert diese Problematik nur am Rande. In einem ersten Schritt stellt Krieg sich als komplexe Externalisierung menschlicher Aggressivität dar (A).

42 Karl Liebknecht, *Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Ausgewählte Reden und Aufsätze*, Berlin-Ost 1952, S. 296–301 (Neuaufgabe Berlin 2017).

43 Friedrich Nietzsche, *Menschliches, Allzumenschliches. Ein Buch für freie Geister* (1886), Bd. II, 2. Abt.: „Der Wanderer und sein Schatten“, *Kritische Studienausgabe*, hg. von G. Colli, M. Montinari, München 21988, Nr. 284, S. 678; ähnlich Liebsch in DK, S. 239 f.

44 Krippendorff, SK, S. 54 f. Vgl. am Beispiel des Falkland/Malwinen-Kriegs ebd. S. 75 f.

Sodann wird es um die Rolle des Gruppenzwangs in der gegenseitigen Eskalation zwischen den Kriegsgegnern gehen (B), bevor schließlich die psychische Formatierung der jeweiligen Bevölkerungen und ihres staatlichen Führungspersonals zur Sprache kommen soll (C).

A. Krieg als Externalisierung männlicher Aggressivität

Zur Rolle des Aggressionstriebes behauptet Krippendorff einerseits, „[d]ie Kriegs- und Machtpolitik der Herrschaft hat nichts zu tun mit der psychologischen Kategorie von Aggressivität [...]. Militärapparate sind Herrschaftsinstrumente und nicht kanalisierte Aggressions-Aggregate, ihre Regeln und Rituale haben den expliziten Zweck, dem einzelnen seine natürliche Angst vor der Gewaltanwendung zu nehmen, ihm ‚Mut‘ zu machen, nicht aber einer angeblichen Aggressionsbereitschaft ein kriegesisches Betätigungsfeld zu geben.“⁴⁵ Die hier aufscheinende Entgegensetzung von Herrschaft und Aggressivität erscheint voreilig und zweifelhaft, weil Herrschaft ohne Unterwerfung und die damit zusammenhängende Umlenkung individueller Aggressivität wohl nicht denkbar ist. Im Übrigen läuft das Mutmachen zur Gewaltanwendung doch wohl darauf hinaus, individuelle Angriffslust zu steigern bzw. freizusetzen. Andererseits zitiert Krippendorff ausführlich den gewissenhaften bürgerlichen Historiker Friedrich Meinecke, der den Krieg als „Durchbruch des Naturzustandes durch die Normen der Kultur“ sieht.⁴⁶ Ähnlich urteilt Sigmund Freud: „der Krieg [...] streift uns die späteren Kulturauflagerungen ab und läßt den Urmenschen in uns wieder zum Vorschein kommen.“⁴⁷ Meinecke und Freud gehen wohl davon aus, dass diese beiden – aus heutiger Sicht rein imaginären – Urzustände des Menschen sich durch ungezügelter Aggressivität und „Mordlust“ auszeichnen.⁴⁸ Diese, auch heute noch verbreitete Annahme lässt sich jedoch auf Grund jüngerer anthropologischer und archäologischer Forschungen in Zweifel ziehen.

45 Ebd. S. 75.

46 Friedrich Meinecke, *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte I*, München 1924 (³1963, Neuaufl. Berlin 2016), S. 15, zit. bei Krippendorff, SK, S. 20.

47 Sigmund Freud, „Zeitgemäße über Krieg und Tod“ [1915], in: *Gesammelte Werke*, Frankfurt/M. 1999, Bd. X, S. 324–355 (354).

48 So ausdrücklich Freud, ebd. S. 345 f.

Danach waren die ersten bekannten Gesellschaften und Kulturen zwischen Südosteuropa und dem Mittleren Osten in den Jahren 7000 bis 3500 vor Christi sowohl friedfertig als auch von Gleichstellung der Geschlechter, wenn nicht einem Vorrang des weiblichen gekennzeichnet. Das gilt insbesondere für die Völker des sog. Alten Europas und des Nahen und Mittleren Ostens wie Hacilar und Çatal Hüyük, die über eine Zeitspanne von 1500 Jahren keine Anzeichen kriegerischer Zerstörung zeigen, wobei Çatal Hüyük sich zugleich als eine auf Weiblichkeit zentrierte Gesellschaft darstellt. Die spätere Entwicklung zu militärischer Aufrüstung und kriegerischer Konfrontation ist erklärbar dadurch, dass jene Völker von patriarchalischen und angriffslustigen Stämmen zwischen 4300 und 2800 vor Christi überrannt worden seien. Dieses Erklärungsmuster beruht auf der Hypothese eines Zusammenhangs zwischen patriarchalischer Frauenunterdrückung im Innern einer Gesellschaft und der kriegerischen Haltung nach außen. Es ist von der austro-amerikanischen Kulturhistorikerin Riane Eisler in ihrem – von der Anthropologin Ashley Montagu als „das wichtigste Buch seit Darwins *Origin of species*“ bezeichneten – Werk *Kelch und Schwert* auf außerordentlich breit verwendeter Quellenlage entwickelt worden.⁴⁹

Die hier behauptete, theoretisch wie empirisch feststellbare Kausalität zwischen patriarchalischer Zivilisation und kriegerischer Aggressivität könnte eine Stütze finden in den sozialpsychologischen Forschungen zu männlicher Gewalttätigkeit von Klaus Theweleit: „in einer patriarchalischen Gesellschaft ist der [männliche] Körper für den Kampf modelliert“.⁵⁰ Ähnlich sieht der eher konservative britische Militärhistoriker Michael Howard einen Grund für Krieg in „einem dunklen, fast bösartigen Trieb der Selbstbestätigung der eigenen Männlichkeit“⁵¹ bei den beteiligten Akteuren.

Statt wie Taureck eine abstrakte „Wertumstellung“ zu postulieren, wäre mit Eisler die Stärkung eines auf Kooperation beruhenden Bewusstseins

49 Vgl. mit zahlreichen Nachweisen zum gesamten Komplex Riane Eisler, *The chalice and the blade. Our history, our future*, San Francisco 1988, S. XVIII, 13 f., 43 f., 48, 50, 54, 56 f., 188 (*Kelch und Schwert: Von der Herrschaft zur Partnerschaft. Weibliches und männliches Prinzip in der Geschichte*, München 1993).

50 Klaus Theweleit, „De Breivik aux terroristes, les tueurs de masse à travers l’histoire“, *Le Monde des livres* v. 29.3.2016, zu seinen Büchern *Männerphantasien* (1977/78), Berlin 2019, sowie *Das Lachen der Täter: Breivik u. a. Psychogramm der Tötungslust*, Salzburg/Wien 2015.

51 Howard in *Harper’s*, Feb. 1983, S. 68, zit. bei Krippendorff, SK, S. 88 f.

zu fördern, und zwar zur Umorientierung des Macht- und Kontrollstrebens und zwecks Wandels von einer Herrschafts- zu einer Partnerschaftsgesellschaft⁵². Zwar ist einzuräumen, „daß es keine Aussicht hat, die aggressiven Neigungen der Menschen abschaffen zu wollen“.⁵³ Wohl aber können die Auswüchse des Aggressionstriebes zum einen sublimiert und gesellschaftlich umgebildet⁵⁴, zum anderen durch Unterstützung des Liebestriebs kompensiert werden, denn „[a]lles, was Gefühlsbindungen unter den Menschen herstellt, muß dem Krieg entgegenwirken“.⁵⁵ Dazu gehört wahrscheinlich auch die Rücknahme oder zumindest Abmilderung der in den letzten Jahrhunderten erfolgten Spezialisierung, denn „je mehr Arbeitsteilung desto kriegigerischer“⁵⁶. In der Tat, diese beiden Prozesse und die mit ihnen einhergehende Mechanisierung bedeuten, dass sich im Krieg alle beteiligten Akteure vom Leiden aller anderen entfernen. All‘ das mindert nicht nur das die Kriegslust dämpfende Mitgefühl, sondern verringert auch die aggressionshemmende Konfrontation mit dem eigenen Tod. Damit sich Eislers Programm verwirklichen kann, kommt es wohl entscheidend darauf an, ob es als wirkungslose Sonntagspredigt an – psychisch bereits formierte – Erwachsene gerichtet oder als Erziehungsmaxime mit – psychisch noch offenen – Kindern *praktiziert* wird. Mit Kindern beginnend ist die von Taureck erhoffte Wertumstellung als generationenübergreifender Prozess also sehr wohl möglich; sie stellt sich konkret dar als eine „bei jeder neuen Generation [...] weitergehende Triebumbildung als Trägerin einer besseren Kultur“⁵⁷.

B. Von kollektiver Identifikation zur gegenseitigen Eskalation

Taureck kommt der Verdienst zu, eine schon bei Clausewitz auftauchende Idee zuzuspitzen, nämlich die Erkenntnis, dass im Krieg jeder der Gegner dem anderen dessen Handeln unter Strafe seines Untergangs vorschreibt,

52 Vgl. Eisler, *The chalice and the blade*, S. 192 f., 195 f., 199 f., 201 f. sowie ihre neueren Bücher.

53 Freud, „Warum Krieg?“ (Brief an Albert Einstein, 1933), in: *Gesammelte Werke*, Frankfurt/M. 1999, Bd. XVI, S. 10–27 (23).

54 Vgl. Freud, „Zeitgemäßes über Krieg und Tod“, S. 332–333.

55 Freud, wie Fn. 53.

56 Quincy Wright, *A study of war*, Chicago 1964, S. 39, zit. u. fortgeführt von Krippendorff, SK, S. 45 f.

57 Freud, „Zeitgemäßes über Krieg und Tod“, S. 336.

und in dieser „Wechselwirkung“ „steigern sich beide bis zum äußersten“ bei der Kriegsgewalt, weil es „in der Anwendung derselben keine Grenzen“ gibt.⁵⁸ Taureck spricht von maximaler Entfesselung und Entgrenzung zum Zwecke der „Feindvernichtung“ bzw. „Feindausschaltung“ (DW, 53). Diese Einsicht ist durch die Verbreitung von Clausewitz' bekanntem Spruch vom Krieg als bloßer „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“⁵⁹ verdrängt worden. Der Kulturanthropologe René Girard hat ihr ein wichtiges, von Taureck offenbar nicht berücksichtigtes Buch gewidmet.⁶⁰ Er zeigt, dass die von Clausewitz im modernen Krieg erkannte „*montée aux extrêmes*“ (Zuspitzung, Verschärfung oder Eskalation) in der mimetischen, d. h. das Begehren der anderen nachahmenden Gegenseitigkeit liegt.⁶¹ Wechselwirkung und Gegenseitigkeit bedeuten in zeitlicher wie kausaler Hinsicht letztlich, dass es weder Angreifer noch Angegriffene gibt: „Der Angreifer ist [vorher] immer schon angegriffen worden“⁶², hat jedenfalls stets die entsprechende subjektive Wahrnehmung.

Doch der tiefere, psychologische wie geschichtliche Grund dieser Eskalationslogik ist damit wohl noch nicht erfasst. Zu diesem Zweck ist es notwendig, auf die Anerkennungsstruktur in menschlichen Kollektiven einzugehen. Menschen können die für ihr Leben unabdingbare Anerkennung von ihrer Familie, der Gesamtgesellschaft oder anderen Gruppen erhalten. Das Anerkennungsbedürfnis des Einzelnen wird umso größer sein, als das jeweilige Kollektiv und er selbst in Konflikt zu anderen Gruppen stehen. Zugleich ist es gerade ein solcher Konflikt, der das Potential einer Gemeinschaft erhöht, Anerkennung zu erteilen. Denn ein Zusammenschluss von Menschen definiert sich durch seine Grenze nach außen und nicht über das kulturelle Material, das von dieser Grenze umschlossen wird.⁶³ Identität entsteht also mittels Anerkennung im und seitens des Kollektivs, ist aber zugleich nur durch Abgrenzung vom Anderen möglich

58 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege* (1832–34), Frankfurt/M. 1981, S. 18 f.

59 Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 34.

60 René Girard, *Achever Clausewitz. Entretiens avec Benoît Chantre*, Paris 2007 (*Im Angesicht der Apokalypse: Clausewitz zu Ende denken*, Berlin 2014).

61 Vgl. Girard, ebd. S. 32, 38 f., 51, 53 f., 55–58.

62 Girard, ebd. S. 53; vgl. S. 60, 88–90.

63 Vgl. Fredrik Barth: „Introduction“, in ders. (Hg.), *Ethnic groups and boundaries. The social organization of culture difference*, London 1969, S. 9–38 (15).

und stellt sich demnach vor allem negativ her.⁶⁴ Wegen dieser „Selbstdefinition durch Feindmarkierung“⁶⁵ müssen identifikatorische Abhängigkeit und Abgrenzung vom Anderen als zusammengehörig und zirkular gedacht werden. Der identifikatorische und Anerkennungsbeitrag des Kollektivs zugunsten des Individuums verlangt von diesem wohl eine Gegenleistung. Er wirkt wie eine „Prämie für Böswilligkeit“ und verändert auch gutwillige Menschen. Es entwickelt sich also ein emotionaler Druck, der Einzelne möge die Gemeinschaft durch aggressives Auftreten gegen die Außenwelt stärken. Das dürfte letztlich der Grund sein, warum es in kollektiven Auseinandersetzungen und vor allem im Krieg auf allen Seiten *notwendigerweise* immer Scharfmacher gibt, die den Konflikt anheizen.⁶⁶

C. Die Formatierung von Bevölkerung und staatlichem Führungspersonal

Krieg erfordert eine mehr oder minder geeinte Bevölkerung. Diese Einiung entspricht der soeben erörterten Anerkennungs- und Identifikationsdynamik und bedeutet praktisch, wie bereits ausgeführt, dass die internen von den externen Interessenwidersprüchen verschleiert werden. Dieser Prozess ist das Ergebnis einer vielfältigen und komplexen Formatierung der Bevölkerung, die vor allem vom „modernen Staat als Disziplinierungsanstalt“ (SK, 33) durchgeführt wird.⁶⁷ Wesentliches Instrument dabei sind Patriotismus bzw. Nationalismus⁶⁸, welche direkt an die oben erwähnten individuellen und kollektiven Anerkennungsbedürfnisse anknüpfen. Die Formatierung der Bevölkerung lässt sich exemplarisch am Sozio-

64 „One of the surest ways to confirm an identity, for communities as well as for individuals, is to find some way of measuring what one is not“; Kai Erikson: *Wayward puritans: a study in the sociology of deviance*, New York 1966, S. 64 u. a. (Die widerstrebendsten Puritaner: zur Soziologie abweichenden Verhaltens, Stuttgart 1988).

65 Hagen Schulze, *Gibt es überhaupt eine deutsche Geschichte?* Berlin 1989, S. 28.

66 Pollmann, „L'étendue de l'inconscient individuel, facteur de conflit collectif. Pour un matérialisme psychologique“, dans M.-Cl. Caloz-Tschopp (dir.), *Colère, courage et création politique* (7 Bde.), Bd. 3: *La colère, une passion politique?*, Paris 2011, p. 261 à 280 (268); <https://hal.archives-ouvertes.fr>.

67 Vgl. Krippendorff, SK, S. 27 ff., beispielhaft verdeutlicht an der Wiederaufrüstung Westdeutschlands, S. 64 ff., und in den USA beim Vietnam-Krieg, S. 77 ff.

68 Vgl. Leo N. Tolstoi, *Rede gegen den Krieg. Politische Flugschriften*, Frankfurt/M. 1983, auszugsweise zit. und kommentiert bei Krippendorff, SK, S. 406–411.

logen Max Weber verdeutlichen, bei dem „[d]er schließliche Ertrag der militärischen Erziehung [...] eine große Bewunderung für die [kriegerische] *Maschine* [war], dazu kriegerisch-patriotische Gesinnung, die ihn die Gelegenheit ersehen ließ, einmal an der Spitze seiner Kompanie ins Feld zu ziehen“⁶⁹. Dank seiner eigenen Zurichtung lässt Weber während des I. Weltkriegs alle ansonsten von ihm propagierte Wertneutralität der Wissenschaft fahren, um seinerseits an der patriotisch-kriegerischen Drossel der Deutschen mitzuwirken: „die Tragik und die historischen Pflichten eines nun einmal als Machtstaat organisierten Volks“ habe Deutschland „die verdammte Pflicht und Schuldigkeit vor der Geschichte“ auferlegt, „für die Ehre, und das heißt einfach: für vom Schicksal verhängte geschichtliche Pflichten des eigenen Volkes“ zu kämpfen⁷⁰. Andernorts legt Weber den „dreifachen sozialpsychologischen Nutzen“ des Krieges dar: „Er stärkt die Opferbereitschaft der Krieger, er schafft erbarmende Liebe der Bevölkerung und er ersetzt den sinnfreien natürlichen Tod durch ein nunmehr sinnvolles Sterben für eine überindividuelle Sache“, womit die Frage der Legitimität des Krieges selbst aus dem Blick gerät.⁷¹

Neben der Bevölkerung wird auch das Führungspersonal des Staates auf dessen Gewalttätigkeit nach innen und nach außen abgerichtet. Der Staatsmann (manchmal auch eine Frau) muss sich zu seiner Rolle erziehen, „menschlich umbilden“. „Insofern fordert die Staatsraison einen entschlossenen Aufstieg vom Naturhaften zum Geistigen.“⁷² Doch „Staatsraison ist Staatsneurose“⁷³, diese knappe Feststellung macht Krippendorff ausführlich deutlich an der psychopolitischen Entwicklung Friedrich des Grossen, „eines zunächst ganz antimilitärischen, sensiblen, musisch und philosophisch begabten“, „an der Härte der staatlichen Disziplin leidenden jungen Mannes im Dienste des dann von ihm übernommenen Staats- und Militärapparates, dessen Logik und ‚Vernunft‘ er sich bis zum völligen Verzicht auf eigenes Glück unterwarf.“⁷⁴ In seiner „im Grunde deformier-

69 Marianne Weber (1883/84), zit. bei Krippendorff, SK, „Exkurs: Anmerkungen zu Max Weber“, S. 200–205 (201).

70 Max Weber, „Zwischen zwei Gesetzen“, Brief an Gertrud Bäumer (1916), *Gesammelte politische Schriften*, a. a. O. (s. o. Fn. 375), S. 143, 142, 144, zit. und kommentiert bei Krippendorff, SK, S. 203 f. (hier ohne Webers Hervorhebung).

71 Taureck in DK, S. 72 f., mit (hier nicht wiedergegebenen) Zitaten aus Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen 1988, S. 548.

72 Meinecke, *Die Idee der Staatsräson*, S. 7 f., zit. und kommentiert bei Krippendorff, SK, S. 18.

73 Ebd. S. 348.

74 Ebd. S. 292 u. 33.

te[n] Persönlichkeitsstruktur“ war offenbar „das Schlachtfeld eine Art Kompensation für die Unfähigkeit menschlicher Beziehungen“ insbesondere zu Frauen.⁷⁵

In erstaunlicher privater Aufrichtigkeit und kritischer Selbsterkenntnis seiner narzisstischen Beweggründe erklärt er die von ihm begonnenen Kriege zunächst mit „Glut der Leidenschaft“, „Ruhmesdurst“ und „Neugier“: „Die Genugtuung, meinen Namen in den Zeitungen und später in der Geschichte zu sehen, hat mich verführt.“ „Der Ehrgeiz, mein Vorteil, der Wunsch, mir einen Namen zu machen, gaben den Ausschlag, und der Krieg war beschlossen.“⁷⁶ Doch die eigene Dressur und die Notwendigkeit einer wirksamen, auf vermeintlich objektive Gründe gestützten Kriegspropaganda haben „bald die subjektiven Motive zugunsten vorgeblich höherer staatspolitischer Interessen, an die er möglicherweise dann selber wieder glaubte, verdrängt.“⁷⁷

Zum Abschluss sei Bernhard Taureck für seine intensive Forschungs- und Gedankenarbeit zum Krieg gedankt: Bei all‘ unserer Kritik dokumentiert die Ausführlichkeit der hier zu Ende gehenden Abhandlung, wie stark seine unerschrockenen Analysen und Überlegungen das für die Erklärung und Vermeidung von Krieg unerlässliche Nachdenken und Infragestellen angeregt haben. Seine Bereitschaft zum Dialog mit teilweise konträren Positionen verdient die größte Anerkennung.

75 Ebd. S. 284.

76 Friedrich der Grosse (um 1740 und 1742), zit. und kommentiert nach Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 1, München 1954, S. 29 f. (⁴1970) bei Krippendorff, SK, S. 290 f.

77 Mit zahlreichen Zitaten Friedrich des Grossen ebd. S. 291.

Eine furchtbare Vermutung – und beschränkte Aussichten der Desillusionierung

Burkhard Liebsch

Guerre: nous savons aujourd'hui ce que veut dire ce mot.
Emmanuel Mounier¹

*Das Unvorstellbare entzieht sich unserem Gedächtnis,
und das ist gut so, aber einmal [...] muß das Entsetzen uns erreichen
– sonst gibt es kein Weiter.*
Max Frisch²

*Maybe an unexamined life is not worth living.
But a man's examined life can make him wish he was dead.*
Saul Bellow³

Philosophische Arbeit an einer Theorie des Krieges sieht sich Bernhard Taureck zufolge mit einer „furchtbaren Vermutung“ konfrontiert: dass wir über den *pólemos* noch nicht hinausgekommen sind, von dem Heraklit in einem vielfach zitierten Fragment sagt, er manifestiere sich als König, d.h. als Regent oder Herrscher, bzw. als Vater oder ‚Erzeuger‘ „aller Dinge“ (12⁴). Zahlreiche, von Friedrich Nietzsche und Martin Heidegger über Eugen Fink und Jan Patočka bis hin zu Nicole Loraux und Jacques Rancière reichende Interpretationen des *pólemos* konnten tatsächlich den Eindruck erwecken, diese Vermutung zu affirmieren – sei es im Sinne einer ontologischen, sei es im Sinne einer historischen These, die darauf hinausläuft, dass Geschichte *als, durch und für* Krieg geschieht, der sie demnach zugleich hervorbringen und beherrschen würde. Bernhard Taureck bestreitet das (25) und weist mit Recht gängige Interpretationen jenes Fragments zurück. Als unabänderlich gegebenes Subjekt der Erzeugung und/oder der

1 Emmanuel Mounier, *Œuvres, T. III, 1944–1950*, Paris 1962, S. 360.

2 Max Frisch, *Tagebuch 1946–1949* [1950], Frankfurt/M. 1973, S. 327.

3 Saul Bellow, *Ravelstein*, Harmondsworth 2002, S. 34.

4 Im Folgenden beziehen sich bloße Ziffern im Text auf Bernhard H. F. Taureck, *Drei Wurzeln des Krieges. Und warum nur eine nicht ins Verderben führt. Philosophische Linien in der Gewaltgeschichte des Abendlandes*, Zug 2019.

Herrschaft über alles und jeden sei der Krieg jedenfalls nicht zu verstehen. Schon gar nicht so, dass ‚wir‘ von der Mitschuld daran freizusprechen wären, wenn er sich nicht als ein Mittel gewaltsamer Auseinandersetzung handhaben lässt, sobald man ihn vom Zaun gebrochen hat.⁵ Dann tendiert er grundsätzlich, wie Carl v. Clausewitz betont hat, zum Äußersten, so dass eine bloß ‚instrumentelle‘ Konzeption des Krieges als wirklichkeitsfremd erscheint. Sobald man ihn zu ‚führen‘ glaubt, beginnt ‚er‘ uns zu führen (laut Bernhard Taureck) wie ein scheinbar autonomes Subjekt – mit regelmäßig verheerenden Konsequenzen, die die jeweils Überlebenden und auch uns heute eigentlich *vollkommen desillusionieren* müssten. Das Gegenteil ist aber der Fall, so dass es den Anschein haben kann, als behaupte sich der *pólemos* selbst in den Verhältnissen zwischen den mächtigsten politischen Subjekten, die die moderne Geschichte der Staaten, internationaler Koalitionen und Imperien hervorgebracht hat – nicht zuletzt gerade dank der Illusionen, die man nach wie vor mit der Vorstellung verbindet, Krieg sei bis zum Sieg führbar.⁶

Doch herrscht nach Bernhard Taurecks Beobachtung ein „gespenstischer Konsens des Schweigens“ (195) über das krieglerische Erbe dieser Geschichte, aus dem man anscheinend nichts lernt, während gleichzeitig paradoxerweise noch Schlimmeres als das vermeintlich bereits bekannte Schlimmste vorbereitet wird. So kalkulierte jüngst der us-amerikanische Autor Matthew Kroenig mit über 50 Millionen Toten für den Fall, dass bestimmte Szenarien in kommenden Atomkriegen eintreten sollten, auf die auch die aktuelle US-Nuklearstrategie abzielt.⁷

5 So heißt es denn auch bei Münkler kurz und bündig: Krieg sei „jederzeit möglich“, „niemals jedoch unvermeidlich“; Herfried Münkler, *Über den Krieg*, Weilerswist ³2003, S. 19; vgl. Vf., „‚Herrscht‘ Krieg – seit je her, gegenwärtig und auf immer? ‚Polemologische‘ Überlegungen zur Frage, ob wir ihm ausgesetzt oder (auch) ausgeliefert sind“, in: *Studia Phaenomenologica. On Conflict and Violence*, vol. XIX (2019), S. 103–128.

6 Jedoch bedarf die suggerierte Alternative (Krieg ‚führen‘ vs. von ihm ‚geführt‘ werden) ihrerseits der Revision. Zur „Verselbständigung“ des Krieges kommt es bspw. im Fall herrschender Bürgerkriegsökonomien keineswegs ganz ohne menschliches Zutun; vgl. Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek 2004, S. 163, 171. Als Gegenmittel empfiehlt Münkler, „das aufgebrochene Gewaltmonopol der Staaten im globalen Maßstab wiederherzustellen“, so dass „die Staaten (wieder) die alleinigen Herren des Krieges werden“ (ebd., S. 63).

7 Matthew Kroenig, *The Logic of American Nuclear Strategy. Why Strategic Superiority Matters*, Oxford 2018. Nichts spricht allerdings dafür, dass sich kommende nukleare Kriege an die Kalkulationen dieses Autors halten und nicht noch viel mehr ‚Opfer fordern‘ werden als der Zweite Weltkrieg.

Man neigt dazu, Superlative wie das Schlimmste, das Grausamste, das Äußerste, das Entsetzlichste, das Ungeheuerlichste usw. nicht für steigerbar zu halten. Zu hyperbolischer Rede sahen sich aber bereits viele veranlasst, die sich mit Formen der Gewalteskalation in Richtung auf deren Radikalität, Exzessivität und Intensität auseinandergesetzt haben.⁸ Nicht umsonst berufen sich noch Karl Kraus und Manès Sperber auf William Shakespeares *King Lear*, wo es heißt: „The worst is not so long as we can say ‚This is the worst‘.“⁹ Wir haben es hier mit Extremen zu tun, denen man sich physisch und gedanklich allenfalls in gewisser Weise nähern, die man aber in keiner Weise wirklich ‚fassen‘ kann. Wer ihnen zu nahe kommt, kommt in ihnen um oder überlebt allenfalls schwer traumatisiert und weitgehend sprachlos.¹⁰ Kann sich eine Theorie des Krieges damit abfinden, die darauf hoffen lässt, es werde sich ausgehend von der Weisheit der Alten eventuell eine „Grammatik der vermeidbaren Gewalt im Ungeheuerlichen“ entdecken lassen (13)? Und wird sie auf diese Weise den von Bernhard Taureck diagnostizierten „Philosophie-Bankrott vor dem Übel des Krieges“ überwinden (247)? Methodisch legt er nahe, vom Ungeheuren (*to deinon*, 88) auszugehen – obgleich es nunmehr im Verdacht der Unerfahrbarkeit und Undarstellbarkeit steht – und an der Maßlosigkeit von „Leid, Qual und Verwüstung“ Maß zu nehmen, soweit all das auf den Krieg zurückzuführen ist. Am Ende hofft er, aller angebrachten Skepsis zum Trotz, auf ein „lernendes Leid aus Jahrtausenden“ (349).

8 Vgl. Vf., „Uralter‘ Krieg und Neue Kriege. Fordert die neuere Gewaltgeschichte zur Revision der menschlichen *conditio historica* heraus?“, in: Michael Hampe (Gasthrsg.), *Über den Krieg. Ontologie, Moral und Psychologie. Allgemeine Zeitschrift für Philosophie* 43, Nr. 2 (2018), S. 193–216.

9 William Shakespeare, *King Lear*, Bungay, Suffolk 1968, S. 148; Karl Kraus, *Weltgericht I*, Frankfurt/M. 1988, S. 9; Manès Sperber, *Bis man mir Scherben auf die Augen legt. All das Vergangene... Band 3*, Frankfurt/M. 1994, S. 156.

10 Daran hat vielfältige Arbeit an der (gewiss nicht bloß als „literarische Zutat“ einzustufenden) „Anschaulichkeit“ von Kriegsbeschreibungen nichts ändern können. Zumal wenn es zutrifft, dass „authentische“ Realität des Krieges dort zu finden ist, „wo die Bomben einschlugen“ und der Krieg nicht überlebt wird, ist die Konsequenz unausweichlich: hier hat „der Krieg [...] seine Darstellbarkeit verloren“. Vgl. Herfried Münkler, *Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken*, Frankfurt/M. 1992, S. 186, 197, 206. Doch gilt es auch dritte Wege zwischen naiv vorausgesetzter Anschaulichkeit einerseits und absoluter Nichtdarstellbarkeit andererseits zu erkunden. Vgl. Suzannah Biernoff, *Portraits of Violence. War and the Aesthetics of Disfigurement*, Ann Arbor 2017.

Allerdings haben wir allen Anlass, daran zu zweifeln, ob die Philosophie (oder irgendeine andere Disziplin, etwa eine Poetik des Tragischen¹¹) der Maßlosigkeit des zu Erinnernden gerecht zu werden vermag und ob sie es als solches realisieren, darstellen, erklären und begreifen kann. Bereits auf der Ebene der für Bernhard Taureck ersten Frage, was Krieg „bedeutet“¹², erscheint problematisch, ob es einen „Logos als Einheit einer Sammlung, verbunden mit einer Sprache, die diese Einheit aussagt“ (265), geben kann, der die Philosophie davor zu bewahren vermöchte, weiterhin vor dem Krieg ihren Bankrott erklären zu müssen. Möglicherweise muss sie sich mit der aporetisch anmutenden Aufgabe bescheiden, von dem zu zeugen, was dem Denken inkommensurabel ist, wie es Jean-François Lyotard vermutete. „Doch wer Zeugnis sagt, sagt Spur, und wer Spur sagt, sagt Einschreibung, Retention, Bleibe (*demeure*).“¹³ Davon ist in der Tat auszugehen: dass das Ungeheure, Entsetzliche bzw. Äußerste, wie es Clausewitz quasi summarisch nennt, eine ‚bleibende‘ Spur in unserem Leben und Denken hinterlassen hat und so „den Menschen selbst als das Ungeheuerlichste vor sich selbst zeigt“ (337)¹⁴: als sich selbst fremd – oder vielmehr: angesichts *einiger kriegsbereiter Menschen* mit ihrer Verblendung und ihrer „verbrecherischen Frivolität“ fremd (43), die zu begreifen laut Georg Simmel genügen würde. Alles andere könnte geradezu als „überflüssiger Tiefsinn“ erscheinen (228). So wäre der Krieg mit all den Schrecken, die er in immer neuen Variationen heraufbeschwört, letztlich nicht ‚dem‘ Menschen anthropologisch anzulasten, sondern, wie in der Einleitung gesagt, lediglich wenigen Subjekten zuzuschreiben. (Siehe Seite 12f. in diesem Band.) Oder ist der Krieg etwa doch „*unheilbar* mit der *conditio humana* verbunden“ (241)? Handelt es sich in diesem Sinne um ein chronisch-pathologisches Phänomen, das in seiner Entsetzlichkeit (*mi-*

11 Vgl. Paul Ricœur, „Sur le tragique“ [1953], in: ders., *Lectures 3. Aux frontières de la philosophie*, Paris 1994, S. 187–210.

12 Ist das nur eine Frage der Definition (45, 66) und nicht auch im Rekurs darauf zu bestimmen, wie Krieg widerfährt?

13 Jean-François Lyotard, *Das Inhumane*, Wien ³2006, S. 223.

14 Hervorhebg. B.L. Bedenkt man jenen Begriff der Spur genauer, kann allerdings von einem reinen, phänomenologisch ohnehin problematischen Sichzeigen des Ungeheuerlichen ebensowenig die Rede sein wie davon, man brauche die Geschichte des Krieges „nur [mit Hegel] vernünftig anzuschauen, um die in ihm wirkende Vernunft der Geschichte zu erkennen“; vgl. Georg W. F. Hegel, *Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte Bd. I. Die Vernunft in der Geschichte*, Hamburg 1994, S. 31; Herfried Münkler, *Der grosse Krieg. Die Welt 1914–1918*, Berlin 2015, S. 217.

arón) nicht zum bloß Tragischen zu entschärfen ist, von dem man annimmt, es gehöre bedauerlicherweise, aber unvermeidlich, zum menschlichen Dasein (255)?

Nach wie vor wird Krieg vorbereitet und entfesselt, obgleich er als das Bedrohlichste gelten muss, wie Erasmus von Rotterdam feststellte (24). Das verlangt in der Tat nicht nur nach einer Beschreibung dessen, „was Krieg bedeutet“ (und zwar vor allem für diejenigen, die kriegerischer Gewalt ausgesetzt sind), sondern darüber hinaus auch nach einer Erklärung aller möglichen Kriege und am Ende nach einer Antwort auf die Frage, wie sich Krieg verhindern ließe (34) – obgleich er von Anfang an wie ein fatales, sich immer neu wiederholendes Verhängnis anmutet, das dazu verleitet, vor ihm zu kapitulieren und auf diese Weise weiterhin „unmündige Kinder des Krieges“ (249) zu bleiben, statt die vermeintlich unabwendbare Herrschaft und Drohung des Krieges¹⁵ zu beenden, der alles zu regieren scheint.

Wenn in diesem Fall schon kein Vätermord Abhilfe verspricht (der, folgen wir den Psychoanalytikern in diesem Punkt, doch nur eine endlos verlängerte Schuld und insofern fortgesetzte Herrschaft des vermeintlich Erledigten nach sich ziehen würde) und wenn kein finaler Krieg gegen den Krieg Aussicht auf endgültigen Erfolg hat, sollten wir es dann nicht wenigstens mit einem Generalstreik versuchen (352 f.), auch auf die Gefahr hin, sich bedingungslos wehrlos machen zu müssen (215) in dem schon von Platon geforderten Bewusstsein, lieber zu Grunde gehen und Unrecht zu leiden¹⁶, als weiterhin an der dem Krieg attestierten Herrschaft mit-schuldig zu werden (34)? Wie aber könnte konsequente und radikale Weigerung, sich in die Vorbereitung nächster Kriege verstricken zu lassen, praktisch und im kollektiven Maßstab Gestalt annehmen?¹⁷ Und ist ein Generalstreik blanke Utopie, oder kann er weiterhin als „unsere stärkste Waffe“¹⁸ gelten, die wir unbegreiflicherweise aber gar nicht nutzen?

15 Zum Charakter der Drohung vgl. Bernhard H. F. Taureck, Burkhard Liebsch, *Drohung Krieg. Sechs philosophische Dialoge zur Gewalt der Gegenwart*, Wien, Berlin 2019.

16 Platon, *Gorgias*, 479 a ff.; 509 a.

17 Dabei handelt es sich nicht nur um eine Frage „illusionslosen Umgangs mit böswilligen Akteuren“, gegen die man sich im Fall des Angegriffenwerdens wehren muss (womit lt. Clausewitz ja erst der Krieg beginnt) (18, 20 f.), sondern auch um eine Frage unserer Verstrickung in die systemischen Bedingungen, die es dazu überhaupt erst kommen lassen. Darauf wird am Schluss kurz zurückzukommen sein.

18 Peter Weiss, *Rapporte 2*, Frankfurt/M. 1971, S. 88.

Diese vielleicht wichtigste aller offenen Fragen, mit der Bernhard Taureck seine Leser entlässt, droht nicht nur durch einen politischen ‚Realismus‘, der sich im Kriegsdenken bestens auszukennen meint, sondern auch durch naive Antworten verschüttet zu werden, die sich die Mühe einer unachtsichtigen Untersuchung unseres faktischen Verstricktseins in kriegerische Gewalt gar nicht erst machen. Genau darüber will Bernhard Taureck zunächst einmal aufklären, um den Krieg endlich zu entzaubern. Zwar müsste dieser im Grunde schon seit Heraklit und Thukydides als entzaubert gelten (36), doch hatte die „Strategie der Entzauberung“ offenbar keinen nachhaltigen Erfolg (333), so dass wir die Schleier einer Wiederverzauberung und des *immer neuen Fasziniertwerdens* durch Krieg zu zerreißen hätten. Unermüdlich muss der Philosoph demnach das eigentlich längst Entzauberte von neuem entzaubern – und droht sich dabei neuen Illusionen über seine mühevollen Arbeit der Desillusionierung hinzugeben. Doch dabei handelt es sich keineswegs um bloße Wiederholungen. Schließlich begegnet ‚der‘ Krieg längst auch in neuartigen Formen, von denen nicht klar ist, ob er in ihnen sein im Grunde uraltes Wesen wie ein Chamäleon mannigfaltig verändert zeigt, oder ob in ihnen sein unberechenbares und dem „Auge des Begriffs“ (Hegel) entzogenes Unwesen treibt. Immerhin scheint festzustehen, dass der Krieg nicht etwa „herrscht und zeugt“, sondern allenfalls „zeigt“ bzw. offenbar macht, wer *wer* ist (342) – und zwar als der Zeit und der Gewalt ausgesetztes Subjekt, das realisieren muss, was Schicksal ist: nämlich „einfach die beschleunigte Form der Zeit“, wie es die verfluchte Prophetin Cassandra, deren Ankündigungen fatalerweise niemand Glauben schenkte, bei Jean Giraudoux verlauten ließ.¹⁹

Wie aber soll das, was Krieg ‚offenbart‘, mit der Dynamik apokalyptischer Beschleunigung zusammengehen können? Die ‚Erfahrung‘ von denjenigen, die ihm zum Opfer fallen, kann in keine Kriegstheorie adäquat eingehen. Mehr oder weniger verwundeten, verletzten oder relativ unbe-

19 Inzwischen ist auch die Figur der Cassandra in die Jahre gekommen, wie Christa Wolf treffend festgestellt hat. „Hatte sie“ – wie wir inzwischen – „das Gefühl kennengelernt, vieles, zu vieles überlebt zu haben?“ Und das womöglich um den Preis einer Gleichgültigkeit und einer „Fremde, in der man am sichersten verlorenginge, sicherer noch als in Ohnmacht und Schuld“? Christa Wolf, *Voraussetzungen einer Erzählung: Cassandra*, Darmstadt, Neuwied⁸ 1984, S. 21. Ist es das, was uns – abgesehen von Hyperkonsum und weitgehend verschliffenen Differenzen zwischen ökologischer Destruktivität und Krieg (s.u.) – daran hindert, letzteren als andauernden Skandal wirklich ernst zu nehmen?

schädigt davongekommenen Überlebenden oder später Lebenden, darunter von keinerlei ‚Kriegserfahrung‘ tangierte Theoretiker in *think tanks* und sogenannten Denkfabriken, kann sich vermittelt überlieferter Zeugnisse allenfalls *indirekt* offenbaren, wie Krieg ‚zeigt‘, um was es sich handelt. (Aber ist eine indirekte Offenbarung nicht ein hölzernes Eisen?) Was Krieg ‚bedeutet‘, können jedenfalls nur diejenigen bezeugen, die ihm nicht ganz zum Opfer gefallen sind, denen das aber sehr bald widerfahren kann. So gesehen müssten sie größtes Interesse daran haben, wie die ihnen allenfalls indirekt offenbarte ‚Bedeutung‘ von Krieg zu erklären ist. Das ist Bernhard Taurecks zweite Frage: Warum wird Krieg immer wieder heraufbeschworen und zur Ursache von äußerstem Leid, schlimmster Qual und radikalster Verwüstung? Daran schließt sich seine dritte Frage an: Wäre es nicht möglich, Krieg abzuwenden, wenn man nur dieses ‚Warum‘ verstehen würde?

Am vielversprechendsten ist die Antwort auf die Frage, woraus Krieg anscheinend allemal resultiert: Krieg ist gescheiterte Politik und insofern keineswegs einfach als deren „Fortsetzung“ zu verstehen. Wenn sich letztere „anderer Mittel“ bedient, wie es bei Clausewitz heißt, so wird es sich doch nicht mehr um politische handeln, insofern sie Gegner bzw. Feinde vernichten sollen (was jegliche politische Koexistenz mit ihnen zugleich ruinieren muss). Überdies drohen die Mittel die politischen Zwecke jederzeit zu überwältigen, die man anfangs verfolgt haben mag. In diesem Sinne erweist sich Krieg als nicht führbar. Und eine Politik, die ihn in Erwägung zieht, liefert sich selbst wie auch diejenigen, die sich ihr widersetzen wollen, der Nichtsteuerbarkeit polemogener Eskalationen *von vornherein* aus. Als Bedrohung ist die Nichtführbarkeit von Krieg und dessen drohende Eskalation zum Äußersten bereits in einer Politik gegenwärtig, die ihn – vielfach unter Berufung auf allgemeine „Interessen“ – als Mittel in Betracht zieht. Das Gleiche gilt für diejenigen, die sich genau dagegen wenden. Sie müssen von vornherein wissen, es mit politischen Gegnern zu tun zu haben, die auf krieglerische Mittel sinnen, welche sich politisch letztlich nicht kontrollieren lassen und zum Äußersten tendieren, so dass sie das Politische gleich mit zu zerstören drohen. Im Politischen wäre demnach die Zerstörung des Politischen als Gefahr jederzeit gegenwärtig, wo man auf den ersten Blick bloß eine „Fortsetzung“ von Politik – aber eben mit *anderen* Mitteln – in Erwägung zieht.

Auch das Scheitern von Politik im Krieg scheitert noch, insofern es eine Illusion ist, ihn anstelle politischen Handelns, das bereits gescheitert

ist oder das man bewusst scheitern lassen hat²⁰, führen zu können. Dennoch wird das Scheitern von Politik aktiv betrieben von all jenen, die sich vom Krieg als einem im Grunde zutiefst anti-politischen Phänomen Vorteile für ‚die Zeit danach‘ versprechen, genau das aber kaschieren. Der auf das Scheitern von Politik folgende Krieg ist indessen nur eine andere Art des Scheiterns. Am Ende steht niemals ein wirklich ‚gelingender‘ Krieg bzw. Sieg, so sehr manche, scheinbar erfolgreich geführte Kriege diese Illusion vorübergehend auch nähren mögen. Durch Krieg verlieren alle.²¹ Und früher oder später bzw. ‚letztlich‘ „verschlingt“ er alle, wie es in Friedrich Schillers *Wallenstein* heißt (261). Darin liegt freilich ein auf den ersten Blick kleiner, gleichwohl folgenreicher Unterschied. In der Zwischenzeit kann man sich alles Mögliche zum eigenen Vorteil ausrechnen, ob Ruhm, Beute und Reichtum oder Macht, solange man als Krieg ‚Führender‘ nicht damit rechnen muss, sich in der ersten Reihe potenzieller Opfer wiederzufinden. (Während Kant noch an die pazifizierende Wirkung dieser Aussicht glaubte, müssen wir heute erkennen, dass am Unterschied zwischen denjenigen, die Krieg ‚auszubaden‘ haben, einerseits und jenen andererseits, die für Krieg plädieren, ohne fürchten zu müssen, in ihm unterzugehen, unbedingt von letzteren festgehalten wird. So nähren sie die Illusion, es könne immer einige geben, die sich wie die Hegel’sche Vernunft „unbeschädigt im Hintergrund“ halten²², um Leid, Qual und Verwüstung indifferent Anderen zu überlassen.)

Wenn das so ist, wenn also Politik nicht nur im Krieg scheitert, sondern das Scheitern von Politik selbst ‚politisch‘ betrieben wird, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die Menschen nicht darin einig sind, wenigstens umwillen einer Einhegung, Bändigung und Begrenzung ihrer Konflikte koexistieren zu wollen. Demnach gibt es *kein universell voraussetzendes Interesse an der Aufrechterhaltung des Politischen*. Politisch ko-

- 20 Letzteres hält Bernhard Taureck offenbar für entscheidend: Politik scheitert nicht etwa bloß mangels einer besseren Politik, um dann in den Krieg zu taumeln; vielmehr wird ihr Scheitern bewusst betrieben und muss so als „erwünscht“ (63, 68, 108, 113, 117, 136) gelten seitens derer, die an Krieg interessiert sind, das aber vor anderen verbergen, die sich nur vor ihm fürchten und in Wahrheit gar keinen Gewinn aus ihm ziehen können.
- 21 Für Münkler handelt es sich um „die größte Paradoxie“ des Ersten Weltkriegs, „dass die militärischen Sieger auf lange Sicht zu den eigentlichen Verlierern geworden sind“ (*Der grosse Krieg*, S. 785 f.). Zu einer darüber hinausgehenden Verallgemeinerung kommt es jedoch nicht. Vor allem die den Armeen der Nazis zugefügte Niederlage steht einer solchen Verallgemeinerung tatsächlich im Wege.
- 22 Hegel, *Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte*. Bd. I, S. 105.

existieren wir mit Anderen, für die es durchaus eine Option darstellt, nicht *mit* ihren Gegnern und Feinden leben zu müssen, sondern sie ohne weiteres auch vernichten zu können; auch um den Preis der Vernichtung des Politischen selbst. Von den Aussichten einer weitestgehend pazifizierten sog. „Konfliktkultur“, die alle zwischenmenschlichen und -gesellschaftlichen Auseinandersetzungen so weit wie nur möglich politisch ‚aufzuheben‘ versucht, versprechen sich diese Freunde des Krieges offenbar nichts. Als solche sind sie ihrerseits Verächter des Politischen, insofern dieses mit einer Minimalbedingung einhergeht: sich mit der allenfalls ‚unschädlich‘ gemachten Existenz von Feinden abzufinden, sie aber nicht auslöschen zu wollen in der irrigen Illusion, sich ein für allemal von ihnen befreien zu können. Wo die Feinde tot darniederliegen, kehrt ohnehin die Feindschaft von innen verlässlich wieder zurück, auch mit manichäischen Aussichten (311, 325). Ohne dies in Rechnung zu stellen, ist politisch kein Staat und kein transnationales Machtgebilde zu machen.

Wäre das, was Bernhard Taureck „Feindausschaltung“ nennt (56), noch anders als durch Ausrottung möglich, etwa durch „schonende Unterwerfung“ (53), wie sie schon Sunzi nahelegte, als er befand: „Wer den Feind ohne Schlacht besiegt, versteht sich wirklich auf Kriegsführung“ (44)? Dachte er dabei lediglich an eine taktisch klügere Form der Kriegsführung (die den jeweiligen Feinden einseitig zuzufügenden Schaden optimiert, ohne sich unabsehbarem gegenseitigem Schaden auch zum eigenen Nachteil in einer Schlacht überhaupt erst auszusetzen)? Oder dachte er, paradoxerweise, an eine Kriegsführung ohne Krieg? Oder an einen Krieg ganz neuer Art, der dem Feind die Vernichtung erspart und insofern von vornherein auf einen ‚finalen‘ Sieg über ihn verzichtet?

Bernhard Taurecks Kriegstheorie dekonstruiert den Gedanken des Sieges wie gesagt (s.o., S. 17) als ein *Phantasma*, als etwas tatsächlich Unmögliches, das, würde es nur als solches begriffen, den inneren Zusammenhang von Feindschaft, Krieg und Sieg auflösen müsste. Offenbar kann es gar keinen Sinn ergeben, aus Feindschaft zu Mitteln des Krieges zu greifen, wenn dieser tatsächlich gar keinen finalen Sieg über die Feinde in Aussicht stellt.

Gilt womöglich nicht nur für den thermonuklearen Krieg, „that nobody can win“, wie der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower feststellte (195) – so dass wir uns weit mehr über das Nicht-Gewinnen-Können Gedanken zu machen hätten als über den Sieg (vgl. 275, 277), der

doch nur nicht enden wollendes Scheitern nach sich zieht?²³ Man wird vielleicht einwenden, dass die Armeen der Nazis schließlich in einem konventionellen Krieg besiegt worden sind, so dass es nicht in Frage zu kommen scheint, die Idee des Sieges ganz und gar preiszugeben. Sieht man genauer hin, so muss man allerdings auch hier fragen, *wer* und auf welche Weise *was* eigentlich besiegt worden ist. Der Nazismus jedenfalls nicht, der sich gegenwärtig wieder aus der Deckung wagt.

In einem Zweikampf mag es einen Sieg geben, wenn der Unterlegene zu Tode kommt, wie einst Hektor durch Achilles. Doch die Erinnerung an eine solche Tat genügt bereits, um Sieger um ihren Schlaf zu bringen. Müssen sie nicht die Rache der Unterlegenen, ihrer Angehörigen oder Erben fürchten? Werden die Sieger nicht früher oder später die nächsten Opfer des Krieges sein? Die von Clausewitz hergestellte Analogie zwischen Duell und zwischenstaatlichen Kriegen, die er ausdrücklich nach dem Modell eines „erweiterten Zweikampfs“ versteht, erweist sich als nur begrenzt tragfähig.²⁴ Denn im Gegensatz zum Duell, das beendet ist, wenn nur einer überlebt, können sich die scheinbar siegreich Krieg Führenden ihres Sieges niemals endgültig sicher sein, solange es ihnen nicht auch gelingt, die Erinnerung der Unterlegenen an deren Niederlage auszulöschen. Nichts kann andernfalls von vornherein ausschließen, dass letztere noch nach Jahrhunderten zum Mythos erhoben wird, der erneute Verfeindung nährt. Weist nicht jeder Sieg in diesem Sinne eine Kehrseite auf, sein geschichtliches „Amselfeld“ gewissermaßen?²⁵

Siege erfordern Niederlagen, die die Unterlegenen zu neuer Gewalt und erhofften künftigen Siegen anstacheln können. So tragen auch Niederlagen zu fortdauernder „Besessenheit vom Siegesphantasma“ bei, das Bernhard Taureck als „zur Gewohnheit gewordene Illusion“ einstuft, an der man selbst in thermonuklearer Perspektive festhält (332). Am Ende greift er deshalb mit Michel de Montaigne zum Mittel der Beschämung. Für Montaigne war der Krieg nichts als ein Zeugnis unserer Dummheit und Unvollkommenheit, für die man sich schämen sollte (358 f.). Das gilt heute mehr denn je, da man ungeachtet aller Nachweise der Vergeblich-

23 Karl Jaspers, *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte*, Frankfurt/M., Hamburg 1955, S. 224.

24 Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs erklärte der amerikanische Oberst William Chanler „diesen ganzen Mumpitz von Ehre und Ritterlichkeit“ zum schieren Anachronismus; zit. n. Bradley F. Smith, *Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg. Anatomie einer Urteilsfindung*, Frankfurt/M. 1979, S. 45.

25 Vgl. Michael Thumann, „Geschichte als Waffe“, in: *Die Zeit* 42 (8. 10. 2020), S. 20.

keit, Feindschaft mit Mitteln des Krieges ‚nachhaltig‘ siegreich auszutragen, wieder mehr denn je auf ihn setzt – vor allem in sog. *thinktanks*, wo sich eine offenbar gedankenlose Intelligenz konzentriert, die sich von einer Rhetorik der Beschämung allerdings wenig beeindrucken lässt.

Bernhard Taureck verlangt, statt bloß intelligente Taktiken und Strategien auszuklügeln, die unbestreitbare und nachhaltige Siege möglich machen sollen, den Krieg wirklich zu *denken*, speziell seine *Wurzeln* (a) in Raub- und Beutemotiven, wie sie bereits aus dem in dieser Hinsicht bis heute maßgeblichen Melier-Dialog hervorgehen (351), (b) im dem Krieg attestierten Sinn bzw. seiner vermeintlichen Notwendigkeit bzw. Unvermeidlichkeit im andauernden Naturzustand der Staaten (Kant, Hegel, 30) und (c) in den mit ihm einhergehenden Illusionen, die sich am hartnäckigsten der Aufklärung widersetzen. Zu diesen Illusionen gehört die Aussicht auf einen Sieg, die an kommenden Kriegen Interessierte allerdings bewusst herbeireden. Bernhard Taureck spricht deshalb vom Ursprung des Krieges aus dem Geist der Lüge (345), die indessen niemals funktionieren würde ohne diejenigen, die sich nur allzu gerne *belügen lassen*: nicht zuletzt in militärischen Dingen weitgehend ahnungslose Bevölkerungen, denen man Images von Feinden und von deren Besiegbarkeit vorgaukelt. Belügen lassen sich aber auch mehr oder weniger gerne politisch Verantwortliche, die sich unter dem Eindruck von opportunisten Expertisen aus den Sphären militärisch-industrieller Komplexe einreden, wirklich jederzeit über eine technische „escalation dominance“ zu verfügen, so dass es möglich erscheint, „to win a war at any level of violence“ (327). „We have to start winning wars again“, ließ denn auch der 45. Präsident der USA im Jahre 2017 verlauten (338 f.), offenbar in der Meinung, man habe ‚vergessen‘, worum es in der eigenen Hochrüstung eigentlich gehen müsste. Mit Recht erinnert Bernhard Taureck dagegen an die längst vorliegenden Erkenntnisse über die global zu erwartenden Folgen eines massiven Atomkrieges: „Von Sieg kann insofern keine Rede mehr sein, als die atomar getroffenen Staaten von Bränden zerfressen würden, von nicht mehr versorgbaren Krankheiten verfolgt und mühelos Opfer politischer Desintegration würden“ (341).

Paradoxerweise haben solche Aussichten nun aber nicht dazu geführt, jenes Phantasma des Sieges zu schwächen oder gar zu zerstören. Im Gegenteil: man will den fuhrbaren Krieg unter allen Umständen „retten“ (wie

es bei Raymond Aron ausdrücklich hieß²⁶) – unterhalb der Schwelle eines globalen Holozids oder neuen Weltkrieges (wie er schon zur Zeit der Koreakrise drohte, als nicht nur der von Harry S. Truman geschasste General MacArthur, sondern auch Trumans Nachfolger, Dwight D. Eisenhower, einen massiven Einsatz von Atomwaffen gegen China in Betracht zog). Weit entfernt, die ‚Führbarkeit‘ von Krieg zumal unter nuklearen Rahmenbedingungen als Illusion zu entlarven, haben sich die ‚intelligenten‘ Strategen dogmatisch auf die instrumentelle Handhabbarkeit neuer Kriege versteift, sei es unterhalb, sei es auch an der nuklearen Schwelle und mit deren gelegentlicher Überschreitung unter Einsatz von *mini nukes* etc.

Dabei müssten sie, folgen wir Bernhard Taureck, längst wissen, dass es eigentlich gar keine Kriegsführung gibt (59). Politisch werden kriegsführende, militärische Subjekte allenfalls anfangs autorisiert; doch eine „Heraklitische Situation“²⁷, in der der jeweilige Krieg alsbald die Menschen führt (280), kann jederzeit eintreten, wenn es denn stimmt, was Clausewitz allen seinen Lesern eingeschärft hat: dass Krieg grundsätzlich das Äußerste heraufbeschwört – von dem sich niemand einen angemessenen Begriff machen kann. Das meint wohl auch Bernhard Taureck, wenn er schreibt, der Krieg sei „grenzblind“ und er folge einem „Gesetz entgrenzter Gesetzlosigkeit“ (53, 289) in Richtung auf ein Jenseits allen Verstehens und Begreifens, wo alle Theorie versagt.²⁸ Als Gesetz stuft er auch ein, dass es nicht in unserer Macht liege, Kriege abzubrechen, wenn sie erst einmal eskalativ in Gang gekommen sind. Wenn nach 1945 dennoch eine „Chance zur Befreiung vom Heraklit-Krieg“ (197) bestanden haben soll, so kann das insofern nur so zu verstehen sein, dass man ihm zuvorzukommen versuchte durch eine Pazifizierung der internationalen Verhältnisse. Es mag sein, dass uns ‚der‘ Krieg beherrscht, wenn wir ihn haben in Gang kommen lassen. Aber so herrscht er und treibt sein Unwesen demnach doch nur ‚von unseren Gnaden‘, wie man nun optimistisch annehmen könnte (347). Bedeutet das, dass sehr wohl ein „Sieg über den Polemos“ (Alexander Demandt) denkbar erscheint (178)? Wurde Heraklit etwa be-

26 Raymond Aron, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Frankfurt/M. 1986, S. 737; vgl. Shannon D. Beebe, Mary Kaldor, *Unsere beste Waffe ist keine Waffe. Konfliktlösungen für das 21. Jahrhundert*, Berlin 2012, S. 196.

27 Soll heißen: eine Situation, in der die „Kriegsausgangsbestimmung den Handelnden entzogen“ ist (193).

28 Zur Grenzenlosigkeit sowie zum Frieden als einer Praxis der Grenzachtung vgl. DW, S. 41, 299.

reits durch Rom falsifiziert?²⁹ Ist es bereits einmal gelungen, Krieg durch Frieden gefangen zu setzen, wenn schon nicht aus der Welt zu schaffen (182)?³⁰ Oder drohen auch hier fatale Illusionen, auf deren Aufklärung Bernhard Taureck offenbar alles setzt, da er meint, dass nur die aufklärbaren ‚illusionären‘ Wurzeln des Krieges nicht ins Verderben führen müssen – im Gegensatz zu (weitgehend anachronistischen) Ruhm- und Beute-Motiven und zu Vorstellungen von der angeblichen Notwendigkeit oder Unvermeidbarkeit von Krieg?

Um das Ziel „nachhaltiger“ Desillusionierung³¹ mag es in Zeiten einer ubiquitären und zugleich Indifferenz nährenden Bedrohung durch eine *mutually assured destruction* ohnehin schlecht bestellt sein, zumal man sich mit anhaltendem Hyperkonsum selbst betäubt, ohne zu realisieren, wie tief man selbst in die Zukunft der fortwährenden Bedrohung durch Krieg verstrickt ist. Darüber hinaus besteht aber auch keine Aussicht auf eine nachhaltig-*endgültige* Desillusionierung. Nicht nur müssen alle Nachkommen stets aufs Neue desillusioniert werden, insofern sie jedes Mal wieder zu den gleichen, im Grunde altbekannten Illusionen neigen, ohne sogleich durch „lernendes Leid aus Jahrtausenden“ belehrt zu werden, das zu endgültigen Ergebnissen zu führen versprache. Es entstehen auch neue Bedrohungslagen, die neue Illusionen nähren; nicht zuletzt auch solche, die zu naiven Ideen effektiver Befriedung führen, sei es durch einen Weltstaat, sei es durch eine globale Föderation möglichst aller Staaten. Nach 1648, also infolge der Beendigung des 30-jährigen Krieges durch die Verträge von Münster und Osnabrück, und nach 1945, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, ist es zweifellos zu gewissen europäischen Binnenpazifizierungen gekommen (287), die man allerdings meist in das allzu einfache Schema „Frieden durch Recht“ presst, wie es vor allem Kant in weltbürgerlicher und -gesellschaftlicher Perspektive skizziert hatte. Dabei handelte es sich nicht bloß darum, mit dem Krieg Frieden zu schließen können, um ihn „in Grenzen gewähren“ zu lassen (288). So hat bekanntlich noch Carl Schmitt das alte *jus publicum europaeum* rekon-

29 Die Antwort fällt zwiespältig aus: DW, S. 181, 183, 187.

30 Die Idealisierung eines Augustus-Reiches (mit ‚Führer‘?) halte ich für anachronistisch (DW, S. 307). Friede kann überhaupt nicht ‚herrschen‘, schon gar nicht allein durch ‚Herrscher‘, die ihn ‚von oben‘ diktieren könnten und ihn doch niemals ‚herzustellen‘ vermöchten. Denn Friede ereignet sich, wenn überhaupt, *zwischen uns* und ist insofern jeglicher einseitigen Verfügung entzogen.

31 DW, S. 30 f., 309; vgl. die Unterscheidung von teilnehmender und darstellender Desillusionierung (251).

struiert. Vielmehr ging es in eschatologischer Perspektive auf ewigen Frieden darum, dieser Grenzidee in Richtung auf „das Ende aller Hostilitäten“³² praktisch so weit wie nur möglich nahe zu kommen.

Es muss aber wiederum als Illusion gelten, Feindschaften bzw. Quellen politischer Verfeindung allein durch das Recht effektiv in Schach halten zu können. Auch eine *in statu nascendi* sich befindende Welt-Gesellschaft würde u.a. durch ungerechte Güterverteilungen und infolge anhaltender ökologischer Misswirtschaft in Zukunft das „Gespenst innerer Verfeindungen“ immer wieder heraufbeschwören (311). Pure juristische Illusion wäre es wiederum, zu glauben, ein institutionalisiertes Recht könne dem von vornherein effektiv entgegenwirken, dass polemogene Feindschaft neu entsteht, die in manifesten Krieg umzuschlagen droht. Inter- und transnationales Recht kann in die Austragung von Feindschaft regulierend, begrenzend, sanktionierend usw. eingreifen. Aber dabei kommt es immer zu spät (selbst wenn man seine proaktiv-orientierende Wirkung nicht unterschätzt). Das ist freilich kein bloß resignatives Ergebnis. Denn Krieg entsteht aus Verfeindung, die thymotisch-fanatischer Verschärfung, polemogener Politisierung, manipulativer Instrumentalisierung und nicht zuletzt effektiver Bewaffnung und logistischer Organisation bedarf, um überhaupt in manifesten Krieg umzuschlagen zu können. So lassen sich gleichsam Etappen auf dem Weg in manifesten Krieg und zugleich Einsatzpunkte pazifizierender Interventionen ausmachen.

Noch ‚vor‘ dem Krieg liegt die Frage, wer Feinde ‚braucht‘ bzw. nötig hat oder herbeiredet, wer von ihnen profitiert, so dass sich die Aufstachelung zur nachhaltigen Feindschaft als außerordentlich *useful* erweist, wie David Keen argumentierte.³³ So wirft denn auch Bernhard Taureck mit großem Recht die Frage auf, wem aktuell welche Feindschaft „nicht ungelogen“ (9) kommt. Neben dem von ihm präferierten Beispiel – die USA – ließen sich gewiss noch zahlreiche andere anführen. Man bedenke nur, wie viele Mächte ihre schmutzigen Hände im gegenwärtigen Syrien und Irak haben, abgesehen von den USA, die ihre Truppen inzwischen weitgehend abgezogen haben, vor allem Vladimir Putins Russland, Recep T. Erdogans Türkei und der Iran der Mullahs. Doch ist dieses Beispiel inso-

32 Immanuel Kant, „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“ [1795/6], in: *Werkausgabe Bd. XI* (Hg. W. Weischedel), Frankfurt/M. 1977, S. 191–251, hier: S. 196.

33 David Keen, *Useful Enemies. When Waging Wars is More Important than Winning Them*, New Haven, London 2012. Bernhard Taureck spricht in diesem Zusammenhang von „feindbedürftigen“ und „-produktiven“ Subjekten (90, 135).

fern gut gewählt, als es geeignet erscheint, die radikalsten künftigen Implikationen gegenwärtig opportuner Verfeindung herauszustellen, in die wir, im sog. Westen, selbst zutiefst verstrickt sind. Insofern haben wir es hier zugleich mit der schwierigsten Aufgabe der Desillusionierung zu tun. Bernhard Taureck tut dabei die USA nicht wie üblich einfach als eine hegemoniale Macht ab, die unaufhörlich auf Beute aus ist (123), sondern beschreibt die aktuelle Lage, in der Krieg und Frieden ununterscheidbar zu werden scheinen, so dass uns zugleich die Begriffe auszugehen drohen, mit deren Hilfe man beides verständlich machen könnte.

Es lohnt sich, die wichtigsten, im Wesentlichen kritisch gegen die USA (leider nicht aber auch gegen China und Russland oder andere globale *player*) gerichteten Elemente der Lagebestimmung in Erinnerung zu rufen: (a³⁴) Der Globus, auf den Kant seinen Begriff der Weltbürgergesellschaft gemünzt hatte, wird „zu einem US-Globus“, unter „formaler Beibehaltung der UNO-Ordnung“.³⁵ (b) An die Stelle von Kants „ewigem Frieden“ tritt ein unabsehbarer „Krieg der vorausseilenden Abwehr“ (c) gegen eine unspezifische und scheinbar ubiquitäre Feindschaft, der sich (d) eine möglichst allgegenwärtige Hegemonie ständig zu erwehren hat. Dazu bedient sie sich (e) einer permanent militärisch abgeschöpften Kommunikationstechnologie (NSA etc.), die sich (f) durch eine angemähte Sicherheitsverantwortlichkeit global legitimiert und dabei, quasi nebenbei, (g) die ganze Erde zur Ressource ihrer Macht reduziert, um deren Produkte gewinnmaximierend überall zu verkaufen.

Zu weit geht es gewiss, einen direkten instrumentellen Zusammenhang zwischen den Punkten (a) bis (f) einerseits und (g) andererseits zu unterstellen – so als sei ein derartiges hegemoniales Regime intentional instal-

34 Meine Auflistung der folgenden Punkte weicht von derjenigen Bernhard Taurecks (124) ab, entspricht ihr aber im Wesentlichen. Wie sie ergänzt werden müsste, um jene *player* angemessen mit zu berücksichtigen, kann im verfügbaren Rahmen hier nicht diskutiert werden.

35 Dabei hat die us-amerikanische Politik (deren außenpolitische Kompetenzen Mr. Trump offenbar für weitgehend verzichtbar gehalten hat) diese Ordnung zuletzt außerordentlich geschwächt (u. a. durch den Austritt aus der WHO, aus dem Welt-Klimaabkommen etc.) und zugleich die Gefahr einer innenpolitischen Staatskrise heraufbeschworen, die zwischenzeitlich erwarten ließ, die USA könnten von innen heraus erodieren, wie es mit demokratischen Umgangsformen offenbar weitgehend bereits der Fall ist. Bei Prognosen hinsichtlich einer us-amerikanisch beherrschten Globalisierung ist schon insofern große Zurückhaltung ratsam. (Von der Frage ganz abgesehen, ob eine demokratische Administration die innen- und außenpolitischen Weichen nach Trump neu stellen wird.).

liert worden. Viel plausibler ist es, anzunehmen, dass die entsprechenden Entwicklungen durchaus heterogene Ursachen hatten, inzwischen aber vielfach sich gegenseitig stabilisierend und verstärkend wie in einem *perpetuum mobile* (140) ineinandergreifen, dessen dauerhaftes Funktionieren von der Struktur eines *deep state* verbürgt wird. Diesem kommt eine ständige Bedrohungsinflation unter dem Obertitel Terrorismus (124, 130) offenbar sehr zupass, denn so lässt sich ein permanenter Ausnahmezustand trotz objektiv abnehmender Bedrohung (143) inszenieren, wobei dieser Zustand eine ubiquitäre Zuständigkeit einer hegemonialen Sicherheitsmacht rechtfertigen soll, von der diese ökonomisch maximal profitiert.

So gesehen wäre es verfehlt, die Ursprünge, Gründe und Motive politischer Verfeindung nur in uns selbst, auf ‚zwischenmenschlicher‘ Ebene oder zwischen irgendwelchen Gruppierungen, Ethnien, Nationen oder Staaten zu suchen, wie man es mit Platon, Jean-Jacques Rousseau, Carl Schmitt oder René Girard getan hat. Vielmehr scheint das beschriebene kapitalistische System nicht näher spezifizierte Feindschaft wenn nicht unbedingt nötig zu haben, so doch unerhört profitabel nutzen zu können. Es könnte sehr wohl sein, dass, wenn man nur radikal genug „mit sich selbst zurate ginge“, das Ergebnis zu erwarten wäre, dass man „Feinde [...] eigentlich nicht nötig“ hat (345).³⁶ Was aber, wenn polemogene Feindschaft *systemisch induziert* wird – durch Formen der Macht und deren ökonomische Sicherstellung, durch die wir uns paradoxerweise ähnlich *entmächtigt* erfahren wie durch einen Krieg, der uns zu beherrschen beginnt, sobald wir kollektiv zu Mitteln tödlicher Gewalt gegen Andere gegriffen haben?

Auch hier ist Desillusionierung fällig: diesmal über unsere Vermögen, unser Können, unsere Macht und Gewalt. All das sollte doch einem *maître et possesseur du monde*, einem *homo faber* und *capax*, einem *sujet capable* (und wie dergleichen fragwürdige Ehrentitel mehr lauten, die vor allem Philosophen dem Menschen verliehen haben) zur Disposition stehen, um ihm die Erde und alle lebenden Wesen untertan zu machen. Jetzt steht wenn nicht ‚der Mensch‘, dann doch eine gewisse Anzahl von Mitgliedern dieser Spezies am Gipfel eigener Macht – und erschien doch nie elender. Wie es um ihre Macht bestellt ist, zeigen ironischerweise vor allem die

36 Hier schließt sich ein weites, in DW kaum beleuchtetes Forschungsfeld an. So wird ein „Begehren nach Unterdrückung“ zwar *en passant* genannt (94), es zählt aber nicht zu den erwähnten Wurzeln des Krieges, über die allerdings auch (so weit ich sehe) keine gegenwärtige Anthropologie befriedigend Auskunft gibt.

von ihnen zu entfesselnden Destruktionskräfte, deren ggf. auch unfreiwillige, versehentliche bzw. irrtümliche, zum Äußersten tendierende Freisetzung sie selbst heraufbeschwören.³⁷ Insofern erweisen sie sich als ohnmächtig gerade durch ihre Macht, durch ihre Gewalt und angesichts ihrer illusionären Vorstellungen, sie kontrollieren zu können. An unnachsichtiger Aufklärung über diese ihrerseits gewaltträchtigen Illusionen müssen wir arbeiten, ohne uns aber selbst der Illusion hingeben zu dürfen, mit einer radikalen Kritik an Vorstellungen einer ihrer selbst und ihres Handelns sicheren und souverän über sie verfügenden Subjektivität allein schon viel gegen sie ausrichten zu können.

Die entsprechende Hoffnung wird man noch hegen dürfen. Aber ob nicht auch sie sich als gänzlich illusionär erweisen wird, steht dahin. Es könnte also sein, dass nur weiterhin neue Illusionen Hegende die Arbeit der Desillusionierung vorantreiben können, um die Wurzeln des Krieges dort anzugreifen, wo es philosophisch am vielversprechendsten erscheint – einmal vorausgesetzt, der Krieg hat überhaupt Wurzeln und bietet dementsprechend ‚radikalen‘ Versuchen, es mit ihm aufzunehmen, tatsächlich Angriffsfläche. Offenbar davon überzeugt, stellt Bernhard Taureck seinen LeserInnen eine Aufklärung über den Krieg in Aussicht, die den im Grunde seit zweieinhalbtausend Jahren zu diagnostizierenden Bankrott der Philosophie angesichts des Krieges beenden würde. Wenn *das* keine Illusion ist... So ehrenwert das Unterfangen, so zweifelhaft erscheint die begriffliche Ausrüstung, die dem Philosophen allein zur Verfügung steht. „Bewaffnet mit dem Begriffe der Vernunft dürfen wir uns nicht vor irgendwelchem Stoffe scheuen“, sagte Hegel in seinen Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte – offenbar in dem Glauben, es in dieser Einstellung mit ausnahmslos *allem* aufnehmen zu können, auch mit trostlosem „absoluten Unglück, der Verrücktheit dessen, was geschehen ist“.³⁸ Doch die Rede von Waffen ist an dieser Stelle genauso metaphorisch wie die von Wurzeln (wobei es nicht ganz gleichgültig sein dürfte, um was für Wurzeln und um wieviele es sich handelt). Als kritischer Ikonologe weiß Bernhard Taureck genau, dass alle Metaphern ‚hinken‘³⁹ – einschließlich dieses Vergleichs selbst. Ob Krieg mit begrifflichen und kritisch-ikonologischen Waffen, auf dem Weg des Austrocknens oder Ausreißens seiner

37 Zur „maschinengesteuerte[n] Selbstdestruktion“ vgl. DW, S. 10.

38 Hegel, *Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte Bd. I*, S. 42, 78.

39 Bernhard H. F. Taureck, *Metaphern und Gleichnisse in der Philosophie. Versuch einer kritischen Ikonologie der Philosophie*, Frankfurt/M. 2004, S. 73.

Wurzeln und mit Hilfe beharrlicher Desillusionierungsarbeit effektiv zu bekämpfen sein wird, auch das steht dahin. Dessen ungeachtet kann sich jeder Autor an seine LeserInnen in der berechtigten Erwartung wenden, dass sie sich, wie er selbst, mit keiner Geschichte oder Apologie des Krieges jemals abfinden werden, aus der auf die eine oder andere Weise hervorgehen würde, er ‚herrsche‘ über uns als unabwendbares Schicksal, so viel auch dafür sprechen mag. In dieser Hinsicht zählt nicht allein das mehr oder weniger überzeugend Gesagte, sondern mehr noch die kraft dieser Erwartung gestiftete hermeneutische Erfahrung, in der Widersetzlichkeit gegen die Herrschaft des Krieges verbunden zu sein, zu der es, wenn überhaupt, niemals ohne unsere eigene Beihilfe kommen kann.

III

Replik

Was lehren Kriege, die gewalttätig sind, teilweise gewaltgewogenen Interpreten?

Bernhard H. F. Taureck

1. Kriegsbereitschaft eines post-pandemischen Staates?

Wenn es Vernunft gibt, auf die Staaten gegründet werden, so laufen die Staaten auf Vervielfältigung, Machtbildungen, Gegensätze, Verwerfungen hinaus. In ihnen scheint ein staatliches Gewaltmonopol zu fehlen. Erst der Ausbruch einer globalen Pandemie scheint daran etwas zu ändern. Seit März 2020 gab es selbst in Europa und Nordamerika Gesellschaften nur mit staatlicher Erlaubnis. Zugleich ist nicht absehbar, dass der Staat sich auf unsichtbar bürokratisches Handeln zurückzieht. Der Staat ist erstarkt und nimmt angesichts von mehr als einer Million Toten innerhalb eines halben Jahres seine Schutzfunktion wahr. Diese Entwicklung wird von Vorstellungen des Protestes und Hypothesen staatlicher Verschwörung begleitet. Es ist nicht so sehr die Frage, ob es eine Rückkehr des Staates zu einem Staat *ante pandemiam* gibt, sondern die Frage, ob ein post-pandemischer Staat nicht eher ein kriegsbereiter Staat ist, oder ob ein pandemiegestärktes Staatswesen eher dazu neigen wird, das zu tun, was ich in meinem Kriegsbuch 2019 forderte, nämlich Frieden mit dem Frieden zu schließen. Meine persönlichen Erwartungen tendieren zu einer Bejahung der zweiten Frage. Sie halten mich allerdings nicht davon ab, die erste Frage ernst zu nehmen.

2. Drei Kommunikationsbarrieren

Eine sozialwissenschaftliche Verständigung über die Wurzeln des Krieges stößt mühelos auf drei Barrieren der Verständigung. Es geht dabei um Übersetzung, um das Bildungsverständnis und um die Möglichkeit der Mitteilung überhaupt. Das Problem der Übersetzung dreht sich bei einer Übertragung zwischen verschiedenen natürlichen Sprachen um die unlös-

bare Schwierigkeit, dass der „traduttore“ ein „traditore“, dass der Übersetzer ein Verräter sei. Doch das Übersetzungsproblem endet nicht, wenn man sich innerhalb ein- und derselben Sprache aufhält. Denn innerhalb einer Sprache kann ein und dasselbe Wort durchaus entgegengesetzt verstanden werden. Im Fall von *Krieg* handelt es sich dabei um einen Gegensatz, der für die einen eine durch keine Analysen ausschöpfbare Bedeutungsfülle besagt, in welchem sich Politik und Vernichtungsgewalt mischen. Andere – wozu ich selbst gehöre – vertreten dagegen die Auffassung, Krieg bedeute eine Erlaubnis zu Unerlaubtem und vollziehe sich als Raub, bemäntelt mit Notwendigkeit und endend mit Siegesillusion. Beide Lager dürften sich, Lyotard folgend, in einem Widerstreit (*différend*) befinden, der sich nicht schlichten lässt. In diesem Fall kann jede Seite die Bedeutungen der anderen Seite anhören, ohne sie zu übernehmen.¹

Der zweite Fall betrifft das Bildungsverständnis. Von Goethe stammt die unscheinbare Bildungsdefinition: „Sich mitzuteilen ist Natur, Mitgeteiltes aufzunehmen, wie es gegeben wird, ist Bildung.“² Ohne Beachtung dieses Bildungsverständnisses ist Kultur als kollektive Partizipation von Überliefertem und von Neuartigem nicht möglich. Trotzdem wusste der stets auch skeptische Goethe: Eine Kongruenz zwischen Mitteilendem und Aufnehmenden kann es nicht geben. Der Mitteilende weiß mehr als der Entziffernde, andernfalls wäre Entzifferung überflüssig. Umgekehrt gilt jedoch auch: Sobald der Entziffernde zu einem Interpreten wird, dann weiß er mehr als der Verfasser. Hierbei könnte es auf eine Art Maß ankommen, das der Verfasser und die Interpreten beide beachten und wahren.

Ein drittes Problem der Verständigung wurde bereits in der Antike von dem Sophisten Gorgias gestellt. Er schlug eine Verkettung von Wenn-Sätzen vor: 1. Es existiert nichts. 2. Wenn aber etwas existiert, so kann es nicht erkannt werden. 3. Wenn es erkannt werden kann, dann ist es nicht mitteilbar. Der 3. Satz ist unserem Zugriff entzogen. Die Bedingungen des Erkennens schließen nicht Bedingungen der Mitteilung ein.³ Die Folgen dieser kommunikativen Skepsis sind nicht absehbar. Die Folgen zeigen sich in dem, was Goethe aussprach: „Es ist eigentlich einerlei, ob man das

1 Vgl. Jean-François Lyotard, *Le différend*, Paris 1983. Dazu aus meiner Sicht: „Wo steht Lyotard?“, in: Walter Reese-Schäfer, Bernhard H. F. Taureck, *Jean-François Lyotard*, Cuxhaven 1989, S. 185–204.

2 Johann W. Goethe, *Maximen und Reflexionen*, Frankfurt/M. 1980, S. 23.

3 Bernhard H. F. Taureck, *Die Sophisten zur Einführung*, Hamburg 1995, S. 85–98.

Wahre oder das Falsche sagt: beidem wird widersprochen.“⁴ Somit könnte hermeneutischer Nihilismus zu den Folgen der dritten Annahme des Gorgias gehören. Vielleicht auch glückt eine Kultur der Verständigung, sofern es gelingt, die dritte Annahme methodisch vorerst einzuklammern?

3. Repliken trotz Kommunikationsbarrieren

a. Krieg resultiert aus gescheiterter Politik

Bei meiner Relektüre von *Drei Wurzeln des Krieges, und warum nur eine nicht ins Verderben führt* stellte ich fest, dass der Text mehr Aspekte und Argumente enthält als die wenigen Züge, an die ich mich vor allem zu erinnern gewöhnt hatte. Gleichwohl erscheint es mir angemessen, selektiv an drei Behauptungen des Buches zu erinnern. Sie lauten: (1.) Krieg ist nicht Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln, sondern beruht auf gescheiterter Politik. (2.) Heraklits Fragment B 53 sollte nicht wie bisher als isolierte Konstatierung verstanden werden, sondern als Konditionalsatz. (3.) Krieg ist Raubkrieg mit einer hinzugefügten Notwendigkeitsbehauptung, die sich als illusionär erweist.

Legt man die drei Kommunikationssbarrieren als Maßstab an, so erweist sich, dass meine Behauptung, Krieg sei Resultat einer gescheiterten Politik von folgenden Autoren explizit geteilt wird: von Burkhard Liebsch, von Martin Kahl und von Lothar Brock. Implizit teilen ihn Norman Paech und Ishay Landa. Bei anderen fehlen die Voraussetzungen für eine Bewertung.

Es handelt sich bei meiner Behauptung um eine Folgerung, Krieg nicht mehr unter der Voraussetzung möglichen (illusionären) Sieges zu deuten, sondern im Zeitalter nuklearer Zerstörung als Kollektivverhalten einer Politik, deren Scheitern deshalb absehbar ist, weil sie den Gewaltweg des Krieges wählt und, wie im Fall der Weigerung der Nuklearstaaten zur Atomkriegsverringerung, den Weg des Gewaltverzichtes nicht beschreitet. Doch die Übersetzungsbarriere lässt auch diese Definitionsänderung äquivok bleiben. Anstatt sich auf die modernisierte Kriegsdefinition einzulassen, neigt man noch immer zum Clausewitz-Kriegsverständnis des 19. Jahrhunderts, verstanden als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Im Zeitalter eines jederzeit versehentlich ausgelösten Atomkrieges, einer

4 Goethe, *Maximen und Reflexionen*, S. 163 (Nr. 884).

nicht mehr völkerrechtsrechtsgeschützten Nuklearrüstung und einer in meinem Buch ausführlich dargestellten US-Strategie, welche 2018 einen Atomkrieg einplante, möchte ich zu einer Störung der vor-nuklearen Clauzewitz-Definition beitragen. Alle, die sich ihr anschließen, tragen ebenso dazu bei, dass es zumindest eine Äquivokation statt einer unstrittigen Definition des Kriegsbegriffes gibt.

Anders klingt der Beitrag von Max Mutschler aus. Politik werde bei mir zur Diplomatie. Im Gegensatz dazu votiert Mutschler für Politik im Sinn einer Verteilung und Erzeugung von Werten auf der Basis von Macht (David Easton, Ernst O. Czempel). Dieses Politikverständnis wurde zwar vom UNO-Konsens historisch überholt, gilt jedoch im Selbstverständnis der politischen Entscheider noch immer. Die politischen Entscheider, die inzwischen technisch an einer Verdreifachung der atomaren Feuerkraft und strategisch für einen Ersteinsatz von Atomwaffen votieren, haben aus meiner Sicht aus Heraklit eines gelernt: nichts. Heraklit garantiert für sie kosmisch väterliche Monarchie. Die Übersetzung Heraklits von einem asserterischen Urteil in einen Konditionalsatz erscheint ihnen daher unvertraut. Ohne Krieg verdiene keine Politik den Namen von Realismus. Realistisch sei die Globalanarchie der Mächte- und Werteverteilung. Sicherlich sollten Kriege nicht geschehen. Aber wenn sie geschehen, dann sind sie zur Sicherung der Wertungssysteme im anarchischen Modus auch notwendig. Die Bewertung Mutschlers ist jedoch nicht modern, sondern traditionell. Ohne Atomkrieg mag Krieg auch als Politikfortsetzung gelten. Sofern Krieg jedoch jederzeit in Atomkrieg eskalieren kann, definiert eine ihn nicht ausschließende Politik – nahezu analytisch – ihr eigenes Scheitern. Denn die zu keiner Denuklearisierung bereiten Atommächte handeln nach einer polemologischen Maxime, die, Kant pervertierend, besagt: „Handele nach derjenigen Maxime, von der du wollen kannst, dass sie zur Grundlage einer Zerstörung der Lebensvoraussetzungen aller Erdenbürger werde.“

Wenn Mutschler mir eine „Verklärung“ des Politischen vorhält, so könnte sein Votum ungewollt als eine Verklärung des Atomkriegs zählen. Otto Dibelius und Vertreter der katholischen Kirche hatten in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts einen Atomkrieg mit der Vorstellung verklärt, dass ein thermonuklear bewirktes Ende uns Menschen endlich Gott näher bringe.

b. Der konditionale Sinn von Heraklits Kriegsfragment B 53

Bleibt der Kriegsbegriff zwischen Clausewitz und meinem Vorschlag zumindest äquivok und erlaubt vielleicht eine romantische Hermeneutik, so scheint meine Deutung von Heraklits Polemos-Fragment B 53 die drei Kommunikationsbarrieren noch mehr zu beanspruchen: „Krieg ist Vater von allen, von allen König, und die einen erweist er als Götter, die anderen als Menschen, die einen macht er zu Sklaven, die anderen zu Freien.“ Selbstverständlich ist nicht zu erwarten, dass meine Deutung sofort akzeptiert wird. Denn bisher war das assertorische Urteil maßgeblich, wodurch der Heraklit-Satz isoliert wurde. In meinem Vorschlag wird das assertorische Urteil „Krieg ist usw.“ durch das Konditionalgefüge ersetzt: Wenn Krieg Vater und König ist, dann wird er Kriegsentscheider statt der Krieg führenden Menschen. Auf diese Weise haben wir Krieg als assertorisches Ist-Urteil und Krieg als konditionales Wenn-Urteil. Gibt es hermeneutische Kriterien, die uns eine der beiden Richtungen wählen lassen? Es gibt sie nicht. Wie bei allen Vorsokratikern liegen seine Äußerungen lediglich fragmentarisch vor. Doch dies ist, im Licht der von Gorgias vorgeschlagenen Skepsis, dass Erkennen auch Mitteilung einschließe, eher eine Bestätigung. Der Fragmentcharakter dehnt sich auf alle Äußerungen aus. Sie mögen den Verfassern einsichtig sein, verlieren jedoch den Charakter einer plausiblen Mitteilung, sofern es darum zu tun ist, von anderen verstanden werden zu sollen.

Wie also reagieren die Autoren auf meine Konditionalsatzdeutung von Heraklits Polemosfragment B 53? Es gibt nur eine ausführliche Bejahung und Würdigung, nämlich von Burkhard Liebsch. Andere wählen den Weg der Bejahung, sparen jedoch Begründung aus. Dazu gehören Norman Paech, Max Mutschler, Ishay Landa, Martin Kahl, Lothar Brock, mittelbar auch Hans-Georg Ehrhart. Einen anderen Weg beschreibt Pascal Weimann. Ihm ist zunächst anzurechnen, dass er eine Reihe heute oft unberücksichtigter antiker Zeugnisse zu Heraklit und zu B 53 zusammenträgt, um daraus zu folgern, dass meine Konditionalsatzdeutung für ihn nicht in Frage kommt. Er sieht sich durch eine Auslegung bestätigt, welche längst die verwitterten Züge mumifizierter Schrift einnimmt. Dass dabei Heraklits Sicht, wie ausgerechnet Henry Kissinger zeigt, bei dem sich geopolitisches Argumentieren mit außenpolitischer Skrupellosigkeit mischen, Krieg zur Regel der Geostrategie wird, scheint ihn dabei nicht zu stören. Rätselhaft bleibt auch in meiner Wertung, dass jene antike Theorie, die eine Angleichung des Menschen an die Physis forderte (nämlich die Stoa)

und die insofern am meisten als Fortsetzung der heraklitischen Motive zählt, mit meiner konditionalen Deutung von B 53 kompatibel erscheint.

Weitmann irritiert es auch nicht, das derjenige Denker, der von sich behauptet, er habe Heraklit am meisten rezipiert (es ist Hegel) ausgerechnet B 53 aus seiner Darstellung Heraklits unbemerkt ausklammert. Nimmt man Weitmanns methodischen Traditionalismus und meine konditionale Ergänzung zusammen, so ergibt sich ein Vergleich, aus dem Heraklits Polemos-Satz in seiner beunruhigenden Aktualität kontrastiv stärker hervorstrahlt, als es Weitmanns Traditionalismus nahelag.

c. Krieg als Raub, Notwendigkeit und Illusion

Wie verhält es sich nunmehr mit meinem dritten Anliegen, mit Krieg als Raubkrieg, mit der hinzugefügten Notwendigkeit, die sich jedoch als illusionär erweist? Dieses Kriegsverständnis findet sich uneingeschränkt akzeptiert in den Beiträgen von Burkhard Liebsch und Norman Paech; sie wird mittelbar von Ishay Landa bestätigt. Dagegen hält mir Hans-Georg Ehrhart entgegen, dass die Entkolonialisierung des Globus nicht als der Versuch, geraubten Besitzstand zu bewahren, zu deuten und insofern verhältnismäßig gewaltlos abgelaufen sei. Doch dies trifft angesichts 20 Millionen geschätzter Menschenopfer sicherlich nicht zu, die die Entkolonialisierung gekostet hat.⁵

Barbara Kuchler wendet ein, ich übergeneralisiere mit meiner dritten These von Krieg als Raubkrieg, erfundener Notwendigkeit und der nicht gelernten Lektion aus der Desillusionierung. Die Verfasserin scheint zugleich von der Ansicht auszugehen, dass die Moderne keine eigentlichen Kriege mehr kenne im Vergleich zur Tradition. Diese Ansicht wird jedoch durch einige Tatsachen falsifiziert. Dazu gehören die immensen Reparationskosten, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auferlegt wurden. Zweitens erfüllt die Annexion fremder Territorien, die in Israel teilweise kritisiert wird, den Status eines Beutekrieges. In Israel fragt man sich, ob man einen Frieden mit Annexionen und entsprechenden Unruhen oder einen eher gesicherten Frieden ohne Annexionen anstrebe. Dass der Zweite Weltkrieg, der hierbei nicht auszuklammern ist, als Raubkrieg im Osten geführt wurde, muss in diesem Kontext kaum eigens hervorgehoben werden.

5 Vgl. Robert J. McMahon, *The Cold War*, Oxford 2003, S. 111.

Auch die von mir ausführlich dargestellte Carter-Doktrin der Androhung militärischer Gewalt im Fall eines Abschneidens der USA von Erdöl im Nahen Osten wird von der Autorin nicht als Einwand zugunsten meiner Deutung gezählt. Zu erwägen ist, ob sie deshalb nicht von einem Ideologem bestimmt wird, das unsere Zeit von einer generellen Abnahme aggressiven Verhaltens gekennzeichnet ist, das in den USA von Steven A. Pinker vertreten wird. Beispiele für die Illusionen, welche mit der Notwendigkeitsideologie der Kriege verbunden sind, werden von ihr als Vorgeschichte (Nietzsche, Carl Schmitt und die Faschisten) gesehen, während Ishay Landa und Norman Paech sie als Schreckensvorgeschichte der Völkerrechtsverletzungen deuten.

Hervorzuheben ist auch, dass Lothar Brock, der meine Kriegsbewertung als Raub, fingierte Notwendigkeit und Illusion übernimmt, sich im Kontext der Kriegsdesillusionen insbesondere gegen die Gefahr von Militarismus ausspricht, den ich, Platon unterstützend (*Nomoi*), kritisch markiert habe.

Gesonderte Bemerkungen zu Christopher Pollmann, Herfried Münkler und Wolfgang Knöbl

Christopher Pollman geht von zwei Prämissen aus, von Materialismus statt Idealismus und faktisch von Rechtsnihilismus statt von Rechtsgeltung. Hinsichtlich des Materialismus erreicht er nicht das Reflexionsniveau Hegels, demzufolge jede Philosophie das Endliche nicht als Gegebenes, sondern als Annahme versteht. Philosophie sei daher nur möglich als „Idealität des Endlichen“.

Es war in der Antike der vermeintliche Materialist Demokrit, der die Formen des Erscheinenden mit demselben Namen bezeichnet wie sein feindlicher Zeitgenosse Platon: als Anblicke, als *idéai*. Philosophischer Materialismus bildet eine den eigenen idealistischen Charakter missverstehende Doktrin. Selbst auf die Physik kann man sich hierbei nicht verlassen. Denn die Physik verfügt über keinen Begriff der Materie. Zugleich ist Pollmann zuzustimmen, wenn er betont, das Kriegsverläufe von Umständen abhängen. Ich habe dies an den unwahrscheinlichen Siegen Alexanders und der riskanten Strategie Hannibals in der Schlacht von Cannae verdeutlicht.

Es bleibt erstaunlich, dass ein Hochschullehrer für Öffentliches Recht faktisch eine Position von rechtsnihilistischer Rechtseinschränkung ver-

tritt. Materialismus ist im Kern sich selbst verkennender Idealismus, und Rechtsnihilismus läuft auf letztlich entscheidende Gewaltakte hinaus. Denn es ist, wie Kant einmal bemerkte, am Ende Gewalt, die auch jene Macht bricht, die selbst großen Hindernissen überlegen ist.⁶ Sofern allerdings die Universalgeschichte als Geschichte von Überwältigungsakten erscheint, in der die von mir vorgeschlagene konditionale Heraklit-Deutung keine Rolle spielt, würde Universalgeschichte zum Ort von Hybris und Verblendung. Insofern heißt es im *König Ödipus* von Sophokles einmal: *hybris phyteúei týrannon* (Hybris pflanzt den Tyrannen).⁷

Zu Herfried Münklers Ausführungen sei bemerkt: 1. Münkler kennt lediglich Kriegsformen, aber keinen Begriff von Krieg. Begriffsumfang soll einen Begriffsinhalt ersetzen. 2. Seine Darlegungen, die zwar Krieg nicht definieren, aber so dargestellt werden, als seien sie dazu in der Lage, entgeht es, dass die Melier einer Unterwerfung durch die athenische Übermacht entgehen wollen und erst allmählich einsehen, dass der Logos der Unterwerfung sich als Logos glorreichen Beutemachens entpuppt. 3. Daher geschieht es, dass der Verfasser das Ende der Belagerung der Insel Melos, nämlich seinen Fall durch Verrat, die Exekution der männlichen Bevölkerung und den Verkauf der Frauen und Kinder in die Sklaverei fortlässt. 4. So läuft Münklers Kriegsdiskurs und meine Kriegskonzeption auf jenes zuvor beschriebene Übersetzungsproblem innerhalb ein und derselben Sprache hinaus: (1) Ohne Kriegsbegriff jeweils rational konstruierbare Kriegerscheitungen aufzählen versus (2) einen dreifach definierten Krieg zu denken, sofern sich dieser als Beute, Notwendigkeitsattribution und Illusion herausstellt. Dass sich zugleich mit der vom Verfasser unterschätzten nuklearen Rüstung und dem Folgeproblem eines Atomkriegs aus Versehen die Einsicht der Mittelbarkeit entzieht, diese Fortsetzung der Gorgias-Aporie, kommt bei ihm nicht zur Sprache. Sie fehlt nicht deshalb, weil es sie nicht gibt, sondern weil sie ausgespart wird.

Während meine Argumente weder von Christopher Pollmann noch von Herfried Münkler so abgebildet werden, wie sie im Sinn der eingangs zitierten Bildungsdefinition Goethes gegeben werden, stelle ich dagegen fest, dass Wolfgang Knöbl eben diese Forderung in besonderem Maße erfüllt. Es geht mir nicht darum, bestätigt zu werden, sondern mich verstanden zu erblicken. Mit Knöbl, der vieles einwendet, aber dessen Einwände dennoch meine Argumente am Ende gelten lassen, weitet sich der un-

6 Vgl. Immanuel Kant, *Kritik der Urteilskraft*, Darmstadt 1966, S. 348 (§ 28).

7 Sophokles, *König Ödipus*, Vers 874.

scheinbare Bildungsbegriff Goethes zu einem Samen der sozialwissenschaftlichen Fantasie des Kriegsverständnisses. Die sozialwissenschaftliche Fantasie, die Knöbl am Ende einfordert, kann daher an dieser Stelle wie folgt genutzt werden. Es geht um die USA als permanenten Kriegsherde. Sie verstehen sich als *E pluribus Unum* und zeigen sich als unversöhnlich gesplante Gesellschaft. Eine Selbstreform wäre nötig, verstanden als *E pluribus Unum qua Tertium*, das weder von Donald Trump noch von Joe Biden regiert wird. Dieses *Tertium Americanum* würde die Pandemie wirksam eindämmen, es würde auf eine eurasische Hegemonie verzichten und jene Kriege nicht mehr führen, die jener US-General im Ruhestand, Smedley Butler, 1935 als „organisiertes Verbrechen“ bezeichnete, wobei die US-Kriege stets – wie um mich zu bestätigen – den US-Wirtschaftsinteressen und den Superreichen gedient haben. Um Kriege zu verhindern, schlug Butler eine Volksabstimmung vor, an der weder der Präsident, noch Senatoren, noch Abgeordnete, noch Banker, noch Vertreter der Rüstungskonzerne, noch Journalisten teilnehmen durften, sondern allein die Masse der Bevölkerung. Butler ging davon aus, dass jenes gewalttätige Verhalten dann nicht mehr möglich werde, das Krieg als unerlaubtes Verhalten legalisiert.⁸

4. Zwischen der Verschiebung eines Atomkrieges aus Versehen und der US-Strategie atomaren Sieges

a. Wohin führt die Pandemie: Zu kriegsbereiten Staaten oder zu Staaten, die Frieden mit der Friedfertigkeit schließen?

Was mich – und vermutlich auch meinen Freund und Dialogpartner Burkhard Liebsch – ein wenig irritiert an der hier dokumentierten Diskussionslinie zum Thema Krieg, ist deren eigentümlich *utopischer* Zug. Denn es wird häufig von Krieg gesprochen, der einst einmal der Fall war, inzwischen aber aus der Mode gekommen ist. Krieg wird von einem einstigen Schrecken zur Utopie, von der man begründet annehmen darf, dass er nicht mehr ausbrechen wird. Wie aber steht es daher mit einem post-pandemischen Staat? Ist er kriegs- oder friedensbereiter?

⁸ Ich beziehe mich hierbei auf: Daniele Ganser, *Imperium USA. Die skrupellose Weltmacht*, Zürich 2020, S. 113–116.

Für eine erhöhte Kriegsbereitschaft spricht zunächst deren zuvor nicht gekannte Verarmungsangst. Deshalb könnte sich für die von Verarmungsnot bedrängten USA der Versuch nahelegen, China militärisch zu erpressen. Wenn sich die USA ökonomisch infolge unkontrollierbarer Massenarbeitslosigkeit mit dem Rücken zur Wand befinden, könnten Militäraktionen gegen China denkbar werden. Das Ziel ist dabei doppelt. Es ginge um die Ausschaltung Chinas als Gegner und um eine Umwandlung des Sinomarxismus in US-Kapitalismus unter hegemonialen Vorgaben der USA. Ein US-Krieg gegen China könnte unter der Voraussetzung erfolgen, dass es um einen US-Beglückungskrieg geht, der, wie in Deutschland und Japan nach 1945, China Wohlstand als Produkt freier Marktwirtschaft brächte. Das Risiko dieses Krieges bestünde allerdings in der Verhinderung eines nuklearen Flächenbrandes. In meinem Buch habe ich die Selbstermächtigung beschrieben, mit der die USA 2018 ihren Ersteinsatz von Nuklearwaffen in Geostrategie einführen. Deshalb lautet meine erste These: Mit einer Intensivierung der globalen Pandemie, deren Opferzahlen in den USA maximal bliebe, erhöht sich zugleich die Kriegsbereitschaft des am meisten betroffenen Staates. Während man in China alsbald wirkende Gegenmaßnahmen zur Eindämmung der Zoonose trafen, war es den USA offenbar nicht gegeben, die Pandemiefolgen wirksam zu reduzieren. Mit einem Kriegszenario zwischen China und den USA, das allerdings von China ausging, hatte uns Samuel Huntington 1997 gelangweilt.⁹ Allerdings konnte er damals nicht wissen, dass China dabei ist, die USA wirtschaftlich zu überflügeln.

Anders fällt meine zweite These aus. Zufolge der ersten Prognose greift eine pandemiegeschwächte Gesellschaft mit einem pandemiegeschwächten Staat zum Mittel des Krieges und fügt der sozialen und ökonomischen Verwüstung ein Staatshandeln hinzu, das seinerseits politisches Scheitern ausdrückt. Im entgegengesetzten Fall lernen die Staaten aus dem Leid der Pandemie und versuchen mit allen Mitteln, jede Androhung oder Praxis von Gewalt zu verhindern, die ihre Prosperität stören könnte. Die Staaten würden in diesem Fall jener Einstellung Goethes folgen, der aus Castel Gandolfo am 12. Oktober 1787 seinen Brief an Herder mit dem Bekenntnis beschließt: „Ich bin ein Kind des Friedens und will Frieden halten für und für, mit der ganzen Welt, da ich ihn einmal mit mir selbst

9 Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München, Wien 1997, S. 518.

geschlossen habe.“¹⁰ Dies ergibt ein Friedensbekenntnis nicht als Gegenstand eines Imperativs, den kriegsbereite Staaten gern als Tarnung zu missbrauchen pflegten. Vielmehr ist es kein Friede von oben, sondern ein Friede von unten, folgend aus der Selbstbefriedung der Individuen mit sich selbst.

b. Wider einen Atomkrieg aus Versehen

aa. Krieg als Vernichtungsziel

Krieg, verstanden als Aktion kollektiver Zerstörung, zielt, wie einst Kant und Clausewitz erkannten, nicht lediglich auf eine Schwächung des Feindes, sondern auf dessen Vernichtung. Doch weder Infanteristen noch Kriegsschiffe noch Luftwaffe sind dazu in der Lage, eine Vernichtung des Feindes zu bewirken. Vernichtung des Feindes blieb in Zeiten konventioneller Kriegführung eher ein Wunsch. Seit es Atomwaffen gibt, wird die Vernichtung aus einem Wunsch erstmalig eine strategische Option. Der Mensch, dessen Neigungen zu Rachsucht, zu Hinterhältigkeit, zu Grausamkeit, zu Niedertracht, zur Schädigung der Anderen aus der Geschichte hinlänglich bekannt sind: Was geschieht, wenn dieser Mensch Atomwaffen besitzt und damit über eine Option der Vernichtung verfügt? Wann wird das Potenzial von politischen Entscheidern, auf Atomwaffeneinsatz zu verzichten, aufgebraucht sein? Ist es die zu erwartende Antwort der Gegenseite, dass man selbst vernichtet werden wird, wenn man andere vernichtet? Die Atomwaffenstaaten behielten Atomwaffen – zu den bestehenden sechs Atomwaffenbesitzern USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich und Israel kamen Indien, Pakistan und Nordkorea hinzu – und man weigerte sich, diese nuklearen Waffen einer völkerrechtlich bindenden Regelung zu unterstellen. Dennoch setzte eine internationale Besonnenheit insofern ein, als zunächst mit der Abschaffung oberirdischer Atomversuche der Erdbevölkerung ein dauerhaftes globales Tschernobyl erspart blieb. Ebenso sorgten Rüstungsbegrenzungen eine Zeit lang dafür, dass das Thema Atomkrieg die Menschen weniger zu betreffen schien.

10 Johann W. Goethe, *Italianische Reise*, München 2017, S. 418.

bb. KI statt Menschen

Inzwischen trat ein weiteres Element hinzu. Wenn Technik das Ziel hat, den Menschen von seiner Arbeit zu entlasten, so war eine fortgeschrittene und stets noch weiter fortschreitende Technik im Militärbereich besonders erfolgreich, nämlich der Einsatz von Maschinen, gesteuert von künstlicher Intelligenz. Wenn ein bössartiger Mensch über Nuklearwaffen verfügt, so erhält die strategische Situation eine reale Option auf Vernichtung. Sofern andere Staaten nicht in der Lage sind, mit Gegenvernichtung zu antworten, so wächst die Macht des Atomwaffenstaates ins Unermessliche, und niemand ist sich sicher, wann die atomare Gewalt zum Einsatz kommt. Der Einbau künstlicher Intelligenz verlagert den Focus von menschlicher Bössartigkeit auf rational entscheidbare Abläufe. Wenn die Menschen willkürlich entscheiden, so scheint von künstlicher Intelligenz ein versachlichender Zug auszugehen. Die Zeit von Panik und Hektik weicht einer rationalen Zeitplanung.

Die menschliche Tücke wird durch rational planende künstliche Intelligenz abgelöst. Doch auch Künstliche Intelligenz kommt an ihre Grenzen. Die natürliche Intelligenz von Menschen vermag nicht zwischen echten und bloß fingierten Alarmen zu unterscheiden. Doch die Menschen haben noch die Fähigkeit zum Zweifel. Zweifel hält das Urteilen an. Ob ein Alarmsignal echt oder unecht ist, bleibt, wenn gezweifelt wird, in der Schwebe. Künstlicher Intelligenz fehlt die Fähigkeit des Zweifels. Alarmsignale zeigen eine bedrohliche Zuspitzung an. Ist es nicht Zeit zu handeln?

Die Zeit, mit der einmal abgeschossene Atomraketen uns vernichten können, wurde bekanntlich inzwischen extrem verringert. Während wir Menschen noch zweifeln, kann uns eine Rakete treffen. Menschlicher Zweifel paart sich nunmehr mit einem Bedürfnis nach Sicherheit in der eignen Unsicherheit. Entscheidet unser Sicherheitsbedürfnis, so lassen wir Raketen der Vergeltung aufsteigen. Dies ergibt ein Szenario des *launch-on-warning*. Wir schießen Raketen der Vergeltung ab, obwohl ein gegnerischer Angriff noch letztlich unerwiesen ist. Wir möchten verhindern, Atomwaffen-Täter zu sein. Mit unserer Vergeltung in einer *launch-on-warning*-Situation sind wir es selbst, die zum Täter werden.

cc. Unschuldig schuldig?

Das aber sollte doch unbedingt verhindert werden! Niemals sollten wir es sein, die einen Atomkrieg beginnen und damit das Ende der Menschheit in Gang setzen. Wir beschreiben mit unserer Vergeltungsaktion den Beginn eines Atomkriegs, den wir aus Versehen auslösten. Doch dieses scheinbar winzige, unwichtige Versehen wächst sich zur Schuld aus, zu einer Schuld, die alle Schuld des Menschen übersteigt. Zu einer Schuld, die alle Unschuldigen und Mitschuldigen unter sich begräbt. Zu einer unter keinen Umständen mehr sühnbaren Tat. Wer trägt die Verantwortung? Offenbar jene, die zweifelsfrei für Alarmsignale sorgten. Sind es Unbekannte, sind es nicht identifizierbare Hacker, die uns einen Streich spielen und unsere Entscheidungsbereitschaft testen wollten? Ein Streich, der mit dem Ende der Menschengattung enden könnte. Jede Beschreibung des Szenarios führt stets wieder auf die Schuld des eigentlich Unschuldigen.

dd. Drei Handlungsmöglichkeiten

Wie lässt sich der versehentliche Abschuss von Atomwaffen verhindern? Es ist verwunderlich, dass über ein derartig strittiges Problem, das alle Menschen zusammen und zugleich jeden einzelnen betrifft, keine Klarheit der gemeinsamen Diskussion besteht. Dreierlei erscheint daher erforderlich. *Erstens* sollte man auf eine internationale Verständigung zusteuern mit dem Ziel, dass alle Atomwaffenstaaten nach der Beschränkung der oberirdischen Atomversuche und nach kontrollierter Abrüstung nunmehr eine Lösung suchen, die geeignet ist, einen Atomkrieg aus Versehen nach Möglichkeit zu verhindern. Es ist also ein neuer Schritt nötig, um das Schlimmste zu verhindern. *Zweitens* sollte es ethische Erwägungen darüber geben, im zweideutigen Alarmfall auf den eigenen Abschuss von Atomraketen zu verzichten. In diesem Fall willigt man ein, Opfer zu werden und verzichtet auf eigene Vernichtungen. Es sei ethisch wertvoller, Unrecht zu erleiden, als Unrecht zu begehen, schlug Sokrates im antiken Athen vor; doch kein Staat schien ihm folgen zu wollen. Die militärisch Verantwortlichen können diesen Vergeltungsverzicht kaum akzeptieren, da ihr Beruf eine Verteidigung gegen den Aggressor darstellt. Sie werden daher einen *dritten* und militärtechnischen Vorschlag präsentieren: Technik kann mit Technik bekämpft werden. Um einen Verkehrsunfall zu verhin-

dern, wird kein PKW ohne ständig überprüfte Bremsvorrichtung verkauft. Analog zu Atomraketen heißt dies: Die Raketen werden zum Beispiel mit Sensoren bestückt, die es erlauben, dass sie beim Anflug in dem Augenblick zum Verglühen gebracht werden, sobald klar ist, dass das Alarmsignal einen falschen Alarm anzeigt.

Eine und dieselbe Situation – nämlich die Erwartung eines bereits begonnenen atomaren Angriffs und die Möglichkeiten auf ihn zu reagieren – führen nunmehr zu erheblich divergierenden Folgen. Zu ihnen gehört zunächst eine *Deaktivierung* aller Atomwaffen, dann eine fragliche Deaktivierung und schließlich die Entfesselung eines Atomkrieges.

Der größte Lernerfolg wäre eine nukleare *Deaktivierung*, verstanden als Verzicht auf atomares Weiterrüsten und die Unterwerfung aller Atomwaffenstaaten unter eine völkerrechtliche Regel, zu keiner Zeit einen Atomkrieg zu starten. Die Deaktivierung kann teils eine Folge der Sensortechnik sein: Eine Vergeltungsrakete verglüht vor dem tödlichen Auftreffen über dem Ozean. Doch die Entscheider dürfte diese Situation traumatisieren. Zu groß wäre die Furcht vor einem Misslingen der Sensortechnik und die Furcht vor der Gefahr, selbst einen Atomkrieg begonnen zu haben. Dieses Trauma hätte man sich durch ein anderes Verhalten ersparen können. Man verzichtet auf Vergeltung mit der Begründung, dass ein Gegenschlag keinen eigenen Gewinn, sondern ausschließlich fremdes Leid verursachen würde. Die nukleare Deaktivierung würde in beiden Fällen teils durch Verglühen der Vergeltungsrakete, teils durch ethischen Vergeltungsverzicht als Folgerung geschehen.

Anders verhält es sich mit einer nuklearen Deaktivierung als *Frage*. Zwar gelingt ein Verglühen der Vergeltungsrakete. Da die Sensortechnik nie zuvor erprobt wurde und die Gegenseite ihrerseits nicht hinreichend aufgeklärt wurde über den eigenen Bremsvorgang, kann diese wiederum Signale senden, dass eine Atomkriegsdrohung damit nicht beendet ist. Lohnt sich unter diesen Umständen eine nukleare Deaktivierung überhaupt? Vielleicht werden die militärischen Entscheider diese Frage verneinen und jeden Atomangriff als Fall einer Gegenoffensive werten. Militärische Experten und ethische Experten würden dann in einen Streit geraten, von dem nicht absehbar ist, ob er entscheidbar ist.

Eine weitere Option ergäbe, dass man nukleare Deaktivierung zwar diskutiert mit dem Ergebnis, dass das Hin und Her der verschiedenen Optionen alle Beteiligten eher verwirrt als einen Deaktivierungsbeschluss fördert. In einer Welt der Atomwaffenstaaten ist man fremder atomarer Bedrohung ausgesetzt. Daher muss der Gegner einen Gegenschlag fürch-

ten, sobald er den atomaren Frieden bricht. Man verhält sich friedlich, außer wenn der andere als atomarer Aggressor auftritt. Atomare Friedfertigkeit ist die eine Seite eines Januskopfes. Die andere wäre die atomare Vernichtung. Lieber angekündigtes *launch-on-warning*, um den Frieden so lange als möglich zu erhalten, dessen Rückseite die Vernichtung bildet.

Wenn die beschriebene nukleare Deaktivierung, verbunden mit einer völkerrechtlichen Garantie, auf den Atomwaffeneinsatz zu verzichten, ethisch den Vorrang besitzt, so bleiben eine fragliche Deaktivierung und Atomkriegsdrohung Mitbewerber in einem Lernschritt der Menschheit am zunehmend heißer werdenden Rand ihrer Selbstauslöschung. Umso mehr sollten Öffentlichkeit und Entscheider jenen weiteren Diskurs einer Verständigung betreiben, mit welchem nach der Beendigung oberirdischer Atomversuche und nach vergangenen Rüstungsbegrenzungen nunmehr das ethische Optimum einer nuklearen Deaktivierung angestrebt wird. Das Widerstreben der militärischen Kräfte und der hinter ihnen stehenden Mega-Aufträge gibt diesem Lernprozess den Zug jenes politischen Realismus, ohne den er vermutlich kaum lebensfähig wäre.

ee. Die tödlich militärische Vergeltungslogik

Die gegenwärtige Diskussion – sie spiegelt US-Überlegungen zu russisch-automatischen atomaren Vergeltungsreaktionen – läuft im Unterschied zu den oben beschriebenen Szenarien auf eine Deaktivierung menschlicher Rationalität hinaus. Daraus folgt, dass nunmehr in knapper Zeit KI-Sensoren den Abschuss von Vergeltungsraketen bestimmen. Diese KI-Determination ist insofern logisch zwingend, als menschliches Für und Wider Zeit verspielte. Die Menschen haben daher auch keine Zeit mehr, sich andere, bösartigere Ziele auszudenken. Die mit den Atomwaffen mögliche Option der Vernichtung wird geradlinig. Menschliche Schnörkel entfallen. Die verkürzte Zeit ist für den Angegriffenen lebenswichtig, um todeswichtig für den Aggressor zu sein.

Doch die Linie dieser Argumentation läuft auf eine Abdankung menschlicher Entscheidungskklärung hinaus. Ihre Regel bestätigt das militärische Denken, wonach auf Aggression mit Gegenaggression zu antworten ist. Völkerrechtlich gilt nach wie vor, dass jeder Staat sich mit eben den Waffen verteidigt, mit denen er angegriffen wurde, somit auch mit Atomwaffen. Daher kommt nunmehr und künftig alles darauf an, jenes be-

schriebene ethische Optimum einer nuklearen Deaktivierung in Streitgesprächen mit dem militärischen Vergeltungsdenken zum überzeugenden Lichtträger werden zu lassen.

ff. Ein Forum der Verständigung

Wie könnte eine Verständigung über und auf eine Verhinderung eines Atomkrieges verlaufen? Die beschriebene Situation ist gefährlicher, als KI-Experten und Militärs meinen, und destruktiver, als Ethiker sie einschätzen. Daher liegt die Folgerung nahe, dass es internationale Gremien der Beratung gibt, die nach Auswegen und praktikierbaren Lösungen Ausschau halten. Das ethische Ziel dieser Beratungen müsste eine völkerrechtlich verbindliche Einigung aller Atomwaffenstaaten auf nukleare Deaktivierung bilden.

Bei den Beratungen des Gremiums müssten die KI-Experten einräumen, dass eine Enteignung menschlicher Entscheidung durch effizient arbeitende KI-Systeme zwar zeitsparend ist, jedoch zu viel unumkehrbar destruktive Prozesse vom Stapel lässt. Ebenso müssten die Militärs einräumen, dass ihre uralte Logik, militärische Aggression mit Gegen-Aggression zu beantworten, eine Verwüstung herbeiführt, in der es auch kein Militär mehr geben würde. Auch müssten die Völkerrechtler und Ethiker zugestehen, dass eine völkerrechtlich verbindliche atomare Deaktivierung zwar Leitziel bildet, dem man sich aber provisorisch mittels verschiedener Konzepte annähern könnte.

Wenn daher alle Beteiligten – die KI-Experten, das Militär, Völkerrechtler und Ethiker – zu ähnlichen Zugeständnissen bereit sind, genau dann ist es die Aufgabe politisch denkender Moderatoren, das Konzert der verschiedenen Stimmen in Richtung auf eine atomare Deaktivierung zu bündeln, die mit Sicherheit das Ziel der Bevölkerung dieses Globus darstellt.

c. Inwiefern die USA sich nach wie vor halbstark verhalten

So weit ein begründeter Vorschlag, einem thermonuklearen Inferno durch eine internationale Deaktivierung der Atomwaffen zu entgehen. Dieser Vorschlag klammert allerdings methodisch aus, dass die strategische Planung in den Vereinigten Staaten auf Konfrontation hinausläuft. Leider ist

in Europa noch immer zu wenig bekannt, wie diese atomare Aggressivität begründet wird.

Um daher zu verdeutlichen, wie seitens eines US-amerikanischen Politikwissenschaftlers die faktisch bestehende zwischenstaatliche Anarchie genutzt wird, sei auf eine Neuerscheinung in den USA hingewiesen. Es geht um den Beweis, dass durch Aussicht auf Sieg in einem thermonuklearen Krieg Vorteile für den Sieger entworfen werden können. Dies geschieht 2018 in dem Buch *The Logic of American Nuclear Strategy. Why Strategic Superiority Matters* des Politikwissenschaftlers Matthew Kroenig. Kroenig schlägt mittels einer unmissverständlich klaren Sprache eine nukleare Theorie als Synthese einer Überlegenheits-Risikopolitik vor (*superiority-brinkmanship theory*). Ein Vorteil dieser nuklearen Überlegenheitsposition bestehe für die Vereinigten Staaten zum Beispiel darin, bei nuklearen Krisen als Gewinner hervorzugehen. „Sieg“ definiert er dabei als Erreichen der eigenen Ziele. Mit Kroenigs Buch kehrt in die Strategie des Atomkriegs wiederum jene uralte – von den strategischen Planern und Entscheidern in den USA begrüßte – Kategorie des Sieges zurück. Was damit ebenfalls zurückkehrt, ist aus meiner Sicht das Beutemotiv, das mit dem Anschein der Notwendigkeit verhüllt wird und das schließlich zum Sieg als Illusion führt.

Als prominentes Beispiel dient ihm dabei der Ausgang der Kubakrise im Oktober 1962. Aus ihr gingen die USA als Sieger hervor, „weil sie ihr basales Ziel erreichten, dass die Sowjetunion ihre Raketen von Kuba abzog“. ¹¹ Obwohl seit langem eine Art Konsens darüber besteht, dass der Ausgang der Kuba-Krise keinesfalls als strategischer US-Sieg zu bewerten ist, arbeitet Kroenig mit einem falschen Input. Aus Falschem lässt sich jedoch nichts Zutreffendes folgern. Es entsteht deshalb der Verdacht, dass Kroenigs *superiority-brinkmanship theory* eine nuklearstrategische Ideologie produziert, die jedoch in den Vereinigten Staaten, die seit 2018 auf Cyberangriffe atomar zu reagieren erlaubt, als willkommen gilt.

Kroenigs Behauptung, in der Kuba-Krise seien die USA als Sieger hervorgegangen, wird durch verschiedene Vorgänge falsifiziert. Die Sowjetunion suchte eine Sicherheitsgarantie für Kuba. Die USA sollten bindend zusichern, Kuba niemals militärisch anzugreifen. Genau diese Garantie resultierte aus der Kubakrise. Insofern siegte die Sowjetunion in der Kubakrise. Die Sowjets verfolgten noch ein zweites Ziel, nämlich den Aus-

11 Matthew Kroenig, *The Logic of American Nuclear Strategy. Why Strategic Superiority Matters*, Oxford 2018, S. 68.

gleich ihrer damaligen nuklearstrategischen Unterlegenheit gegenüber Amerika durch Atomwaffen auf Kuba auszugleichen, die im Fall eines Krieges 80 Millionen US-Bürger töten würde.¹² Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Wenn Kroenig sich ausschließlich auf diesen Umstand bezöge, so bekäme er Recht. Das gilt jedoch lediglich für eine selektive, von allen Kontexten der Krise absehende Bewertung. Denn die Sowjets verlangten noch ein zweites Verhalten, welches ohne Kubanische Krise als unerreichbar galt: Die Amerikaner sollten ihre Jupiter-Atomraketen aus der Türkei abziehen. Das taten sie auch, ohne dass dies jedoch zunächst öffentlich wurde und damit die Kennedy-Regierung die Lösung der Kuba-Krise innenpolitisch als deren Erfolg verkaufen konnte.¹³

Mit der Kuba-Krise hingen noch zwei Erscheinungen zusammen, die von dem ideologischen Beweisziel eines US-Sieges seither in der Hintergrund gedrängt werden. Zum einen wäre der bis dahin Kalte Krieg um Haaresbreite zu einem heißen Krieg geworden. Zum anderen gehörten zu den verhältnismäßig wohlthätigen geostrategischen Folgen eine Schaffung von Voraussetzungen der regulierten Entspannung der bipolaren Supermächte. Der Abschuss eines sowjetischen Atomtorpedos vom Unterseeboot B-59 vor Kuba scheiterte am Veto eines einzigen Offiziers namens Wassili Alexandrowitsch Archipow. Er zeigte in letzter Sekunde jene Besonnenheit, die damals die Menschheit vor einer atomaren Verbrennung bewahrte. Diese Besonnenheit war jedoch nicht Folge der US-amerikanischen Überlegenheit, wie uns Kroenig mittelbar nahelegen möchte. Während die US-Militärs Kennedy zu einer Bombardierung der Insel drängten, wählte dieser das weniger aggressive Mittel einer Seeblockade. Als die Krise beendet war, die Raketen abgezogen und vor allem die zwei sowjetischen Bedingungen – Nichtangriffsgarantie gegenüber Kuba und Abzug der amerikanischen Jupiter-Raketen aus der Türkei – erfüllt waren, entstand eine Reihe von Formen regulierter Entspannung. Erstens ging die Letztentscheidung über den Atomwaffeneinsatz vom Militär auf den Präsidenten über. Ab 1968 galt dies auch für die Sowjetunion. Zweitens wurde zwischen Moskau und Washington eine telefonische *Hot line* eingerichtet. Drittens begann man damit, die oberirdischen Atomtests zu beenden und den Menschen damit ein permanentes Tschernobyl zu ersparen.

Es folgt aus dem bisher aussagekräftigsten Beispiel der geostrategischen atomaren Konfrontation, dass atomare Hyperrüstung nicht jenen un-

12 Vgl. McMahon, *The Cold War*; S. 91.

13 Vgl. McMahon, *The Cold War*; S. 94.

blutigen Sieg der größeren Atomstaatsmacht über die geringer bewaffnete bewirkt. Vielmehr zeigen die drei Folgerungen zumindest in der Tendenz die Richtung einer *nuklearen Deaktivierung* an. Die nukleare Letztentscheidung liegt nicht mehr beim Militär, das im Fall Kubas 1962 sofort bombardiert hätte, sondern bei den politischen Entscheidern, denen mehr Besonnenheit zugemutet wird. Die politische Kommunikation wird einem Schema von Angriff und Verteidigung vorgeordnet. Und die lebensbedrohlichen oberirdischen Atomtests werden beendet. Der Widerspruch einer Drohung mit atomarer Vernichtung bleibt auf diese Weise leider nach wie vor bestehen. Dafür zeigt sich jedoch der Beginn eines politischen Lernprozesses atomar verfeindeter Supermächte.

Matthew Kroenig übersieht diese drei geostrategischen Vorteile der Kubakrise vollständig. Mit der Kubakrise wäre um Haaresbreite aus dem Oxymoron des kalten Krieges ein heißer, die menschliche Zivilisation vermutlich auslöschender Krieg geworden. Die dreifachen einvernehmlichen Konsequenzen der Konfliktparteien – die Vorordnung der Politik vor den stets uneinsichtigen Militärs, die Einrichtung eines technisch jederzeit verfügbaren Kommunikationskanals und das Ende der für die Menschheit auf Dauer lebensbedrohlichen oberirdischen Atombombenversuche – werden von Kroenig vollständig ignoriert, dem es einzig um eine Bestätigung seiner These geht, dass mithilfe atomarer Stärke der Gegner zu Konzessionen gezwungen werden muss, die er ohne eine fremde übermächtige Drohung nicht erbracht hätte. Kroenig arbeitet daher mit dem Mittel grobschlächti-ger Geschichtsklitterung, die sein gesamtes Buch theoretisch unbrauchbar werden lässt. Die Tatsache jedoch, dass diese Studie zugleich auf fruchtbaren Boden nicht nur bei den US-Militärs, sondern ebenso bei Theoretikern der Politik stößt (vgl. die fünf auf der Rückseite seines Buches abgedruckten Reaktionen), zeigt in beängstigender Weise eine Abkehr von einer rational begründeten Tendenz zu einer globalstrategischen Denuklearisierung und hin zu einem immer riskanteren Spiel mit dem nuklearen Feuer.

Kroenigs Argumentation setzt das Fortdauern einer internationalen Anarchie voraus und glaubt auf deren Grundlage Vorteile für eine wirksame Asymmetrie des drohenden Staates zu konstruieren. Seine Argumentation ruht auf dem Schluss:

- (1) Wenn ein Staat S atomar übermächtig ist, dann vermag er jeden anderen Staat zu Konzessionen zwingen, die er von sich aus nicht eingeräumt hätte.
 (2) Ein Staat ist atomar übermächtig.
 (3) Also es vermag der Staat S jeden anderen Staat zu Konzessionen zwingen, die er von sich aus nicht eingeräumt hätte.

Dieser *Modus-ponendo-ponens*-Schluss erinnert an das gewalttätige Verhalten jener „Halbstarken“ in Europa 1956, die man damals für „schlimmer als die Atombombe“ hielt.¹⁴ In der Tat verschlimmern Kroenig und die, die ihm folgen möchten, eine atomare Globalstrategie in Richtung von destruktivem Nihilismus. Der rekonstruierte Syllogismus ist analytisch korrekt. Doch er verbirgt ein Problem, das allenfalls erst beim dritten Lesen deutlich werden könnte. Der Syllogismus benötigt an zwei Stellen einen Irrealis in Gestalt des Konjunktivs des Verbs „hätte“. Infolge der Drohungen von S ist der schwächere Staat zu Konzessionen bereit, „die er von sich aus nicht eingeräumt hätte“. Mit dem „hätte“ sagt man etwas über etwas aus, von dem man weder weiß noch wissen kann, wie es sich wirklich verhält. Das irrealer hätte kann daher Verschiedenes aussagen: 1. Der andere Staat war in der Lage, sich mit S zu einigen, ohne bedroht zu werden. Dieser andersartige, diplomatische Umgang wird von Kroenig jedoch ausgeschlossen. 2. Der andere Staat folgt bedingungslos der atomaren Drohung von S. Dies ist eine Annahme Kroenigs, welche auf den Eigenerfolg von S setzt und ein Resultat vorwegnimmt, das automatisch eintreten wird. Obwohl Kroenig diese 2. Möglichkeit annimmt, erscheint diese eher unwahrscheinlich bis irreal. Eher ist eine 3. Möglichkeit wahrscheinlich: Der andere Staat knüpft seine Konzessionen an Bedingungen, die für S schmerzlich sind wie etwa der erwähnte Abzug US-amerikanischer Jupiter-Raketen aus der Türkei. Ebenso wahrscheinlich ist die Möglichkeit 4: Der atomar bedrohte Staat widersetzt sich atomar. Wie bekannt, bereitet sich ein sowjetisches Atomunterseeboot auf den Abschuss von Atomwaffen vor, als ein einziges Veto jenes Offiziers Archipow dies in letzter Sekunde verhinderte.

Mit anderen Worten: Kroenig spielt mit atomarem Feuer, indem er die in jenem „hätte“ verborgene friedliche (1.) oder die aggressiven Antworten (3. und 4.) ausblendet und sie durch die 2. Möglichkeit ersetzt, die jedoch den Eigenerfolg automatisch und damit irreal als erfüllt voraussetzt.

Die Vorschläge Kroenigs finden im Verbund einer Änderung der US-atomaren Globalstrategie statt. Wie die *Nuclear Posture Review* 2018

14 B. Harenberg (Hg.), *Chronik des 20. Jahrhunderts*, Dortmund 1988, S. 817.

zeigte, soll der Atomkrieg nunmehr außerhalb des Atomkrieges stattfinden. Es gehe darum, miniaturisierte Atomwaffen (W76–2) unterhalb der Atomkriegsschwelle einzusetzen. W76–2 definiert sich als „a small, tactical nuclear warhead designed to counter enemy tactical nuclear weapons“. Die Vermeidung eines Atomkriegs befindet sich in Wirklichkeit nicht außerhalb der Illusion, ihn vermeiden zu können. Die atomaren Kleinwaffen bilden die Einstiegsdroge eines atomaren Großkriegs. Der Atomkrieg hätte dann bereits begonnen, bevor er beginnen würde. Die umgekehrte und von den USA befürwortete Lesart erweckt den Verdacht, dass die Rüstungsindustrie auf Absatz von als harmlos deklarierten Atomwaffen setzt.

Die AutorInnen

Lothar Brock, Dr., Politikwissenschaftler, Senior-Professor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Assoziiertes Mitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ebd.

Hans-Georg Ehrhart, Dr., Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Martin Kahl, PD Dr., ist stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und leitet dort den Forschungsbereich „Gesellschaftlicher Frieden und Innere Sicherheit“.

Wolfgang Knöbl, Dr., ist Direktor des Hamburger Instituts für Sozialforschung und seit 2017 zudem nebenberuflicher Professor für Politische Soziologie und Gewaltforschung an der Leuphana Universität Lüneburg.

Barbara Kuchler, Dr., ist Privatdozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld.

Ishay Landa ist Associate Professor of History an der Israeli Open University in Ra'anana/Israel.

Burkhard Liebsch, Dr., ist Professor für Philosophie an der Ruhr-Universität Bochum.

Herfried Münkler, Dr., von 1992 bis 2018 Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Max Mutschler, Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Friedens- und Konfliktforschungsinstitut BICC (Bonn International Center for Conversion).

Norman Paech, Dr., ist Jurist und emeritierter Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg.

Christopher Pollmann, Dr., ist Professeur agrégé für öffentliches Recht an der Université de Lorraine – Metz/Frankreich und Leiter des Seminars „Accumulations et accélérations“ am Collège d'études mondiales in Paris.

Bernhard H. F. Taureck, Dr., ist Professor für Philosophie i. R.; Universität Braunschweig.

Pascal Weitmann, Dr., ist Philosoph, Kunsthistoriker und Privatdozent für Klassische Archäologie an der Christian-Albrechts-Universität Kiel.

